Antifaschistisches INFO 50 BLATT

Ausgabe 1|2000 • Preis 6,– DM

Mit 8 Seiten
Was geht ab?

Schwerpunkt
Zustand und Perspektiven antifaschistischer Arbeit

Werwolf, Waffen, Werthebach:
Wer ist die Anti-Antifa

FPÖ an der Macht
Brennpunkt Österreich

INHALT

Editorial 3

SCHWERPUNKT:
ZUSTAND UND PERSPEKTIVEN ANTIFASCHISTISCHER ARBEIT

Einige einleitende Worte ... 4

Wenn die Nacht am tiefsten ist... 5

Rückblicke und Ausblicke
Antifa wie weiter? 9

Auf zu neuen Ufern?
Bewertung des Verstärkerkongresses in Leipzig 15

Gewerkschaftliche Arbeit gegen Rechts 18

»Für Demokratie Courage zeigen« 19

Networking als Chance
Interview mit dem Anti-Defamation Forum 20

Bunt statt Braun 22

Die Geschichte wach halten 24

Der Bund der Antifaschisten 25

Wer mit dem Wolf... 26

Widerstand Bilden! 26

NAZI-SZENE

Werwolf, Waffen, Werthebach:
Wer ist die Anti-Antifa? 27

Spotlights aus einem verbotenen Verein
Die Wiking-Jugend 33

Gewehr bei Fuß – Der Stahlhelm 36

Singen und Marschieren für Horst Wessel 37

Die Deutsche Stimme verstummen lassen... 38

BRAUNZONE

Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit 39

Akademische Anti-Antifa
Aktuelle Kampflinien der Totalitarismusforschung 41

ANTIFASCHISTINNEN WERDEN AKTIV

Keine »Nazidiktion« auf Staatskosten
Protest gegen neofaschistischen Professor 43

Augen auf an der Uni
Interview mit dem Antifa-Referenten der FH-Bielefeld 44

Göttingen: Lokalpatriotismus und Militanz 45

Antifaschistische Proteste gegen Naziaufmarsch 46

Die DVU ist aktiv, die Antifa auch 47

Befreiungsaktion an der FU-Berlin 47

STAAT & REPRESSION

Späte Rache der Bundesanwaltschaft 48

Kurzmeldungen 49

RASSISMUS

Flüchtlinge organisieren sich 50

»Wir sind Menschen und wollen wie Menschen behandelt werden« 51

DISKUSSION

»Ende des normalen Alltags« 53

GESCHICHTE

Reserve hat Ruh
Gastbeitrag von Otto Köhler 55

BÜCHER, BROSCHÜREN, ZEITUNGEN, FILME 58

INTERNATIONALES

Antifaschismus in Österreich
Zwischen Angst, Resignation und Provokation 59

...fest im Nazitum verwurzelt
Interview mit Karl Pfeifer 62

AntifaschistInnen in Spanien 64

Rechtsruck in der Schweiz 65

William Pierce, Nordland und die NPD
Mit White Power Musik zum »Rassenkrieg« 67

Alerta Antifascista 68

Militanter Antifaschismus in Britannien
AFA – Working class & physical confrontation 69

Wahlen in Kriegszeiten
Rußland: The Future is Unwritten 71

Schweden: Geht der Terror weiter? 73

Kurzmeldungen 74

WEG DAMIT

Antifaschistisches INFO-Blatt
14. Jahrgang
Nr. 50, Ausgabe 1/2000

Redaktion:
AIB, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
Fax: 030/694 67 95
e-mail: aib@mail.nadir.org
Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

Internet:
http://www.nadir.org/nadir/periodika/aib

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Konto:
J. Lehmann, 411 960 - 105,
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10

Nachdruck:
In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Antifaschismus mit Biß!

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen!

Lange genug habt Ihr auf das Heft Nr. 50 warten müssen. Jetzt fragt Ihr Euch wahrscheinlich, warum es so aussieht, als wenn alles beim Alten geblieben ist, wo wir doch noch vor kurzem angekündigt haben, grundlegende Veränderungen zu diskutieren? Um es kurz zu machen: Ab dem nächsten Heft wird sich einiges ändern: Layout, Artikel-Schwerpunkte, Umfang und – versprochen – die zeitlichen Abstände zwischen den einzelnen Ausgaben des AIB. Da wir aber weiterhin ein ehrenamtlich arbeitendes Kollektiv sind, dauern Veränderungen länger als bei professionellen Druckerzeugnissen. Wir hoffen auf Eure Geduld, Unterstützung und Mitarbeit! Völlig untätig waren wir in den letzten Monaten aber auch nicht: Wir freuen uns, dass die deutsche Ausgabe des Sammelbands »White Noise – Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene« , den die britische Antifazeitung Searchlight, die schleswig-holsteinische Antifazeitung Enough is Enough, die reihe antifaschistischer texte (rat) und das AIB gemeinsam im Unrast Verlag herausgeben, jetzt erschienen ist. Die erste juristische Feuertaufe hat das Buch schon überstanden. Der Coburger Neonazi Ullrich Grossmann von DIM Records scheiterte mit seinem Versuch, mit einer einstweiligen Verfügung die Auslieferung des Buchs zu verhindern.

Wir wollen mit dem Schwerpunkt dieses Heftes »Zustand und Perspektiven antifaschistischer Arbeit« heftige Diskussionen und Reaktionen auslösen und sind auf Eure Rückmeldungen gespannt.

Ein heisser Sommer steht uns sicherlich bevor. Wir hoffen, dass es uns in diesem Jahr öfter gelingt, Nazi-Aufmärsche und Konzerte zu verhindern. Auch der Vertrieb von rechter Musik muß behindert werden.

Ein ermutigendes Signal war der Widerstand gegen den NPD-Aufmarsch am 12. März in Berlin. Nachdem die NPD eineinhalb Jahre lang – von immer weniger protestierenden AntifaschistInnen und massivem Polizeischutz begleitet – ungehindert durch Berlin marschieren konnte, waren am 12. März tausende von Menschen auf der Strasse, um zu protestieren. Barrikaden sorgten dafür, dass die ursprüngliche Route durch Kreuzberg abgesagt werden musste. Immer wieder kam es entlang des gesamten Aufmarsches zu direkten Protesten, die die Neonazis sichtbar einschüchterten. Der insgesamt für AntifaschistInnen positive Verlauf des 12. März ist vor allem das Ergebnis dessen, dass ganz unterschiedliche Menschen auf die Strasse gingen: Junge und ältere MigrantInnen, Jugendliche, ältere AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, und – ausnahmsweise – erstaunlich viele VertreterInnen der sogenannten Zivilgesellschaft.

Gegen Nazis am 12. März in Berlin ...

Wichtig erscheint uns vor allem die momentane Diskussion um die endgültige Abschaffung des Asylrechts zu sein. Die Lunten an die nächsten Brandsätze sind schon gelegt. CDU-Parolen wie *»Kinder statt Inder«* verschaffen rassistischen Schlägern und Neonazis ein weiteres Mal die Legitimation für rassistischen Terror. Schon einmal – vor sieben Jahren – ist es uns nicht gelungen, das Recht auf Asyl in Deutschland zu verteidigen. Damals gab es zumindest noch einen sichtbaren antifaschistischen und antirassistischen Widerstand gegen die de facto Abschaffung von Paragraf 16 des Grundgesetzes. Genau das fehlt aber jetzt. Die Diskussion um antifaschistische Strategien wird wirkungslos bleiben, wenn wir hier nicht intervenieren und gleichzeitig den Widerstand von Flüchtlingen und MigrantInnen nicht unterstützen.

Bei allem darf nicht vergessen werden, dass Staat und Polizei weiterhin ein hohes Interesse haben, gegen uns vorzugehen und Bedrohungen durch Nazis zum Anlaß nehmen, Einblicke in linke Strukturen zu gewinnen. Nach wie vor gilt: Bei allem, was Ihr unternehmt, besprecht es mit FreundInnen und GenossInnen, schließt Euch zusammen und übt politischen Druck aus.

In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen, auf der Strasse und am Computer,

Eure AIB-Redaktion

An dieser Stelle dokumentieren wir einen Leserbrief, der das Ausmaß staatlicher Vertuschung rings um die antisemitischen Anschläge in Berlin deutlich macht. Zur Erinnerung: In der Nacht zum 3. Oktober '99 wurden mehrere hundert Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Berlin Weissensee und das Mahnmal für die Deportierten auf der Puttlitzbrücke in Berlin-Moabit geschändet: *»Hallo AIB-Redaktion, hier eine kurze Einschätzung zu dem faschistischen Anschlag auf der Putlitzbrücke am 3.10.99. Im Bereich Föhrer/Amrumer- und Luxemburgstr. waren schon vor dem Anschlag starke Polizeikräfte im Einsatz. Wie immer waren sie damit beschäftigt, ausländische Jugendliche zu observieren. Dem Staatsschutz gelang am U-Bahnhof Amrumer Str. ein »großer Erfolg«: Zwei Personen wurden festgenommen, weil sie gegen Rep-Plakate vorgegangen sein sollen. Aus den mitgehörten Funk- und Handy-Gesprächen [der Polizisten – das AIB] wurde der »umfangreiche« Einsatz gegen die Nazitäter deutlich: Der Tatort auf der Putlitzbrücke wurde fotografiert, sonst nichts. Keine Spurensicherung, keine Nahbereichsfahndung....«* Nach unserer Einschätzung macht dieser Polizeieinsatz zweierlei deutlich. Es gab eine Polizeipräsenz rings um das Mahnmal – die Frage ist nur, mit welchem Einsatzbefehl. Und die Berliner Polizei ist unfähig und nicht willens, antisemitische Anschläge zu verhindern und die Täter zu ermitteln.

Einige einleitende Worte ...

Was ist unter dem Begriff Antifaschismus zu verstehen? Eine Politik der radikalen Menschlichkeit, die sich die Verteidigung der Menschenrechte und der Demokratie auf die Fahnen schreibt, oder doch der Kampf gegen Faschismus, der gleich Staat und Kapital abschaffen will und den Blick auf die Revolution richtet?

Wir haben bundesweit Antifa-Gruppen und andere Organisationen nach ihren Perspektiven und Strategien gefragt. Einerseits wollten wir in diesem Heft einen Überblick über verschiedene Ansätze der Antifapolitik geben, andererseits haben wir Projekte gebeten, ihre konkrete Arbeit vorzustellen. Ersteres ist uns nur ansatzweise gelungen. Sehr deutlich wurde dabei, dass es strömungsübergreifend mehr Fragen als Antworten gibt, wie man gegen das Konglomerat von autoritär-rassistischer Entwicklung vorgehen könnte. Dies mag daran liegen, dass viele Gruppen mit der alltäglichen Arbeit ausgefüllt sind. Zugleich könnte es aber auch bedeuten, dass sich nur noch wenige Gruppen überhaupt mit langfristigen Perspektiven beschäftigen. Manchmal richtet sich der Blick vor allem nach »innen«, und es wird hauptsächlich über die Integrität und Moral der eigenen Gruppe oder des Projektzusammenhangs gestritten.

Auch im AIB haben die Debatten einen längeren Zeitraum als erwartet eingenommen und sind sicherlich noch nicht beendet. Einen Teil der Ergebnisse wollen wir mit dem Schwerpunktartikel des AIB auf den nächsten Seiten zur Diskussion stellen.

Schade ist, dass sowohl ein Beitrag einer Gruppe des Bundesweiten Antifatreffens (BAT) als auch eine Position, die Antifaschismus auf einer revolutionären Grundlage betrachtet, wie sie in der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) vertreten wird, fehlen. Über die zwei Organisierungsansätze ist Anfang der neunziger Jahre viel gestritten und diskutiert worden. Die Frage war, ob eine Organisierung der radikalen Linken anhand von Antifaschismus sinnvoll ist, oder ob Antifaschismus ein Teilbereich innerhalb der Linken ist. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass Antifaschismus an sich nicht systemverändernd ist. Er ist ein Teil einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, darf aber nicht mit Antikapitalismus oder mit einer übergreifenden revolutionären Organisierung gleichgesetzt werden. Uns ist es wichtig, dass sich eine antifaschistische Bewegung gegen einen bürgerlichen Antifaschismus behauptet, der die gesellschaftlichen Bedingungen für autoritäres, faschistisches Denken nicht thematisiert. Daraus kann aber nicht der Schluß gezogen werden, dass das Aufzeigen der Ursachen für rechte und nationalistische Entwicklungen, per se revolutionär ist.

Antifapolitik richtet sich seit Jahren vor allem gegen die Auswirkungen autoritärer Gesellschaftsformen. Im Moment steht die Antifabewegung mit dem Rücken zur Wand, sie ist damit belastet, Angriffe auf allen Ebenen abzuwehren. Unserer Ansicht nach hat ein revolutionärer Ansatz momentan in Deutschland keine Perspektive. Gerade den nicht profitierenden Teilen der deutschen Mehrheitsbevölkerung konnte bisher mit dem Hinweis auf rassistisch-nationalistische-faschistische Zusammenhänge wenig Bezug zu einem nach unseren Vorstellungen geführten Kampf für soziale, kulturelle und politische Interessen vermittelt werden. So gibt es weder eine breite Bewegung, die sich solidarisch unterstützt, die sich eine Vorstellung von einer besser herrschaftsfreien Gesellschaft macht, noch gerät das System so aus den Fugen, dass es eine Mehrzahl der Leute nicht mehr befriedigen oder zufriedenstellen könnte.

Ein revolutionärer Kampf kann nicht unter dem Vorzeichen von Antifaschismus organisiert werden, auch wenn seine Unterstützung durchaus auch von AntifaschistInnen mitgetragen werden sollte. Der Kampf in nicht-revolutionären Zeiten von linksradikalen AntifaschistInnen ist somit zunächst ein Abwehrkampf und doch mehr – selbstbewußt und phantasievoll die Idee einer »Gesellschaft der Freien und Gleichen« aufrecht zu erhalten.

Wie dies organisiert und durchgesetzt wird, ist von Region zu Region verschieden, wie die verschiedenen Artikel im Schwerpunkt verdeutlichen. Dies kann z.B. zunächst die Schaffung von Räumen für alternative Jugendliche in einem rechten Bezirk sein, es kann antifaschistische Bildungsarbeit sein, antirassistische Arbeit an Schulen oder das nächste »Beats against Fascism«-Konzert.

Wichtig ist, dass Antifaarbeit und die Bewegung nicht bei ultralinkem Pop stehen bleiben, der mittels einer coolen Symbolik Jugendliche zu begeistern versucht und Lebensgefühl und Identität als wichtigstes Moment begreift. Oder ist das etwa der einzige Bereich, in dem wir uns noch Erfolge versprechen? Die Jugendlichen und die Versatzstücke von Subkulturen als Bündnispartner für die Antifa? Doch wie damit umgehen, wenn sich eine MTV- und VIVA-Generation als kritiklose Masse einer Konsumgesellschaft präsentiert und jede Suche nach einem kritischen Aufbegehren erfolglos bleibt? Die traditionelle Kulturarbeit der Antifabewegung, die mit der Organisation von alternativen Punk-Konzerten und »Volksküchen« lockte, ist in vielen Regionen überholt. Doch welche Grundpfeiler braucht eine Antifabewegung, und welche Konzepte sind in diesen Zeiten überhaupt umsetzbar? Auch wenn wir stets selbstbewußt für gesellschaftliche Bündnisse plädieren, in denen sich die Antifabewegung einbringt, wissen wir auch, dass Teile der sogenannten liberalen demokratischen Öffentlichkeit weggebrochen sind oder uns kein Gehör mehr schenken wollen.

Doch vor der Suche nach Bündnispartnern steht das Erarbeiten eines neuen Grundverständnisses. Uns scheint, dass dies in den letzten Jahren, auch aufgrund des notwendigen Abwehrkampfes gegen Nazi-Terror und der Rechtsentwicklung der Gesellschaft, vielerorts abhanden gekommen ist. Solange wir neben der Analyse gesellschaftlicher Strukturen nicht auch in der Lage sind, politische Strategien und Widerstandsformen zu verändern, bleiben wir defensiv. Wir haben anfangs auch die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) um einen Beitrag gebeten. Nachdem die AAB eine Stellungnahme zum Umgang mit Vergewaltigern veröffentlichte, hat sich das AIB-Redaktionskollektiv gegen den Abdruck des AAB-Strategiepapiers entschieden. Uns geht es nicht darum, den politischen Ansatz der AAB nicht darzustellen oder Euch vorzuenthalten. Die Nicht-Veröffentlichung ihres Strategie-Artikels bringt vielmehr unsere Ablehnung gegenüber den patriarchalen Positionen in ihrem Selbstverständnis zum Ausdruck. Aufgrund von Zeitmangel konnten andere von uns angefragte Gruppen der AA/BO diese Lücke leider nicht mehr füllen.

Wir halten die Diskussion über den Umgang mit patriarchalen Strukturen und Vergewaltigungen auch für die Antifabewegung für wichtig. Deshalb findet Ihr dazu in diesem Heft auf Seite 53 einen Beitrag vom AIB. ■

Wenn die Nacht am tiefsten ist...



Für die Diskussion von Perspektiven und Handlungsansätzen antifaschistischer Initiativen ist eine Analyse gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge genauso notwendig wie genaue Kenntnis der Lebensbedingungen und Kräfteverhältnisse vor Ort. Im folgenden geht es darum, anhand von Erfahrungen im Osten die aktuelle Situation vor allem dort zu beschreiben. Denn es ist offensichtlich, dass nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West Deutschland bestehen. Das betrifft vielleicht nicht mehr die Anzahl der Ereignisse, mit denen Rechtsextreme auch im Westen Schlagzeilen machen. Aber, offen geäußerte feindliche Haltungen gegenüber MigrantInnen sind im Osten weiter verbreitet als im Westen. Die meisten MigrantInnen wollen deshalb lieber heute als morgen weg aus diesem Teil Deutschlands. Ähnlich ergeht es denjenigen, die sich dem rechten Mainstream nicht unterordnen wollen und die Situation öffentlich kritisieren. Viele leben unter permanenter Bedrohung und müssen ihren Alltag danach ausrichten. Die Sorgen der politisch Verantwortlichen und des Großteils Bevölkerung konzentrieren sich dagegen auf eine »rufschädigende« Medienberichterstattung, ausbleibende Investoren und Touristen.

In den letzten Jahren haben sich die Aktivitäten von AntifaschistInnen überwiegend gegen offen auftretende Nazi-Skins oder organisierte Strukturen gerichtet. Sie sind es, die die Handlungsanweisungen für Bedrohungen und Angriffe auf Andersdenkende und Nichtdeutsche geben. Diese werden, vor allem von Jugendlichen, aufgegriffen und in rechtsextreme Taten umgesetzt.

In der Gesellschaft gelten diese Aktivisten der NPD oder der Freien Kameradschaften allerdings zumeist als extreme Außenseiter. Das gilt vor allem dann, wenn sie eine Gewaltbereitschaft offen zur Schau stellen. Gesellschaftliche Bedeutung erreichen sie, weil sie sich auf einen bestehenden Trend innerhalb der Bevölkerung beziehen können und ihre grundlegenden politischen Aussagen mit dem Empfinden in weiten Teilen der Bevölkerung übereinstimmen. Das ideologische Gebilde des völkischen Nationalismus, der Kern des Rechtsextremismus, ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Ein Denken, das sich an den Kategorien Volk und Nation orientiert, gilt als normal und wird durch entsprechende Äußerungen von Politikern bestärkt. So posaunte kürzlich Jürgen Rüttgers: »Kinder statt Inder!« Oder in der Debatte um das Staatsbürgerschaftsrecht hieß es wieder einmal: »Deutscher kann nur sein, wer deutsches Blut in den Adern hat. Alle anderen haben innerhalb der deutschen Grenzen allenfalls ein Gastrecht.« Gesetzlich umgesetzt wird dieses Denken in der rechtlichen Ungleichbehandlung und gesellschaftlichen Ausgrenzung von »ausländischen« Minderheiten. Eine Bewertung rechtsextremer Potentiale in der Gesellschaft ist insofern nicht nur anhand von Organisationsgrad und Auftreten rechtsextremer Zusammenschlüsse vorzunehmen, sondern bedarf eines Blickes in die Mitte der Gesellschaft.

Keine Lust auf Demokratie?

Eine vor allem an Leistung und individuellen Vorteilen orientierte Bevölkerungsmehrheit, ein Mangel an Möglichkeiten und der fehlende Wille zur politischen Mitbestimmung oder die Hinnahme von Beschränkungen individueller Freiheitsrechte sind Alarmsignale bezüglich des Zustands demokratischer Umgangsformen. Dazu kommt die besondere Situation im Osten: Demokratie wird hier vor allem mit Wohlstand gleichgesetzt. Die erhofften »blühenden Landschaften« sind jedoch nicht entstanden. Die ausbleibende Angleichung der Lebensverhältnisse erzeugt Frust. Städtebauliche Umstrukturierung und eine individuell unterschiedliche Ent-



wicklung der Einkommen haben soziale Strukturen weitestgehend aufgelöst. In einer Studie des Zentrums für Demokratische Kultur über die Situation im Ost-Berliner Stadtbezirk Hohenschönhausen heißt es dazu: *»Nicht nur bei Schülern, sondern auch in vielen Elternhäusern besteht die Überzeugung, dass Demokratie als Gesellschaftsmodell die sozialen Probleme nicht lösen könne, und sie deswegen abzulösen sei.«*

Das Handeln von Kommunalpolitikern ist getragen von einer Mischung aus Unwissenheit, Vorurteilen, gutem Willen und Interessenpolitik und im Ergebnis oft nicht nachvollziehbar und kurzsichtig. Die Förderung sozialpolitischer Maßnahmen wird auf ein Mindestmaß zurückgefahren, neue Akzente mit dem Verweis auf knappe Kassen abgelehnt. Politik wird als eine Art Theaterstück wahrgenommen. Demokratische Willensbildungsprozesse finden in der Regel nur unzureichend statt. Zum Teil werden sie von lokalen Entscheidungsträgern als Bedrohung empfunden und deshalb weitestgehend umgangen. Dass sich daran kaum jemand stört, ist Ausdruck einer allgemeinen Positionslosigkeit und unterentwickelten Streitkultur. Weit verbreitet ist eine Haltung, eigene Verantwortung von sich zu weisen.

Große Teile der Gesellschaft sind bereit, bestimmte Personengruppen einer gesonderten rechtlichen Behandlung auszusetzen. Das spiegelt sich vor allem in der umfassenden Ausgrenzung von Menschen ohne deutschen Pass wieder. Die meisten wissen kaum etwas über Aufenthaltsbeschränkungen, Wertgutscheine und Arbeitsverbot. Wichtig ist ihnen aber, dass damit lästige Konkurrenz verhindert wird. Die staatlich erzwungenen Lebensbedingungen der hier lebenden MigrantInnen reproduzieren den gesellschaftlichen Rassismus. Wenn Menschen über Jahre in gefängnisähnlichen Einrichtungen, sogenannten »Übergangswohnheimen« wohnen müssen, manifestiert sich darin ihre scheinbare Minderwertigkeit. Als Voraussetzung für eine rechtliche Sonderbehandlung werden über immer mehr Personengruppen legal oder illegal Datensammlungen angelegt. So ist es zum Beispiel üblich, dass sich Polizisten in Flüchtlingsheimen regelmäßig Informationen über Lebensgewohnheiten der dortigen Bewohner einholen oder dass bei Personenkontrollen gleichzeitig Fotos gemacht werden, die dann »aus präventiven Gründen« in Karteien archiviert werden. Videokameras observieren darüber hinaus verstärkt den öffentlichen Raum. Und nach der faktischen Abschaffung des Asylrechtes und der Einführung des Großen Lauschangriffes werden nun weitere Einschränkungen, zum Beispiel beim Versammlungs- und beim Presserecht diskutiert.

Jede Maßnahme, die die individuelle Freiheitsrechte einschränkt, ist ein Schritt in Richtung Rechtsextremismus.

Jugend, Kultur und rechte Gewalt

Die alternativ orientierte Jugendszene ist heute relativ klein und sieht sich umgeben von einer politisch und sozial desinteressierten bzw. rechtsorientierten Mehrheit von Jugendlichen, die die Normen und Werte des Zusammenslebens bestimmen. Rechte Ideologeme sind fester Bestandteil von Alltagsdiskursen.

Wenn von »den rechten Jugendlichen im Osten« gesprochen wird, muss man allerdings differenzieren: Viele Jugendliche verstehen sich als »unpolitisch« und haben »lediglich eine rechte Meinung«. Sie grenzen sich selbst von den »richtigen Rechten« ab und sagen beispielsweise, sie fänden deren Gewalt nicht gut oder würden sich mit entsprechenden Äußerungen eher zurückhalten. Rechte Wertvorstellungen haben auch diese Jugendlichen allerdings weitestgehend verinnerlicht. Typisch ist auch, »zwei Meinungen« zu haben, das heißt, genau zu wissen und zu unterscheiden, was man vor Eltern, Lehrern usw. sagen bzw. lieber nicht sagen sollte. Diese Unterscheidung in eine offizielle und eine informelle Meinung ähnelt den alten Verhaltensmustern aus DDR-Zeiten.

Darüber hinaus gibt es fast überall rechte Cliquen. Wer es geschafft hat, zu ihnen zu gehören, steht sozusagen »auf der sicheren Seite«. Ein Austausch zwischen diesen Cliquen und Rekrutierung funktioniert über Jugendtreffs, Diskotheken, Szeneläden, Feten o.ä. Dazu kommen natürlich auch persönliche Bekanntschaften und gemeinsame Teilnahme an Aufmärschen, Skinheadkonzerten, sowie an verschiedensten Formen von Schulungs- und Ausbildungslagern oder das kriminelle Milieu. Sie bekennen sich offen und gewalttätig zu ihren rechten Einstellungen. Sogenannte Nazi-Kader haben in diesen Cliquen Vorbildfunktion und sind einzeln oder als Gruppe in überregionale Organisationstrukturen eingebunden.

Gemeinsam ist allen, zu einem Kollektiv der vermeintlich Starken gehören zu wollen und sich gleichzeitig als Opfer des bestehenden Systems zu verstehen. Als identitätsstiftendes Element und bei der Verbreitung rechter Haltungen hat rechte Musik hohe Bedeutung. In der Öffentlichkeit wird die Existenz einer rechtsorientierten bis rechtsextremen Mehrheit häufig geleugnet, schweigend hingenommen oder politisch bagatellisiert.

Die Dimension alltäglicher Bedrohung

Andere Jugendliche, selbst die, die vielleicht nur aus ihrem Gefühl heraus oder in Ansätzen emanzipatorische Vorstellungen vertreten, sind in der Gesellschaft oft als »Linksextreme« oder »Chaoten« stigmatisiert. Als »potentiell gewaltbereit« werden sie in einer kommu-

nalen Problembewertung häufig auf eine Stufe mit den Rechten gestellt. Zu den meisten Jugendprojekten haben sie keinen Zugang, weil dort die Rechten dominieren. Eigene Räume oder öffentliche Treffs, in denen sich relativ ungestört aufgehalten werden kann, gibt es nur selten. Sie fühlen sich – zurecht – nicht unterstützt und werden mit eigenen Initiativen nicht ernst genommen.

Ihre gesellschaftliche Außenseiterstellung wird ihnen durch alltägliches Erleben von Bedrohungen und Angriffen, von Anspucken, Schlagen, Drohbriefen, patrouillierender Nazis oder das Schmieren von Hakenkreuzen an die Wohnungstür, immer wieder bestätigt. Viele versuchen sich, anzupassen, nicht aufzufallen oder suchen ihre Chance im Anschluß an rechtsorientierte Gruppen. Sind sie dazu nicht willens oder in der Lage, haben sie es schwer. In kleinstädtischen Räumen sind sie den Rechten in der Regel bekannt und müssen sich zum Beispiel genau überlegen, welche Wege sie in welcher Form auf der Straße zurücklegen. Sie haben oft nur wenige, mit denen sie sich austauschen können. In einigen Regionen scheint es, für sie überhaupt keine vertrauenswürdigen Ansprechpartner zu geben. Über Erlebtes zu berichten, ist darüber hinaus auch deshalb problematisch, da dies weitere Racheakte rechter Schlägern nach sich ziehen kann. Viele trauen sich daher nicht einmal rechte Angreifer anzuzeigen. Zumal sie die Erfahrung gemacht haben, dass die Polizei nicht immer besonders bereit ist, einzugreifen. Vor Gericht spielt eine rechtsextreme Motivation zwar immer häufiger eine Rolle, aber dass sich eine solche Motivation strafverschärfend auswirkt, ist selten.

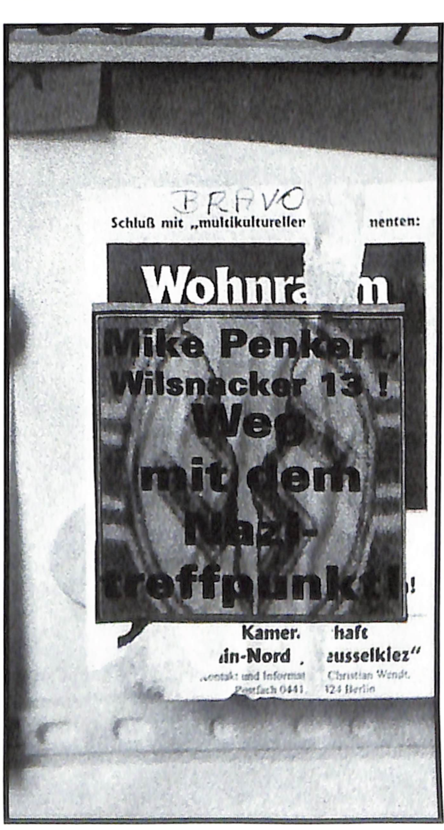
Unter solchen Lebensumständen bleibt vielen dann kaum eine andere Wahl als so bald wie möglich, in eine größere Stadt zu ziehen. Die gesellschaftliche Stigmatisierung dieser Jugendlichen und der fehlende Wille der Gesellschaft einen wirksamen Schutz zu gewährleisten, bei einer anhaltend hohen Bedrohung durch Rechte, erlangen für die Entwicklung einer ganzen Generation Heranwachsender eine Bedeutung, deren Dimension und Folgen für die Zukunft kaum abschätzbar sind.

Aktivitäten von Rechten richten sich aber nicht nur gegen Einzelne. In den letzten Monaten mußten mehrere Veranstaltungen, wie Podiumsdiskussionen, Kinovorstellungen oder ähnliches, bei denen Rechtsextremismus oder Rassismus thematisiert werden sollte, aufgrund von Bedrohungen abgesagt werden oder wurden von Rechten durch massives Auftreten gesprengt.

Bündnisse gegen Rechts

Auch wenn die Situation in etlichen Regionen immer düsterer aussieht, gibt es doch noch immer einige, die die soziale Dominanz der Rechten nicht hinnehmen wollen. Solche Menschen sind nicht nur unter Antifas zu finden, es gibt sie in vielen Bereichen der Gesellschaft. Wer was verändern will, muß bereit sein, sich mit anderen politischen Kräften auseinanderzusetzen. Dazu bieten gesellschaftliche Zusammenschlüsse gegen Rechts die Möglichkeit. Diese Zusammenschlüsse unterscheiden sich in ihrer Entstehung, Zielstellung und Arbeitsweise erheblich und nennen sich Runder Tisch, Aktionsbündnis, Bündnis gegen Rechts oder »Bunt statt Braun«.

Runde Tische, Treffen von etablierten Akteuren, unter Teilnahme von BürgermeisterInnen, der Verwaltung, der Polizei usw., bieten die Chance, das Problem »Rechtsextremismus« in einer Kommune überhaupt erst einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Dabei ist allerdings erfahrungsgemäß die Erwartung, dass sich die unterschiedlichen bis gegensätzlichen Positionen der Teilnehmer in einem Diskussionsprozeß soweit aufeinander zu bewegen, dass aus einem Runden Tisch ein handlungsfähiges Gremium wird, verfehlt. Eine Reihe der dort geäußerten Positionen sind wohl eher Teil des Problems als der Teil der Lösung. Dies erst recht, wenn das Interesse nur mittelbar mit der Sache zu tun hat, sondern beispielsweise parteipolitische Interessen dominieren.



Aktionsbündnisse haben die Koordination von Aktivitäten zum Ziel, nicht nur – wie Runde Tische – die interne Beratung. Ziel einer Beteiligung von Antifas an Aktionsbündnissen können beispielsweise eine grössere öffentliche Wirkung eigener Aktionen oder das Erreichen einer größeren Akzeptanz innerhalb einer Kommune sein. Die Grenzen zeigen sich meist schnell. Anlass für die Bildung von lokalen Aktionsbündnissen sind oft zeitlich gebundene Ereignisse – beispielsweise die Anmeldung eines Aufmarsches der NPD. Nach einer aktionistischen, konzeptionslosen Phase verschwindet der Anlass und damit die Motivation sich zu treffen. Die Erwartung, unter den Beteiligten würde sich ein Problemverständnis entwickeln, auf dessen Grundlage kontinuierliche und umfassende Aktivitäten möglich sind, führt oft zu Frustration unter Antifas. Dazu kommt häufig ein funktionalisierender Blick auf die anderen Bündnispartner, der allein auf ihre Bereitschaft zur Unterstützung eigener Positionen und Aktionsformen gerichtet ist. Bündnispartner sind aber in der Regel in sich widersprüchliche Gruppierungen. Mit Einzelnen mag dabei eine langfristige Zusammenarbeit möglich sein, andere sollte man eher zur Zielgruppe rechnen.

Bei der Beteiligung an Bündnissen ist ein Prinzip entscheidend: Die antifaschistische Gruppe muss eine eigene Position entwickeln, unabhängig vom Bündnis. Ohne genaue Diskussion über die eigenen Ziele und Vorstellung verliert man sich leicht in wirkungslosem Aktionismus oder wird gar als Alibi-»Jugendlicher« vereinnahmt – »Ach, wie schön, dass die Jugend mitmacht!« Neben Bündnisaktivitäten sind also unabhängige Aktivitäten ein Muss. Ein Gegengewicht gegen die Abhängigkeit von kommunalen Bündnissen können regionale Vernetzungen von antifaschistischen Gruppen bilden, in denen man sich gegenseitig berät und unterstützt, auch um politische Ziele nicht aus den Augen zu verlieren.

An Aktionsbündnissen auf Landesebene, wie zum Beispiel in Brandenburg, sind Antifas weder beteiligt noch erwünscht. Das dortige Aktionsbündnis bestand bis zu seiner kürzlichen Umwandlung in einen Verein als Zusammenschluss von Ministerien und nichtstaatlichen Organisationen, von denen sich lediglich einige etablierte Vertreter regelmäßig zu Besprechungen trafen. Die Geschäftsführung lag in den Händen des Innenministeriums. In einer Broschüre zu dem von der Landesregierung ausgearbeiteten Handlungskon-

zept »Tolerantes Brandenburg« heißt es: *»Das Aktionsbündnis ist ein Gremium, welches zur Bündelung und Vernetzung der gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte zur gesamtgesellschaftlichen Prävention eingerichtet wurde.«* Es ist insofern eine spezifizierte Form der an Fragen zu Ordnung und Sicherheit ausgerichteten Kommissionen zur Kommunalen Kriminalitätsverhütung.

Die Arbeitsweise des Aktionsbündnisses und die Ausrichtung der unterstützten Maßnahmen folgt den Intentionen des Handlungskonzeptes. Darin wird das Problem Rechtsextremismus und Rassismus auf ein kulturelles Phänomen in der Gesellschaft reduziert. Rassismus wird psychologisiert: Es seien fremdenfeindliche Vorurteile, die sich bis zur Gewaltbereitschaft steigern könnten. Die Wurzeln barbarischen Handelns wird ausschließlich in der Subjektivität der Bürger verortet: in ihren Einstellungsmustern, Verhaltensweisen, Vorurteilen, Normen und Werten. Es ist der Blick aus der Burg der staatlichen Institutionen herab auf das umgebende Land der Zivilgesellschaft, das regiert und kontrolliert werden soll. Selbstreflexiv ist dieser Blick nicht: er sieht nicht, wie die staatlichen Institutionen mit dem Rassismus der Zivilgesellschaft verstrickt sind, wie sie ihn bedingen.

Der Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem und institutionellem Rassismus, zwischen subjektivem Rassismus und gesellschaftlichen Machtverhältnissen ist kein Thema. Gegenüber zivilgesellschaftlicher »Unvernunft« scheint der Staat die letzte Bastion der Humanität, die Verkörperung der Werte Toleranz, Weltoffenheit, Demokratie, Recht, Gewaltfreiheit, Solidarität und Zivilcourage. Überdeckt wird so der Widerspruch des Staates zwischen Gleichheitsprinzip und Organisation und Absicherung von Ungleichheits- und Machtverhältnissen.

Dieser Blick auf die Probleme setzt sich in den Äußerungen und Handlungsformen lokaler Entscheidungsträger fort. Unter Ausblendung eigener Verantwortung und Verstrickung, werden die Schuldigen der Probleme außerhalb ausgemacht. Es sind die auswärtigen Medien, die »Auseinandersetzungen unter Jugendlichen« zu rechtsextremen Taten hochstilisieren, die Flüchtlinge selbst, ohne die es keine rassistischen Angriffe gäbe. Gewalt wird von »rechten Radikalen von außerhalb«, »linken Extremisten« oder »der ausländischen Mafia« in den Ort hinein getragen.

Dass man sich wehren muß...

Offensiver, körperlicher Widerstand gegen Nazis findet nur vereinzelt statt. Junge Antifas verfügen in diesem Bereich über wenig Erfahrung. Und oft sind die lokalen Kräfteverhältnisse so ungünstig verteilt, dass Antifas sich keine Freiräume mehr dadurch verschaffen können, dass ein Rechter mal an einer dunklen Ecke auf den Kopf bekommt.

Es gibt aber noch immer Regionen, Städte oder einzelne Viertel, in denen es sich im Ergebnis erwiesen hat, dass die Praxis konsequenter Gegenwehr Erfolg haben kann. Es ist sicherlich kein Zufall, dass gerade dort, wo dies über einen längeren Zeitraum gezielt und gut organisiert geklappt hat, die Bedrohung von Rechten auf der Straße gering geblieben ist. Dies wirkt sich auf die allgemeinen Lebensverhältnisse aus und schafft Möglichkeiten für die Entwicklung alternativer Projekte.

In jedem Fall gilt: Mit Militanz alleine ist wohl kaum noch etwas wirklich zu bewegen. ■



Antifa wie weiter?

Rückblicke und Ausblicke

Neulich, bei einer AIB-Redaktionssitzung zum Thema »Antifa-Bewegung: Rückblicke und Ausblicke«:

Anna (35), Lohnarbeiterin: »*Als wir vor zehn Jahren Antifa-Arbeit gemacht haben, hatten wir eigentlich etwas ganz anderes im Kopf, als das, was heute unsere Praxis ausmacht: Wir wollten eine radikale gesellschaftliche Veränderung, wir haben uns als Teil einer breiten linken außerparlamentarischen Bewegung gefühlt, und wir dachten, dass die Abwehrkämpfe gegen die rassistische Mobilisierung nur eine Phase von ein paar Jahren sein würde.*«

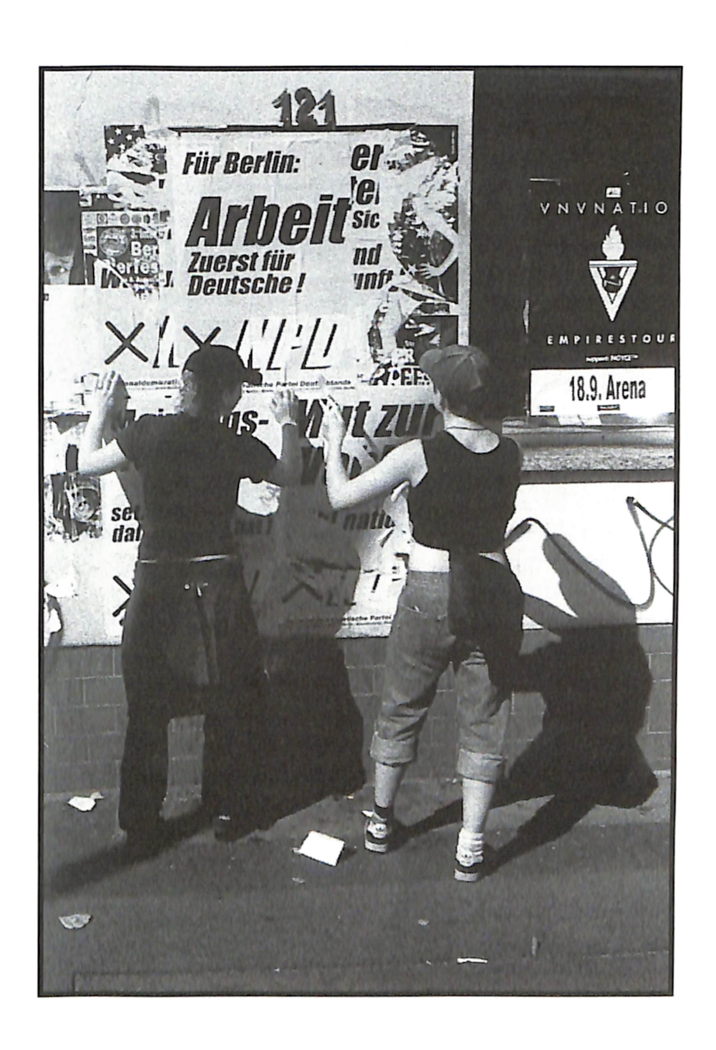
Arthur (30), Wissenschaftler: »*Und jetzt finden wir uns in der Situation wieder, dass wir plötzlich mit wenigen anderen die Überreste genau der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verteidigen, die wir immer kritisiert haben.*«

Paula (25), Studentin: »*Genau das frustriert mich aber auch: Ich wollte nie Alibi-Demokratin spielen, wenn die Medien mal wieder nach einem rassistischen Angriff mit der Lupe nach den Überresten der Zivilgesellschaft suchen. Ich habe immer noch den Anspruch auf radikale gesellschaftliche Veränderungen und will, dass sich das in unserer Praxis wiederspiegelt.*«

Anton (32), Handwerker: »*Aber in Zeiten, in denen die grundlegenden Werte wie die Wahrung von Menschenrechten, Gleichberechtigung für alle hier Lebenden und Demokratie unter Beschuss sind und von immer weniger gesellschaftlichen Kräften tatsächlich für schützenswert erachtet werden, bleibt uns doch gar nichts anderes übrig, als genau dafür zu kämpfen. Das mag nicht sonderlich radikal sein, aber in der Wahl und der Bandbreite unserer Mittel unterscheiden wir uns ja immer noch von den bürgerlichen Hütern der Zivilgesellschaft.*«

Samson (22), Zivildienstleistender: »*Mir geht das Gerede von Zivilgesellschaft auf die Nerven. Ich hab Lust auf Demos, coole Aktionen gegen Nazis, und keine Lust darauf, in jeder AIB-Ausgabe den Textbaustein »Bündnisarbeit« zu wiederholen, wenn es keine Bündnispartner mehr gibt.*«

Simone (30), Dachdeckerin: »*Ich finde noch etwas frustrierend. Mein Eindruck ist, dass wir im AIB gute Informationen und Rechercheergebnisse veröffentlichen, und dass aber im Vergleich zu früher viel weniger praktisch damit gearbeitet wird. Recherche ist doch kein Selbstzweck, sondern soll eine Bewegung und Gruppen vor Ort unterstützen.*«

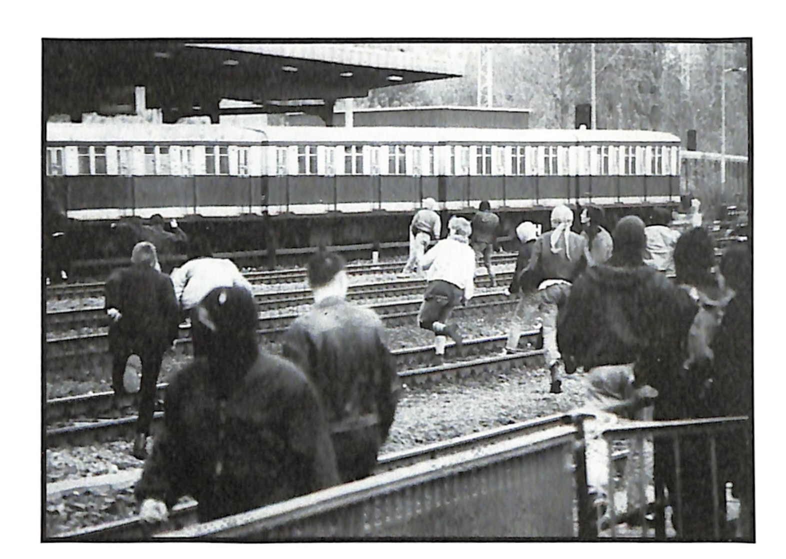


Solche und ähnliche Diskussionen sind Euch sicherlich nicht unbekannt. Mit dem folgenden Artikel versuchen wir, einen Teil der Ergebnisse dieser Diskussion zu dokumentieren, mögliche Handlungsspielräume aufzuzeigen und die Geschichte der antifaschistischen Bewegung der letzten zehn Jahre so selbstkritisch wie möglich und nötig zu beleuchten. Einen Anspruch auf Vollständigkeit oder gar auf »den Stein der Weisen« haben wir dabei nicht und gibt es unserer Meinung nach auch nicht. Der Artikel ist vielmehr als Anregung für weitere Diskussionen gedacht.

Die »goldenen« 70er Jahre?!

In den 70er Jahren hat sich die außerparlamentarische Linke nur am Rand mit Alt- und Neonazis beschäftigt. Vielmehr wurde dieses Politikfeld in der Bundesrepublik vor allem von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), den diversen DKP-Strukturen, Gewerkschaften und den Jusos bearbeitet. Die einzige Ausnahme aus dem linksradikalen Spektrum war lange Zeit der Kommunistische Bund (KB), der aber auch parteiähnlich organisiert war. Das Thema Neofaschismus war zum einen wesentlich enger als heute mit einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen – personellen, gesellschaftlichen und ideologischen – Kontinuitäten verknüpft. Oftmals waren hohe Vertreter des NS-Regimes noch in Amt und Würden – sei es als Politiker, als Richter, Staatsanwälte, Bundeswehrgeneräle, hohe Polizeibeamte,

ÄrztInnen und ProfessorInnen. Zum anderen stellte das Gedenken an die Shoa und der Zugang zu konkreter Geschichtsaufarbeitung einen wesentlich größeren gesellschaftlichen Sprengsatz dar – sowohl im positiven wie im negativen Sinne. Im Zuge der Ausläufer der 68er Bewegung wurde in vielen Familien erstmals die Mauer des Schweigens um die Täterschaft der Väter und Großväter gebrochen, weil Jugendliche auf eine Auseinandersetzung bestanden; zum ersten Mal wurden die Konsequenzen des Nationalsozialismus in den Lehrplänen des schulischen Geschichtsunterrichts behandelt und fanden Eingang in pädagogische Bereiche – und nahmen dort wesentlich mehr Raum ein als heute. In dieser Zeit entstanden auch viele lokale Geschichtswerkstätten, die mit ihrer Arbeit oft für heftige Auseinandersetzungen vor Ort sorgten.



Die gerade im Entstehen begriffene autonome Bewegung und die Jugendzentrumsbewegung, die sich oft an der Forderung nach selbstverwalteten Jugendzentren politisierte und radikalisierte, wurde nur anlaßbezogen zum Thema »Neofaschismus« aktiv, vor allem bei Parteitagen und Demonstrationen der NPD. Bei diesen Anlässen traf man vor Ort mit den parteiförmig organisierten AntifaschistInnen zusammen, die jedoch sowohl in Bezug auf Recherche als auch in der Öffentlichkeitsarbeit tonangebend waren. Eine Ausnahme war auch hier der KB, der eigenständig Rechercheergebnisse veröffentlichte. Antifaschistische Großevents wie die legendären ersten »Rock gegen Rechts«-Konzerte wurden dagegen von den Jugendorganisation der Parteien wie Jusos, Falken und SDAJ organisiert. Das Engagement gegen Rechtsextremismus hatte für jüngere außerparlamentarische Linke in erster Linie »Ereignischarakter«; es war eingebettet in eine vielfältige linksradikale Praxis und Bewegung und für die wenigsten Schwerpunkt ihrer politischen Identität.

Ähnliches galt auch für die linken militanten Gruppen wie die Revolutionären Zellen (RZ), Rote Zora und die RAF jener Jahre (vgl. hierzu AIB Nr. 41, Gastbeitrag von Klaus Viehmann). Grundsätzlich war vielen das Feld »Rechtsextremismus« zu verstaubt, zu sehr von alten KommunistInnen und SozialdemokratInnen bestimmt, und die Notwendigkeit für breite gesellschaftliche Bündnisse schien auch nicht gegeben: Schließlich schien die Linke in Deutschland keineswegs isoliert. Und die radikale Linke schwankte zwischen einer von den antiimperialistischen und antikolonialen Befreiungsbewegungen geborgten Hoffnung nach »der Weltrevolution« – je weiter weg desto besser – und dem »Kampf gegen die Zustände im Herzen der Bestie«.

Die 80er zwei Gesellschaften im Umbruch und kurz vor Toresschluss

Dieser Trend war auch Anfang der 80er Jahre ungebrochen. Nach den militanten Protesten gegen ein öffentliches Bundeswehrgelöbnis in Bremen 1981 konstituierte sich eine autonome Bewegung, die schnell wuchs und in vielen gesellschaftlichen und politischen Bereiche aktiv wurde: In der Anti-AKW-Bewegung, in der Anti-NATO-Bewegung, im Häuserkampf. In all diesen Bereichen waren Autonome immer wieder in breite Bündnisse eingebunden. Sicherlich: Diese Bündnisse waren nicht immer von langer Dauer, die Militanz-Frage wurde mehr als einmal zum Knackpunkt, an dem sich nicht nur verbal die Geister schieden. Doch die Stärke der autonomen Bewegung und ihr daraus resultierendes Selbstbewußtsein versetzten sie überhaupt in die Lage, derartige Bündnisse einzugehen. Ab Mitte der 80er Jahre erstarkten aber auch neonazistische Gruppierungen in Westdeutschland; die Antwort der autonomen Bewegung darauf war weiterhin zumeist ereignisbezogen; nur in regionalen Brennpunkten entstanden explizite autonome Antifagruppen, die sich aber weiterhin als Teil einer großen Bewegung verstanden. Im Vordergrund stand jedoch die Auseinandersetzung mit staatlichem Rassismus und einer rigiden Ausländerpolitik der CDU/FDP-Koalition. Autonome Flüchtlingspolitik setzte damals vor allem auf die Selbstorganisierung der Betroffenen. Die militanten Gruppen wie die RZ und Rote Zora versuchten, mit Anschlägen wie gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAST) in Berlin konkrete Verantwortliche für den staatlichen Rassismus zu treffen und den Betroffenen Luft zu verschaffen.

Ende der 80er wurden die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umbrüche von einer Welle rassistischer Mobilisierung in Westdeutschland begleitet, die u.a. durch eine massive staatliche Hetze gegen Flüchtlinge und die Wahlerfolge der Republikaner geprägt war. Parallel bildeten sich auch in der DDR erste subkulturelle rechtsextreme Formationen, zumeist in Form von Jugendcliquen und Skinheadgangs, die sowohl gegen Punks als auch gegen VertragsarbeiterInnen losschlugen und antisemitische Grabschändungen durchführten. In Westdeutschland führte dies dazu, dass sich innerhalb der autonomen Bewegung eine autonome Antifa entwickelte, die in ihren Aktionsformen die ganze Bandbreite autonomer Aktionen integrierte, politisch aber schnell – und das im Gegensatz zu vielen anderen Autonomen, die längst kaum noch über die eigene Bewegung hinaus blicken wollten oder aber mit der Sanierung ihrer ex-besetzten Häuser beschäftigt waren – auf eine selbstbewußte Bündnispolitik setzte.

Das Selbstschutz-Konzept

Ein Beispiel für die Übersetzung eines politischen Grundverständnisses von Antifaschismus in konkretes Handeln aus dieser Zeit ist das West-Berliner »Selbstschutz«-Konzept des Jahres 1989, das ähnlich auch in Hamburg umgesetzt wurde. Die militante Neonazi-Szene hatte für den 20. April '89, den 100. Geburtstag Hitlers, vielfältige Aktionen angekündigt die dann allerdings ausblieben. In der Antifabewegung, bei jugendlichen MigrantInnen und bei autonomen Gruppen löste die Ankündigung ziemliche Empörung und Zorn aus – nach dem Motto: *»Das können die sich hier nicht erlauben.«* Bei vielen GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und älteren Mi-

grantInnen bestand aber auch ein Gefühl der Verängstigung und Einschüchterung. Dieser Stimmung mußte ein antifaschistisches Konzept Rechnung tragen. Unter dem Motto »Den Antifaschistischen Selbstschutz organisieren« sollte die individuelle Angst aufgebrochen werden. Das Konzept lief darauf hinaus, das Bedrohungsgefühl der Einzelnen durch solidarisches Handeln zu überwinden. Dabei mußten erstens viele verschiedene Menschen und Spektren die Möglichkeit haben, sich am Selbstschutz zu beteiligen. Zweitens sollte damit auch und gerade die Bedrohung in den vom Nazi-Terror besonders geplagten Außenbezirken aufgebrochen werden. Zugleich wurde die Kampagne produktiv genutzt: Über ganze Stadtgebiete wurden Anlaufstellen eingerichtet, in denen dann Informationen erhältlich waren, Veranstaltungen stattfanden usw. Selbstschutz sollte nicht nur eine Sache breitschultriger männlicher »Kampfmaschinen« sein. In einem solchen Konzept sollten auch Menschen ihren Platz haben, die Gewalt prinzipiell ablehnen, oder solche, die aus unterschiedlichsten Gründen keinesfalls auf der Straße aktiv werden konnten oder wollten; sei es, weil sie körperlich nicht dazu in der Lage waren, z.B. im Rollstuhl saßen, oder weil sie als MigrantInnen, möglicherweise ohne Paß oder mit sehr eingeschränkter Aufenthaltsgenehmigung, zu gefährdet waren. Da Selbstschutz eben mehr bedeutet als nur handgreifliche Auseinandersetzungen, war es möglich, auf dieser Basis ein breites Bündnis zu halten. Wichtig war dabei, dass es schon im Vorfeld eine enge Zusammenarbeit von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen gegeben hatte, und dass autonome AntifaschistInnen mit militanten Aktionen ganz bewusst auch am Stadtrand und ausserhalb der »Szene-Stadtteile« agierten.



Auch in der DDR entstanden in dieser Zeit erstmals Antifagruppen, die in einer linken Oppositionsbewegung verankert waren. Vielfach entstanden sie aus kirchlichen Jugendgruppen bzw. oppositionellen Jugendgruppen, die sich unter dem Schutz der Kirchen trafen. Oft war ihre Hauptmotivation für Aktivitäten im Bereich Rechtsextremismus persönliche Betroffenheit: Als Punks waren sie ständigen Angriffen von rechten Skinheads ausgesetzt; und gleichzeitig fanden sie sich gegenüber dem Staat und der DDR-Gesellschaft in einer Bittsteller- und Forderungsposition, denn offiziell wurde die Existenz von Rechtextremismus als auch Antisemitismus in der DDR geleugnet. Ausserdem verkörperten junge Rechte auch in der DDR die dort geschätzten Sekundärtugenden von Ordnungs- und »Vaterlandsliebe« über Disziplin bis hin zu Arbeitswilligkeit etc. Sie waren bestens integriert, während junge linke Oppositionelle als Staatsfeinde behandelt und gesellschaftlich ausgegrenzt wurden.

Die 90er – Zwischen grenzenloser rassistischer Mobilisierung und eigener Antifa-Identität

Über die rassistische und rechtsextreme Mobilisierung nach der Einverleibung der DDR durch die Bundesrepublik ist im AIB schon viel geschrieben worden. Wir wollen uns deshalb an dieser Stelle auf das Aufzeigen einiger Aspekte der linksradikalen und antifaschistischen Reaktionen darauf beschränken.

An die »Selbstschutz-Kampagne« der späten 80er Jahre knüpfte Anfang der 90er Jahre in Berlin ein anderes Konzept antifaschistischen Selbstschutzes an. So waren damals in Berlin bestimmte S-Bahn-Linien Schauplätze brutaler Übergriffe durch Nazi-Banden. Die Bewegungsfreiheit für MigrantInnen, Obdachlose, Behinderte und Linke in diesen Bereichen war erheblich eingeschränkt, ein Stück öffentlichen Raumes drohte verloren zu gehen. Diese Situation wollten AntifaschistInnen dadurch überwinden, dass sie den Nazischlägern die betreffenden Räume systematisch entrissen. Auf den entsprechenden S-Bahn-Strecken fuhren deshalb gezielt und zu ganz unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten größere Gruppen von AntifaschistInnen, die mit Fahrgästen ins Gespräch kamen, manchmal auch Flugblätter verteilten und Naziparolen beseitigten. Einige dieser Gruppen bestanden beispielsweise nur aus Frauen und Lesben, die zugleich die ständige Bedrohung durch sexistische und patriarchale Gewalt im öffentlichen Raum mitthematisierten. Mehrfach kam es zu Konfrontationen mit rechten Schlägern, die aber bald verstanden, daß eine große Gruppe von Menschen, die sich ihnen solidarisch entgegenstellt, in der Lage ist, Angst zu überwinden. Und Angst ist eine sehr wichtige Voraussetzung für den Erfolg von Nazi-Terror. Derartige antifaschistische Selbstschutz-Kampagnen – wie auch beispielsweise Fahrwachen zu bestimmten Anlässen, antirassistische und antifaschistische Notfalltelefone, die untereinander vernetzt waren, sowie Schutzkonzepte für Heime in Großstädten und im jeweiligen Umland – brachten nicht immer nur Erfolge. Manchmal wurden Beteiligte stark gefährdet, es gab Festnahmen und Verletzte. Trotzdem sind die Grundgedanken des Konzeptes auch heute noch wertvoll: Antifaschistischer Selbstschutz lebt von seiner »Glaubwürdigkeit«, von der Beteiligung vieler unterschiedlicher Menschen mit unterschiedlichen Möglichkeiten und Bedürfnissen sowie von der ständigen Begleitung der eigenen Aktivitäten durch eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit. Dies ist schon deswegen wichtig, um sich nicht einfach an irgendwelchen Nazis abzuarbeiten, sondern zugleich auch eine andere Kultur und alternative Gesellschaftsvorstellungen mit zu transportieren.

Viele derjenigen, die heute noch autonome Antifaarbeit in Ost- und Westdeutschland machen, haben sich Anfang der 90er Jahre politisiert; ihr Blickwinkel auf Politik und diese Gesellschaft ist von dieser Zeit – und dem Gefühl der ständigen Abwehr, der zunehmenden Ohnmacht und des ständigen »reagieren Müssens« geprägt. Dies gilt insbesondere für den Osten, wo die Antifabewegung zunächst als Selbstschutzbewegung die linksradikale Bewegung war – und ist –, wo sich linke Jugendliche politisiert und ihre Identität in Abgrenzung zum rechten

Mainstream entwickelt haben. Vor dem Hintergrund rassistischer Pogrome wie in Hoyerswerda und Rostock, der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 und mörderischer neonazistischer Brandanschläge in Mölln, Solingen und an vielen anderen Orten erlebte die Antifabewegung sowohl als linke autonome Bewegung – zu einer Zeit als die traditionelle autonome Bewegung aufgrund des (vorläufigen) weltweiten Siegeszuges des Kapitalismus und den gesellschaftlichen Umbrüchen in Deutschland schon in einer tiefen Krise war – zwar einen erheblichen Aufschwung; andererseits war sie seitdem mit einer gesellschaftlichen Situation konfrontiert, in der für linke Utopien und Träume von gesellschaftlicher Befreiung kein Platz mehr vorhanden schien.



»Antifa heißt Angriff«

Nun scheint es beim ersten Hinsehen so, als wäre die Parole »Antifa heißt Angriff«, die Ende der 90er Jahre aufgekommen ist, und soviel radikaler als »antifaschistischer Selbstschutz« klingt, das weitergehende Konzept – und noch dazu ein Konzept, das ein Ende des ewigen Reagierens verspricht und eigene Stärke vermittelt. Dahinter verbergen sich zwei Kurzschlüsse: Kurzerhand wurde da – in einer Art Trotzreaktion auf die politische Defensive, in der sich die ausserparlamentarische Linke spätestens seit '90 befindet – eine Parole als Konzept verkauft. Diese Parole zum Konzept zu erheben, geht von einem falschen Verständnis von Antifaschismus aus:

Antifa heißt eben nicht Angriff, sondern Selbstverteidigung, auch wenn diese »offensiv« ist. Nur daher erhält das Konzept seine Legitimation, dass es unvermeidlich ist, sich gegen neonazistischen Terror zu wehren. Antifaschismus ist weder eine revolutionäre Bewegung, noch eignet er sich als Basis zum Aufbau »parteiförmiger« linker Strukturen. Antifaschismus muß vielmehr als Aktionsfeld immer Bestandteil einer breiten linken Bewegung sein; für sich genommen ist eine antifaschistische Bewegung in erster Linie eine Abwehrbewegung, die versucht, Vorstellungen und Ideale einer humanistischen und solidarischen Gesellschaft gegen Nationalismus, Rassismus, Rechtsextremismus und kapitalistische Verwertungslogik zu verteidigen. Die Parole »Antifa heißt Angriff« zum Konzept zu erheben, birgt noch weitere Probleme.

Zum einen organisiert man sich angesichts der momentanen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse mit einem derartigen Konzept die eigenen Niederlagen anstatt der eigenen Bewegung und sympathisierenden gesellschaftlichen Kräften oder Einzelpersonen Mut zu machen. Darüber hinaus ist die Parole als Konzept zum Selbstzweck geworden; sie schließt viele Menschen aus, fördert patriarchales Mackertum, indem sie eine Hierarchie von Aktionsformen kultiviert – in der Militanz nicht mehr ein gleichberechtigtes Mittel unter vielen ist, sondern ganz oben steht – und sie führt dazu, dass auf unterschiedliche Bedingungen an unterschiedlichen Orten nur noch reflexartig mit den immer gleichen Parolen und Aktionsformen reagiert wird. Militanz wird dann nicht mehr als ein bewußt gewähltes politisches Mittel eingesetzt, sondern als – oftmals auch nur noch – verbaler Reflex.

Mit Blick auf eine andere Form des Zusammenlebens von Menschen – eine solidarische Form – ist das Selbstschutzkonzept das viel weitergehende, im Wortsinne radikalere Konzept. Es versetzt diejenigen, die alleine schwach sind, in die Lage, ihren Raum in der Gesellschaft zu verteidigen und zu behaupten, indem es das solidarische Vorgehen vieler unterschiedlicher Menschen ermöglicht. Es setzt nicht auf militärische Stärke, sondern auf die Überwindung individueller Angst durch solidarisches Handeln. In den 80er Jahren wurde dies in der bekannten Zeichnung von den vielen kleinen Fischen ausgedrückt, die gemeinsam den großen Raubfisch in die Flucht jagen. Auf antifaschistischen Selbstschutz-Plakaten waren meistens viele gemeinsam vorgehende Menschen abgebildet, selten einzelne »schwache« Menschen (kleine Mädchen, alte Frauen), die das angsterzeugende »Monster« in die Flucht jagen.

Bündnisse?!

An dieser Stelle ist es notwendig, sich noch einmal die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten zehn Jahre bewußt zu machen: Unterschiedlichste Faktoren kommen zusammen: Der scheinbar unaufhaltbare Siegeszug des Kapitalismus, der zu einer extremen Entsolidarisierung und Ausgrenzung »nicht-verwertbarer« Gruppen geführt hat. Der Golfkrieg, mit dem die Militarisierung in Deutschland einen erheblichen Schub erhalten hat. Die de- facto- Abschaffung des Asylrechts und staatlicher Rassismus: All das hat eine gesellschaftliche Normalität geschaffen, in der die Anfang der 90er Jahre immerhin zwar nicht betroffene, aber doch empörte liberale Öffentlichkeit sich in weiten Teilen Deutschlands als politischer Faktor verabschiedet hat – und damit für die autonome Antifa- und auch Antirassismus-Bewegung ein wichtiger Bündnispartner weggebrochen ist. Engagierte Einzelpersonen aus Gewerkschaften oder Parteien repräsentieren schon längst nicht mehr ihre Organisationen oder gar eine wie auch immer große Basis. Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg antifaschistischer Selbstschutzkonzepte bestand und besteht in der dauerhaften Einbindung antifaschistischer Strukturen in gesellschaftliche Bündnisse. Gerade die letzten Erfahrungen mit Neonazi-Demos wie in Kiel und Göttingen zeigen, dass eine breite gesellschaftliche Abwehrfront große Aufmärsche be- und manchmal auch verhindern kann. Während überall dort, wo die gesellschaftliche Grundstimmung den Neonazis Desinteresse oder gar Zustimmung signalisiert, ein kleines Häufchen linksradikaler AntifaschistInnen nur wenig ausrichten kann, wie am 29. Januar in Berlin. Bündnisse sind komplizierte Gebilde, die oft sehr problematisch werden können. Erfolgreich sind sie in der Regel da, wo über lange Jahre Vertrauen zwischen autonomen AntifaschistInnen und einzelnen Personen aus den bürgerlichen Verbänden und Organisationen entstanden ist.

Aus den häufigen Mißerfolgen darf keinesfalls die Konsequenz gezogen wer-

den, Bündnisse in Deutschland ganz aufzugeben. Auch die linksradikale Antifabewegung ist ein Teil der Gesellschaft, ein Teil der Öffentlichkeit, und damit für die Stimmung in diesem Land mitverantwortlich. Stimmungen und Einstellungen darf man nie als unabänderlich voraussetzen und akzeptieren. Politik bedeutet auch, Stimmungen zu beeinflussen. Auch wenn die Antifabewegung als Reaktion auf bestimmte politische Entwicklungen wie den Bundeswehreinsatz in Jugoslawien, die Abschaffung von §16 des Grundgesetzes etc. – sicherlich notwendige – Brüche mit ehemaligen Bündnispartnern vollzogen hat: Es wäre fatal, unsere Isolation, die auch daraus entstanden ist, zu pflegen oder gar als Tugend zu verkaufen. Vielmehr müssen wir unsere Suche nach Bündnispartnern intensivieren und durch Diskussionen und Einmischung versuchen, was sich uns als monolithische Blöcke in Form von Organisationen und Parteien präsentiert, aufzubrechen, Oppositionelle innerhalb dieser Organisationen und Parteien gezielt anzusprechen und zu bestärken. Dabei muss allerdings immer eine Abwägung stattfinden, wieviele Zugeständnisse der ohnehin kleine gemeinsame Nenner »gegen Nazis« rechtfertigt und ab wann es sinnvoll und auch notwendig ist, eigene – im Wortsinne – autonome Aktionsformen zu wählen. Dazu kommen dann noch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen für autonome AntifaschistInnen in Großstädten und in »der Provinz«.

Aus Fehlern und Niederlagen lernen

Es gibt mehrere Fehler der Antifabewegung der 90er Jahre, aus denen wir lernen müssen. Zum einen dachten wir aufgrund des »Booms« der Antifabewegung nach Rostock, dass wir so viele wären, dass das Wegbrechen der klassischen Bündnispartner zu verkraften wäre. Zum anderen ist es der Antifabewegung – und auch dem AIB – damals nicht gelungen, den Zusammenhang zwischen staatlichen, institutionellem Rassismus, gesellschaftlichem Rassismus und rassistischer Gewalt ausreichend zu problematisieren und zum Kern unseres politischen Handelns zu machen. Im Gegenteil: Wir haben mehr Energie in klassische antifaschistische Recherche gesteckt als in Rassismusanalysen und antirassistische Handlungskonzepte, was u.a. zum Auseinanderdriften von Antifa- und Antira-Bewegung geführt hat. Fatale Konsequenzen dieser Fehleinschätzung zeigten sich ab Mitte der 90er Jahre: Während sich die Naziszene nach den staatlichen Partei- und Organisationsverboten von FAP, NF u.a. umstrukturierte, waren Neonazis in vielen Orten öffentlich nicht mehr so präsent wie Anfang der 90er und heute. Das führte vielerorts zum Einschlafen und zur Auflösung antifaschistischer Strukturen, während gleichzeitig die rassistische Mobilisierung in Politik und Gesellschaft unvermindert weiterging und den Boden für die nächste Welle rechtsextremer und rassistischer Gewalt Ende der 90er bereitete. Ein weiterer Fehler der Antifa-Bewegung in den letzten Jahren war ihre Konzentration ausschließlich auf den »Feind«, anstatt die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und staatlichem Rassismus dazu zu nutzen, Alternativen aufzuzeigen. Es war ein aus unserer eigenen Schwäche und Überforderung entstandenes Versäumnis, während der CDU-Unterschriftenkampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft im vergangenen Jahr nur gegen CDU-Stände zu protestieren, anstatt selbst offensiv, zu selbstgewählten Zeiten an selbstgewählten Orten für die sofortige rechtliche Gleichstellung aller hier lebenden Menschen zu werben.



Auf der Suche nach Utopien

Auch wenn sich die antifaschistische Bewegung Anfang und Mitte der 90er Jahre statt als Teilbereich einer linksradikalen außerparlamentarischen und zumeist autonomen Bewegung immer mehr zur eigenständigen Bewegung entwickelte – und oftmals auch in bewußter Abgrenzung zur autonomen Bewegung eigene Identitäten und politische Schwerpunkte entwickelte – wäre es absurd, die enge Verbindung beider Bewegungen zu leugnen. Die Schwäche der außerparlamentarischen Linken spiegelt sich im Zustand der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit wieder. Zugespitzt formuliert, sind wir heute mit einer Situation konfrontiert, in der die Antifabewegung – neben der Anti-Atom-Bewegung und den autonomen Antirassismusgruppen – in vielen Regionen der einzig sichtbare und greifbare Überrest der autonomen Bewegung ist. Das bedeutet zum einen ein erhöhtes Maß an staatlicher Repression, zum anderen ein erhöhtes Maß an gesellschaftlicher und politischer Verantwortung. Auch anhand anderer antifaschistischer Aktivitäten lässt sich der gesellschaftliche Rückzug feststellen: Anfang der 90er Jahre blieb es zumeist autonomen AntifaschistInnen überlassen, durch gründliche Recherche – oftmals mit direkt Betroffenen und Opfern rechter Gewalt vor Ort – den Grad rechtsextremer Organisierung aufzuzeigen und den Medienhype von »frustrierten rechten Jugendlichen« als billigen Mythos zu enthüllen. Auch das AIB hat damals viel Energie in »Enthüllungs-Antifaschismus« gesteckt. Diesen Bereich antifaschistischer Arbeit halten wir nach wie vor für notwendig und sinnvoll: Rechte Gewalt fällt nicht vom Himmel, heute weniger denn je, und die Kader ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren, kann Neonazis in Einzelfällen zumindest kurzfristig in die Defensive bringen. Und sicherlich liegt es auch an antifaschistischer Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit, dass das Problem rechter Hegemonie und Organisierung mittlerweile zum Standardthema bürgerlicher Medien gehört. Doch wer bei deren »Problemanalyse« stehen bleibt, wird nicht einmal ansatzweise mehr Bewegungspielraum oder gar Freiräume für MigrantInnen, Flüchtlinge oder nicht-rechte Jugendliche schaffen. Auch wir müssen selbstkritisch anmerken, dass wir die rassistische Mobilisierung anfänglich unterschätzt haben, die dazu geführt hat, dass es immer mehr Regionen und Bereiche gibt, in denen sich organisierte Rechtsextreme wie Fische im rassistischen Wasser bewegen. Gerade deshalb wäre eine antifaschistische Bewegung ohne antirassistische Praxis, ohne konsequentes Vorgehen gegen staatlichen Rassismus und konkrete Zu-

sammenarbeit mit MigrantInnen und Flüchtlingen eine unpolitische »Anti-Nazi«-Bewegung, die sich von jeglichen emanzipatorischen Ideen verabschiedet. Insgesamt ist der Antifabewegung in den letzten Jahren so etwas wie ein Grundverständnis verloren gegangen. Die verschiedenen Aktivitäten antifaschistischer Gruppen drohen immer mehr aufgesplittert zu werden. Antifaschismus stellte in der alten Bundesrepublik einen übergreifenden Zusammenhang zwischen mehreren Feldern her, die man vielleicht als die »Säulen« antifaschistischer Politik bezeichnen kann: Die Erinnerung an den Faschismus und Nationalsozialismus, seine Verbrechen und den Widerstand dagegen. Dazu gehörte die Durchsetzung von Erinnerung im lokalen Umfeld, die Betreuung der Gedenkstätten, die Aufrechterhaltung eines Kontaktes zwischen den verschiedenen Generationen, die Aufarbeitung der örtlichen Geschichte in Geschichtswerkstätten und ähnliches mehr.



Die Auseinandersetzung mit den revanchistischen, militaristischen und nach außen aggressiven imperialistischen Tendenzen in Deutschland. In den Jahren bis '89 hieß das v.a. Auseinandersetzung mit aggressivem Antikommunismus, mit dem Revanchismus der Vertriebenenverbände und anderer Gruppen und mit dem Militarismus der Bundeswehr, ihrem »Auftrag« und Traditionsverständnis. Seit '89 hat sich hier einiges verschoben: Wichtig ist nun v.a. die Auseinandersetzung mit den aggressiven imperialistischen Tendenzen, mit geopolitischen Doktrinen, mit der Volksgruppenpolitik in Osteuropa usw. Die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung innerhalb Deutschlands. Hierunter fallen Neonazigruppen und das rechtsextreme Spektrum sowie die Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus. Hierunter fallen aber auch autoritäre Tendenzen innerhalb der etablierten Parteien und insbesondere in Regierungspolitik, v.a. auch im Bereich »innere Sicherheit«. Aus dieser letzten »Säule« hat sich im Verlauf der 80er und 90er mehr und mehr ein eigenständiger Bereich entwickelt, der sich mit staatlichem Rassismus auseinandersetzt. Da es hier auch um Grenz-, Europa- und Außenpolitik geht, ist dieser Bereich zu mehr Eigenständigkeit gelangt und muß heute eigentlich als vierte Säule gelten. Hinzu kommt noch die Auseinandersetzung mit der sogenannten Neuen Rechten und deren gesellschaftliche Hegemoniebestrebungen. Nun werden alle diese Bereiche im einzelnen weiter behandelt – oft sogar im Vergleich zu früher mit viel besseren Konzepten. Dennoch droht damit ein Verständnis verloren zu gehen, das zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Tendenzen einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sieht. Aber die Probleme des Antifaschismus an der Schwelle zum neuen Jahrzehnt gehen noch tiefer. Sie betreffen im Grunde die allgemeine Einstellung, man könnte sagen die Haltung oder das Lebensgefühl in unserer Bewegung. Manchmal scheint es, als hätten viele von uns jede Hoffnung, jede Vorstellung von einer anderen, menschlicheren Gesellschaft verloren. Eine verbreitete Stimmung unter Antifas ist heute – nach all den Jahren nationalen Taumels, rassistischer Gewalt und außenpolitischer »Unverkrampftheit« ist dies auch gut zu verstehen – eine Art von Existenzialismus, manchmal sogar Nihilismus. Das Grundgefühl, das diese Stimmung prägt, ist Hoffnungslosigkeit und Hyper-Skeptizismus. Jedenfalls werden die gesellschaftlichen Zustände oft genug als unveränderlich wahrgenommen. Damit fehlt der Antifa-Bewegung – wie den Resten der autonomen Bewegung und der gesamten Gesellschaft – jede konkrete Utopie, jedes Bewußtsein für utopisches Denken. Das Verschwinden einer Vorstellung von einer möglichen besseren Welt kann aber nur zu einer Hinnahme des Bestehenden und zu Resignation führen. Eine inhaltliche Verbürgerlichung autonomer Bewegungen, die allenfalls durch militante Aktionsformen kaschiert werden kann, ist die Folge.

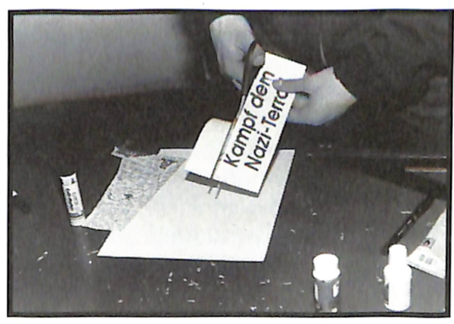
Ein neues Selbstbewußtsein?!

Ist es wirklich so verkehrt, in Zeiten, in denen Grundwerte wie Menschenrechte und Gleichberechtigung vieler hier Lebenden mit Füßen getreten werden, Bündnisse mit all jenen zu suchen, die ein Interesse daran haben, dass diese Zustände nicht so bleiben, wie sie sind? Und ist es nicht eben »revolutionärer Reformismus«[1], in dem Bewußtsein, dass Veränderungen nur in langfristigen gesellschaftlichen Prozessen möglich sind, der zur Zeit notwendig ist?

Das bedeutet: Ein antifaschistisches Selbstverständnis und eine Praxis, die selbstbewußt genug ist, auf eigene Aktionsformen wie militanten Selbstschutz zu bestehen und durch dieses Selbstbewußtsein in Bündnissen mit allen möglichen gesellschaftlichen Kräften agieren kann. Nur eine antifaschistische Bewegung, die authentisch – und dabei selbstkritisch – ist, wird auch in Zukunft für viele Menschen anziehend sein. Authentisch heißt in diesem Fall, auf ein Wechselbad von pseudo-revolutionären Phrasen und anbiedernder Praxis zu verzichten, sondern stattdessen dazu zu stehen, dass wir immer noch eine grundlegend andere Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Rassismus, Sexismus und Unterdrückung wollen; während wir gleichzeitig selbstbewusst, phantasievoll und offen genug sind, um in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen den jeweiligen Bedingungen vor Ort angemessen zu agieren – anstatt nur zu reagieren. Wir haben es nicht nötig, uns, unser Wissen, unser Lebensgefühl, unsere Praxis und unsere Identität zu verstecken. Nur dann ermutigen wir andere, sich mit uns gemeinsam gegen den rechten Mainstream zu stellen. ■

1) Wir haben diesen Begriff gewählt, weil er unserer Ansicht nach am ehesten das Spannungsfeld zwischen unserem eigenen politischen Selbstverständnis und unseren praktischen Möglichkeiten bzw. dem, was wir in konkreten Situationen an Praxis für notwendig und möglich halten, ausdrückt. Oder anders gesagt: Die Zeiten, in denen es autonomen AntifaschistInnen möglich war, eine »weisse Weste« im Sinne der »reinen autonomen Lehre« zu bewahren, sind vorbei – zumindest dann, wenn wir politisch intervenieren und Einfluß nehmen wollen.

Vom 22.- 24. Oktober '99 fand in Leipzig der »Verstärker-Kongreß« mit 400 TeilnehmerInnen statt. Als einen Beitrag des Bündnis gegen Rechts (BgR) Leipzig zur Frage »Antifa-Perspektiven« dokumentieren wir nachfolgend die gekürzte Einleitung der Nachbereitungsbroschüre zum Kongreß:



Bewertung des Verstärkerkongresses in Leipzig

Auf zu neuen Ufern?

Die unmittelbare Wahrnehmung des Kongresses läßt diesen als Erfolg erscheinen. Der im bundesweiten Antifazusammenhang bemerkbare Wunsch nach inhaltlicher Auseinandersetzung konnte eingelöst werden. Die Form des Kongresses ermöglichte sowohl die Teilnahme als auch die Repräsentation verschiedener Strömungen innerhalb der bundesdeutschen Antifa. (...) In 18 verschiedenen Arbeitsgruppen sollte auf die von uns gestellten Fragen zu der *»Politischen Bedeutung der Kultur«*, der *»Option Selbstverwaltung für Linksradikale und Nazis«*, den *»Staatlichen Strategien«*, und den daraus erwachsenden *»Konzepten und Strategien«* Antworten gefunden werden. Zu fragen bleibt aber, ob mit dem Ergebnis nicht einige der selbst gestellten Ansprüche verloren gingen, oder ob die im Vorfeld formulierten Ansprüche nicht unnötiger Ballast bei der Vorbereitung gewesen sind, ohne den sich eine genauso angenehme »Ideenmesse Antifa 2000« hätte ausrichten lassen. Nachfolgend stellen wir einige Nachbetrachtungen zu den uns wichtigen Punkten vor.

Schwerpunktsetzung

Obwohl festgehalten werden muß, dass die Vorstellungen der Vorbereitungsgruppe und der ReferentInnen, was bei den einzelnen Themen und ihrer Skizzierung der Gegenstand des Vortrages sein würde, teilweise erheblich voneinander abwichen und sich in der Nachbereitung entsprechend kein in sich stimmiges Bild des Themenkomplexes *»Nazihegemonie – rechte Alltagskultur«* abzeichnet oder gar do-it-yourself Anleitungen für die Beseitigung einer dominanten Naziweltanschauung zu erkennen sind, schätzen wir die thematische Eingrenzung als erfolgreiche Maßnahme zur Strukturierung des Kongresses ein.

Die konkrete Vorgabe von Fragen ist Voraussetzung dafür, andere Theoriefragmente und politische Praxen in einen antifaschistischen Kontext zu überführen. Gleichzeitig stellt sie eine Fokussierung der Diskussion dar, orientiert diese an Problemen und verlangt so eine Diskussion, die weniger von der Darstellung grundsätzlicher Positionen bestimmt ist, als vielmehr vom geteilten Interesse an der Lösung eines gemeinsamen Problems. In all diesen Punkten kann der Verstärkerkongreß nicht den Anspruch erheben, mustergültig gewesen zu sein. Vielmehr stellen sie eine Orientierung dar, die von einer vorgenommenen Schwerpunktsetzung unterstützt wird. In diesem Zusam-



menhang hat sich die Auswahl der ReferentInnen für den Verstärkerkongreß im Nachhinein als nicht vielseitig genug herausgestellt. War die Begrenzung der Themen durch die Vorgabe eines Schwerpunktes gewollt, hätten gleichzeitig noch stärker als geschehen die Differenzen linksradikaler Ansätze bei der Analyse deutlich werden müssen. Mit Differenz sind hier die verschiedenen Herangehensweisen an ein und dasselbe Problemfeld gemeint. Das bereits vollzogene Auffächern in diverse partikulare Ansätze innerhalb der Linken und dem damit einhergehenden Ignorieren weiterer Ansätze muß aufgelöst werden. Nicht im Sinne eines neuen »unity«-Bestrebens, sondern durch die Feststellung, dass durch das Zusammengehen der verschiedenen praxisorientierten Ansätze und Gesellschaftsanalysen eine neue effektive Antifapolitik möglich sein kann.

Zur Verbesserung der Konstruktivität der Debatte im Plenum wäre die intensivere Vorbereitung der Teilnehmenden ein entscheidender Schritt. Dazu bietet sich die öffentliche Debatte einiger Kernthemen des Kongresses durch ReferentInnen und Gruppen im Vorfeld an. Auch aus diesem Grund bedauern wir das Scheitern unserer Bemühungen, inhaltliche Positionen vor dem Verstärkerkongreß in bundesweit relevanten Publikationen veröffentlichen und diskutieren zu können.

Vorschläge, die Diskussion in kleineren Arbeitsgruppen zu führen, sind zwar sicher ebenfalls geeignet, die Diskussionskultur besser gestalten zu können, stehen allerdings im Gegensatz zu dem Anliegen, eine höchstmögliche Transparenz der aktuellen Diskussionsstände von allen für alle zu erreichen. Schon während des Kongresses, spätestens aber bei der Auswertung, wurde deutlich, dass die Referate innerhalb der Arbeitsgruppen das zentrale Moment waren – und oft auch blieben. Die Diskussionen bestanden eher aus Nachfragen, eine Auseinandersetzung unter den TeilnehmerInnen blieb leider die Ausnahme. Wir sehen darin aber nicht das Scheitern des Anliegens des Arbeitsgruppenkonzeptes. Für ein weiteres Kongressvorhaben aber bleibt der Charakter der Arbeitsgruppen weiterhin zu klären.

Die ReferentInnen

Die Strategie, nach einer Verbreiterung theoretischer und praktischer Ansätze zu streben, halten wir für richtig. Allerdings mußten wir eine Vielzahl von Absagen bei dem Versuch hinnehemen, ReferentInnen zu gewinnen. Wobei sich zwei Hauptgründe abzeichneten: Zum einen die Frage der Finanzierung, da wir von den Referierenden den Verzicht auf eine Vergütung ihres Engagements verlangten (...). Der ein oder andere zusätzliche interessante Vortrag hätte sich sonst sicher einkaufen lassen. Zum anderen stellte sich für Referierende, die sich selbst nicht der Antifa zurechnen, die Frage, ob sie mit ihren Themen vor dem zu erwartenden Publikum richtig seien. Wer da war, wird diese Angst sicher verloren haben. Dass sich fast alle relevanten Strömungen der Antifa bereit fanden, ihre Postionierungen aufzuzeigen war wenig erstaunlich – trotzdem sehr erfreulich. Leider war aber gerade in diesem Spektrum festzustellen, dass das Propagieren der eigenen Ansätze im Vordergrund stand, nicht aber der Versuch, aus der Unzulänglichkeit praktizierter Handlungen der letzten Jahre ein Fazit zu ziehen. Darüber hinaus weist diese Kritik aber auf den Zustand der Linksradikalen in der BRD hin, die sich inzwischen völlig in ihre Teilbereiche augesplittert und dort zum Teil aufgelöst hat. Die Antifa hat ein daraus resultierendes Imageproblem und wird sich Strategien einfallen lassen müssen, ihr unterstelltes umfassendes Interesse an politischen Strategien, Gesellschaftsanalysen und Widerstandspraxis in die pulverisierte Linke zu tragen.

Dass dazu das unterstellte Interesse ein reales werden muß, zeigt die Vorbereitung des Verstärkerkongresses in ihrem Unvermögen, dem im Einleitungsreferat benannten Anspruch, feministische Positionen in Theorie und Praxis einzubeziehen, bei der Vergabe der Referate zu berücksichtigen. Wo de facto keine oder eine marginale Auseinandersetzung mit aktuellen feministischen Positionen stattfindet, ist die personelle und thematische Einbeziehung solcher Standpunkte, zum Scheitern verurteilt. Für andere – in ihrem Fehlen noch nicht einmal benannte – Themenfelder gilt diese Analyse ebenso. Sind die Reaktionen der TeilnehmerInnen ein Spiegel der momentanen inhaltlichen Postionierung der antifaschistischen Linken, wird deutlich, dass einige Themenfelder wie Ökonomie oder antinationale Kritik sich als relevant durchgesetzt haben. Sie werden bereitwillig diskutiert. Andere Ausgangspunkte der Analyse werden weiterhin ignoriert.

Die TeilnehmerInnen

Die Einladung zu dem Kongressvorhaben hauptsächlich auf Antifagruppen auszurichten und deren sehr gute Resonanz, betrachten wir als Erfolg. Die Unterteilung in Arbeitsgruppen, die sich – etwas vereinfacht – in Analyse und Strategiediskussionen aufteilen lassen, ist im Rückblick ebenso ein Konzept, das sich bewährt hat. Die Arbeitsgruppen sollten Bereiche der rechten Alltagskultur beschreiben, bestimmte Begriffe in den Diskurs einbringen. Daraus sollten sich konkrete Strategien entwickeln, mithilfe derer sich linke antifaschistische Politik umsetzen läßt. Dabei waren die bereits entfachten Diskussionen wie antifaschistische Jugendarbeit, Organisierungsdebatte, antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit etc. inbegriffen. Nach dem Kongreß fühlen wir uns in unserer Einschätzung bestätigt, dass die Antifa-Gruppen eine

gemeinsame Diskussionsstruktur jenseits praktisch orientierter Arbeitstreffen benötigen. Die Frage, ob die von uns festgelegten Themenschwerpunkte auf Interesse stießen, kann die TeilnehmerInnenzahl nur teilweise Aufschluß bieten. Der weitere bundesweite Diskurs wird aufzeigen, ob die von uns gestellten Fragen als relevant betrachtet werden. Die Anwesenheit einzelner VertreterInnen anderer Politikbereiche hätte vielleicht durch die inhaltliche Präsenz des Kongresses in der Öffentlichkeit gesteigert werden können, wir sind uns aber recht unsicher, wer alles da draußen eigentlich noch ist.

Kongreß und antifaschistische Organisierung

Warum die Antifa inhaltliche Auseinandersetzung benötigt, liegt auf der Hand. Als bundesweit immer wieder gemeinsam agierende Szene, die sich auch in bundesweiten Organisierungsansätzen strukturiert, werden verschiedene Strategien und Bewertungen der einzelnen Gruppen und Zusammenhänge miteinander konfrontiert, ohne dass die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Aktionen den Raum inhaltlicher Diuskussion bildet. So bleiben Eindrücke und Äußerungen in konkreten Situationen, die sich zu Bildern zusamensetzen, die den Umgang miteinander mehr bestimmen als die aktuellen Positionen. Hier bietet inhaltliche Auseinandersetzung die Möglichkeit, Konflikte zu versachlichen, Bilder und Positionen mit aktuellen Gruppenstandpunkten zu vergleichen und Entwicklungen transparent zu machen.

Zum anderen ermöglicht die inhaltliche Auseinandersetzung, differente Positionen klarer zu artikulieren und gleichzeitig die Analysen verschiedener Gruppen zu Problemen überhaupt mitzuteilen. Im Gegensatz zur praktischen Ebene bietet die inhaltliche Auseinandersetzung so die Möglichkeit eines Austausches, der nicht von der Notwendigkeit zum konsensualen Ergebnis geprägt ist. Die konkreten Interessen der jeweiligen Gruppen an inhaltlicher Auseinandersetzung sind sicher verschieden. Geht es einigen Gruppen darum, ihre Positionen transparent zu machen und zu vertreten, sind andere auf der Suche nach Hinweisen, Analysen und Lösungen.

Der Verstärkerkongreß kann in dieser Hinsicht nur ein Anfang gewesen sein. Wünschenswert wäre seine Wiederholung in jährlichen Abständen, wobei der Erfolg von der übergreifenden Teilnahme der sich als antifaschistisch verstehenden Gruppen und der fortbestehenden Bereitschaft zur gemeinsamen inhaltlichen Diskussion abhängt. Ob sich eine solche Praxis als ausreichend erweist, um inhaltliche Diskussionen innerhalb der bundesweiten Antifaszene zu ermöglichen, wird sich zeigen müssen.

Das Auftauchen neuer Handlungsansätze

Es wäre eigentlich verwunderlich gewesen, wenn sich auf dem Kongreß bisher im Verborgenen entwickelte Ansätze linker, antifaschistischer Intervention gezeigt hätten.

Entsprechend gering ist die Ausbeute bei der Sichtung der neu präsentierten Methoden. Wesentlicher war die als Gesamttendenz beobachtbare Verschiebung der antifaschistischen Ansätze weg von den Nazis und hin zur Thematisierung gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse. Damit korrespondiert ein gewachsenes Interesse an »Inhalten«. Ein einheitliches Schwerpunktthema dieser Fortsetzung von Antifapolitik in Zeiten abnehmender gesellschaftlicher Bedeutung der Nazis war jedoch nicht auszumachen. Da sich derzeit kein quasi natürliches Folgethema abzeichnet, ist der Spielraum der Möglichkeiten vom Spektrum der linksradikalen All-time-favourits bestimmt. Durch diesen Trend wurde die Ausgangsfrage nach langfristig erfolgreichen Interventionsmöglichkeiten gegenüber einer dominanten Naziszene bzw. gegen deren Akzeptanz im Rahmen von rechtem Konsens/rechter Alltagskultur zur Seite gedrängt.

Neue Schwerpunktdiskussionen

Gleichzeitig ergaben sich quer zu den Einzelvorträgen liegende Schwerpunkte der Diskussion, die im Programm nicht ausgewiesen waren:

– Die Rolle der Arbeit für Identitätsbildung und als politische Kategorie in der BRD (unter Berücksichtigung der Traditionslinien aus dem Nationalsozialismus und der DDR).

– Die Bedeutung der kapitalistischen Verfaßtheit der Gesellschaft für die Entwicklung, Akzeptanz und den Kampf gegen Nazis.

Weiterhin wurde als fehlende Diskussion mehrfach angemahnt (ohne dass eine entsprechende Diskussion auf dem Kongreß [...] begonnen worden wäre):

– Die Bedeutung rassistischer und sexistischer Kategorien für die den antifaschistischen Konzeptionen zugrunde liegenden Analysen von Macht und Herrschaft.

Die Themen aufzunehmen, wäre wünschenswert. Da kaum eine der referierenden Gruppen oder Personen bereit waren, die Themen implizit mitzuverhandeln, wird es nur die Möglichkeit einer separaten, expliziten Darstellung geben. Im Vorfeld des Kongresses merkten wir, dass gerade die Publikationen, die wir als bundesweite Diskussionsforen anstrebten – Jungle World und konkret – keine Ambitionen zeigten, uns bei der Veröffentlichung zu unterstützen. (...)Wir betrachten dies als eindeutige Positionierung der beiden Organe zu praxisorientierter, linker, antifaschistischer Politik. ■



Den gesamten Reader gibt es im Internet: http://www.nadir.org/verstaerker oder per Post: BGR c/o VL, Postfach 54, 04251 Leipzig

Die IG Metall hat sich kürzlich erneut mit einer Presseerklärung für die sofortige Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen eingesetzt. Unter der Überschrift »Erbärmliche Pfennigfuchser verhöhnen die Opfer« erklärt die IG Metall, dass sie den Druck auf die Unternehmen verstärken will, die sich bisher nicht am Entschädigungsfonds für NS-ZwangsarbeiterInnen beteiligen.



Gewerkschaftliche Arbeit gegen Rechts

Die IG Metall veröffentlichte in der Februarausgabe ihrer Mitgliederzeitschrift »metall« die Liste der Metall-Unternehmen, die sich weigerten, zu bezahlen: *»Diese Firmen leugneten ihre Mitschuld und verhöhnen die Opfer ein zweites Mal«*. Sie kritisiert auch das Entschädigungsgesetz, das *»zahlreiche Opfer rücksichtslos ausgrenzt«*. Seit einiger Zeit ruft die IG Metall ihre Mitglieder, Betriebsräte, Vertrauensleute und ArbeitnehmerInnenvertreter in Aufsichtsräten auf, sich damit zu beschäftigen, wie weit »ihr« Unternehmen von der Zwangsarbeit profitiert hat. Nun sollen die Beschäftigten helfen, Druck auf die entsprechenden Firmen auszuüben, mit Diskussionen im Betriebsrat und KollegInnen, auf Betriebsversammlungen usw.

Auch wenn man kritisierten kann, dass das Engagement der IG Metall für die Stiftungsinitiative eine Alibiveranstaltung, einen »Freispruch für Deutschland«, unterstützt, so ist der öffentliche Auftritt mit diesem Thema sehr wichtig. Zählt die »metall« doch neben der »BZ« zu den in den Betrieben viel gelesenen Zeitungen. Wir können diesen Anstoss nutzen, um an der Basis mit den Mitgliedern offensiver mit dem Thema deutscher Faschismus umzugehen. Gleichzeitig hilft diese Diskussion innerhalb der Gewerkschaften, das Selbstverständnis zu vertiefen, das antifaschistisches Engagement und Aktionen zur einer gewerkschaftlichen Aufgabe macht.

Obwohl antifaschistische/antirassistische Initiativen im Bereich des DGB eher dünn gesät sind, können und wollen hier jetzt keinen umfassenden Überblick geben. Unser »Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen« (RAG) erfreut sich zwar wachsender Beliebtheit, wird aber innerhalb der Gewerkschaften und Betriebe noch zu wenig wahrgenommen (RAG ist übrigens über den Berliner DGB kostenlos zu abonnieren).

Ein relativ neues Projekt in Berlin/Brandenburg ist die AG Antirassismus der IG Medien. Mit der Aktion »Medien für Flüchtlinge« soll der antirassistische Ansatz auch in Taten umgesetzt werden. In ihrer ausgegrenzten und isolierten Situation ist es für Flüchtlinge eine Hilfe, neben den Bildern aus dem Fernsehen auch direkte Informationen aus dem Heimatland durch Zeitungen und Zeitschriften zu bekommen. Die IG Medien Jugend Berlin-Brandenburg will in einer Pilotaktion versuchen, die gewünschten Medien zur Verfügung zu stellen.

In anderen Regionen der Republik gibt es einzelne antifaschistische Gewerkschaftsgruppen, über die im RAG regelmäßig berichtet wird, so z. B in Hamburg, Lübeck oder Saarbrücken.

Besonders engagiert bei antifaschistischen/antirassistischen Aktivitäten sind die GewerkschafterInnen in Thüringen. Die Landesarbeitsgemeinschaft Antifa Thüringen (LAG) des DGB wurde hier wegen ihrer zahlreichen Beteiligungen an Aktionen vom Verfassungsschutz beobachtet. Ob es die Verhinderung von Naziaufmärschen, die Beteiligung an Protesten gegen den Kosovo-Krieg, die Durchführung von antifaschistischen Workcamps oder die Solidarität mit dem aus rassistischen Motiven zum Tode verurteilten Mumia Abu Jamal ist, GewerkschafterInnen sind in dieser Region wichtiger Bestandteil der antifaschistischen Arbeit. Einen guten Überblick gibt die Homepage der LAG Antifa (www.lag-antifa.de).

Die Notwendigkeit antifaschistischer/antirassistischer Arbeit hat in den Gewerkschaften einen neuen Stellenwert bekommen, als 1998 eine Recherche des WDR 2 anlässlich rechter Erfolge bei den Landtagswahlen ergab, dass jugendliche Gewerkschaftsmitglieder überdurchschnittlich anfällig für Rechtsextremismus seien. Neben dem Versuch von Verharmlosung dieses Ergebnisses, gab es in den Gewerkschaften aber auch ernsthaftere Reaktionen, die nach den Ursachen für eine derartige Entwicklung fragten: Ist der DGB zu deutsch? Welche Folgen hat der Standortnationalismus, der z.B. auch im vollständigen Namen den »Bündnis für Arbeit« zum Ausdruck kommt? Auch die Organisationsstruktur des DGB steht zur Debatte: autoritär, zentralistisch, patriarchal.

Der DGB Berlin/Brandenburg hat im letzten Frühjahr eine BetriebsrätInnen-Konferenz über Rechtsextremismus in Betrieben durchgeführt. Auf der gut besuchten Veranstaltung haben die KollegInnnen ihre persönlichen Erfahrungen über den Umgang mit Rechtsradikalen im Betrieb ausgetauscht, um neue Strategien gegen Rechts zu finden.

Die Auseinandersetzungen in und mit den Gewerkschaften kann dazu beitragen, dass in den Betrieben das Bewusstsein wächst. Denn hier hat Nationalismus und Konkurrenz aus Angst um den Arbeitsplatz noch die Hegemonie.

Deshalb hatte die Diskussion um die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft in den Betrieben auch die Gemüter erhitzt. In der Lohntarifrunde im vergangenen Jahr gab es z. B. bei den Gewerkschaftern bei BMW in Berlin eine Auseinandersetzung darum, dass die Thematisierung der doppelten Staatsbürgerschaft und die Zurückweisung der rassistischen CDU-Kampagne die ArbeiterInnen im Lohnkampf spalten würde. Dem Auftreten der GewerkschafterInnen gegen Faschismus und Rassismus auf der Warnstreikdemo von BMW und Siemens Hausgeräte haben zumindest die MigrantInnen unter den Streikenden Sympathie entgegengebracht. ■

Wir danken der Redaktion des Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen (RAG) für diesen Artikel.

Jugendbildung in Form von Projektschultagen

»Für Demokratie Courage zeigen«

Im Herbst 1998 startete eine Initiative der DGB-Jugend Sachsen. In Zusammenarbeit mit anderen sollte ein Projekt im Bereich Jugendbildung entstehen. Einen Schwerpunkt der Tätigkeit bildet die Durchführung von Projektschultagen (PST) unter dem Motto »Für Demokratie Courage zeigen«. Dazu konnte auf bereits vorhandene Erfahrungen zurückgegriffen werden. Eine Testphase diente zur Profilierung konkreter Angebote.

Gemeinsam mit den zukünftigen Teamern bereiteten wir zunächst die Inhalte der Projektschultagen auf einer Seminarwoche vor. Dabei sind drei konzeptionell und inhaltlich ausgearbeitete Vorlagen zu den Themenbereichen »Rassismus, Migration, Gewalt und Demokratie«, »Umgang mit Geschichte und Rassismus« und »Fremdes, Sehnsucht und Kultur« entstanden. Mittlerweile haben wir für die Durchführung ca. 40 ehrenamtliche Teamer ausgebildet. Die meisten konnten wir unter den am Projekt beteiligten Jugendverbänden und in Kooperation mit verschiedenen Schulen in Sachsen gewinnen. Es wurden Projektbegleitmaterialien, wie Mappen, Aufkleber und Plakate und eine Broschüre mit dem Titel »Was wissen ?! – Was sagen ?! – Was tun ?!« in Zusammenarbeit mir einer Werbe-Agentur erstellt. Eine Koordinationsstelle wurde bei der DGB-Jugend eingerichtet.

Die erste Projektphase ist nun abgeschlossen. Wir erlebten seitens der SchülerInnen und LehrerInnen eine in dieser Form nicht erwartete Offenheit. Die Auswertung der ersten PST-Phase zeigt teilweise erschreckend die Notwendigkeit, dieses Thema weiter zu behandeln. Bei vielen SchülerInnen sind elementarste Grundinformationen über ausländische Mitbürger und über Mechanismen zur Durchsetzung von Interessen innerhalb einer Demokratie einfach nicht vorhanden.

Durchführung und Methodik

Wir haben zwischen Mai und Juli insgesamt 55 Projektschultage mit ca. 1.500 Schülerinnen und Schülern in ganz Sachsen durchgeführt. Die meisten Termine fanden in Ostsachen und Leipzig statt. Wir waren aber auch im Erzgebirge, in Dresden, in Chemnitz und in ländlichen Regionen. Die Schulen wählten in Absprache mit der Koordinationsstelle, welchen Typ sie belegen möchten. Bei allen drei PST-Typen geht es darum, antirassistische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Chancen zur Durchsetzung von Interessen innerhalb der Demokratie kennenzulernen. Die Inhalte werden zur Diskussion gestellt und durch spielendes Lernen erarbeitet. Die Beteiligung der SchülerInnen steht an erster Stelle. Wir machen Mut zum Meinung äußern und bieten den Jugendlichen einen Spiegel, der es ihnen ermöglicht, eigene Vorurteile zu erkennen und eventuell sogar abzulegen. Die Projektschultage sind Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildungsarbeit. Wir grenzen uns bewusst zum »normalen« Unterricht ab. Dadurch wurde bei den SchülerInnen ein hoher Aufmerksamkeitsgrad erreicht, der sich vor allem in der Mitarbeit, auch im Widerspruch, ausdrückte.

Während der Projektschultage wird die gewohnte Sitzordnung aufgehoben, es gibt eine Rednerliste und so weiter. Zum Teil wird in Arbeitsgruppen gearbeitet (kein Frontalunterricht). Die Meinungsvielfalt und -freiheit steht an erster Stelle.

Erste Ergebnisse und Erkenntnisse

Erstaunlich war für uns zum Teil das Wissensniveau: Viele SchülerInnen erlebten wir mit massiven Rechtschreibproblemen oder mit Schwierigkeiten beim Lesen von Texten. Beim Allgemeinwissen mussten wir auch mit manchen Überraschungen klar kommen. Grundkenntnisse aus der Geschichte waren teilweise nicht vorhanden. Von den SchülerInnen wurde die Möglichkeit zur Diskussion und des Meinungsaustausches positiv bewertet. Häufig wurde noch mehr Zeit für Diskussionen gewünscht. LehrerInnen waren dankbar, dass heikle Themen angesprochen worden sind und wir auch Gegenargumente gegen die rechten Tendenzen bieten konnten. Gerade die Tatsache einer Unterstützung von außen und durch junge Leute bewerteten sie als hilfreich. In den Schulen wurden wir mit dem gesamten Repertoire an bekannten rassistischen Äußerungen konfrontiert. Die Jugendlichen sind durch die Medien, die Lehrer und durch die Eltern geprägt. Oft haben wir das Argument »das hat mein Vater gesagt« o.ä. gehört oder wir mussten nach mühsamer Arbeit im Umgang mit Sprache feststellen, dass auch der Lehrer genau diese Sprache verwendet.

Es ist eher normal »rechts« zu sein, als sich dagegen zu äußern. Durchgängig auffällig war auch, dass in der Regel die Vorurteile nicht auf echtem Wissen basieren. Es gibt erhebliche Diskrepanzen zwischen vermeintlichem Wissen und den dargestellten Fakten. Prägnantestes und täglich getestetes Beispiel: Bei der Frage »Schätzt mal wie viele Ausländer es in Sachsen gibt« lagen die Ergebnisse zwischen 10 und 70 % (Mittelwert fast ausnahmslos über 20%; wirklicher Ausländeranteil: ca. 2 %). Die Frage: »Kennst Du einen Ausländer persönlich?« mussten die meisten verneinen. Ein besonderes Problemfeld, das hier lediglich erwähnt werden soll, stellt an dieser Stelle der Umgang der SchülerInnen mit Aussiedlerkindern in den Klassen dar.

Resümee

Das komplette Projekt erfährt von allen Seiten eine äußerst positive Resonanz. Aus unserer Sicht bleibt es, solange Schule nicht mit anderen Inhalten belebt wird, nach wie vor wichtig. In der heutigen Schule wird soziale Kompetenz eindeutig zu wenig vermittelt. Ein Wissen über demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten und staatliche Strukturen ist kaum vorhanden. Nach unseren Erlebnissen in den Schulen vermissen wir ein Verständnis für Gemeinschaft und Solidarität. Dies ist bei gleichzeitiger Offenheit für die Inhalte der Projektschultage seitens der Schüler schon erstaunlich. Eine Unterstützung durch Lehrer, Schulleiter und andere Personen im Schulumfeld wurde fast komplett informell realisiert. Sie basierte vor allem auf dem Engagement sensibilisierter Lehrer. Besonders wichtig war für uns, die sehr gute Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Jugendverbänden. Mit der Gewinnung vieler ehrenamtlicher Teamer gelang uns zudem ein Teambildungsprozess, der über das normale Engagement im Verband hinaus geht. Dieses Potential zu fördern, wurde bisher durch die Kultusverwaltung nicht geleistet. Entsprechende Finanzanträge sind trotz mehrfacher Anfragen und öffentlichkeitswirksamer Präsentationen noch nicht beschieden. ■

Für Nachfragen stehen wir Interessierten zur Verfügung:
Tel.: 0351/86 33 101

Es geht nur, wenn alle an ihrer Stelle mitmachen

Networking als Chance



mit Dr. Ralf Melzer, Direktor des Anti-Defamation Forum (ADF)

Was ist das Anti-Defamation Forum (ADF), und worum geht es bei der Arbeit des ADF?

Das Anti-Defamation Forum (ADF) wurde 1998 gegründet und lehnt sich mit seinem Namen an die Anti-Defamation League (ADL) an; eine Institution, die es u.a. in den USA seit längerem gibt. Wir sind aber eine eigenständige Organisation. Der Hintergrund von ADF und ADL ist die B'nai B'rith Organisation, die im 19. Jahrhundert ausgewanderte deutsche Juden gründeten, welche in Deutschland Freimaurerlogen angehört hatten. Der ADF-Trägerverein wurde von Berliner B'nai B'rith-Mitgliedern gegründet. Inhaltlich beschäftigen wir uns nicht nur mit Antisemitismus, sondern auch mit Fragen von Menschenrechten und Rassismus. Wir begreifen Antisemitismus als Teil der Rassismusproblematik. Der Vorlauf für die Gründung des ADF war ein Jugendprojekt namens »Unite & Act«. Die B'nai B'rith Jugendorganisation öffnet sich in Form dieses Projektes, das es seit 1994 für interessierte Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren unterschiedlicher Herkunft und Religion gibt. Wir machen einmal im Jahr eine internationale Tagung mit 80 - 100 Personen, wo zum einen Vorträge und Diskussionen stattfinden, zum anderen die TeilnehmerInnen in Kultur-Workshops auch selbst etwas erarbeiten. Dazu wird immer ein Jahresthema als Schwerpunkt gesetzt, zum Beispiel »Dialog der Religionen«, »Menschenrechte« u.a. Wir wollen in diesem Jahr das Thema »Erinnern« und die Frage, was eigentlich die Geschichte mit unserem Leben zu tun hat und warum man eben nicht den berühmten Schlußstrich ziehen sollte, unter verstärkter Berücksichtigung des Kulturbereichs fortsetzen.

Daneben organisieren wir weitere Veranstaltungen, wie zum Beispiel eine jährliche Namenslesung zum jüdischen Holocaust-Gedenktag, wo die Namen der 56.000 deportierten und ermordeten Berliner Juden vorgelesen werden. Das ist eine aktive Form des Gedenkens, die ursprünglich vom Jugendzentrum der jüdischen Gemeinde veranstaltet und von uns weitergeführt wird.

Ist »Unite & Act« eine internationale Kampagne oder auf Deutschland beschränkt?

Man kann schlecht sagen, »Unite & Act« sei ein deutsches Projekt, aber es existiert in dieser Form nur hier. Wir haben bei den Herbstcamps regelmäßig Gäste aus west- und osteuropäischen Staaten. Und es sind auch Jugendliche türkischer Herkunft dabei.

»Unite & Act« ist ein offenes Projekt, d.h. alle können mitmachen. Unsere Konzeption richtet sich an Jugendliche, die ein Grundinteresse mitbringen und vielleicht schon in anderen Initiativen engagiert sind. Wir erreichen durchaus Jugendliche, die in ihrer Orientierung noch nicht festgelegt sind. Wenn es dann gelingt, Interesse an anderen Religionen und Kulturen zu wecken, zu vermitteln, dass man Unterschiede aushält, aber auch Gemeinsamkeiten findet im Dialog oder Trialog der Religionen, dann hat man was bewirkt. Wir arbeiten explizit nicht mit gefestigt rechten Jugendlichen. Das erfordert andere pädagogische Methoden. Es muß darum gehen, Demokratie und Menschenrechte aktiv und offensiv zu vertreten als Alternative zu diesem dumpfen völkischen Konzept.

Wir haben dann im Vorfeld der ADF-Gründung festgestellt, dass wir für die Problemkreise, mit denen wir uns im Rahmen von »Unite & Act« beschäftigen, eigentlich eine Institution brauchen, die sich im gesellschaftlich-politischen Bereich etabliert und auch wissenschaftliche Arbeitsmethoden heranzieht. Damit kommen wir auch schon zum Schwerpunkt des ADF: Wir lehnen die totalitarismustheoretische Interpretation des »Dritten Reiches« und ihre Anwendung auf den Rechtsextremismus ab. Unser Schwerpunkt besteht darin, zu analysieren, welche Entwicklungen es in der Mitte der Gesellschaft gibt und welche wechselseitigen Einflüsse von dort zum Rechtsextremismus bestehen. Wir beschäftigen uns deshalb auch mit allem, was unter dem Begriff »Neue Rechte« subsumiert wird, vor allem mit der Grauzone zwischen dem konservativ-demokratischen Spektrum und der rechtsextremen Szene. In diesem Zusammenhang sind wir dabei, ein Dokumentationszentrum aufzubauen. Einer der Schwerpunkte soll die empirische Erfassung dieser Tendenzen sein. Wir werden unsere Ergebnisse auch anderen Institutionen und Multiplikatoren zur Verfügung stellen. ADF will einen Beitrag dazu leisten, vorhandene Initiativen stärker miteinander zu vernetzen. Es ist der gesellschaftliche Mainstream, der uns Sorgen macht.

Was ist Ihrer Meinung nach dieser besorgniserregende »gesellschaftliche Mainstream«?

Es gibt eine Tendenz – nicht nur, aber besonders stark, in den neuen Bundesländern – die sich nach unserer Analyse weit entfernt hat vom Verfassungsverständnis des Grundgesetzes: Dass die Gleichberechtigung und andere Grundrechte eben nicht völkisch definiert sind. Man kann hier eine Gleichzeitigkeit beobachten: Einerseits bricht immer mehr Fremdenfeindlichkeit auf, und andererseits besteht die gesellschaftliche Reaktion immer mehr aus Beschwichtigungsritualen und Verharmlosung. Wir haben es mit einer schleichenden Akzeptanz dieser Entwicklung zu tun. Hinzu kommt eine allgemeine Grundstimmung, die sich in Ereignissen wie der »Walser-Rede« oder in bestimmten Reaktionen auf das Holocaust-Mahnmal äußert. Diese bilden eine breite gesellschaftliche Strömung ab, die sich nicht mit den Konsequenzen des Nationalsozialismus, insbesondere des Völkermordes an den Juden, für die heutige Gesellschaft beschäftigen möchte, sondern die sich, wie Walser, davon gestört fühlt. Es handelt sich um ganz zentrale Entwicklungen, die darüber mitentscheiden, wie dieses Land in seinem Selbstverständnis in Zukunft verfaßt sein wird. Wir denken daher, dass es nicht nur einer Organisation bedarf, die die Stimme erhebt und sich diesem Mainstream entgegenstellt.

Es handelt sich also nicht um ein ostspezifisches Problem, sondern um ein gesamtgesellschaftliches?

In Teilen ist es schon ein ost-spezifisches Problem. Wenn wir über die neuen Bundesländer reden, haben wir es mit dem Phänomen zu tun, dass bestimmte völkische, national definierte Denkmuster konserviert wurden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Internationalismus in der DDR eine Worthülse war. Die antislawischen Ressentiments waren größer als in Westdeutschland. Der existierende Antisemitismus wurde nie thematisiert, weil in der marxistischen Analyse der Nationalsozialismus als radikale

Ausprägung der bürgerlichen Gesellschaft fehlinterpretiert wurde. Das rächt sich jetzt und stellt uns vor gesellschaftliche Herausforderungen, die nicht so einfach zu lösen sind. Nur wenn alle mitwirken, kann es Veränderungen geben. Den Rechten das Gefühl zu geben, im Grunde sei das mit den Ausländern schon ein Problem, ist eine große Gefahr.

Bräuchte es nicht so etwas wie einen demokratischen Neuanfang, damit dieser Trend gebrochen wird?

Es gibt kein Patentrezept, vielleicht ist Dein Wort vom demokratischen Neuanfang tatsächlich richtig. Es geht nur, wenn alle an ihrer Stelle mitmachen. Das heißt, wenn Lehrer Toleranz und Gleichheit ihren Schülern vermitteln, wenn das in den Familien und allen gesellschaftlichen Institutionen getan wird. Wenn nicht nur die Polizei und die Gerichte – aber die auch – signalisieren, dass solche diskriminierenden Ausgrenzungsmuster nicht toleriert werden. Das sollte möglichst geschehen, bevor die Gewaltschwelle überschritten ist. Ich finde es grundsätzlich problematisch, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus auf das gewalttätige Spektrum zu reduzieren, weil das viel zu spät ansetzt. Wenn allerdings Politiker nach einer Friedhofsschändung oder einer rassistischen Hetzjagd wieder mal abwiegeln, dann ist das sicherlich kein hilfreiches Zeichen.

Wie wird denn von offizieller Seite auf Eure Kritik und Eure Initiativen reagiert?

Die Resonanz auf unsere Initiativen ist schwer meßbar. Wir haben zum Beispiel im Vorfeld der Bundestagswahlen einen Aufruf unter dem Motto »Rassismus ist keine Geschmackssache« gestartet. Die Forderung war, darauf zu verzichten, auf Kosten von Minderheiten Wahlkampf zu machen. Dafür haben wir eine ganze Reihe von UnterstützerInnen gewinnen können. Andererseits gibt es Erfahrungen, die einen zweifeln lassen. So haben wir uns 1999 mit zwei Briefaktionen an sämtliche Bundestagsabgeordnete gewandt. Die Frage war: »Was gedenken Sie persönlich als gewählter Vertreter gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu unternehmen?« Wir wollten wissen, welches Gewicht die Abgeordneten dem Thema beimessen. Auf den ersten Brief gab es kaum, auf den zweiten Brief dann mehr Reaktionen. Ein paar engagierte Abgeordnete haben über parlamentarische Initiativen berichtet und eigene Publikationen beigelegt. Dann gab es die große Mehrheit, die gar nicht reagiert hat und Reaktionen, die einem zu denken geben. Der ehemalige CDU-Kanzleramtsminister Bohl ließ telefonisch wissen, dass er grundsätzlich keine Fragen beantwortet - ein seltsames Demokratieverständnis. Uns ist auch aufgefallen, wie sehr sich die Totalitarismustheorie als Selbstverständlichkeit festgesetzt hat. Viele Abgeordnete hatten auf die Frage nach rechter Gewalt reflexartig geantwortet, man dürfe auch die linke Gewalt nicht vergessen – und das in einer Situation, wo rechte Gewalt bereits alltäglich geworden ist.

Was bedeutet das Stichwort »Networking« denn eigentlich in der Praxis für das ADF?

Wir haben beispielsweise mit dem Zentralrat der Sinti und Roma eine Initiative unterstützt, die sich gegen die Polizeipraxis in Bayern richtete, die Sinti und Roma grundsätzlich als Verdächtige behandelt, ihre persönlichen Daten in einer Extra-Kartei speichert etc., womit gegen sämtliche Verfassungsgrundsätze verstoßen wird. Jüdische Organisationen haben sowohl in Deutschland als auch international dagegen Stellung bezogen. Wir wollen die Isolierung in der Arbeit einzelner Institutionen überwinden. Es ist ja bekannt, dass gerade die türkische Community in Deutschland auch starke eigene Strukturen hat, was einerseits verständlich ist, andererseits Isolationstendenzen fördert. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch bei der jüdischen Gemeinde und anderen Minderheiten. Wir versuchen, Mut zu machen, die Isolierung aufzubrechen. Das bedeutet nicht, die eigene Identität zu verleugnen und aufzuhören sich muslimisch, jüdisch, eher türkisch, eher deutsch oder irgendwie anders zu verstehen. Aber es geht darum, gemeinsam gegen intolerante Ideologien und Praktiken aufzustehen.

Gibt es auch Kontakte zu Antifa-Gruppen, und wie sieht es auf internationaler Ebene aus?

Kontakt mit Antifa-Gruppen gibt es auch, und wir sind daran interessiert, sie auszubauen. International arbeiten wir zum Beispiel mit Organisationen zusammen, die sich mit dem Problem von Revisionismus, Antisemitismus und Neonazismus im Internet beschäftigen, etwa einem kanadischen Internetprojekt namens Niskor (hebräisch: »Wir werden erinnern«).

Momentan sieht es so aus, als wenn Antisemitismus in Deutschland immer mehr zu einem einigenden Moment zwischen Rechtsextremen und konservativen Kreisen wird.

Antisemitische Übergriffe sind Alltag und ein Anzeichen dafür, wie weit wir von einer Normalität entfernt sind. Dass keine jüdische Einrichtung ohne Polizeischutz auskommt, liegt nicht an den jüdischen Einrichtungen, sondern daran, dass Schutz notwendig ist. In Zeiten, in denen zum Beispiel viel über Entschädigungszahlungen diskutiert wird, nimmt das Bedrohungspotential zu. Heute gehen viel mehr antisemitische Zuschriften mit vollem Absender ein. Dass die Absender glauben, sich selbst nicht mehr verstecken zu müssen, stimmt mich noch nachdenklicher als die antisemitischen Aktivitäten. Es läßt Rückschlüsse darauf zu, wie die Leute das gesellschaftliche Klima einschätzen.

Vielen Dank für das Gespräch. ■



ADF Anti-Defamation Forum
Oranienburger Straße 31
10117 Berlin
Tel.: 030-2 83 65 52
Fax.: 030-2 82 98 69
http://members.aol.com/ADFBerlin

Strategien antifaschistischen Widerstandes unter FPÖ-Regierungsbeteiligung

Bunt statt Braun

Gleich vorweg: Was wir hier inhaltlich anzubieten haben, wird sich im Wesentlichen von den Strategien anderer unterscheiden. Das ist erstens durch die Machtbeteiligung der FPÖ bedingt , und zweitens durch deren Wesen insgesamt. Die rechtsextreme Szene in Österreich ist völlig anders strukturiert als in anderen Ländern, auch ihre Methoden unterscheiden sich. Selbst in der österreichischen Linken gibt es keinen Konsens, wie dem Rechtsruck Einhalt geboten werden kann.

Wer ist die FPÖ, wie macht sie Politik, wer wählt sie, und welche Auswirkungen hat das?

Die FPÖ ging aus dem 1949 gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU) hervor. Obwohl auch andere Parteien, allen voran SPÖ und ÖVP, um die große Zahl von NSDAP-Mitgliedern buhlte, verstand sich der VdU als Sammelbecken des deutschnationalen Lagers, das ja schon vor 1934 sehr stark war. 1956 entstand daraus die FPÖ, die von Beginn an Nazigrößen wie dem NS-Minister Anton Reinthaller oder dem SS-Offizier Friedrich Peter politische Heimat boten. Auch im Umfeld der FPÖ befanden sich Personen mit nazistischem bzw. neonazistischem Hintergrund wie Otto Scrinci (*»Ich war schon in der NSDAP rechts«*) oder der Südtirolterrorist Norbert Burger. Verbindungen zu den schlagenden Studentenverbindungen oder dem Österreichischen Turnerbund (ÖTB) und anderen führten von Anfang an zu einer Einbettung der FPÖ im deutschnationalen bzw. neonazistischen Lager. Mangels österreichischer Geschichtsaufarbeitung wurde das der FPÖ nie zum Verhängnis.

Vor diesem Hintergrund sind auch die NS-verharmlosenden Aussagen Jörg Haiders zu verstehen. Diese waren garantiert so gemeint. Auch andere FPÖ-Politiker glänzen immer wieder durch mangelnde Distanz zu den NS-Verbrechen und wie es scheint, auch große Teile der FPÖ-Wählerschaft.

Zu behaupten, die FPÖ ist eine neonazistische Partei, klingt zwar verlockend, geht aber am Problem vorbei. Die FPÖ hat kein Programm, das ausschließlich auf eine NS-Ideologie schließen läßt. Es befinden sich jedoch Versatzstücke im Programm. Viel wichtiger sind die Aussagen und die politischen Methoden der FPÖ. Das geht vom offensiven Rassismus über unterschwelligen Antisemitismus, Hetze gegen sozial Schwache, ein reaktionäres Frauenbild, bis zum völkischen Gesellschafts- und damit Geschichtsbild (was ebenfalls eine Erklärung für das Verhältnis der FPÖ zur Nazivergangenheit Österreichs ist).

Der Umgang der FPÖ mit ihren politischen GegnerInnen manifestiert sich nicht durch Terror auf der Straße (obschon manche Anhänger durchaus immer wieder zu Gewalt neigen), sondern es sind vielmehr bedrohliche Aussagen, Mobbing und gerichtliche Schritte, die ihre GegnerInnen mundtot machen sollen.

Massive Interventionen, die seitens der FPÖ beim ORF eingehen, sollen die Medienberichterstattung der FPÖ gefügig machen. Und nicht wenige passen sich in vorauseilendem Gehorsam an. Einschüchterung und Diffamierung sind wesentliche Machtinstrumente der FPÖ. Das gilt auch parteiintern; sie ist völlig auf die Führerfigur Jörg Haider zugeschnitten. Und wehe, wenn sich ihm jemand widersetzt.

Das läßt für uns den Schluß zu, dass die FPÖ eine faschistische Partei ist. Doch Vorsicht: Sie ist eine moderne, demokratisch-faschistische Partei. Sie braucht nicht die Verfassung außer Kraft zu setzen oder Gesetze zu verändern. Die oben genannten Methoden sind in einem Rechtsstaat genauso möglich. Jörg Haider wird wohl per Weisungen regieren. Seine WählerInnenschaft ist übrigens durchaus mit der der



NSDAP vergleichbar. Von der Sozialdemokratie abgewanderte ArbeiterInnen, kleine Gewerbetreibende, einige Superreiche, rechtskonservative und immer mehr junge Leute (vor allem Männer!) sowie viele Arbeitslose. Grundmotiv: Rassismus und autoritäres Gedankengut.

Die FPÖ an der Macht verstärkt diese Grundstimmung. Und dies ist weit gefährlicher als eine Gruppe von Stiefelnazis, die nach jahrelanger Lethargie ebenfalls ihre Sympathien für die FPÖ entdeckt hat.

Wie weiter?

Seit dem 4. Februar ist also diese rechts/rechtsextreme Regierung an der Macht. Und sie läßt kaum etwas aus, was nicht irgendwie nach Programmen längst vergangener Zeiten riecht. Das Ressort Arbeit wird plötzlich im Wirtschaftsministerium angesiedelt, was es in Österreich nur zwischen 1938 und 1945 gegeben hat.

Das Frauenministerium wurde abgeschafft, Frauen wurden zur Familienangelegenheit erklärt. Die Zusammenlegung von Umwelt und Landwirtschaft sieht daneben noch wie eine amüsante Fußnote aus. Gravierend sind die Einschnitte im Sozialbereich: Zwangsarbeit für Langzeitarbeitslose, die Senkung der Zumutbarkeitsbestimmungen am Arbeitsmarkt, 20% Eigenanteil bei Arztbesuchen, das Pensionsantrittsalter wird um 18 Monate angehoben. Durch die Senkung der Lohnnebenkosten wird der Sozialtopf noch weiter ausgeleert. Frauen werden nur noch als Teil der Familienpolitik gesehen, sie werden durch das »Karenzgeld für alle« für zwei Jahre an den Herd gebunden, arbeitslose Frauen werden für Pflegeberufe empfohlen, Frauenberatungsstellen werden entweder aufgelöst oder in Familienberatungsstellen umgewandelt. Bei Scheidungen soll das Sorgerecht für beide gelten. Eine Law and Order-Politik wird eingeführt – »*Three strikes and you are out*« – soll heißen, dass es auch bei Zeitungsdiebstahl beim dritten Mal Knast setzt. Die rassistische Politik der Vorgängerregierung wird beibehalten und durch eine 30%-Obergrenze für Kinder mit nicht-österreichischen Eltern in Schulklassen ergänzt. Und schließlich: Sparen, Sparen, Sparen. Das Militärbudget wird aber erhöht.

Das gesellschaftliche Klima ist entsprechend. Beim Staatsfunk ORF wird kritische Berichterstattung massiv verfolgt, auch bei privaten Zeitungen werden mißliebige Redakteure rausgesäubert. Viele Menschen haben Angst. Und ein Mittel, ihnen die Angst zu nehmen,



sind die lautstarken Proteste auf der Straße. Wer einmal auf diesen Demonstrationen war, die mit Tausenden Menschen quer durch die Stadt gehen, wird bemerkt haben, wie viele am Rand ihre Sympathien damit bekundet haben. Menschen, die aus den Fenstern winken, Leute, die spontan die anliegenden Wirtshäuser verlassen, um der Demo zuzujubeln, AutofahrerInnen, die hupen, und sagen, dafür stünden sie gerne im Stau.

Strategie?

Diese Demos sind der wichtigste Ansatzpunkt eines weiterführenden antifaschistischen Widerstandes. Dabei muß aber diese »Bewegung« genauer betrachtet werden. Sie besteht aus den unterschiedlichsten politischen Strömungen. Von liberal über sozialdemokratisch oder kommunistisch in den verschiedensten Spielarten bis hin zum Anarchismus ist hier alles vertreten. Die meisten lassen sich aber nirgends einordnen. Und das scheint das Wesentlichste daran zu sein. Vereinnahmungsversuche von Gruppen, die vor allem dem trotzkistischen Milieu zuzuordnen sind, kann mensch als gescheitert betrachten. Das Gros der DemonstrantInnen hat einfach keine Lust, sich irgendwelchen Organisationen (die schon an kommunistische Massenparteien denken) unterzuordnen. Das darf aber nicht mit unpolitisch gleichgesetzt werden. Die Menschen wissen sehr wohl, dass sie hier gegen eine menschenverachtende Partei auf die Straße gehen, und sie setzen auf eben diesen Demos dem völkischen und lustfeindlichen Wahn ihre Auffassung von Leben entgegen. Diese Demos sind lustig, kreativ, kraftvoll und trotzdem wütend. Das muß diesen Großdemos gelassen werden. Kundgebungen, die vor allem aus dem ML-Spektrum organisiert werden, mit Slogans wie »*Nein zu NATO und WEU*« sind angesichts der Situation Themenverfehlungen und werden von den Menschen auch so wahrgenommen. Kaum eine/r geht hin. Das einzige, was wir (gemeint ist das anarchistische Spektrum) tun können, ist mittels Flugblättern, Infotischen u.a. den Leuten unsere Sicht der Dinge zu vermitteln, ohne sie zu keilen. Wir bieten auch an, unsere Strukturen und Projekte zu nutzen, ohne Anspruch auf Organisierung unter unserem »Kommando« zu erheben. Der konkrete Protest gegen die Ungerechtigkeiten dieser Regierung kann nur von den Betroffenen selbst ausgehen, wir können uns nur solidarisch erklären. Der Kampf gegen den Faschismus ist hier endgültig zum Kampf gegen das herrschende System geworden.

Wer behauptet, dass diese Menschen nur durch vorgekaute Parolen politisiert werden, irrt: Seit die Proteste begonnen haben, sind viele schon alleine durch die Umgangsweise miteinander politisiert worden. Wenn es um gemeinsame Aktionen geht, entwickeln die Menschen eine kreative Solidarität, um allen, die wollen, den Protest auch zu ermöglichen. Dieser Widerstand ist wirklich einer von unten, weil er keine Hierarchien akzeptiert. Und das ist das Wichtigste daran: Dieser Protest ist schon im Ansatz emanzipatorisch.

Wenn es eine Strategie gibt, dann die, die Proteste zuzulassen, sie solidarisch zu unterstützen, und, weil das auch für uns gilt, die eigene Meinung konsequent zu vertreten. Diese »Bewegung« ist in ihrem Wesen antifaschistisch. ■

Ein Artikel der Rosa Antifa Wien (RAW)
Kontakt: Rosa Antifa Wien
c/o Rosa Lila Tip
Linke Wienzeile 102, A-1060 Wien
e-mail: raw@swi.priv.at

Die Geschichte wach halten

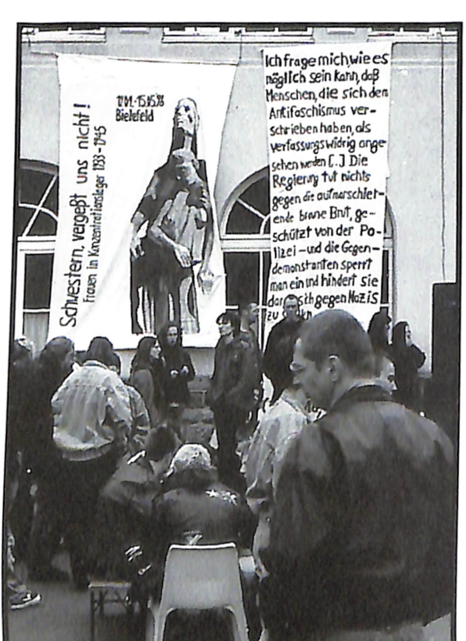
Im September '97 fanden sich zehn FrauenLesben als Frauenprojektgruppe zusammen, um die Ausstellung »Schwestern vergeßt uns nicht – Frauen im Konzentrationslager 1933 – 1945« nach Bielefeld zu holen und ein kleines Programm zu erarbeiten. Da wir kein Geld zur Verfügung hatten, mußten wir uns zuerst über die Finanzierung Gedanken machen und beantragten bei verschiedenen Stiftungen Zuschüsse.

Bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema wurde relativ schnell klar, dass es uns nicht reichte »nur« ein, zwei Veranstaltungen anzubieten. Immer mehr Aspekte schienen uns wichtig, die wir am liebsten alle behandelt hätten. Die Höhe der Zuschüsse ermöglichte uns schließlich nicht nur, die Ausstellung vier Wochen lang im April '98 an zwei verschiedenen Orten in Bielefeld zu zeigen, sondern auch ein umfangreiches Rahmenprogramm anzubieten. Neben Vorträgen haben wir durch eine Stadtführung, ein Konzert und Filme verschiedene Zugänge zum Thema anbieten können.

Ziel war es, sowohl mit der Wahl des Themas, mit der Form der Umsetzung, als auch durch die eigene Arbeitsstruktur über den eigenen Tellerrand hinauszublicken und mit unseren Inhalten eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Der Vorteil an der Form einer Projektgruppe ist, dass es bei der Arbeit in einem Projekt – außerhalb bestehender Gruppenzusammenhänge – mit Frauen aus unterschiedlichen Arbeits- , Lebens- und politischen Bereichen, immer wieder notwendig ist, die eigenen Positionen zu überprüfen, unbekannte Perspektiven einzunehmen und zu diskutieren. Außerdem ermöglicht die Projektform auch Menschen, die sich nicht verbindlich für die Arbeit in einer Gruppe entscheiden können oder wollen, sich in einem zeitlich und thematisch abgesteckten »übersichtlichen« Rahmen zu engagieren.

Wir haben das Thema »Frauen im Konzentrationslager« gewählt, weil wir historisch zu dieser Thematik arbeiten und Frauen in der Geschichte sichtbar machen wollten. Es ging uns nicht nur um das Gedenken, sondern auch um die kritische Wahrnehmung und die Analyse der Machtmechanismen, die zu diesen Verbrechen geführt haben. Es lag uns daran, Kontinuitäten aufzuzeigen und antifaschistische und feministische Inhalte zu transportieren. Dies gelang durch die Verbindung von historischen und politischen Inhalten in unseren Veranstaltungen, zu der vor allem die Zeitzeuginnen durch die Berichte über ihr Leben im NS, ihre Werte, politischen Meinungen, Analysen der heutigen Situation und ihr ungebrochenes Engagement beitrugen. So fand z.B. im Rahmen der Ausstellung ein Konzert mit Esther Bejarano (Überlebende des Mädchenorchesters in Auschwitz) statt, in dessen Rahmen eine Gruppe des Wanderkirchenasyls empfangen wurde, die dort über ihre Situation berichtete. Es war uns sowohl in unseren Veröffentlichungen, in dem Programm als auch in unserer Eröffnungsrede möglich, linksradikale Inhalte zu vertreten, ohne gleich in die »übliche Ecke« gesteckt zu werden.

Als wenige Tage nach dem Konzert, am 12. Mai '98, bundesweite Hausdurchsuchungen bei (Ex-)Passauer AntifaschistInnen stattfanden, von denen auch eine der Projektfrauen betroffen war, konnten wir als Projektfrauen mit unserem gerade erworbenen »Image« in einem völlig anderen Kontext an die Öffentlichkeit treten. Unser Projekt, das ein gesellschaftlich akzeptiertes Thema behandelte, eröffnete uns andere Möglichkeiten. Unsere Presseerklärungen wurden ausnahmsweise mal gedruckt... Der Nachteil an der Form einer Projektgruppe ist, dass sie von vornherein nicht kontinuierlich angelegt ist und durch die Verschiedenheit der Frauen in diesem Projektzusammenhang deutlich unterschiedliche Ansprüche an Zusammenarbeit und Ausführung sichtbar wurden. Anders als feste Gruppen, die sich ja doch mehr auf einer breiteren inhaltlichen Basis zusammenfinden, gründet sich eine Projektgruppe doch vorwiegend auf dem gemeinsamen Interesse an einem bestimmten Thema. Trotzdem entwickelten sich nach Beendigung des Projektes daraus verschiedene Initiativen, die jetzt z.T. kontinuierliche Arbeit leisten. Klar ist, dass ein solches Projekt nicht isoliert stehen darf, sondern als **eine** Ausdrucksform von antifaschistischer und antisexistischer Arbeit begriffen werden sollte. Autonomer Antifaschismus muß immer die kritische Auseinandersetzung mit allen bestehenden Herrschaftsmechanismen beinhalten – das daraus folgende Erkennen des Widerspruchs zum System muß sich in Inhalten und Aktionsformen unserer Politik widerspiegeln. Mit dem Projekt haben wir uns für eine Politikform entschieden, die sich für die meisten von uns von ihrer bisherigen Praxis unterschied: Wir arbeiteten mit staatstragenden Institutionen zusammen (bzw. ließen uns von diesen fördern), ohne dabei Abstand von unseren linksradikalen Positionen zu nehmen. Hieraus ergab sich teilweise ein Spagat, den wir aber in Kauf nehmen wollten. Einerseits wollten wir unsere Inhalte einem breiteren Publikum als der üblichen Szene vermitteln. Andererseits erhofften wir uns durch das Aufzeigen unseres politischen Hintergrunds Akzeptanz für unsere herkömmlichen politischen Aktionsformen (ob dies gelang, sei dahingestellt). Durch die Verknüpfung direkter Antifaaktionen mit antifaschistischer Bildungsarbeit kann die gängige Unterscheidung in »gute« und »böse« Antifas relativiert werden.



Die unterschiedlichen Aktionsformen sollten sich ergänzen und Bezug aufeinander nehmen. Dies ist ein wichtiges Element dieser Strategie. BürgerInnenfreundliche und öffentlichkeitswirksame Aktionen schaffen Raum für Auseinandersetzungen, die ansonsten keinen Platz in der öffentlichen Diskussion haben. Zudem werden durch linksradikale Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit auch andere Zusammenhänge und bürgerliche Kreise für antifaschistische und feministische Themen sensibilisiert. Gleichzeitig ist diese Form der Arbeit auch innerhalb der bestehenden Antifazusammenhänge notwendig, um einem blinden Anti-Nazi-Aktionismus entgegenzuwirken und um eine Basis für eine kontinuierliche linksradikale Politik zu schaffen, bei der klar ist, warum und wofür überhaupt gegen FaschistInnen vorgegangen wird. ■

Frauenprojektgruppe
»Erinnern an Ravenbrück«
c/o Bürgerwache Siegfriedplatz
Siegfriedstraße, 33615 Bielefeld

Der Bund der Antifaschisten

Der Bund der Antifaschisten (BdA) hatte sich im Mai 1990, in der Endphase der DDR, gegründet. Seit zehn Jahren arbeiten in allen ostdeutschen Bundesländern Basisgruppen, in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt Landesverbände und in Berlin der Landeskoordinierungsrat. Der Dachverband in Berlin versucht die Tätigkeit zu koordinieren, organisiert aber auch im Bündnis mit anderen eigene antifaschistische Veranstaltungen, so z.B. jährlich den Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung am zweiten Sonntag im September. Die Gründung des BdA war auch eine Reaktion auf einen sich ausbreitenden deutschtümelnden Nationalismus und auf eine anwachsende Naziszene in der Wendezeit. Die Mitglieder des BdA wollten gemeinsam mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Organisationen einen politischen und kulturellen Gegenpol zu Rassismus und Neonazismus in deutschen Landen setzen. Mitglieder des BdA initiierten und beteiligten sich an zahlreichen Aktionen gegen einen Mainstream, der von wachsender Akzeptanz gegenüber völkischem und neonazistischem Gedankengut geprägt war und ist. Die Gründung stellte auch einen Neuanfang dar, der zugleich einen Bruch einer mit dem Antifaschismus in der DDR verbundenen Instrumentalisierung, Verengung, Anmaßung, Ausgrenzung, Erstarrung und Sinnentleerung bedeutete. Der BdA knüpfte an einen antifaschistischen Konsens an, der die Regimegegnerschaft gegen den NS-Staat wie auch die ersten Jahre nach der Befreiung prägte. Den ehrlichen Einsatz vieler DDR-Bürger für antifaschistische Ideale will der Bund der Antifaschisten weiterführen und versteht sich als Teil eines vielfältigen antifaschistischen und antirassistischen Spektrums in der Bundesrepublik. Der Antifaschismus schien lange Zeit ein von vielen DDR-Bürgern akzeptiertes Leitbild. Viele lernten in Schulen, arbeiteten in Brigaden, dienten in Kasernen, wohnten in Straßen, die den Namen von AntifaschistInnen trugen. Als die Reichskriegsflagge in Leipzig gehißt, in Hoyerswerda, Rostock und anderswo Ausländer gejagt wurden und viele Bürger zusahen, ihre Augen, Herzen, Fenster und Türen für die Opfer zumachten und sogar Verständnis für die Täter zeigten, da war von den Hunderttausenden, die früher zu antifaschistischen Kundgebungen gekommen waren, nicht mehr viel zu sehen. Mit der Abwicklung DDR wurde auch versucht, den Antifaschismus zu delegitimieren. Der Dachverband und die Basisgruppen des BdA setzten sich mit anderen für die Beibehaltung der Namen von AntifaschistInnen im öffentlichen Raum ein, traten für den Erhalt der antifaschistischen Gedenksteine und Gedenkorte ein und wandten sich gegen deren Umwidmung in »antitotalitäre« Gedenkorte, an denen ein neuer Erinnerungskonsens an die *»Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft im 20. Jahrhundert«* gepflegt werden sollte. Dem BdA ging und geht es um den Erhalt und die Neugestaltung von Gedenkstätten, die an Verfolgung und Widerstand erinnern und fordert die moralische und politische Anerkennung aller Opfer des Nationalsozialismus und ihre finanzielle Entschädigung. An der Arbeit des BdA beteiligen sich auch junge Leute, selbst wenn es noch zu wenige sind. Der BdA organisiert bzw. unterstützt Workcamps mit Jugendlichen in den Gedenkstätten in Buchenwald und Sachsenhausen, in Gardelegen, Malchow und anderen Orten. Auf den gut besuchten Jugendtreffen am Sonnabend vor der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar wurde rege diskutiert. Der BdA hat sich an vielen Demos nach Angriffen auf Andersdenkende und Andersaussehende, auf jüdische Friedhöfe und auf antifaschistische Gedenkstätten beteiligt. Bisher konnten wir jedoch weder neue Übergriffe verhindern, noch gelang es, eine wirksame Gegenöffentlichkeit zu mobilisieren. Eine bedrohlich anwachsende rechtsextreme Szene, deren Parolen und Inhalte unter der Bevölkerung und vor allem unter Jugendlichen eine zunehmende Akzeptanz finden und eine um sich greifende rassistische Stimmungslage, die auch von Politikern etablierter Parteien bedient wird, machen die aktuelle Dimension antifaschistischer Arbeit sichtbar. Der Rechtsextremismus ist im Osten Deutschlands zur dominanten Jugendkultur geworden. Das Deutschsein als Lebensgefühl erlebt einen nicht gekannten Aufschwung. Der gemeinsame Haß auf Ausländerinnen und Ausländer, auf alles »Undeutsche« ist Konsens. Der Rechtsextremismus sickert meist unwidersprochen in das Alltagsleben ein. Eine Schwelle, eine Abwehr, eine Immunisierung scheint es nicht zu geben. Es formiert sich eine rechte Protestfront, eine Hassfront gegen »Fremde« und Minderheiten, gegen die Bundesrepublik und ihre demokratische Verfaßtheit. Wir erleben ein wahrlich starkes Stück Deutschland. Eigentlich müssten überall die Alarmglocken schrillen und demokratische Gegenstrategien entwickelt werden. Die Erinnerung an Millionen Opfer nazistischer Verbrechen ist Mahnung und Auftrag, heute gegen Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus einzutreten und für ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Hautfarben, Sprachen, Kulturen, Religionen, Lebensentwürfen und Überzeugungen zu streiten. Der Dachverband des BdA will sich im Frühjahr diesen Jahres mit dem Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am Widerstand und Verfolgter des Naziregimes (IVVdN) vereinigen. Der Interessenverband hat im Osten Deutschlands Landesverbände und Basisgruppen. Die Erinnerung an den Widerstand gegen den Faschismus und an die Opfer des Faschismus wollen wir wirkungsvoller mit dem Kampf gegen Rassismus und Neonazismus im breiten Bündnis mit allen antifaschistischen Gruppierungen verbinden. Der Einsatz für antifaschistische Ziele in der Bundesrepublik und in Europa bleibt eine aktuelle Aufgabe. Die politische Dimension eines neuen Antifaschismus geht über ein bloßes »Anti« hinaus. Zur Verteidigung universalistischer Menschenrechte und demokratischer Bürgerrechte bedarf es eines neuen sozialen und demokratischen Konsenses, der Solidarität mit den Unterdrückten und denen, die Unrecht erleiden, einschließt. ■



Ein Beitrag von Hans Coppi, stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Antifaschisten.



Vom Versuch in die Mitte zu wirken

Wer mit dem Wolf ...

Die Aktion Noteingang sorgte 1998/99 im Land Brandenburg für Furore. Sie wandte sich an Besitzer öffentlicher Einrichtungen und Räume, die unter anderem Aufkleber mit der Aufschrift *»Wir bieten Schutz und Information bei rassistischen und faschistischen Übergriffen«* anbringen sollten.

Wir haben uns vorgewagt in die Höhle des Wolfes. In seine Konsumtempel, Einkaufsmeilen und Rathäuser, haben uns den Mund fusselig gequatscht über die Wichtigkeit von Zivilcourage, die Bedeutung von geschützten öffentlichen Räumen für von rechter Gewalt Betroffene und die Grenzzuweisung für Nazipack. Und – hat es was genützt?

Wir meinen – ja. Ein Jahr Präsenz in den Medien, unzählige Diskussionen, die Begriffe wie Faschismus und Rassismus wieder ein Stück weit öffentlich hörbar machten – auch in der »Mitte der Gesellschaft«. Unsere Aktion war – wenn auch dezent – wahrnehmbar in den Stadtbildern. Die Erkenntnis, dass es ausser uns doch noch Menschen gibt, die sich ganz bewusst zum Antifaschismus bekennen, (sich nur allein öffentlich nicht so recht trauen...), macht Mut. Weitere positive Aspekte waren, dass eine Menge Gruppen ein Handlungsfeld ausprobierten, in das zum einen viele und zum anderen Menschen mit unterschiedlichen Motiven einbezogen werden konnten, dass sich neue Gruppen, inspiriert durch den Handlungsansatz, bildeten, dass eine landesweite Vernetzung entstand und dass über eine antifaschistische Initiative ausführlich berichtet wurde. Die teilweise Akzeptanz der Tatsache, dass nicht verwirrte Einzeltäter, sondern sich zunehmend organisierende Nazis das Problem sind, ist jedenfalls zum Teil auch ein Ergebnis unserer Aktivitäten. Dass es einen Zusammenhang zwischen zunehmender Rechtsorientierung Jugendlicher und staatlicher Rechtslastigkeit gibt, wollen allerdings nur wenige erkennen. Betrachtet man die Brandenburger Perspektiven in Bezug auf emanzipatorisch-partizipatorische Jugendarbeit, sieht es eher traurig aus, und sämtliche Aktivitäten der Intervention (z.B. das Landesprogramm »Tolerantes Brandenburg«) gewinnen einen Alibicharakter zur Ruhigstellung von »ewiggestrigen Mitteanhängern«. Doch uns werden sie nicht täuschen! Wir haben viel gelernt. Unsere Aktion selbst war zeitlich begrenzt, die meisten beteiligten Gruppen haben aber bereits mit neuen Projekten angefangen, zum Beispiel in den Bereichen Opferbetreuung, öffentliche Aufklärung oder Flüchtlingsarbeit.

Zusammenfassend glauben wir, dass es schon Sinn macht, im grauen Brei der Volksdeutschen rumzurühren, und ihnen immer wieder vor Augen zu halten, was für Mist sie machen, dass sie rassistisch sind und dieses noch nicht mal merken. Wenn das Ziel ist, dem Wolf die Zähne abzufeilen, bis er freiwillig Vegetarier wird, dann muß man »nur« die passende Feile finden. Und in diesem Sinne bleiben wir am Volk. ■

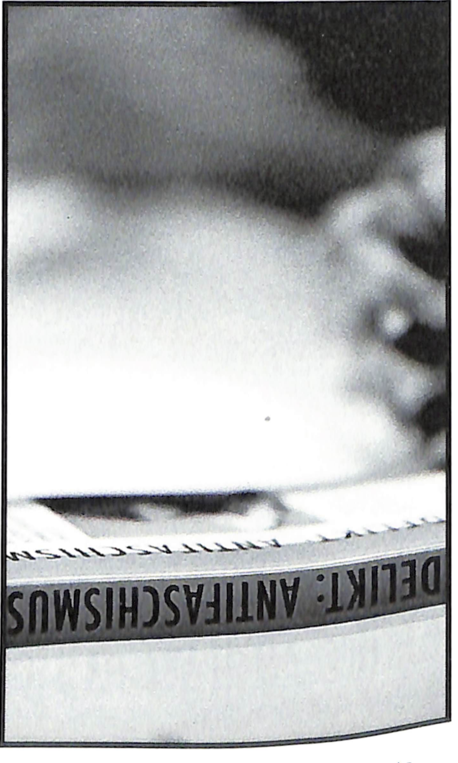
Ein Artikel der Aktion Noteingang
(zur Aktion Noteingang s. AIB Nr.48)
Kontakt: Aktion Noteingang
c/o Dosto
Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau
Pressestelle: c/o Horte, Peter-Göring-Ring 25
16341 Strausberg

Widerstand Bilden!

Seit 1999 gibt es im Land Brandenburg das Projekt »Bildungsoffensive 2000« (BO). Dieses Projekt hat zum Ziel, Jugendgruppen und Initiativen in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu stärken. Hintergrund der Projektidee ist, dass sich bei Jugendlichen rechtsextreme und rassistische Werte und Normen verfestigen und Bestandteil von Alltagskultur geworden sind.

Jugendliche, die infolge dieser Entwicklung häufig auch Angriffen von Rechten ausgesetzt sind und dagegen aktiv werden wollen, vor Ort aber kaum Unterstützung erfahren, sollen durch das Projekt »Bildungsoffensive 2000« längerfristig begleitet und gestärkt werden. So soll dazu beigetragen werden, kulturelle und politische Alternativen für Jugendliche gegenüber dem rechten Mainstream zu erhalten bzw. zu etablieren.

Zu je zwei Personen arbeitet ein Team der »BO 2000« mit ein bis zwei Jugendgruppen aus verschiedenen Kleinstädten in Brandenburg zusammen. Die Gruppen sind offen. Die Beteiligten kennen sich aus der Schule, aus der Jungen Gemeinde, über FreundInnen und/oder aus gemeinsamen Bedrohungssituationen. Es existieren jeweils unterschiedliche Ausgangslagen und Stärken. Daran gilt es bei der Unterstützung anzuknüpfen. Diese beinhaltet zum einen eine Begleitung von Gruppenprozessen und zum anderen eine praktische Hilfe beim Umsetzen von Vorhaben und Ideen. Dazu zählen die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung von Seminaren, Zukunkftswerkstätten und Veranstaltungen. Wichtig ist dabei zu lernen, örtliche Bedingungen analysieren zu können, Interessen zu artikulieren und Handlungsmöglichkeiten zu finden. Oft ist es auch notwendig, Kontakte zu lokalen Institutionen oder anderen Initiativen zu vermitteln. ■



Kontakt: Bildungsoffensive 2000 c/o Dosto,
Breitscheidstr. 43a, 16321 Bernau
e-mail: bo2000@djb-ev.de

Werwolf, Waffen, Werthebach:

Wer ist die Anti-Antifa?

Anfang November vergangenen Jahres trafen sich deutsche, schwedische, englische und norwegische Neonazis aus dem internationalen Netzwerk von Combat 18 und Blood & Honour (B&H) in einer Kleinstadt bei Oslo in Norwegen. Wesentlicher Programmpunkt des Treffens, an dem zwei deutsche Neonazis aus dem Umfeld von Thorsten Heise teilnahmen: Die Koordinierung internationaler Anti-Antifa-Aktivitäten und damit verbundener klandestiner Terror gegen AntifaschistInnen, JournalistInnen und Vertreter staatlicher Behörden. Die deutschen Neonazis sind unter Zugzwang: Nach mehreren Morden, die von ihren schwedischen Kameraden im vergangenen Jahr verübt wurden, und nach der spektakulären rassistischen Bombenanschlagsserie in London, wollen sie ihren internationalen Vorbildern nacheifern. Noch hapert es bei der Umsetzung, doch Anti-Antifa-Listen wie der Wehrwolf sind nur die Spitze des Eisbergs; und an vermeintlichen »Einzeltätern« wie Kay Diesner, der bis zu seiner Inhaftierung Teil einer funktionierenden neonazistischen Struktur war und heute in den meisten Neonazipublikationen als »Märtyrer« gefeiert wird, mangelt es in deutschen Neonazikreisen keineswegs. Ein Teil dieser Szene ist den staatlichen Sicherheitsbehörden – die ansonsten immer ihre Finger im Spiel hatten, wenn Neonazis zu organisiertem Terror ansetzen – offenbar aus dem Ruder gelaufen. Wenn sich Polizeibeamte genötigt sehen, AntifaschistInnen – wie im Dezember in Göttingen – vor Briefbomben zu warnen, sollte das niemanden beruhigen, sondern zu erhöhter Wachsamkeit mahnen.



Das Ausspähen von politischen GegnerInnen ist ein verbindendes Element der verschiedenen Spektren und Fraktionen der rechten und rechtsextremen Szene. Die sogenannte Anti-Antifa-Arbeit, z.B. das Veröffentlichen von Namen, Adressen und Fotos von alten und jungen AntifaschistInnen, JournalistInnen oder GewerkschafterInnen, gehört mal mehr, mal weniger offen zum guten Ton in den meisten rechten Publikationen. Das reicht von schlecht kopierten Neonazi-Fanzines über die NPD-Parteizeitung Deutsche Stimme bis hin zur Jungen Freiheit, den Internet-Seiten diverser Neonazigruppierungen und Videos der Blood & Honour Strukturen. Auch wenn die öffentlich verbreiteten »Ermittlungsergebnisse« der Anti-Antifa-Gruppen in der Regel schlecht recherchiert und bisweilen lächerlich anmuten, werden sie doch in einem immer größeren Spektrum der militanten Neonazis als Handlungsvorgabe und richtungsweisend begriffen. Ein nicht-rechter oder alternativer Jugendtreff, der beispielsweise von Anti-Antifa-Publikationen zu einer »Antifazentrale« deklariert wird, kann dies zwar lächerlich finden: Aber die Betroffenen sind vor allem in kleinen Städten oft mit weitreichenden Folgen der rechten Propaganda konfrontiert. Neben Angriffen aus der neonazistischen Szene kommt es beispielsweise zu Mittelkürzungen durch Stadtverwaltungen und Medienhetze.

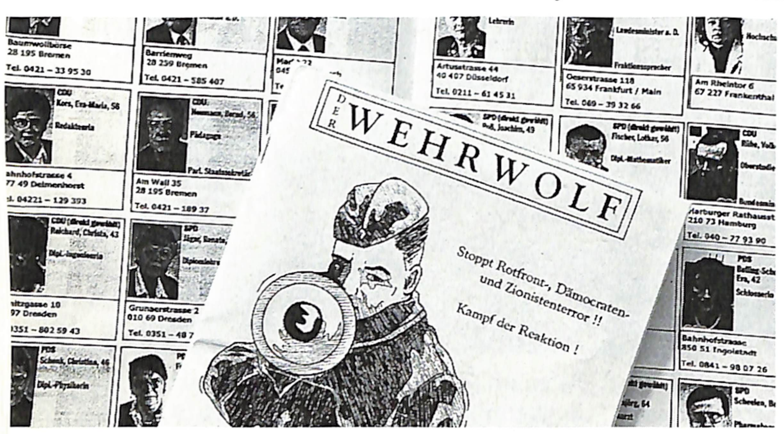
Im folgenden Artikel wollen wir einen Überblick über einen Teil der aktuellen Anti-Antifa-Netzwerke, ihre Verbindungen ins Ausland und ihre Hauptdrahtzieher der letzten zehn Jahre geben. Über dieses Thema ist im AIB schon viel gesagt und geschrieben worden. Wir denken aber, dass angesichts der insbesondere in den CDU-(mit)regierten Bundesländern von Seiten der Innenpolitiker betriebenen staatlichen Anti-Antifa-Hetze momentan dem neonazistischen Terror von den politisch Verantwortlichen eine Legitimitation verschafft wird, die engagierte AntifaschistInnen zunehmend isolieren soll. Eine genaue Auseinandersetzung sowohl mit staatlichen Anti-Antifa-Kampagnen als auch mit den Drahtziehern rechten Terrors ist notwendig, da es bei diesem Thema zu gefährlichen Interessensüberschneidungen zwischen Neonazis und rechtskonservativen Kräften kommt.

Die jüngsten Anti-Antifa Bestrebungen

Zwei Seiten mit rund 40 Namen aus Berlin umfasste eine Liste, die die Anti-Antifa Kurpfalz mit Postfach in Ludwigshafen im September '99 an »Kameraden« in Berlin verschickte. Alphabetisch sortiert fanden sich hier Menschen aus unterschiedlichsten politischen Spektren – SPD- und PDS-Mitglieder, engagierte RentnerInnen und Jugendliche – aus dem Ostberliner Bezirk Treptow wieder, die die Neonazis zu politischen Gegnern erklären.[1] Im Dezember '99 tauchte dann – wiederum in Berlin – das 20seitige im Skinzinestil aufgemachte Heft Wehrwolf auf. Nach Rubriken wie *»Parlamentarier«*, *»Hebräer«* und *»Democratische Propagandasender«* sortiert, finden sich hier rund 150 Namen und Adressen von sogenannten *»Volksfeinden«*. Neben vierzig Bundestagsabgeordneten aller Parteien – deren Adressen und Telefonnummern offenbar dem Parlamentarischen Handbuch der vorigen Legislaturperiode entnommen wurden – konzentrieren sich die Wehrwolf-Macher auf jüdische Gemeinden und Institutionen sowie veröffentlichte Kontaktadressen der Roten Hilfe und der MLPD. Erschreckend an dieser – wie so oft schlecht recherchierten Anti-Antifa Liste – ist vor allem ihre offen antisemitische Ausrichtung. Als Absender tauchte dieses Mal eine Anti-Antifa Saarpfalz mit dem selben Postfach auf, das auch schon im September der Anti-Antifa Kurpfalz diente. Die Bestelladresse für den Wehrwolf ist ein Postfach im niederländischen Delfzill, das von dem niederländischen GdNF-Kader und langjährigen NS-Aktivisten Eite Homann betreut wird. Als presserechtlich Verantwortlicher wird der langjährige ex-FAP-Kader Frank Scholz aus Altena genannt.

Wer verbirgt sich hinter der Anti-Antifa Kurpfalz, die ihre Umbenennung in Anti-Antifa Saar-Pfalz öffentlich im Au-

gust '99 bekannt gab? In ihrem engen Umfeld bewegt sich der (AIB-LeserInnen aus den AIB-Ausgaben Nr. 48 und Nr. 49 schon bekannte) 16jährige Ronnie Reimer aus Schifferstadt. Schon in der ersten Ausgabe des von Reimer herausgegebenen Skinzines Pfalzfront erschien Anfang Januar '99 eine Anzeige mit dem Angebot, Adressen von AntifaschistInnen gegen Rückporto an interessierte Kameraden zu verschicken. Im August '99 kündigte Reimer dann in einem Brief an ein linkes Jugendzentrum die Veröffentlichung des Wehrwolfs an und drohte: »*Wir werden euch und eure GenossInnen demnächst mal besuchen kommen (...).*« Doch Reimer, der sich selbst als »*Nationaler Sozialist*« bezeichnet und schon als 13jähriger zu den Kunden des NS88-Versandes gehörte, agiert allenfalls als übereifriger und selbstdarstellerischer Helfershelfer für langjährige Neonaziaktivisten. Einer von ihnen ist der 24jährige Stefan Michael Bar. Bar war nach eigenen Angaben u.a. Mitglied der FAP und der HNG. Im Januar '99 wurde Bar, der schon 1998 wegen Volksverhetzung und Landfriedensbruchs zu einer Jugendstrafe von 27 Monaten verurteilt worden war, von der Jugendkammer des Landgerichts Frankenthal wegen Herausgabe des Reichsrufs zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt. Nach Verbüßung von 2/3 der Strafe ist Bar inzwischen wieder aus dem Knast entlassen und macht nahtlos da weiter, wo er aufgehört hat. Kurz nach seiner Entlassung erschien der Reichsruf Nr.6, der ebenfalls über Eite Homanns Postfach in den Niederlanden vertrieben wird.



Das Anti-Antifa Heftchen »Wehrwolf«

Zu seinen Vorbildern zählt Bar u.a. den wegen Mordes verurteilten Berliner Neonazi Kay Diesner. Bar gehört zum Umfeld der Nationalen Volksfront (NVF), die seit rund vier Jahren im Raum Schifferstadt/Neustadt aktiv ist. Bei vierzehn Hausdurchsuchungen im März '98 in Süddeutschland – Anlaß war die Schändung eines jüdischen Friedhofes in Neustadt – fand die Polizei ein umfangreiches Waffenarsenal, darunter auch eine Maschinenpistole, mit der 1996 ein Anschlag auf einen Döner-Imbiß in Neustadt verübt worden war. Ausserdem wurden sieben Maschinenpistolen, elf Gewehre, sechs Pistolen, 8.000 Schuß Munition, mehrere Kilo Pulver und Zünder, Nachtsichtgeräte sowie drei Minen gefunden. (vgl. AIB Nr. 49, S. 34). Zwei der für den Anschlag auf den Dönerimbiß Verdächtigen gehörten der Nationalen Volksfront – Kameradschaft Neustadt/Weinstraße an, unter deren Briefkopf Ronnie Reimer seinen Drohbrief verschickt hatte.

Die Folgeermittlungen gegen die Nationale Volksfront führten im übrigen u.a. ins bayerische Sinning. Dort hatte die NPD-Zeitung Deutsche Stimme (DS) auf dem Gelände des bekannten Neonazis Anton Pfahler ihre Redaktions- und Verlagsräume, und auch einer der Macher der 1993 erschienen bundesweiten Anti-Antifa-Liste Einblick, Norman Kempken, fand hier Unterschlupf. Bei der Durchsuchung von Pfahlers Gelände im Juni '98 wurden u.a. Handgranaten und mehrere Maschinenpistolen unterschiedlicher Modelle gefunden. Pfahler – und ab 1997 auch sein heute 23jähriger Laufbursche Alexander Larrass – betrieb über mehrere Jahre hinweg einen schwunghaften Waffenhandel. Zumeist war es Larrass, der beispielsweise im tschechischen Eger mehrfach Uzi- und Kalaschnikow-Maschinenpistolen kaufte, um sie dann in Deutschland an Pfahlers Kunden weiterzuverkaufen.

Pech für Larrass und Pfahler, dass einer ihrer besten Kunden sich als verdeckter Ermittler des LKA-Bayern entpuppte, dem sie mehrfach Maschinenpistolen und Handgranaten verkauft hatten. In dem nachfolgenden Verfahren, u.a. wegen illegalen Waffenbesitzes, Waffenhandel und Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz vor dem Landgericht München, versuchte der 53jährige Pfahler sich als unpolitischer Militaria-Sammler darzustellen. Diese Strategie funktionierte jedoch nicht ganz. Immerhin kam auch das Gericht nicht umhin, festzustellen, dass die Waffen zur Verteilung an Rechtsextremisten dienten. Im Herbst '99 wurde Pfahler zu einer Haftstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt, Larrass erhielt vier Jahre und acht Monate Haft. Anton Pfahler, der z.Zt. in der JVA Landsberg einsitzt, wird von der Hilfsorganisation für Nationale Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) betreut.

Die Sicherheitsbehörden und der Wehrwolf

Die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden, die sich gegenüber den Medien ahnungslos gaben, wussten im übrigen schon im November von der Existenz des Wehrwolfs. Am 21. November '99 wurde am deutsch-niederländischen Grenzübergang Elten ein Auto kontrolliert. Bei den Insassen – dem 22jährigen Sven Oliver Schlechta aus Schwabach, dem 17jährigen Moritz Stumpp aus Schwabach und der 18jährigen Barbara Schmitt aus Fürth – fanden deutsche Polizeibeamte rechtsextremes Propagandamaterial, darunter auch ein Exemplar des Wehrwolfs. Sven Oliver Schlechta ist kein unbeschriebenes Blatt in der rechtsextremen Szene. Er fiel beispielsweise schon 1996 als Teilnehmer der Jahreshauptversammlung der HNG in Hessen auf. Trotz des Wehrwolf-Fundes wurden die potentiellen Opfer von den Sicherheitsbehörden nicht gewarnt. Das wundert wenig, wenn man eine – quer durch die Republik verbreitete – Bewertung des BKA über den Wehrwolf liest, in der u.a. behauptet wird, eine Anti-Antifa Saarpfalz sei dem Amt unbekannt – obwohl der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz die Anti-Antifa Kurpfalz schon 1998 erwähnt. Im übrigen lägen der Abteilung »*keine Erkenntnise vor, dass es im Zusammenhang mit derartigen Schriften bzw. Sammlungen von Daten 'potentieller Gegner' der rechtsextremistischen Szene zur Verübung von schweren Straftaten gekommen ist.*« Lediglich »*die seit einigen Jahren immer wieder erschienen Sammlungen von Namen, Adressen und Lichtbildern von politischen und sog. 'verbeamteten' Gegnern*« hätten »*zu Straftaten auf lokaler Ebene zum Nachteil von Personen des linken Spektrums geführt, die wiederum im Zusammenhang mit entsprechenden linksextremistischen Aktionen (siehe Namensgebung 'Anti-Antifa') stehen.*« Außerdem weise die Liste »*allenfalls vage Bezüge zu den klassischen Feindbildern der rechtsextremen Szene*« auf, die von einer »*unstrukturierten, vagen Zielvorstellung*« zeugten. Daher sei nicht von einer »*konkreten Angriffsabsicht*« auszugehen.[2] Angesichts derartig unsinniger und realitätsfremder »Analysen« stellt sich nur noch die Frage, ob das BKA tatsächlich glaubt, was es da schreibt. Oder ob es ganz einfach darum geht, Rechtsextremismus um jeden Preis zu verharmlosen.

Die Berlin-Connection der Anti-Antifa-Kurpfalz

Der Schwerpunkt der Anti-Antifa-Liste vom September '99 lag im Ostberliner Bezirk Treptow. Dies wundert kaum. Schließlich hat die »*Feindaufklärung*« bei den hier aktiven Neonazis eine lange Tradition. Die in das Netz der sogenannten

Freien Kameradschaften eingebundene Kameradschaft Treptow hatte sich von Anfang an die Anti-Antifa-Arbeit auf ihre Fahnen geschrieben. Einer ihrer Führungskader, der wegen Beihilfe zum Totschlag verurteilte Detlef Nolde (ehemals Cholewa), war Anfang der 90er Jahre zeitweilig für die Anti-Antifa Berlin (AAB) verantwortlich. In Treptow folgten der Datensammelei schnell Taten. So legten beispielsweise am 17. April '95 KS-Treptow-Chef Henryk Wurzel und sein Zögling Mirco Ruthke im nicht-rechten Treptower Jugendclub »Gérard Philippe« Feuer. Der Club brannte komplett ab.[3] Als sich in Treptow dann ein »Bündnis gegen Rechts« gründete, versuchten die Neonazis das Bündnis zu bespitzeln. Das ehemalige NF-Mitglied Carsten Strulick nahm an einem ersten Treffen des Bündnisses teil – wenig später erhielten andere TeilnehmerInnen rechtsextreme Drohungen. Ein PDS-Mitglied, dessen Name sich auch auf der Liste der Anti-Antifa-Kurpfalz wiederfand, entging Ende '97 nur knapp einem Rohrbombenanschlag der beiden Treptower Neonazis Carsten Müller und Patrick Demming.

Auch beim Wehrwolf ergibt sich ein direkter Bezug in die Berliner Neonaziszene: Im Vorwort des Wehrwolfs heißt es u.a.: *»Was wir wollen ist nichts weiter als Hakenkreuzfahnen zu schwingen, in SA-Uniformen zu marschieren, den Arm zum deutschen Gruß zu erheben und unsere Meinung über Juden zu äussern.«* Derselbe Wortlaut fand sich schon Monate zuvor in einem Leserbrief des inhaftierten Berliner Neonazikaders Marcus Bischoff an den Tagesspiegel, in dem Bischoff sich über die polizeiliche Auflösung einer Hochzeitsfeier der Nazirocker Vandalen beschwert und droht, *»der nächste tote Polizist«* sei *»nur noch eine Frage der Zeit«*.[4]

Bischoff gehörte vor seiner Inhaftierung zum Kreis der Berliner Anti-Antifa-Aktivisten wie Kay Diesner und Oliver Werner und war Mitherausgeber des NS-Denkzettel, der in der Neonaziszene als Sprachrohr des Weißen Arischen Widerstandes (WAW) galt.

Inzwischen hat sich das Spektrum der Berliner Naziszene, das in Anti-Antifa-Zusammenhängen agiert, erheblich verbreitert und pflegt gute Kontakte quer durchs Land und ins Ausland. Eine, die nicht nur den Berliner KameradInnen immer mal wieder »hilfreich« mit Fotos zur Seite steht, ist die bundesweit agierende Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Kosche aus Lübeck, die u.a. bei den NPD-Aufmärschen in Magdeburg 1999 und am 9. November '97 zusammen mit den Berliner Anti-Antifa-Aktivisten Daniela Fröhlich und Edward Armin Rümmler versuchte, TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Demonstration zu fotografieren. Deutlich wird die Mischung von Organisationen und Gruppierungen aus Berlin und Umgebung, die hier mitmischen, wenn man sich die Liste der deutschen Nazis anschaut, die am 3. Januar '98 bei einem Skinkonzert mit der us-amerikanischen Naziband Max Resist in Brottby in der Nähe von Stockholm festgenommen wurden: Dazu gehörten u.a. Alexander Piek aus Berlin-Treptow, Dirk Horn (B&H) aus Lehnin, Michael Simon aus Einbeck, Thorsten Graumann aus Sarstedt, Karsten Volker Wähle aus Michendorf, Heiko Lappat (NPD, B&H) aus Berlin-Lichtenberg, Hartmut Spengler (B&H) aus Berlin-Marzahn und Katja Prüseler aus Fürstenwalde. Die schwedische Antifa-Zeitung »Expo« geht davon aus, dass die deutschen Neonazis sich keineswegs auf einer Urlaubsreise in Schweden befanden, sondern das Konzert genutzt haben, um konkrete Absprachen mit schwedischen Neonazis zu treffen.[5]

Das bundesweite Netz der Anti-Antifa

Veröffentlichungen wie der Wehrwolf sind nur die Spitze des Eisberges an Material, das Neonazis bundesweit über politische GegnerInnen gesammelt haben. Ein Teil davon dürfte sich inzwischen in den Händen der Sicherheitsbehörden befinden. Nach der Veröffentlichung der Anti-Antifa-Liste im September '99 leitete die Berliner Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen Unbekannt ein, nachdem einige potentielle Opfer Strafanzeige stellten und die Sicherheitsbehörden aufgrund von Presseveröffentlichungen zum Handeln gezwungen waren. Ende Oktober '99 fanden dann Razzien wegen *»des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung«* bei einem Dutzend bekannter Neonazikader in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen statt. Unter den Beschuldigten findet sich eine Reihe von langjährig in heute verbotenen Parteien und der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF) aktiven Neonazis wieder, die mittlerweile u.a. in den sogenannten Freien Kameradschaften und den Strukturen von Blood & Honour agieren. Aber auch bei mindestens zwei NPD-Funktionären fanden Hausdurchsuchungen statt. (s. Kasten) Laut der britischen Tageszeitung Guardian wurden bei den Durchsuchung sogenannte *»Feindlisten«* mit sechzig Namen, u.a. von Staatsanwälten, Richtern und Journalisten, gefunden, die ins Internet gestellt werden sollten.[6]

Stefan Michael Bar



Bisher dringt das Ausmaß der in Berlin gefundenen Daten nur bruckstückhaft an die Öffentlichkeit: So berichtete beispielsweise die Magdeburger Volksstimme Ende März '00, dass u.a. *»hunderte von digitalen Fotos«* gefunden worden seien. Die Magdeburger Kripo, die im Auftrag der Berliner Staatsanwaltschaft und des BKA ermittele, ginge *»von einer realen Gefährdung für die fotografierten Personen aus.«*[7] Die teilweise mit Namen gekennzeichneten 600 Fotos von AntifaschistInnen, Journalisten, Abgeordneten, Staatsanwälten und Richtern wurden von Anti-Antifa-FotografInnen aus dem Umfeld des Hamburger Sturms und der Berliner Anti-Antifa u.a. bei den beiden NPD-Aufmärschen in Magdeburg im vergangenen Jahr gemacht.

Die Durchsuchungen im Oktober '99, u.a. bei Oliver Schweigert, Lutz Giesen, Heiko Lappat, Andreas Tews und Hartmut Spengler aus Berlin, waren für AntifaschistInnen keine wirkliche Überraschung. Schweigert präsentierte sich bereits Anfang der 90er als Ansprechpartner der Anti-Antifa Berlin (AAB). Die Berliner Neonazis Oliver Werner und Kay Diesner, die in den 90ern Anti-Antifa Recherchen durchführten, übergaben ihr Material dem damals als Chef der Nationalen Alternative (NA) auftretenden Schweigert. Er arbeitete eng mit dem Hamburger Anti-Antifa-Initiator Christian Worch zusammen, der 1992 mit der Anti-Antifa-Liste Index den Startschuss für weitere Veröffentlichungen gab. Drei der jetzt Verdächtigen wurden u.a. zusammen mit Kay Diesner, Marcus Bischoff, Oliver Werner und Detlef Nolde am 13. August '94 in der Wohnung des damaligen Neonazikaders Arnulf Priem verhaftet, als sie dessen Haus gegen eine antifaschistische Demonstration »verteidigen« wollten. Fast alle der damals in Priems Wohnung Verhafteten sorgten in den folgenden Jahren wegen Besitzes von Waffen, Anleitungen zum Bombenbau und schwerer Gewaltdelikte – bis hin zu Mord im Fall von Kay Diesner – für Schlagzeilen.[8] Oliver Schweigert gehört neben einer Handvoll weiterer GdNF-

Kader wie Christian Worch und THOMAS WULFF aus Hamburg sowie THORSTEN HEISE aus Northeim auch zu denjenigen Neonazis, die bundesweit Anti-Antifa-Aktivitäten koordinieren (s.u.).

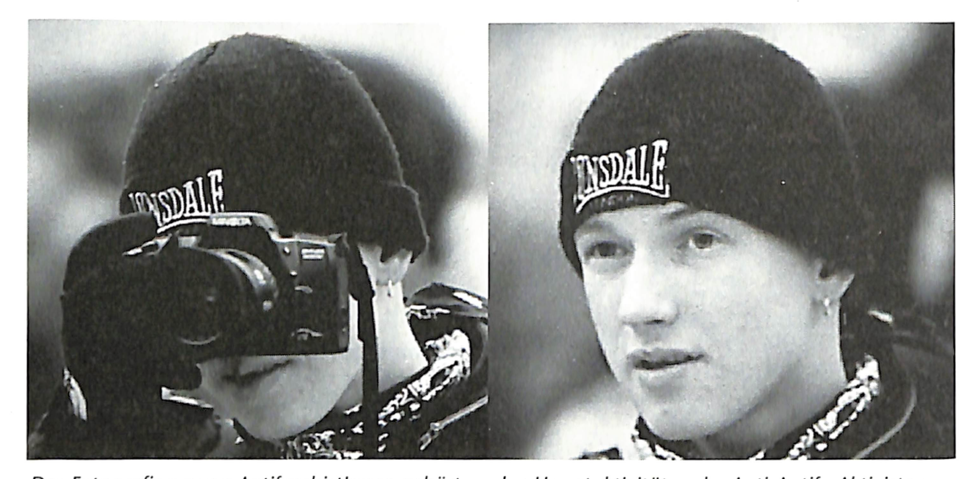
Die Göttingen-Connection

Ende November '99, kurz nach dem internationalen Anti-Antifa-Treffen in Norwegen, schlugen die Sicherheitsbehörden dann auch in Göttingen zu. Bei mindestens vier Göttinger Neonazis wurden wegen des Verdachts auf *»Bildung einer terroristischen Vereinigung«* nach §129a Hausdurchsuchungen durchgeführt. Nach Angaben des NATIONALEN INFOTELEFONS traf die Durchsuchung Aktivisten, die maßgeblich an der Organisation eines später verbotenen NPD-Aufmarsches am 29. Januar '00 beteiligt waren. Die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen leitete, verhängte erstmal eine Nachrichtensperre und beeilte sich dann zu erklären, dass ja eigentlich gar nichts gefunden worden sei, was den Verdacht *»erhärtet«* hätte. Einige Wochen später sah man das zumindestens beim niedersächsischen LKA etwas anders. Kurz vor Weihnachten wurden der DGB-Kreisvorsitzende, eine PDS-Bundestagsabgeordnete und drei Wohngemeinschaften von LKA-Beamten besucht, die davor warnten, Weihnachtspäckchen in der Größe einer Video-Kassette zu öffnen.[9] Begründet wurde dieses Vorgehen damit, dass bei den Hausdurchsuchungen Unterlagen über Sprengstoff und Zünder gefunden worden seien. Schnell wurde dann noch nachgeschoben, dass die rechtsextreme Szene in Südniedersachsen aber eigentlich bedeutungslos sei. Thorsten Heise, der von AntifaschistInnen als eigentlicher Drahtzieher hinter den Anti-Antifa-Aktivitäten nicht nur in Südniedersachsen vermutet wird, beeilte sich, nach den Durchsuchungen jeglichen Kontakt zu den Beschuldigten zu verleugnen: *»Die Kameradschaft Northeim brach deshalb schon vor Wochen den Kontakt zu dem Mann ab,«* so Heise übers NIT.

... eine kurze Geschichtsstunde

Schon einmal, im November '93, sorgte eine Anti-Antifa Veröffentlichung für bundesweite Schlagzeilen: Der Einblick. Er enthielt hunderte von Namen und Adressen bekannter AntifaschistInnen, GewerkschafterInnen, JournalistInnen und SozialdemokratInnen – einige von ihnen finden sich im übrigen jetzt auch im Wehrwolf wieder. Im Visier der Neonazis standen aber auch *»die Literaten, Richter, Anwälte, die letzten Überbleibsel (...) anno 1968.«*[10] Ein Rückblick lohnt sich, finden sich doch unter den Einblick-Machern und Drahtziehern alte Bekannte...

Derartige Listen[11] aus Neonazikreisen waren im übrigen schon damals nichts Neues. 1950 beispielsweise erstellte der BUND DEUTSCHER JUGEND eine Todesliste von über einhundert Menschen, die aus einem ähnlichen Spektrum stammten wie die potentiellen Opfer der Einblick-Macher. Und bei den ersten Neugründungsversuchen der NSDAP in den 70er Jahren berichteten die Sicherheitsbehörden bereits von umfangreichen Dateien. Der Terror gegen die – zumeist linken – politischen Gegner der Neonazis war bis Anfang der 80er Jahre ein Hauptbetätigungsfeld neonazistischer Gruppen. V-Männer des Verfassungsschutzes waren maßgeblich am Aufbau dieser Netzwerke beteiligt: So tippte 1979 ein VS-Mann eine NSDAP/AO-Todesliste gegen Linke in Westberlin, die bundesweit in Umlauf gebracht wurde.[11]



Das Fotografieren von AntifaschistInnen gehört zu den Hauptaktivitäten der Anti-Antifa Aktivisten

Zu denjenigen, die die personelle Kontinuität in der Anti-Antifa gewährleisten, gehören eine Reihe von GdNF-Kadern und enge Vertraute des verstorbenen Neonazis MICHAEL KÜHNEN: Sie stellten Anfang der 90er Jahre die Struktur für die Veröffentlichung des Einblicks, und sie stellen heute die Struktur, auf die sowohl die Wehrwolf-Macher als auch diejenigen Anti-Antifa-Netzwerke, die nicht mit schlecht recherchierten Listen an die Öffentlichkeit treten, zurückgreifen können. Bevor der Einblick Ende '93 veröffentlicht wurde, fanden in Hessen zwei Treffen statt, an denen die Drahtzieher der Anti-Antifa aus dem In- und Ausland beteiligt waren: Am 4. April '93 trafen sich in der Gärtnerei des Ehepaars KURT und URSEL MÜLLER, die bis heute für die HNG leiten, u.a. Thorsten Heise, Christian Worch, Oliver Schweigert sowie eine Delegation der DÄNISCHEN NATIONALSOZIALISTISCHEN BEWEGUNG (DNSB), darunter ESPEN ROHDE KRISTENSEN und THOMAS DERRY NAKABA. AntifaschistInnen gingen davon aus, dass hier die letzten Formalitäten zur Einrichtung des Einblick-Postfachs im dänischen Randers entschieden wurden. Nakaba wurde einige Jahre später dafür verurteilt, dass er im Auftrag der englischen Naziterrortruppe Combat 18 Briefbomben verschickte.[12] Im September '93 fand ein Nachfolgetreffen statt, an dem u.a. auch Eite Homann, Thomas Wulff und Oliver Schweigert teilnahmen.[13] Auch Norman Kempken, Ziehkind der HNG-Vorsitzenden Ursel Müller und einer der wenigen verurteilten Einblick-Macher, kann die Finger von Anti-Antifa-Aktivitäten nicht lassen. Ein Postfach im hessischen Rüsselsheim, über das Kempken schon 1993 seine Kommunikation in Bezug auf »Feindrecherchen« abwickelte, dient heute noch als inoffizielles Postfach für Anti-Antifa-Aktivisten im Rhein-Main-Gebiet.

Die aktuellen internationalen Kontakte

Während Mitte und Ende der 90er Jahre die Anti-Antifa-Kampagnen beispielsweise am Rande von Rudolf-Hess-Märschen abgesprochen wurden, läuft die Koordinierung heute oft auch am Rande von Konzerten, die von Blood & Honour-Strukturen überall in Europa organisiert werden. Sowohl Thorsten Heise als auch Christian Worch, Oliver Schweigert und Hartmut Spengler verfügen über intensive Kontakte im internationalen Blood & Honour-Netzwerk (s. o.). Der deutsch-dänische Neonazikader MARCEL SCHILF und sein schwedischer Partner ERIC BLÜCHER nutzen das Blood & Honour-Netzwerk schon seit längerem für Anti-Antifa-Propaganda, beispielsweise mit den KRIEGSBERICHTER-Videos, in denen offen der Mord von *»Roten«* propagiert und Fotos von AntifaschistInnen gleich mitgeliefert werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei nach wie vor auch die britische Terrortruppe Combat 18. So gilt Thorsten Heise als enger Weggefährte des Combat 18-Anführers WILL BROWNING. Und für einen wachsenden Teil der deutschen Neonazis sind die Anti-Antifa-At-

tentatsserien in Schweden ein Vorbild, dem sie gerne nacheifern würden.[14] Das gilt durchaus strömungs- und flügelübergreifend. So verschickte die vor allem in der rechtsextremen Hochburg Königs Wusterhausen aktive Nazigruppierung United Skins um den inzwischen nach mehrjähriger Haft wieder entlassenen Nazikader Carsten Szczepanski[15] Anfang Januar '00 eine Drohpostkarte an den Vizevorsitzenden der brandenburgischen PDS, mit der ein *»neues Kampfjahr«* angekündigt wurde. Verziert war die Postkarte mit einem Aufkleber der militanten schwedischen Neonazigruppierung Nationalsozialistische Front (NSF), Stützpunkt Örebro, deren Mitglieder u.a. für die Morde an zwei schwedischen Polizeibeamten nach einem Banküberfall im Mai vergangenen Jahres verantwortlich sind (s. S. 73). Abgeschickt wurde die Karte in Schweden. Nach Informationen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) hielten sich Angehörige der United Skins über Silvester bei Mitgliedern des NSF auf.[16] Offensichtlich erteilten die schwedischen Neonazis den Kameraden aus Brandenburg Nachhilfe in Sachen »Anti-Antifa«.



Lebende Zeitbomben – militante Neonazis aus Berlin mit Gesinnungsgenossen aus Skandinavien

Weisser Arischer Widerstand – Mythos und bewaffneter Arm

Spätestens seit sich Kay Diesner nach seinen Schüssen auf den PDS-Buchhändler Baltruschat und dem Mord an einem Polizeibeamten als *»Kriegsgefangener des Weissen Arischen Widerstandes«* (WAW) bezeichnete, geistert der Begriff durch Medien und Antifapublikationen. Sicher ist, dass Diesner für weite Teile der militanten Freien Kameradschaften und auch für die Wehrwolf-Macher ein Idol ist, dem sie Solidarität bekunden und gerne nacheifern würden. So zeichnet beispielsweise die Anti-Antifa Saar-Pfalz mit dem Zusatz *»im WAW«*, und Stefan Michael Bar bezeichnet den WAW als *»Autonome Vereinigung, die noch für viel Aufsehen sorgen wird«*[17]. Unserer Meinung nach handelt es sich beim WAW um einen Kampfbegriff, unter dem sich der Individual- und Kleingruppenterror – meist getragen von Personen aus dem harten Kern von Blood & Honour, Hammerskins und Freien Nationalisten – ein gemeinsames identitätsstiftendes Label zimmert. Faktisch ist der WAW nichts anderes als der bewaffnete Arm der Anti-Antifa, der die von der Anti-Antifa propagierten Ziele in die Tat umsetzt. Die treibenden Kräfte hierbei kommen – wie schon so oft – u.a. aus Hamburg rings um Christian Worch, Thomas Wulff, Torben Klebe, den Hamburger Sturm und das Zentralorgan.

Schwedische Verhältnisse auch in Deutschland?

Immer dann, wenn Neonaziparteien wie die NPD über legale und parlamentarische Initiativen nicht mehr weiterkommen, haben sich Teile des militanten Neonazispektrums radikalisiert und dabei die jugendlichen Anhänger der NPD mitgezogen. Das zeigt sich momentan u.a. in den Bereichen Anti-Antifa und Antisemitismus, der auch bei den Aktivitäten der NPD mehr und mehr in den Vordergrund rückt. Deutsche Neonazis verfügen seit Beginn der 90er Jahre über wachsende Waffen- und Sprengstoffvorräte. Bisher wurden diese u.a. bei den unaufgeklärten Anschlägen gegen die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in Saarbrücken und den Anschlägen gegen das Grab von Heinz Galinski in Berlin eingesetzt. Und die Zeichen stehen auf Sturm. Die Träume vom *»braunen Untergrund«*, die das Neonaziorgan Hamburger Sturm in seinem (Selbst)-Interview mit einer *»braunen Zelle«* im Herbst vergangenen Jahres propagiert, gehen einher mit einer immer ausgeprägteren Gewaltbereitschaft der gesamten Neonaziszene.[18] Das Vorgehen der Sicherheitsbehörden dagegen dürfte vor allem von gesamtgesellschaftlichen und politischen Überlegungen geprägt werden. Rechtsextremer Terror diente schon einmal Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre dazu, die Rufe nach einem *»starken Staat«* zu legitimieren. Dabei ist die Parole von »Nazis und Staat – Hand in Hand« heute viel zu vereinfachend. Zwar ist davon auszugehen, dass Teile der militanten Neonaziszene nach wie vor von V-Männern der Sicherheitsbehörden unterwandert sind. Doch es gibt inzwischen einen Bereich der Szene, der sich entweder mit Deckung der Sicherheitsbehörden oder außerhalb ihrer Zugriffsmöglichkeiten soweit organisiert hat, dass Sprengstoffanschläge à la Saarbrücken und Berlin möglich sind.

Was tun?

Der wirksamste Schutz ist das Herstellen von Öffentlichkeit, indem durch unsere eigenen Medien und vertrauenswürdige JournalistInnen über Drohungen und Übergriffe berichtet wird. Auch wenn wir alle wissen, dass man sich auf staatliche Behörden nicht verlassen sollte: Eine der Hauptforderungen von AntifaschistInnen und anderen potentiellen Opfern sollte es trotzdem sein, von den Sicherheitsbehörden gewarnt zu werden – und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Hilfreich ist möglicherweise auch, Strafanzeige zu stellen. Das kann allerdings eine Vorladung zur Polizei nach sich ziehen, bei der Betroffene regelmäßig auch zu linken Zusammenhängen befragt werden. Daher sollte bereits das Stellen einer Anzeige mit FreundInnen besprochen werden. Bisher wurden Anti-Antifa-Aktivisten ohnehin von der Justiz mit Samthandschuhen angefasst. Die Einblick-Macher beispielsweise kamen mit Bewährungsstrafen davon. Trotz aller medienwirksamen Distanzierungen: Die Versuche von Neonazis, einen terroristischen Arm weiter auszubauen, wurden nie aufgegeben.

Heute gibt es deshalb aktionsfähige Strukturen, die nur auf den passenden Anlass zum Zuschlagen warten. Es ist natürlich eine Frechheit, wenn das BKA behauptet, Gewalttaten seien nicht bekannt. Viele Opfer rechtsextremer Angriffe – vor allem in Kleinstädten und ländlichen Gegenden – werden anhand des Anti-Antifa-Prinzips ausgesucht: Weil sie Linke sind, wie Linke aussehen oder einfach nicht rechts sind und deswegen zu »politischen Gegnern« erklärt werden. In kleineren Städten brauchen die Nazis keine expliziten Anti-Antifa-Listen, um zu wissen, wo sie zuschlagen können. Doch selbst hier stellen Neonazis die Adressen ihnen unliebsamer Menschen inzwischen auf bundesweit zugängliche Webseiten, wie beispielsweise die verbotene Kameradschaft Oberhavel, die auf

der Nationalen Seite Oberhavel eine »Schwarze Liste« im Internet veröffentlicht. Nicht vergessen werden sollte auch, dass die Opfer rechter und rassistischer Gewalt genau deshalb ausgesucht wurden und werden, weil sie eben nicht ins rechte Weltbild passen. Und für Angriffe auf Flüchtlinge, MigrantInnen, Obdachlose und Behinderte brauchen rechte Jugendcliquen und organisierte Nazi-Schläger schon lange keine Handlungsanleitung mehr. Denn das ist längst Normalität.

Die ideologischen Wegbereiter der Anti-Antifa – Werthebach und Schönbohm knüttern ...

Ohne politische Hilfe von Konservativen und führenden Politikern wäre die militante Anti-Antifa nur eine – wenn auch bedrohliche – Randerscheinung. Momentan führend in der Hitliste der politischen Wegbereiter eines vermeintlich bürgerlichen Anti-Antifaschismus ist die CDU-Hardliner-Connection zwischen Berlin, Brandenburg und Thüringen. Während Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm gemeinsam mit der DVU Jagd auf *»Linksextreme«* in den wenigen alternativen Jugendzentren Brandenburgs macht und kurzerhand einen »Präventionsrat« gegen »Linksextremismus« eingerichtet hat, ist ihm Eckart Werthebach, Innensenator in Berlin, schon einen Schritt voraus. Mit dem vom Berliner Landesamt für Verfassungsschutz herausgegebenen Heft Durchblicke mit dem vielsagenden Titel *»Antifa heißt Angriff – Antifaschismus als Deckmantel für Gewalt«* hat sich Werthebach an die Spitze der politischen Legitimatoren für rechte Gewalt gesetzt. Hauptghostwriter der abenteuerlichen Totalitarismustheorien, die hier verbreitet werden, sind im übrigen der Bonner Politikprofessor Hans-Helmut Knütter[19] und Hartmut Roewer, jener Chef des Thüringischen Verfassungsschutzes, der öffentlich forderte, man solle auch die *»guten Seiten des Nationalsozialismus«* benennen. Da verwundert es kaum, dass in den Durchblicken die Täter zu Opfern gemacht werden. So heißt es dort etwa zur Entstehungsgeschichte der Anti-Antifa: *»Die zunehmende Zahl von Angriffen auf Angehörige und Einrichtungen des rechtsextremistischen Spektrums führte dort zu Überlegungen, wie man diesen begegnen und die eigenen Strukturen wirkungsvoll schützen könne.«*[20] Geradezu abenteuerlich wird es, wenn die Durchblicke die Einschätzung verbreiten, *»(...) aktuelle Planungen hinsichtlich beabsichtigter Gewaltaktionen der Neonaziszene«* seien *»nicht erkennbar«*. Es bleibt das Geheimnis von Werthebach & Co., ob das geplante Rohrbombenattentat in Treptow oder die Schüsse von Kay Diesner auf einen PDS-Buchhändler auch unter die Rubrik des *»wirkungsvollen Schutzes«* Rechtsextremer vor politischen Gegnern zu rechnen sind. Werthebachs Motivation ist – neben der Verharmlosung und Legitimation von Rechtsextremismus – klar, heißt es doch auf der letzten Seite der »Durchblicke« ganz offen: *»Die eigentliche Gefahr im Vorgehen der autonomen 'Antifa' besteht darin, dass die demokratiefeindliche Zielsetzung nicht erkannt wird und ihre kriminelle Handlungsweise von ihrem – vorgeschobenen – 'Kampf gegen Rechts' überdeckt wird. Fatal wäre es, wenn die Begehung schwerster Straftaten, weil sie sich gegen 'Rechts' richten, auf Sympathie stoßen und militante 'Antifas' als legitime Bündnispartner im Kampf gegen den Rechtsextremismus anerkannt würden.«*[21] Tja, Herr Werthebach – wer zu spät kommt, den überholt die Realität. Denn die vermeintlich irregeleiteten bürgerlichen BündnispartnerInnen aus den Überresten einer ohnehin mageren Zivilgesellschaft wissen zumeist sehr wohl, mit wem sie Bündnisse schliessen. Und sie wissen, dass die eigentliche Gefahr darin besteht, dass die demokratiefeindliche Zielsetzung der Herren Werthebach, Schönbohm und Roewer weiterhin sden gesellschaftlichen Boden für schwerste Straftaten – rassistische Morde, antisemitische Sprengstoffanschläge und Hetzjagden auf Flüchtlinge und MigrantInnen – bereitet. Oder dass die Gefahr darin besteht, dass militant auf AntifaschistInnen einprügelnde Polizeibeamte und andere staatliche Repressionsorgane gar als »legitime Bündnispartner« im »Kampf gegen Rechts« anerkannt würden. ■

Durchsuchungen im Oktober 1999 bei:

Casjen Bayen, Oldenburg, geb. '76. Ehemaliger FAP-Aktivist, Anti-Antifa-Fotograph.
Lutz Giesen, Berlin, geb. '74. Mitglied der Nationalen e.V., Mitarbeit im Radio Germania, Kontakt zur Kameradschaft Treptow und zur FAP. Wurde im September '97 wegen Volksverhetzung zu 14 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt und inzwischen wieder entlassen.
Heiko Lappat, Berlin, geb. '70 in Ückermünde. '90 Kontakt zur NF, gute Kontakte zu Blood & Honour, Kameradschaft Treptow und zur FAP. NPD-Kandidat bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen '98. Am 3. Januar '98 in Brottby, Schweden, festgenommen.
Gordon Reinholz, Eberswalde, Kameradschaftsbund Barnim, im Januar '00 als JN-Bundesvorstandsbeisitzer vorgeschlagen. (vgl. »Hinter den Kulissen – Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – '99«)
Matthias Obst, Strausberg, geb. '72, NPD, Listenplatz 5 der NPD-Landesliste bei den Landtagswahlen '99 in Brandenburg. (vgl. »Hinter den Kulissen – Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – '99«)
Oliver Schweigert, geb. '68, Bereichsleiter Ost der GdNF, Mitglied der verbotenen Nationalen Alternative und der FAP, Anti-Antifa Berlin, Freie Kameradschaften, am 13. August '94 bei Priem in der Wohnung verhaftet.
Hartmut Spengler, Berlin, geb. '70, Anti-Antifa und Blood & Honour Aktivist mit Kontakten zur Kameradschaft Treptow und zur FAP. Er wurde am 13. August '94 in Priems Wohnung verhaftet. Organisierte Blood & Honour Konzerte in Brandenburg. Am 3. Januar '98 in Brottby, Schweden, festgenommen.
Andreas Tews, Berlin, geb. '74. Anti-Antifa und HNG, wurde am 13. August '94 in Priems Wohnung verhaftet. Enger Freund von Diesner, den er im Knast besucht. Laut eigener Aussage im Prozeß gegen Diesner übergab er Diesners Mutter dessen Abschiedsbrief. 1994 gab er Oliver Werner '94 ein Kilo Sprengstoff zum Bombenbau.

1) vgl. AIB Nr. 49, S.34f., »Volksfeinde im Visier«
2) aus einem BKA-Dossier vom 22.12.1999 zum Wehrwolf an die Landeskriminalämter
3) AIB Nr. 39, Juli/August '97, S. 27ff.
4) Der Tagesspiegel, 2. September '99
5) Searchlight Nr. 272, Februar '98
6) The Guardian, 3.11.1999
7) Magdeburger Volksstimme, 25.3.2000
8) s. AIB Nr.40, September/Oktober '97, S. 17f.
9) Jungle World, Nr. 02/2000, »Tod per Internet«
10) Der Einblick, November '93
11) Aussagen im Prozeß gegen die Berliner NSDAP 1979, vgl. AIB Nr. 26/ März/April '94, S. 16ff.
12) für Details über Nakabas Aktivitäten s. auch »White Noise – Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood&Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene«, erschienen bei rat/Unrast Verlag, Hamburg/Münster, Januar 2000
13) vgl. AIB Nr. 26, März/April '94, S. 16ff.
14) vgl. AIB Nr. 48, 49
15) für Details zu Carsten Szczepanski s. »Hinter den Kulissen - Faschistische Aktivitäten in Brandenburg - Update '99«, S. 22, S. 52
16) DISS-Archiv Notizen, Februar '00, S.4
17) Pfalzfront, Nr. 1, 2/99
18) Vermutlich wurde das Interview mit Berliner Neonazis, die eng mit dem Hamburger Sturm zusammen arbeiten und in die Erstellung des Zentralorgans eingebunden sind, geführt.
19) zur Rolle von Knütter siehe »Drahtzieher im Braunen Netz«, S.71f., 1996, Konkret Verlag, Hamburg
20) Durchblicke, 6. Jg. (1999) lfd. Nr. 10, »Antifa heißt Angriff«, S. 53ff
21) a.a.O., S.58

AntifaschistInnen wiesen bereits zu Beginn der 90er Jahre darauf hin, daß die Wiking-Jugend (WJ) das Konzept verfolgt, sich in Schlüsselpositionen der politischen Landschaft einzunisten. Getreu der Arbeitsteilung im rechtsextremen Lager der BRD, sorgte der neonazistische Verein für die Ausbildung junger Nazis, damit diese nach dem Ende ihrer aktiven Mitgliedschaft in anderen Positionen und Strukturen ihre politische Arbeit fortsetzen konnten. Diese Analysen und Recherchen wurden nun von einem Buch bestätigt, welches der ehemalige sächsische WJ-Gauleiter, Frank Kaden, 1999 veröffentlichte. Das langjährige Mitglied der Republikaner (REP) Holger Szymanski schreibt im Vorwort, daß es nicht um eine Idealisierung der WJ gehe, die schönen Episoden ihrer Geschichte aber offen dargestellt werden sollten. Limitiert auf 200 Stück wurde das Buch vom Verfasser nur persönlich an Bekannte verkauft.

Die Wiking-Jugend

Spotlights aus einem verbotenen Verein



Der ehemalige Gauleiter der Wiking-Jugend Sachsen Frank Kaden (links) und der ehemalige Bundesvorsitzende der FAP, Friedhelm Busse.

Zumindest für das Bundesland Sachsen beschreibt Frank Kaden aus Sicht der WJ detailliert und kenntnisreich die Geschichte der rechten Szene, ihre Entwicklung und Einbettung in die regionalen und bundesweiten Neonazismus. Auf den 120 Seiten beläßt es Kaden nicht nur bei der oberflächlichen Darstellung von Ereignissen, sondern er benennt konkrete Strukturen und Namen der damaligen Zeit. Sein Buch gibt einen subjektiven Einblick in die damalige rechtsextreme Szene, so daß seine Ausführungen nur in einem Gesamtkontext gesehen und mit dem nötigen Abstand übernommen werden können.

Die Zeit vor dem Verbot

»Ende 1992 kam zudem von der Gauführung die Verfügung, daß ihre Mitglieder aktiv in politischen Parteien tätig werden sollen. Das Ziel war die Einflußnahme auf die verschiedensten Aktivitäten der Parteien durch die WJ«. Dieses Zitat ist nicht nur in der Einleitung des Kapitels über die Verbindungen zu anderen Verbänden und Parteien nachzulesen. Er bestätigt auch die politische Brisanz antifaschistischer Recherchen, wonach es eine enge Zusammenarbeit zwischen der WJ und anderen Gruppen gab. Diese erschöpfte sich jedoch nicht nur in einer informellen Zusammenarbeit. Bei der Reanimierung der Dresdner REP im Oktober 1993 wurde etwa der WJler Tobias Kirchner zum Vorsitzenden gewählt.

Politisch heikler sind die Verquickungen mit der Deutschen Sozialen Union (DSU), welche Kaden recht ausführlich in seinem Buch darlegt.

Schwarz-braun ist die DSU

Vom Zeitpunkt ihrer Entstehung an, dem Januar 1990, stellte die nach DSU ein Sprungbrett für Rechtsextremisten in das sogenannte etablierte Parteienspektrum dar. Die nur im Osten vorhandene Partei entfaltete nach der Wende ihr Relevanz aufgrund der Tatsache, daß sie eine, von der DDR unbelastete Neugründung der Wendezeit war.

Ein Beispiel für ihre fehlende Abgrenzung zur extremen Rechten ist die Konstituierung der Dresdner Gruppe der Jungen Union (JU) der DSU als Jugendorganisation der DSU. Unter den zwölf Gründungsmitgliedern im Februar 1993 befanden sich drei Mitglieder der WJ. Später stieß u.a. auch noch Frank Kaden zur Jugendgruppe. *»Mit dieser Personaldecke«*, schreibt er, *»hatte die WJ Mitspracherecht in allen Angelegenheiten der JU«*. Das Verhältnis zur DSU beschreibt Kaden als *»herzlich«*, was darin gipfelte, daß die WJ ab Ende 1992 über einen eigenen Klubraum in den Räumlichkeiten der DSU Dresden-Ost verfügte[1], welchen sie zur Durchführung eigener Veranstaltungen nutzte. Darüber hinaus versandte die JU der DSU Einladungen für Veranstaltungen der WJ. Die Beteiligung der WJ am Ordnungsdienst für eine Wahlkampfveranstaltung mit dem DSU-Oberbürgermeisterkandidaten Reinhard Keller im Mai 1994 stellt einen anderen Höhepunkt des gemeinsamen Wirkens dar. Aufgebaut wurden die Verbindungen zur DSU über Hans-Holger Malcomeß, ab Februar 1990 Mitglied der DSU und mehrmaliger Referent bei der WJ. (vgl. AIB #43, S.26) Auch ideologisch waren die Unterschiede zwischen den einzelnen Beteiligten marginal. Nachdem die Dresdner DSU wegen ihrer strukturellen Überschneidungen mit Rechtsextremisten publizistisches Ziel einer lokalen Antifa-Gruppe wurde, entstand eine Anti-Antifa-Sammelstelle. Diese wurde von Mitgliedern aus unabhängigen Kameradschaften, der WJ, den REP und *»Freunden der DSU«* gegründet. Sie hatte die Aufgabe, *»Adressen, Fotos, Funktionen usw. von Antifa-Aktivisten zu speichern«*. Inwiefern diese Ideen in die Praxis umgesetzt wurden, ist nicht bekannt. Fakt ist aber, daß vergangenes Jahr aus dem Umfeld ehemaliger JU der DSU-Mitglieder, unterzeichnet mit Antikommunistischer Recherchegruppe (ARG), eine längere Abhandlung über linke Strukturen veröffentlicht wurde. Deren Ziel war es, die Vergabe von städtischen Fördergeldern an alternative Vereine zu beeinflussen.

Nach dem Verbot der WJ bestanden die politischen und sozialen Verbindungen fort. So veranstalteten der heutige CDU-Landtagsabgeordnete Andreas Grapatin und Malcomeß im Dezember 1996 eine große Geburtstagsparty. Der offiziellen Gästeliste ist zu entnehmen, daß sich (ehemalige) Mitglieder der WJ, der REP oder des Hofgeismarer Kreises ebenso dort tummelten, wie Anhänger der Jugendorganisationen der CDU und DSU. Neben seiner Abgeordnetentätigkeit ist Grapatin gegenwärtig als jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Dresdner Stadtrat mitverantwortlich, daß Fördermitteln an linksorientierte Vereine gekürzt werden. Unter ihnen sind exakt auch jene, welche ARG in ihrem Pamphlet angriff.

Die Stadt Dresden

Das Verhältnis der WJ zur Stadt Dresden war bemerkenswert gut, zumindest wurden die Aktivitäten der WJ von ihr nicht verhindert. Kadens Buch macht deutlich, daß die informellen Verquickungen zwischen beiden Seiten intensiver war, als bisher angenommen. So wird eine Anekdote berichtet, nach der die WJ Ende 1992 einen Tip aus dem Jugendamt Dresden bekam, wonach in einem Park eine rechtsgerichtete Clique Anwohner störe. Diesem Hinweis ging die WJ-Gruppe nach, besuchte diese rechten Jugendlichen und integrierte sie später teilweise in ihre Arbeit. Auch verfügte die Dresdner WJ ab 1994 über einen eigenen Raum im Bautechnischen Gymnasium in Dresden-Mitte, was politisch skandalös ist.

Stellt man diese beiden Beispiele in einen Kontext, so erscheint die gemeinsame Reise der Ausländerbeauftragten und Dresdner Neonazis, darunter fünf Mitglieder der WJ, nach Israel im Oktober 1993 in einem völlig anderen Licht. Absicht dieser semioffiziellen Reise war, daß ein Nachdenken über Ausländerfeindlichkeit einsetzen sollte. Die Auswahl der Neonazis erfolgte nach ihrem Einfluß in neonazistische Gruppen, damit sie im Anschluß an die Fahrt als Multiplikatoren wirken könnten. Finanziert wurde das gesamte Spektakel u.a. aus Fördermitteln zur Integration jüdischer Einwanderer aus Rußland.

Die grauen Eminenzen

Wichtige Kontakte zur bundesweiten und europäischen Neonazi-Szene dürften über die Altherrenriege der WJ geknüpft worden sein. Mehrmals erwähnt Kaden in seinem Buch Namen wie Sepp Biber oder Axel Schunk, ohne dabei zu vergessen, welche Hilfe beide leisteten.

Kadens Buch bestätigt die Aussagen von AntifaschistInnen, wonach der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG) eine enorme Schlüsselrolle in der Herstellung von Kontakten innerhalb des rechtsextremen Lagers zukommt. *»Nirgendwoanders konnte man so viele nationale Persönlichkeiten kennenlernen wie bei den Veranstaltungen der DKG. Das Verhältnis zwischen jung und alt war äußerst herzlich, betrachtet die Erlebnisgeneration die dort anwesende Jugend doch als ihre geistigen Nachfolger.«* Ergänzend dazu befand Kaden die inhaltliche Qualität der jährlichen Gästewochen als sehr gut, stellten sie doch den höchsten Grad an Schulungen innerhalb des rechten Lagers dar. Seit 1994 finden die jährlichen Gästewochen im sächsischen Altenberg statt und werden vor Ort maßgeblich vom ehemaligen NPD-Mitglied Stefan Giemsa, einem Förderer der WJ (Kaden), getragen.Die sächsischen WJ-Mitglieder lernten die Österreicherin Lisbeth Grolitsch, eine der Schlüsselfiguren der DKG, bei den Neuwahlen zur WJ-Bundesführung im Juli 1991 in Schmalkalden erstmals kennen. Daraus entwickelte sich eine enge Zusammenarbeit, die durch die re-



Dresdner Neonazis, darunter Mitglieder der WJ, beim Wehrsport in der Sächsischen Schweiz

gelmäßige Teilnahme sächsischer WJ-Mitglieder an den Gästewochen dokumentiert ist. Auch bemerkte Kaden in seinen Ausführungen, daß die Dresdner WJ 1994 *»die Auslieferung für die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift »Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht« an die Bezieher im Inland«* organisierte. *»Die erste Folge wurde in der Landesgeschäftsstelle der REP in Dresden vorbereitet«.*

Kontinuitäten I

Spätestens Ende 1997 wurde die Existenz einer Gruppierung bekannt, welche sich selbst als Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) bezeichnet. Sie verdankt ihr Bestehen dem Engagement der örtlichen NPD im allgemeinen und der Person Uwe Leichsenring im speziellen. Die Anbindung von Jugendlichen an die NPD sollte auf diesem Weg gelingen und auch eine spätere Mitgliedschaft dieser in der NPD war angestrebt. In der Praxis der vergangenen zwei Jahre kann die SSS als schlagender Arm der regionalen NPD bezeichnet werden. Nicht nur daß sie den Saalschutz für Veranstaltungen der NPD übernimmt, sondern auch, weil sie abseits von Veranstaltungen das umsetzt, was die NPD gemeinhin als Kampf um die Straße bezeichnet. Unzählige Angriffe auf andersdenkende Jugendliche und deren Klubs gehen auf ihr Konto. Zur Umsetzung ihrer Aktivitäten verfügt die SSS über eine Beitragsstruktur der Mitglieder, einen HNG-Beauftragten, Presseverantwortliche etc. Daß die örtliche NPD nicht nur (indirekt) auf der Straße erfolgreich ihre rassistischen und nationalistischen Thesen umsetzt, zeigte das vergangene Jahr, als der erwähnte Leichsenring mit mehr als 12% für die NPD in den Stadtrat von Königstein einzog.

Gerade im Hinblick auf die früheren Strukturen der WJ ist auffällig, daß eines ihrer ehemaligen Mitglieder heute eine der wichtigsten Personen bei der SSS ist. Thomas Sattelberg schloß sich nach der Wende der WJ an und war an der Herausgabe der sächsischen WJ-Zeitschrift Trotzkopf beteiligt. Auch war er ab 1992 für den Aufbau der WJ im südlichen Sachsen zuständig. Darüber hinaus, und das ist bemerkenswert, war er 1993 eines der erwähnten Gründungsmitglieder der JU der DSU. Der heutige Sänger der rechtsextremen Gruppe 14 Nothelfer war spätestens ab 1996 Ordnungsdienstleiter des NPD-KV Sächsische Schweiz. Als stellvertretender Vorsitzender saß auch Michael Wiegand im dortigen Kreisvorstand. Wiegand, heutiger NPD-Kreisvorsitzender und ebenfalls Mandatsträger im Königsteiner Stadtrat, übernahm 1993 als Mitglied der WJ den Vorsitz der Kameradschaft Sächsische Schweiz.

Das enorme militante Potential einzelner Mitglieder drückte sich in der Vergangenheit u.a. dadurch aus, daß sie im unübersichtlichen Gebiet des Elbsandsteingebirges eine Reihe von Wehrsportübungen abhielt. Diese Art von »politischer Ertüchtigung« ist fester Bestandteil der SSS, wofür sie innerhalb ihrer Struktur sogar einen Beauftragten hat. In der Sächsischen Schweiz fand und findet der Wehrsport jedoch nur unter Nutzung kleinerer Waffen statt. Zum Training an größeren Waffen wich man in der Vergangenheit in die nahe gelegene Tschechische Republik aus, um dort ungestört auf verlassenen Kasernengeländen üben zu können. Bereits vor dem Verbot der WJ experimentierten einzelne ihrer sächsi-



1995, Vereidigung neuer JN-Mitglieder: vorne links: Katharina Handschuh; vorne rechts mit Fahne: Jörg Hähnel; hinten links Andreas Storr

schen Mitglieder mit Sprengstoff. So explodierten im März 1993 in der Nähe von Königstein einige Sprengkörper, die von WJ-Mitgliedern zur Detonation gebracht wurden.[2] In diesem Zusammenhang fiel auch der Name SATTELBERG.

Kontinuitäten II

Mit Unterstützung der Bundesmädelführerin SUSANN GESTRICH, *»die durch ihre unkomplizierte und mütterliche Art zahlreiche Mädchen begeistern konnte«*, wurde ab 1994 eine »Mädelgruppe« in Sachsen aufgebaut. Sie veröffentlichte drei Ausgaben des Sächsischen Mädelrundbriefes. *»Gemäß ihrer Veranlagung«*, so ist im Kapitel Mädelarbeit von Kadens Buch nachzulesen, *»unterschieden sich die Themen bei den Gruppenstunden der Mädel grundlegend von denen der Jungs«*. Die »Veranlagung« bestand u.a. darin, daß *»man sich von der Bundesmädelführung Schnittmuster für die kornblumenblauen Mädelröcke besorgte«*. Hinzu kamen Schulungen zu Themen wie Abtreibung und altgermanisches Brauchtum. Eine führende Rolle bei dieser politischen Arbeit hatten KATHARINA HANDSCHUH und SUSANN STARK inne, die nach dem Verbot der WJ innerhalb der rechtsextremen Szene aktiv blieben.

Beide, Handschuh und Stark, unterhielten schon zu WJ-Zeiten gute Verbindungen zu anderen führenden Neonazis. Sie waren dabei, als die Polizei im August 1994 eine größere Gruppe von Neonazis festnahm, die vom Dach des Berliner Naziführers ARNULF PRIEM, JournalistInnen und eine antifaschistische Demonstration mit Stahlkugeln beschossen. Im selben Jahr war Handschuh an der Eröffnung der »Herzog-Heinrich-Buchhandlung« in Dresden beteiligt. Dies war eine Unternehmung von STEPHAN WIESEL, damaliges Mitglied in EWALD ALTHANS DEUTSCHEM JUGENDBILDUNGSWERK, der 1993 von München nach Dresden zog. Nach dem Verbot der WJ zog es Handschuh zu den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN), wo sie spätestens 1995 aufgenommen wurde. Ihre Erfahrungen aus der »Mädelarbeit« bei der WJ konnte sie anschließend in die JN als Bundesmädelführerin einbringen, einer Position, die innerhalb der JN keine Relevanz hatte. Gemeinsam mit OLIVER HÄNDEL betreute sie bis Anfang 1998 die Bundesgeschäftsstelle der JN in Dresden.

Auch Susann Stark scheint bis zum heutigen Zeitpunkt über beste Kontakte ins neonazistische Lager zu verfügen. So soll sie Ende 1997 gemeinsam mit ANDREAS TEWS den inhaftierten KAI DIESNER besucht haben, dem die Tötung eines Polizisten und die schwere Verletzung eines linken Buchhändlers eine lebenslange Haft einbrachte. In dem erst kürzlich erschienem Buch »Alles Große steht im Sturm – 35 Jahre NPD« (Hg. HOLGER APFEL) beschreibt sie ihren Arbeitsalltag in der Bundesgeschäftsstelle der NPD. Ihre Hochzeit mit einem Mitglied der Berliner Naziband LANDSER geriet Ende Juli vergangenen Jahres in die Schlagzeilen, weil die Feier mit über 100 Personen im Klubhaus der militanten Nazi-Rocker DIE VANDALEN von der Polizei gestürmt wurde. Seit ihrer Hochzeit heißt sie Susann Bauer.



Angestellte in der NPD-Bundesgeschäftsstelle – Susann Bauer, geb. Stark

Abgesang

Frank Kadens »Erinnerungsbuch« liefert viele Fakten. Gleichwohl auffällig ist, daß diese so gewählt wurden, daß sie für die Gegenwart nur eine begrenzte Relevanz haben. Informationen über heutige Führungskader militanter Nazigruppen und -parteien sind spärlich. Neben Frank Kaden und SEBASTIAN RÄBIGER, ab September 1994 Vorsitzender der WJ Gau Sachsen, wurde das heutige Mitglied des NPD-Bundesvorstandes Schön im Zuge des Verbotes der WJ am 10. November 1994 mit einer Razzia konfrontiert. Das Bundesministerium des Innern begründete das damalige Verbot u.a. damit, daß die WJ einen *»nationalsozialistischen Staat in Deutschland errichten wolle«*. Das Vereinsverbot wurde im April 1999 gerichtlich unanfechtbar bestätigt.

Interessant sind Kadens Berichte zum Ende der sächsischen WJ. Bereits vor dem Verbot traten etwa 85% ihrer Mitglieder aus. Die Gründe hierfür lagen wohl in den Differenzen mit der Bundesführung. So sind in dem Buch einige Auszüge aus einem Brief von JIRKA BUDER (Neuwied) abgedruckt, der sich darüber beschwert, daß die WJ keine richtige Relevanz entfaltet hätte. *»Tradition ist leider kein Beweis für Qualität. Der Erfolg der WJ erschöpft sich lediglich in der Tatsache, daß sie noch existiert«*. Kaden selbst begründet den Ausstieg der Mehrheit der Mitglieder seines Gaues mit dem Versuch der Trennung von Jugendarbeit und Politik. Durch repressive Maßnahmen der Polizei entstand das Gefühl, *»daß eine aktive Jugendarbeit wie wir sie uns vorstellen, unter diesen Bedingungen nicht mehr möglich war. Hinzu kam, daß wir auf dem TvJ* [Tag der Volkstreuen Jugend –Anm. d. Red.] *das Gefühl bekommen hatten, daß die Bundesführung ihre Mitglieder sinnlos opfert«*. Letzteres ist eine Anspielung auf die Tag der volkstreuen Jugend 1994 in Hetendorf. Dort störten AntifaschistInnen das Treiben der Neonazis. *»Zum ersten Mal sah man Mitglieder der Wiking Jugend ungeordnet und mit schützender Hand vor dem Gesicht durch die Straße ziehen«*. Dieses Dilemma verantwortete, laut Kaden, die Bundesführung, die sich auf Traditionen und Kampfeswillen berufen hätte.

Kadens Buch betont dagegen überwiegend den völkischen Geist der WJ und skizziert ein Bild, welches einer heimatverbundenen Pfadfindergruppe mit hohem Erlebniswert ähnelt. Über den militanten Charakter der WJ schreibt er demgegenüber nur sehr wenig, vermeidet es absichtlich. Seine Ausführungen darüber wirken vielmehr wie Randnotizen. *»1992 nahm die Nordische Jugend aus Sinsheim Kontakt mit der WJ Leipzig auf. Es wurde ein Wehrsportlager auf sächsischem Gebiet vorgeschlagen. Ob der Kontakt zustande kam, entzieht sich unserer Kenntnis«*. Als Alternative für die Weiterführung der eigenen Arbeit abseits der WJ faßte man verschiedene Pfadfindergruppen ins Auge. Als eine dieser Auswahlmöglichkeiten nannte Kaden den PFADFINDERBUND WELTENBUMMLER, was antifaschistischen Recherchen zufolge auch teilweise umgesetzt wurde. Kadens Name selbst verschwand nach dem Verbot der WJ aus der Öffentlichkeit, erst im April 1998 fiel sein Name erneut – diesmal in einem Prozeß um den Mißbrauch von Minderjährigen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß Kadens Buch weitesgehend die Recherchen und Analysen von AntifaschistInnen bestätigt und sogar noch übertrifft. Auch wenn die WJ seit mehr als fünf Jahren verboten ist, wurde ihr Konzept, die Verbindung von völkischer Weltanschauung mit Militanz, bis in die jüngste Vergangenheit hinein aufgegriffen. Die Ende 1999 aufgelöste WANDERJUGEND GIBOR (WJ Gibor) ähnelte der Wiking-Jugend nicht nur in ihrem Namen. ■

1) Ab 1992 hatte der regionalistische Sachsenbund ebenfalls dort seinen Raum.
2) Interessanterweise berichtet das Antifaschistische Autorenkollektiv im »Drahtzieher im braunen Netz« (1996) über ähnliche Aktionen von WJ-Aktivisten im selben Zeitraum. Auf eine scharfe Pistole und Handgranaten stieß die Polizei im März 1993, als sie ein WJ-Übungslager in der Nähe des thüringischen Gotha im Vorfeld aushob. Mit der Umsetzung eines »Ordnungsbefehles der WJ« begründete der damalige WJ-Gauleiter Preußen, Sascha Stein, seinen Versuch, im selben Monat eine gestohlene Maschinenpistole zu verkaufen. Alle drei Fälle eint die zeitliche Nähe.

Gewehr bei Fuß – Der Stahlhelm

Heute ist der Stahlhelm–Kampfbund für Europa e.V. eine kleine faschistische Gruppe mit Schwerpunkten in Rheinland/Pfalz, Niedersachsen, Hamburg und einem eigenen Landesverband in Belgien (Flandern). »*Das oberste Ziel des Stahlhelms ist die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in seinen historischen Grenzen*« erklärt der 1996 zum Bundesführer gewählte Günter Drückhammer. Drückhammer sagt weiter: »*Wir streben die Wehrhafthaltung der deutschen Jugend*« an und »*setzten uns gegen die seit 1945 planmäßig betriebene Überfremdung unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens*« zur Wehr.

Im Jahr 1918 gründete der spätere NSDAP-Arbeitsminister Franz Seldte für die Veteranen des Ersten Weltkrieges den Stahlhelm, Der Stahlhelm wurde in der Weimarer Republik zu einer der bedeutensden militaristischen Vereinigungen. 1933 gliederte Seldte den Stahlhelm freiwillig in die SA ein. Nach der Wiederbelebung im Jahr 1951 durch die »Helden vergangener deutscher Taten« war der Verein ein Forum für alte Wehrmachts–Frontkämpfer, die in Kriegserinnerungen schwelgten. Ab den siebziger Jahren gingen sie auf die extreme Rechte zu, so warben sie u.a. den Chef der Wehrsportgruppe Hoffmann, Karl-Heinz Hoffmann, als Gastredner.



Hans Jürgen Hertlein, zweiter Bundesführer des Stahlhelm (rechts) gedenkt mit Kameraden seinen Helden (tot).

Seit Jahren unterhält der Stahlhelm–Kampfbund für Europa e.V. an der Landesgrenze von Niedersachsen zu Hamburg in Jork Klein Hove sein zentrales Schulungszentrum. Geschützt von hohen Tannen befindet sich auf dem 2.200qm großen Anwesen das Franz-Seldte-Haus, wo Bundesführer Günter Drückhammer die Kameraden über die Tugenden des Soldatentums und die Leistungen der Wehrmacht aufklärt. Sein Sohn Kai-Uwe Drückhammer, Bundesjugend- und Landesführer Niedersachsen, führt dort die zukünftigen Wehrhelden in den Umgang mit der Waffe ein. Das Seldte-Haus fungiert für den Stahlhelm als zentrale Anlaufstelle, so u.a. für den Bundesverband, die Redaktion der Zeitschrift Der Stahlhelm, den Devotionalienversand Der Stahlhof und vor allem die norddeutschen Stahlhelm-Verbände. Seit 1983 bis heute finden hier regelmäßig Schulungen, »Führerbesprechungen«, »nationale Feiern« und »Ortsappelle« des Stahlhelm statt. Hier ist auch der Ausgangspunkt für die alljährlichen »Wehrsportkreuzprüfungen« des Vereins.

Die Prüfungen beinhalten u.a. »Gewehrschiessen«. Nach bestandener Wehrsportprüfung – passender Weise am 20. April – zeichnen Vater oder Sohn Drückhammer die Kameraden mit dem Wehrsportkreuz aus. So auch Stefan Bliesmer aus der Tostedter militanten Neonazi-Szene, der 1998 Ortsgruppenführer des Stahlhelm im Landesverband Niedersachsen war. »Jeder Kamerad soll befähigt werden eines Tages zu befehlen und zu führen,« schreibt Kai-Uwe Drückhammer in einem internen Rundbrief. Den 36jährigen ehemaligen Bundeswehr-Oberfeldwebel treibt der Ehrgeiz an, aus laschen Skinheads wehrfähige Soldaten zu machen.

Dass die Wehrsportübungen keine Trockenübungen sind, beweisen die Mitglieder des rund 100 Personen starken Vereins. Gegen etliche von ihnen laufen derzeit Ermittlungsverfahren wegen Land- und Hausfriedensbruchs sowie wegen Verstössen gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz. Im März 1998 fand die rheinland-pfälzische Polizei bei Hausdurchsuchungen mehrere Maschinenpistolen, Minen, Sprengsätze, Gewehre, Munition und eine Panzergranate, die u.a. Stahlhelm-Mitgliedern zugeordnet wurden.[1] (vgl. S. 28) Über das Vereinsblatt Der Stahlhelm werden die Mitglieder aufgefordert, ihre Kinder im vereinseigenen Scharnhorst-Bund Deutscher Jungen und Mädchen anzumelden. Im Sommer 1999 veranstaltete Kai-Uwe Drückhammer ein Biwak mit 30 Kindern ab zwölf Jahren an der Ostsee. Neben Marschieren mit Plastikgewehren übten sie das Bedienen echter Waffen und »bewährte Tricks im Gelände, die unsere Väter anwendeten«, wie der Bundesjugendführer schrieb.

Aussteiger berichten von einer wachsenden Militanz der Truppe um den zweiten Bundesführer Hans-Jürgen Hertlein. Fast jedes Mitglied soll inzwischen eine eigene Maschinenpistole besitzen. Bei der letzten Silvesterparty riefen Nachbarn des kürzlich bezogenen und von Hertlein geführten Pfälzer Stahlhelmheims am Potzberg bei Altengan nach Schüssen die Polizei. Auf dem diesjährigen Sommerfest übten auf dem Gelände Männer, Frauen und Kinder das Schießen mit vollautomatischen Waffen. Zur Truppe um Hertlein gehört auch der Ex-JN Funktionär Josef Maria Sutter, Waffenbastler und Tattooshop-Betreiber aus Kreimbach-Kaulbach. Nach Angaben der Polizei liefert er die Waffen für den Stahlhelm. 1995 verkaufte Sutter eine Maschinenpistole für 600,- an Stefan Michael Bar von der Anti-Antifa Saarpfalz (s. S. 27ff). Den Hang zur »militärischen Aktion« unterstreicht auch der zur Zeit inhaftierte Roman Greifenstein in einem Artikel im vereinseigenen Stahlhelm: »Im Bund zu dienen bringt auch wieder eine militärische Ausbildung mit sich, wie man sie legaler und einfacher nicht erwerben kann. Das kann einmal lebenswichtig für unseren Befreiungskampf sein!«. Andere Mitglieder setzen die Waffen auch ein: 1995 erschoß der saarländische Landesführer Wolfgang Fritschi seine Ex-Lebensgefährtin im Auto, während im Fond ihr Sohn saß.

Im süddeutschen Raum bestehen enge Beziehungen zur NPD und im Norden zur Artgemeinschaft–Germanische-Glaubensgemeinschaft. Das Bundesinnenministerium bestätigte auf eine kleine Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion, dass der Stahlhelm eine »rechtsextremistische Gruppierung« mit »antisemitischem und revisionistischem Gedankengut« ist, die »militärische Aktionen« durchführt. Er würde aber seit 1975 nicht mehr im Bundesverfassungsschutzbericht erwähnt, da der Verein »bundesweit unbedeutend« sei. ■

1) Frankfurter Rundschau vom 26. März 1998

Singen und Marschieren für Horst Wessel

Eine »private Geburtstagsfeier« am 70. Todestag von Horst Wessel Ende Januar entpuppte sich als Nazi-Konzert mit 800 ZuhörerInnen in dem Dorf Klein Gladebrügge bei Bad Segeberg. Dort trat auch erstmals die relativ neue Blood & Honour-Division Nordmark in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Sturm offensiv an die Öffentlichkeit. Ursprünglich sollte das Konzert in Wesel in der Nordheide stattfinden. Nachdem Antifas vor Ort für den notwendigen öffentlichen Druck sorgten, wurden das Konzert und sämtliche Ersatzveranstaltungen in Niedersachsen verboten. Doch in Schleswig-Holstein ist die Landesregierung offensichtlich auf Schmusekurs mit Blood & Honour und dem Hamburger Sturm: Obwohl die Anmeldung für Bad Segeberg den Behörden wochenlang vorher bekannt war, beschränkten sich Polizeibeamte dort auf Fahrzeugkontrollen.

Dass der Hamburger Sturm, Zeitung und Nachfolge-Struktur der 1995 verbotenen Nationalen Liste, mehr Ambitionen hat, als nur ein Neonazi-Fanzine zu sein, zeigte sich in den letzten Monaten in Norddeutschland. Im Sommer letzten Jahres schaffte es die Zeitung erstmals, überregional in die Schlagzeilen zu gelangen (s. AIB 48). Sie veröffentlichte ein Interview mit einer »national-revolutionären« Zelle – vermutlich Redaktionsmitglieder (s. S. 27f.) –, in dem offen zu neonazistischem Terror in Anlehnung an die britische Terrorgruppe Combat 18 aufgerufen wurde. Jetzt gehen die Strukturen des Hamburger Sturm nicht mehr nur verbal in die Offensive.

Der Hamburger Sturm begreift sich nicht mehr nur als *»Stimme der nationalen Jugend«*, sondern trat im letzten Jahr bereits mehrfach als eigenständige Gruppe auf Demonstrationen auf, beispielsweise am 23. November 1999 in Hamburg-Barmbek, wo über 130 Neonazis unter dem Banner des Sturms gegen eine Bauwagensiedlung marschierten. Aufgeteilt in Kameradschaften wie Sturm 15 Lohbrügge, Sturm Schleswig oder Kameradschaft Pinneberg sind sie fest in den Strukturen der Freien Nationalisten um das Nationale und Soziale Aktionsbüro Norddeutschland der langjährigen GdNF-Kader Christian Worch und Thomas Wulff verankert. Der Hamburger Sturm umwirbt vor allem Skins aus der Neonazi-Musik/Hooligan-Szene, die mit ihrer neonazistischen Ideologie *»die Macht auf der Straße«* erobern wollen.

Elmshorn – eine Stadt wehrt sich

Dieses Konzept versuchten Kader des Hamburger Sturms in den letzten Monaten in Hamburg und Süd-Schleswig-Holstein durchzusetzen, wie z.B. in Elmshorn: Im April 1999 marschierten erstmals Neonazis durch die Stadt Elmshorn, die sich noch heute rühmt, sich 1945 selbst befreit zu haben. Anlaß für den Neonazi-Aufmarsch mit lediglich 30 TeilnehmerInnen war ein Rock gegen Rechts-Konzert der örtlichen IG Metall-Jugend. Als sich in Reaktion auf diesen Aufmarsch das »Elmshorner Bündnis gegen Rechts« gründete und im Herbst mit einer Plakataktion gegen Neonazismus und Rassismus an die Öffentlichkeit trat, eskalierte die Situation in der Stadt. Die Initiative des Bündnisses aus GewerkschaftlerInnen, SchülerInnen, antifaschistischen Gruppierungen – mitsamt Unterstützung durch die SPD-Bürgermeisterin – wurde aufgrund der Parole ihrer Kampagne *»Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen«* zur Zielscheibe neonazistischer Gewalt: Von den 500 aufgehängten Plakaten des Bündnisses waren die meisten nach kurzer Zeit wieder abgerissen oder mit *»Juden raus«* beschmiert. Beim örtlichen IG Metall-Büro wurden die Scheiben eingeschmissen und bei einem Mitglied des Bündnisses scharf durch das Küchenfenster geschossen – was die Festnahme von sieben Neonazis aus Pinneberg und Neumünster nach sich zog. Einzelne AktivistInnen des «Bündnis gegen Rechts« wurden persönlich bedroht, Veranstaltungen des Bündnisses von Neonazis fotografiert.

Verantwortlich für diese neonazistischen Aktivitäten erklärte sich der Nationale Widerstand Elmshorn, hinter dem sich der Hamburger Sturm verbirgt. Die Neonaziaktivitäten in Elmshorn eskalierten, als 30 Neonazis aus Hamburg und Schleswig-Holstein versuchten, eine städtische Veranstaltung zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2000 zu stürmen. Wenige Tage später, am 5. Februar, organisierten die Neonazis dann unter der Parole *»Gegen das Bündnis gegen Rechts«* erneut einen Aufmarsch durch Elmshorn. Rund 120 Neonazis marschierten unter Leitung von Christian Worch und führenden Kadern des Hamburger Sturm durch Elmshorn, von der Polizei vor den 600 GegendemonstrantInnen geschützt. Anmelder des Aufmarsches war Klemens Otto, Leiter der Pinneberger Kameradschaft des Hamburger Sturms, Blood & Honour-Aktivist und wegen eines brutalen Überfalls auf einen Afrikaner vorbestraft.

Doch das »Elmshorner Bündnis gegen Rechts« läßt sich durch die neonazistische Gewalt nicht einschüchtern, wie der örtliche IG Metall-Vorsitzende erklärt: *»Wir wollen hier nicht Verhältnisse wie in Schweden bekommen, wo engagierte Gewerkschafter von terroristischen Neonazis ermordet werden«*. Dass die Verbindung nach Schweden nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigen die vielfältigen Verbindungen nach Dänemark und Schweden, vor allem durch das neuste Aktionsfeld des Hamburger Sturms: Blood & Honour.

Die Blood & Honour Division Nordmark

Seit Sommer 1999 existiert eine offizielle B&H Division Nordmark mit Adresse in Tostedt und der Internetseite Skinline. Dahinter verbirgt sich Sascha Bothe, der über beste Kontakte zum Hamburger Sturm verfügt. Gab es vorher schon einzelne Berichte über B&H-Konzerte im Hamburger Sturm, so wurden auf der Internetseite nur noch B&H CD´s besprochen und zum Kauf angeboten. Einer der Hamburger Sturm-Gründer und wichtigster Kader der Gruppe, Torben Klebe, saß 1998 zwei Monate in Untersuchungshaft, weil er an der Verteilung einer indizierten CD der B&H-Band Landser beteiligt war. Torben Klebe ist einer der Kontaktleute des Hamburger Sturms nach Skandinavien. Mit den Strukturen um den Hamburger Sturm besitzt B&H nun auch in Norddeutschland die Möglichkeiten, Konzerte zu veranstalten: So konnte die B&H-Division Nordmark den Todestag des SA-Idols Horst Wessel entsprechend feiern. Obwohl der ursprüngliche Konzertort von der Polizei verboten wurde, gelang es den Neonazis um Torben Klebe und Sascha Bothe das Konzert in einem Vorort von Bad Segeberg durchzuführen, wohin sie noch über 800 Neonazi-Skins mobilisieren konnten. Dort spielten die B&H-Bands Landser und Stahlgewitter ungestört von der sich völlig überrascht gebenden Polizei. Trotz bundesweiter Verbote von Neonazi-Aktivitäten anläßlich des Wessel-Todestages konnten neben dem Konzert im schleswig-holsteinischen Halstenbek ca. 50 Neonazis aus dem Umfeld des Hamburger Sturm einen kurzen Aufmarsch durchführen.

Ob die Offensive der norddeutschen Neonazi-Strukturen der letzten Monate weiter anhalten wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob der Hamburger Sturm sein Ziel, *»die Straße vom roten Pöbel zurückzuerobern«* weiterverfolgen kann oder durch weitere Aktivitäten antifaschistischer Bündnisse und Gruppen gestoppt wird. ■

Die Deutsche Stimme verstummen lassen...

So lautete das Motto einer antifaschistischen Demonstration am 12. Februar 2000 in Riesa, an der 800 Menschen teilnahmen. Anlaß war der Umzug des NPD-Organs Deutsche Stimme vom bayerischen Sinning in die sächsische Kleinstadt zwischen Dresden und Leipzig. Ermöglicht wurde diese Ansiedlung durch verschiedene Faktoren: Einerseits eine etablierte und gut organisierte NPD-Struktur in Sachsen und andererseits eine Stadt, die rassistische Übergriffe totschweigt. Hier wird das Problem nicht in der Ansiedlung eines Nazizentrums gesehen, sondern im Widerstand dagegen.

Anfang 1998 zog die Deutsche Stimme und der ihr angegliederte Verlag von Stuttgart nach Sinning – angeblich aus Platzgründen. Auf dem Grundstück von Anton Pfahler (s. S. 27f.) im bayerischen Dorf Sinning wollte man nun weiterarbeiten. Doch das Gastspiel in der bayerischen Provinz war nur von kurzer Dauer: Die Gemeinde gab einem Antrag auf Umnutzung der vorgesehenen Räume in Gewerberäume nicht statt. So zog die Deutsche Stimme in einen kleineren Gebäudeteil des Pfahlerschen Anwesens um. Im Juni 2008 fand dann eine Razzia auf dem Gelände statt. Pfahler wurde wegen Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz festgenommen und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Auf dem Grundstück waren Maschinenpistolen, Handgranaten, Tretminen und Maschinengewehrläufe gefunden worden. Bei der gleichzeitigen Durchsuchung des Deutsche Stimme Verlags (DS) wurde etliches Propagandamaterial sichergestellt. Die zu engen Räumlichkeiten, staatliche Repression und unterschiedliche antifaschistische Aktivitäten erwirkten schließlich Ende 1999 den Weggang des Verlags aus Sinning.

Jürgen Günz und die NPD

Schon zum Bundesparteitag der NPD im sächsischen Mulda (s. AIB Nr.47) liefen die ersten Vorbereitungen des Umzugs. Der Riesaer NPD-Stadtrat Jürgen Günz präsentierte hier am Rande der Veranstaltung seine Immobilie: Das Gebäude seiner 1998 in Konkurs gegangenen Heizungs- und Sanitär GmbH. Die Reste seines Ausfluges in die Marktwirtschaft, der ihn laut Eigenaussagen ins *»nationale Lager«* geführt hätte, wollte er gern weiter in nationaler Hand sehen. Das zum Verkauf stehende Gelände auf der Mannheimer Str. 4 stand also für die NPD zum Erwerb offen. Andere InteressentInnen bedrohte Jürgen Günz massiv. So wechselte das Gebäude ohne Probleme in den Besitz des DS-Verlags über. Nicht unbeteiligt an diesem reibungslosen Ablauf war die Volksbank Riesa, die die Konkursmasse von Günz GmbH verwaltete. Obwohl sie mehrmals auf die Identität der Grundstückskäufer hingewiesen wurde, brach die Bank die Kontakte nicht ab. Das ist auch nicht verwunderlich, da Günz selbst lange Zeit in deren Vorstand saß.

Ab Anfang April 2000 soll das NPD-Blatt Deutsche Stimme nun von Riesa aus versandt werden; der ihr zugehörige Versand und Pühses Liste wird dann hier auch seine Arbeit aufnehmen. Die neuen DS-Räumlichkeiten werden schon viel länger für Naziarbeit genutzt. So organisierte die NPD ihren Landtagswahlkampf 1999 von hier aus, die Naziskinband Die Weissen Riesen probte in den Räumlichkeiten und auch die eine und andere Festivität wurde gefeiert. Jetzt sind die Kameraden selbstverständlich stolz, dass die Deutsche Stimme hierherkommt, so Jürgen Günz gegenüber der regionalen Presse. Immerhin würden zehn neue Arbeitsplätze entstehen. Und so werkeln sie seit Jahresanfang kräftig herum. Zum Schutz der neuen Zentrale ist eine Gruppe aus militanten Nazischlägern gebildet worden. Somit wird im Umkreis des Anwesens eine No-go-area geschaffen. Denn die Neonazis beschränken sich nicht auf das Bewachen des Gebäudes, sondern greifen vermeintliche GegnerInnen auch tätlich an.

Riesa – Stahl-, Sport- und Nazistadt

»Wir haben uns über Jahre einen guten Ruf erarbeitet, den lassen wir uns keinesfalls kaputtmachen,« so Bürgermeister Köhler in einem Interview in Bezug auf die Ansiedlung der Verlags. Eine Stadt, die bisher alles getan hat, um Nazis zum gemütlichen Strukturaufbau einzuladen, fürchtet nun um ihren Ruf. Keine Aufregung zeigten die RiesaerInnen bei den zahlreichen rechten Übergriffen der letzten Jahre. Das Gegenteil war der Fall. Sie trugen mit ihrem (Nicht-) Verhalten maßgeblich zur rassistischen Normalisierung bei. Übergriffe von deutschen Jugendlichen, die auf alle Jagd machen, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen, werden von der Bevölkerung mit Orientierungs- und Arbeitslosigkeit entschuldigt. Auch Riesa unterstützt Neonazis seit Jahren mit akzeptierender Jugend- und Sozialarbeit. So finanzierte die Stadt den Proberaum und die Instrumente der Weissen Riesen. Die Stadt machte auch nicht von ihrem Vorkaufsrecht auf das Gelände von Jürgen Günz Gebrauch, obwohl sie wußte, an wen sonst das Gelände gehen würde. Statt aktiv gegen die Ansiedlung vorzugehen, gründeten die Fraktionsvorsitzenden der CDU, SPD ein *»Bündnis gegen Radikalität – Für Ruhe, Ordnung und Sicherheit in der Stadt Riesa«*, an dem zunächst auch die örtliche PDS beteiligt war – bis sich überregionale PDS-Strukturen einschalteten. Zielstellung dieses Bündnisses ist *»eine überparteiliche Initiative gegen jegliche Art links- und rechtsradikaler Bewegungen und Aktivitäten und jede Form politisch motivierter Gewalt«*. Das Problem wird also wie meist nicht in der Etablierung einer Nazizentrale gesehen, sondern im Widerstand dagegen, der das Problem ja erst in die Stadt hineintragen würde.



NPD-Stadtrat Jürgen Günz

Antifaschistische Gegenaktivitäten

Nach Bekanntwerden des bevorstehenden Umzugs gründete sich in Riesa ein Bündnis gegen Rechts aus Antifagruppen, Bündnis 90/Grünen, örtlichen Initiativen, VVN/BdA, Gewerkschaften und schließlich auch der PDS. Das Bündnis hat es sich zur Aufgabe gemacht, Aufklärungsarbeit zu leisten und aktiv gegen rechtsextreme Bestrebungen vorzugehen. Die von sächsischen Antifagruppen getragene Demonstration am 12. Februar unterstützte das Bündnis zwar nicht als gesamtes. Aber doch ein Großteil der dort vertretenen Organisationen rief mit zur Demonstration auf. Die große Beteiligung an der Demonstration, die über die Antifamobilisierung weit hinausging, wird von allen als Erfolg eingeschätzt und als ein wichtiges Zeichen gewertet. Doch Widerstand kann nur dann erfolgreich sein, wenn er kontinuierlich geschieht. Das heißt, es muß aktiv weiter darauf hingewirkt werden, dass der Deutschen Stimme die Grundlage entzogen wird, und nicht nur in Riesa, sondern überall. ■

Antifa-Nachrichten-Doku

Nr. 30

Dezember / Januar '99 - '00



IMPRESSUM:
Was Geht Ab? Nr. 30
Dezember / Januar '99 / '00
Herausgeber und V.i.S.d.P.:
H. Müller
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Die »Was geht ab?« erscheint seit der Nr. 19 als ständige Beilage im Antifaschistischen INFO-Blatt. Für Abo, Nachdruck und alles weitere gelten dessen Bedingungen.

»Was geht ab ?« - LeserInnen - Umfrage

Liebe LeserInnen!

Seit einiger Zeit diskutieren wir Veränderungen der konzeptionellen Ausrichtung unseres Projektes. Dazu würden wir gerne wissen, was Euch bisher an der »Was geht ab?« wichtig war und inweit Ihr sie für Eure politische Arbeit nutzt. Deshalb hier eine kleine Umfrage:

O Ich lese die WGA nicht, weil.....................
O Ich lese in der WGA nur................, weil...
O Ich lese alles, weil ....
O Mir fehlt ....
O Ruhig weglassen könnt Ihr.........................
O Am meisten interessiert mich ....
O Weitere Anmerkungen:............................

Wir überlegen die Chronologie ab der nächsten Ausgabe komplett in das Internet (http://members.tripod.de/wga) zu stellen. Für Leute ohne Internetzugang soll es natürlich auch weiterhin die Möglichkeit einer Papierausgabe geben.

O Davon halte ich..

Wir begreifen unsere Arbeit vor allem als Hilfe und Unterstützung für Euch und Eure weitere politische Arbeit. Zudem wollen wir Euch die Möglichkeit geben, Eure Informationen zu verbreiten.

O Ich sehe ein, dass die WGA durch Zuschriften aus den Regionen lebt und werde Euch deshalb ab jetzt öfters Berichte, Nachrichten, Artikel und Fotos schicken.

In Erwartung Eurer baldigen Antworten

Eure WGA-Crew

Adresse: "Was geht ab ?", c/o Antifaschistisches Infoblatt, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin oder E-Mail: WGA@firemail.de.

Bundesweit

JLO im Zoff

JLO, AN - Die ***Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)*** hat am 27. November 1999 in einer Kampfabstimmung einen neuen Bundesvorstand gewählt.

Neuer Chef ist **Christian Schaar** (BaWü). Ihn unterstützen **Nanette Kaiser** (NRW), **Stefan Rochow, Udo Nistripke** (Sachs.An.), **Frauke Seidler** (Meck.Pomm.), **Claudia Walter** (Thüringen), **Andre Nehring** (Sachsen), **Dirk Pott** (Bayern) und **Alexander Kleber** (Sachsen). Der alte Vorstand um **Rene Nehring, Uwe Faesel, Klaus Gundlach, Bernhard Knapstein, Rüdiger Stolle** und **Gunda Nehring** (ehem. **Sievers**) trat ab. Die ehem. JLO-Chefs Stolle, Knapstein und R. Nehring sprechen von einer feindlichen Übernahme. Ursache ist ein Richtungsstreit in der JLO. Einige Mitglieder wollen noch rechtsextremer auftreten können, als bisher. Deshalb wurde **Marco Domrös** aus Hessen am 14. Februar 1999 vom alten Vorstand aus der JLO geworfen, da er ein Rundschreiben im »Stürmer-Stil« verfaßt hatte. Alexander Kleber (Jurastudent an der TU-Dresden) machte aber genauso weiter. Er machte die jährlichen JLO-Demos am 13. Februar in Dresden zu Naziaufmärschen und den JLO-LV Niederschlesien zu einer ***NPD***-Vorfeldorganisation. Auch der ***NPD-KV Meißen*** unterwanderte die JLO. Auf den Dresdner Freitagsgesprächen der JLO ging es um Runen, Rechtsschulungen, »Deutsch-Südwest-Afrika« und die Jugend im Dritten Reich.

Zu einem Vortrag über das »Schwarzbuch des Kommunismus« am 1. Februar 1999 mobilisierte sie mit einer antisemitischen Nazizeichnung. Den Saalschutz für die Veranstaltung stellte die NPD, welche aber einen Antifa-Angriff nicht verhindern konnte.

Am 10. Mai 1999 sprach der ***Nation & Europa***-Autor **Claus Nordbruch** auf einer JLO-Veranstaltung in Dresden. Organisatoren waren die JLO, das rechtsextreme ***Hilfskomitee Südliches Afrika*** und die ***Deutschland-Bewegung***.

Für den 24. Januar 2000 wurde eine Veranstaltung mit dem ***Deutsche Stimme***-Autor **Jürgen Schwab** angesetzt. Da die JLO in den BdV-Räumen mittlerweile Hausverbot hat, wird man sich wieder im ***Cafe Germania*** versammeln, um Schwab zu lauschen. Trotz alledem ist Kleber nun im JLO-Bundesvorstand. Die ***Landsmannschaft Ostpreußen*** hat nun des-

halb der JLO das Geld eingefroren und will sich von der JLO trennen. Die alten JLO-Chefs gründeten vorsichtshalber schon mal eine eigene ***Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen in der JLO***. In einem Rundschreiben vom 24. Januar 2000 stellen sich **Frauke Seidler** (Landeschef für Meck.-Pom), **Christian Kapke** (Landeschef Thüringen), **Dirk Pott** (Landeschef Bayern), **Udo Nistripke** (Landeschef Sachs.-Anh.), **Ingo Henn** (Landeschef Ba.-Wü.), **Alexander Kleber** (Landeschef Sachsen) und **Elard von Gottberg** (für Meck.-Pom) hinter den neuen Vorstand.

Christian Kapke ist als Mitglied des rechtsextremen ***Thüringer Heimatschutzes (THS)*** bekannt.

Gibor aufgelöst

Internet - Die rechtsextreme ***Wanderjugend Gibor*** (***WJG***) hat nach eigenen Angaben am 1. Februar 2000 ihre Tätigkeiten »unter Protest« eingestellt. Wegen einer »Beschlußfassung zu Anschlägen auf die Love Parade mittels Panzerminen während einer Sonnenwendfeier« kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen. Nun will die WJG in »neuen Formen« weiterarbeiten. Das Internetangebot soll in abgespeckter Form weiterbestehen.

NPD/JN-News

WGA, DS - Am 30. Oktober 1999 fand der *»6. Europäische Kongreß der Jugend«* der ***JN*** in Falkenberg (Niederbayern) statt. Hier sprachen u.a. **Udo Voigt** (NPD-Chef), **Herbert Schweiger** (Nazi-Ideologe), **Sascha Roßmüller** (JN-Chef), **Stephanos Gekas** aus Griechenland und **Derek Holland** von der ***ITP***. Als Nazi-Barden traten **Jörg Hähnel** und **Frank Rennicke** auf. Anwesend war auch **William Pierce** aus den USA.

Am 27. November 1999 trafen sichzahlreiche NPD'ler in der Gaststätte »Mathäuser am Hasenbergl« in München um das 35jährige Bestehen der NPD zu feiern. Anwesend waren u.a. **Thomas Salomon** (Berlin) als sog. Partei-Historiker, **Peter Stöckicht** als ehem. Landtagsabgeordneter und der NPD-Berater und ehem. ***SS***'ler **Herbert Schweiger** aus Österreich. Der NPD-Kreistagsabgeordnete **Gerhard Klenhart** aus Neumarkt i.d. Oberpfalz bekam das »Goldene Parteiabzeichen« von Udo Voigt verliehen. Anwesend war auch der ehem. ***REP***-Funktionär und ***DVU***-Kandidat **Ottmar Wallner**.

Am 5. Februar 2000 traf sich die JN zu ihrem Bundeskongreß in Neuwied/Rhein. Unter den Personalvorschlägen zum JN-Bundesvorstand befanden sich nur noch drei (!) Personen aus den neuen Bundesländern. Sachsen war mit keinem einzigen Vorschlag vertreten. Hier die Kandidatenvorschläge: Sascha A. Roßmüller (By) als Bundesvorsitzender. **Alexander Delle** (Ba-Wü), **Mike Layer** (Ba-Wü) und **Frederick Seifert** (By) als seine Stellvertreter. **Tobias Bär** (Saarl.), **Katja Beier** (By), **Siegfried Birl** (By), **Matthias Brodbeck** (Ba-Wü), **Thorsten Crämer** (NRW), **Marco Fäßler** (Ba-Wü), **Alexander Feyen** (By), **Jörg Hähnel** (Brdb.), Mike Layer (Ba-Wü), **Danny Marquardt** (NS), **Hubert Mayer** (By), **Alexander Opel** (By), **Gordon Reinholz** (Brdb.), **Carsten Schulze** (Thü) und **Sascha Wagner** (Rh-Pf) als Beisitzer. Strukturell wurde die JN noch mehr an die NPD gebunden. So dürfen nur noch NPD-Mitglieder JN-Funktionäre werden. JN-Mitglieder sollten NPD-Mitglieder sein.

Der JN-Bundesvorstand hat die endgültige Entscheidung, wer JN-Mitglied werden darf. Der NPD-Parteivorstand hat ein Widerspruchsrecht. JN-Landesverbände (ab 14 Mitglieder) dürfen nur mit Genehmigung des JN-Bundesvorstandes gegründet werden. Der NPD-Parteivorstand beschloß mittlerweile auch offiziell, die Forderung *»Freiheit für Kay Diesner«* auf NPD-Demos zu verbieten, da er kein politischer Gefangener sei.

Das NPD-Organ ***Deutsche Stimme (DS)*** kann seit dem 1. Oktober 1999 von jedem Zeitungshändler über den Großhändler bestellt werden. Der NPD-Funktionär und ehem. JN-Chef, ***NHB***-Chef und DS-Chefredakteur **Karl-Heinz Sendbühler** verstarb am 20. November 1999 in seinem Haus im ungarischen Komarom. Sendbühler war auch im ***Witiko-Bund***, in der ***Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft***, im ***Arbeitskreis junges Deutschland***, in der ***Burschenschaft Hermundoria Buscoria zu Regensburg, Nibelungia Wien zu München*** und ***Arminia Zürich zu Heidelberg*** aktiv. Der ***DS-Verlag*** zog von Sinningen nach Riesa. Die NPD-Bundeszentrale zog von Stuttgart nach Berlin Köpenick. Der NPD-Opa **Carl-Arthur Bühring** aus Stuttgart verkaufte ein Haus in Stuttgart, um der NPD ihre neue Zentrale in Berlin zu ermöglichen. NPD-Funktionäre wie **Susann Bauer, Erwin Kemna, Ulrich Eigenfeldt,** und **Udo Voigt** und kümmerten um den Bezug des sog. »Carl Arthur Bühring-Hauses« in der Seelenbinderstr. 42.

Sammlungen und Spaltungen

NE 1/99, JF Nr.9&10/00, WGA - Am 17. November fand ein »geheimes Treffen« zwischen ***REP***-Chef **Rolf Schlierer** und ***DVU***-Chef Gerhard Frey statt, um das Gegeneinander zu beenden. Trotzdem wurde der Rottweiler REP-Kreischef **Berndt Welzer** aller Ämter enthoben, da er den ehem. REP-Chef und DVU-Kandidaten **Franz Schönhuber** auf einer Veranstaltung gegrüßt hatte. Auch der Hamburger Landeschef **Hans Fiedler** mußte alle Ämter ablegen, da er mit dem Nazimultifunktionär **Harald Neubauer** eine Veranstaltung abgehalten hatte. Der neugewählte REP-NRW-Chef **Burghard Schmanck** trat wegen des »unwahrhaftigen Kurses« selber zurück. Die REP-Funktionäre **Tempel** und **Winkelsett** hätten versucht, in Schleswig-Holstein eine gemeinsame Liste mit der DVU aufzustellen. In Wiesbaden diskutierten auf Einladung der REP-Fraktion Franz Schönhuber, **Horst Mahler, Mark Olaf Endres** und **Klaus Sojka** zum Thema »Vergangenheitsbewältigung«. Die stellv. REP-Bundesvorsitzende Uschi Winkelsett und der REPler **Johann Gärtner** bekamen von den Wiesbadener REPs Hausverbot erteilt und »beschimpften« vor der Veranstaltung Gäste und Redner. Der ***Bund Freier Bürger*** (***BFB***), die ***Deutsche Partei*** (***DP***) und die ***Deutsche Soziale Union*** (***DSU***) wollen sich vereinen. **Heiner Kappel** (BFB), **Johannes Frhr. von Camphausen** (DP) und **Roberto Rink** (DSU) einigten sich auf den Namen Deutsche Partei. Auch die ***Freie Bürgerunion*** soll noch geworben werden. Der stellvertretende REP-Landesvorsitzende von Ba.-Wü. forderte auf einem Strategietreffen in Leipzig die Gründung einer Freiheitlichen Partei Europas. An dem Treffen nahmen auch Schlierer (REP) und Kappel (BFB) teil. Kappel hielt ein Referat über die Form eines REP/BFB-Zusammenschlusses. Die ***Vereinigte Rechte*** will sich mit der Partei ***Ab jetzt-Bündnis für Deutschland*** vereinen.

In eigener Sache

Wir sind als Antifa-Nachrichtendokumentation auf Nachrichten von außen angewiesen. Diese prüfen wir so weit wie möglich nach. Trotzdem können wir nicht immer für die absolute Genauigkeit unserer Quellen und Nachrichten garantieren.

In der WGA # 27 auf S. IV brachten wir einen Beitrag von Antifas aus Jena. Zu den Vorfällen in Jena, in deren Verlauf zwei Frauen der linken Szene die Ausweise zeitweilig abgenommen worden sein sollen, gibt es unterschiedliche Darstellungen. Auch wenn wir geneigt sind, den AntifaschistInnen eher Glauben zu schenken als Personen des Thüringer Heimatschutzes, lässt sich keine Version endgültig beweisen.

Redaktion WGA

Thüringen, Bayern, Sachsen, Ba-Wü

Parteien & Grüppchen

Presse, NE 1/00, NIT - Im Landtag in Stuttgart stritten der ***REP***-Abgeordnete **Ulrich Deutschle** und zwei weitere REP-Parlamentariern um eine Vitrine der Verfassungsschutz-Ausstellung zum Thema Rechtsextremismus. Sie konnten es nicht ertragen, daß dort Material der REPs gezeigt wurde. Es kam zu Rangeleien und zu Sachbeschädigungen. Außerdem beantragten die REP-Abgeordneten **Rolf Wilhelm**, **König**, **Christian Käs**, **Herbricht** und Deutschle die Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter. In Frankfurt trafen sich zum zweiten Mal die Vorsitzenden des ***BFB***, der ***DSU***, der ***Deutschen Partei*** und **Alfred Mechtersheimer**, um Gemeinsamkeiten zu suchen. Initiator des Treffens war **Heiner Kappel** (BFB). Am 9. November 1999 versammelten sich in Leipzig die Möchtegern-Nazi-Strategen **Horst Mahler**, **Johannes Peter Ney** und **Reinhold Oberlercher** zu einer Beratung, um u.a. die Debatte über die *»Überwindung des jüdischen Geistes in der Welt«* in die Wege zu leiten. rsprünglich sollte durch eine *»Reichsstatthalterschaft«* das *»Deutsche Reich«* ausgerufen werden. Nach dem Treffen war **Hans Dietrich Sander**, der Herausgeber des Nazi-Blattes ***Staatsbriefe***, sauer, da ein ***Berliner Gesprächskreis*** nicht vorher informiert wurde und eigentlich die *»Zurückführung der Linken zum Volk«* geplant war. Am 16. November 1999 führte die rechtsextreme ***Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschland (IWG)*** in Gutsberg bei Nürnberg eine Veranstaltung mit 50 Leuten durch, an der auch der ***NPD***-Chef **Udo Voigt** teilnahm. Die NPD hat mittlerweile angekündigt am 27. Mai 2000 wieder eine Großveranstaltung in Passau durchführen zu wollen.

Antifa-Actions

Presse, Aarnie - Am 26. September 1999 demonstrierten in Mannheim ca. 500 Antifas gegen Nazi-Umtriebe beim SV Waldhof . Anlass war ein Spiel gegen den FC St.Pauli. Im Rhein-Neckar-Raum fand außerdem die jährliche Antifa-Mobil-Tour statt. Stationen waren Bruchsal, Annweiler, Landau, Schifferstadt und Hockenheim. Hier fanden Infotische, Veranstaltungen und Konzerte statt. Vor Ort wurden die lokalen Nazistrukturen thematisiert. Als am 15. Oktober 1999 Annweiler das Ziel war, versuchten die Nazis **Marko Dreißigacker** und **Sascha Teuween** von der ***Kameradschaft Annweiler*** erfolglos die Antifas zu fotografieren. Am 17.Oktober 1999 warfen Antifas die Scheiben bei den Kneipen Adler und Ochsen in Stuttgart ein und hinterliessen schriftliche Warnungen. In den Kneipen waren ***REP***-Veranstaltungen angekündigt worden. Am 13. November 1999 protestierten ca. 20 Antifas gegen einen ***NPD***-Infostand in Neustadt. Die Polizei drängte die Antifas ab. An dem NPD-Stand beteiligte sich der JN/NPD-Kader **Sascha Wagner** und der REP-Kandidat **Rainer Jumpertz**. Die NPD baute ihren Stand vorzeitig ab. Bereits am 16. Oktober 1999 protestierten Antifas in Neustadt gegen einen REP-Stand. **Stefan-Michael Bar** fotografierte hier Antifas für die ***Anti-Antifa Saar-Pfalz***. Am 1. Dezember demonstrierten etwa 150 Antifas in Jena gegen die ***Burschenschaft Jenensia zu Jena***. Hier referierte der rechtsextreme ***Nation & Europa***-Autor **Peter Dehoust** zum Thema *»Wiedergutmachung und kein Ende«*. Bei der Burschenschaft tauchten in der Vergangenheit schon Mitglieder des neonazistischen ***Thüringer Heimatschutz (THS)*** wie **Andre Kapke** (Jena), **Jan Stöckel** (Gera) und **Jörg Krautheim** (Gera) auf. Der Kontakt soll über **Dirk Metzig** laufen, welcher mit dem THS-Aktivisten **Christian Kapke** befreundet ist. An der Veranstaltung nahm u.a. der REP **Heinz-Joachim Schneider** und der THS-Kader **Tino Brandt** teil. Brandt arbeitet bei Nation & Europa. Den Saalschutz stellte der THS, welcher auch gegen einen lokalen Kameramann vorging. Nach der Demo gab die Burschenschaft bekannt, daß elf aktive Burschen wegen ihrer Mitgliedschaft in der rechtsextremen Szene (z.T. THS) ausgeschlossen wurden. Jenaer Antifas verteilten auch auf dem Weihnachtsmarkt Flugblätter gegen faschistische Aktivitäten und Übergriffe, die dort alltäglich waren. Anschließend zogen 60 Nazis zur Jungen Gemeinde in Jena, wo die Polizei Platzverweise gegen sie aussprach. Am 14. November demonstrierten Antifas gegen den Volkstrauertag in Karlsruhe. Hier tauchten im Vorjahr neben Wehrmachts-Opis auch die ***Kameradschaft Karlsruhe*** und Burschenschaftler auf. Am 12. Dezember 1999 demonstrierten etwa 30 Antifas unter dem Motto *»Weg mit dem Ama Deus-Verlag! Null Toleranz für Antisemiten!«* in Fichtenau gegen den antisemitischen Esoterik Autor **Jan Udo Holey** alias **Jan van Helsing** und den ***Ama Deus-Verlag***. In Frankfurt tauchte der rechtsextreme Demoorganisator **Horst Mahler** aus Berlin auf einer Antifa-Veranstaltung auf. Diese beschäftigte sich mit Mahlers Montagsdemon-



Chronologie

bis zum 30.11.1999 unter

http://members.tripod.de/wga

02. Dezember.
Cottbus - Vier Nazis verprügelten einen vermeintlichen Linken.

03. Dezember
Irendwo - Die rechtsextreme Artgemeinschaft GGG begann ein gemeinsames Wochenende. Es sprachen u.a. Wielant Hopfner und Bernhard Schaub. Einlader war Oswald Vogel aus Dragow.

4. Dezember
Magdeburg - Die Polizei setzte das Verbot einer NPD-Demonstration durch. Über 400 Fahrzeuge wurden kontrolliert. 97 Nazis erhielten Platzverweise.

5. Dezember
Leipzig-Grünau - In der Nähe des »Alleecenters« wurde ein Brandanschlag auf zwei 13jährige Jugendliche durch mutmaßliche Rechte verübt. Dabei erlitt eines der Opfer schwere Verbrennungen am Körper.
Cottbus - Etwa 20 Nazis verprügelten einen Kosovo-Albaner.
Bremen - In den frühen Morgenstunden drangen Unbekannte in das Universitätsgelände ein. Sie hinterließen an den Wänden Nazi-Parolen und entleerten Feuerlöscher.

7. Dezember
Leipzig - Zwei Jungnazis überfielen einen 15jährigen im Stadtteil Großzschocher und raubten ihn aus.

9. Dezember
Löbau - Etwa 20 Neonazis überfielen eine Wohnung, in der eine Geburtstagsfeier von linken Jugendlichen stattfand. Dabei wurden vier Jugendliche verletzt. Die Polizei nahm mehrere Täter fest.

11. Dezember
Leipzig-Grünau - Rund 160 Antifas demonstrierten gegen die wiederholten Überfälle von Neonazis in diesem Stadtteil.
Schwäbisch-Hall - Ein Nazikonzert mit der Band "Celtic Moon" wurde vom Veranstalter abgesagt. Grund dürften die Aktivitäten von Antifas und die Reaktion seitens der Polizei sein.

14. Dezember
Hannover - Bei der Nazi-Aktivistin Verena Jacobus warfen Antifas die Scheiben ein.

15. Dezember
Sulingen - Das von der NPD genutzte Nazi-Zentrum »Kalte Zeit« wurde von autonomen Antifas abgebrannt.

16. Dezember
Frankfurt/O - Drei Nazis hetzten einen Dobermann auf einen Polizisten, nachdem dieser wegen Nazi-Parolen aufgetaucht war.

17. Dezember
Merseburg - Vor dem Bowling-Center wird ein Jugendlicher von einer Gruppe Nazis (u.a. »Weisse Riesen« und Nils Reinert) verletzt.

18. Dezember
Merseburg - Etwa 100 Leute beteiligten sich an einem linken Party-Umzug unter dem Motto »Mit Mütze und Schal gegen rassistische Kälte«. Etwa 15 Nazis versuchten zu stören und fotografierten. Antifas verteilten Flyer gegen den Waffenladen des NPD-Funktionärs Harald Bornschein.
Gießen - Die JN und Freie Nationalisten veranstalteten eine Wintersonnenwendfeier mit 100 Leuten. Friedhelm Busse und Otto Riehs hielten Reden.
Kirdorf - Eine Nazi-Sonnenwendfeier wurde von der Polizei aufgelöst.

19. Dezember.
Frankfurt/O - 100 Nazis demonstrierten auf einer NPD-Demo für einen verstorbenen »Kameraden«.

20. Dezember
Cottbus - Neonazis überfielen einen Albaner und misshandelten ihn. Der 23-jährige war in Begleitung zweier Freunde, als die Angreifer aus mehreren vollbesetzten Autos ausstiegen und ihn mit Baseballschlägern attackierten. Er erlitt Verletzungen, die in einem Krankenhaus behandelt werden mußten.

24. Dezember
Dannenberg - Zwanzig Nazis randalierten auf einem Parkplatz und beschädigten zwei PKW. Ein junger Mann konnte sich nur knapp davor retten, von den Nazis angefahren zu werden. Nachdem die Polizei kam, zogen die Nazis weiter und griffen weitere Personen an. Zum Schluß warfen sie Molotow-Cocktails auf eine Wohnung, in der »befeindete« unpolitische Skins Weihnachten feierten. Der Versuch, die Wohnung zu stürmen, endete im Treppenhaus. Ein 82jähriger Nachbar wurde mit »Juden raus« und einer Baseballkeule bedroht. Später wurden fünf regionale Nazis (u.a. Christian Hegert) verhaftet.

26. Dezember
Woltersdorf - Ein türkischer Imbiß wurde von Nazis abgebrannt.

27. Dezember
Merseburg - Etwa 25 Nazis der »Weissen Bruderschaft« drangen in einen Studentenclub ein und zwangen die Anwesenden zum Abspielen von Nazi-Musik. Außerdem wurden Getränke gestohlen, Sachen beschädigt und Gäste belästigt.

→

strationen (z.B. am 11.Oktober 1999) in Frankfurt gegen »Überfremdung«. Nachdem Mahler die Antifas mit den Worten *»Jetzt hört doch auf zu träumen«* begrüßte, wurde er aus dem Saal geworfen. Dabei fing er sich zwei blaue Augen und einige Prellungen ein.



Horst Mahler nach dem Besuch der Antifa-Veranstaltung

Nazi-Konzis

Sächs.Z., Antifa Archiv Jena, - Am 13. November 1999 fand in Schorba (bei Jena) ein Nazi-Skin-Konzert mit ca. 1000 Teilnehmern aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Nach Ende des Konzertes fingen rund 100 verbliebene Nazi-Skins an, zu randalieren. Die Polizei schritt erst nach Beendigung des Konzertes ein, es kam zu einer Verhaftung und mehreren Anzeigen. Hintergrund für das Konzert dürfte der »Volkstrauertag« sein, entsprechende Flugblätter wurden während des Konzertes von einer ***Kameradschaft Sachsen-Anhalt*** verteilt. Das Konzert selber wurde 4 Tage vorher durch einen Herrn **Rechlin** (aus Brandenburg) als Veranstaltung eines Karnevalsvereins angemeldet. Ursprünglich war das Konzert nördlich von Magdeburg geplant gewesen. Ein »Unbekannter« mietete Ende November 1999 den Saal des Wildenhainer Landgasthofes für eine »große Disko«. Für den Sonnabend (vorm 22.11.) war hier ein Nazi-Skinheadkonzert mit den Nazibands ***Proissenheads*** und ***War-Hammer*** geplant, welches ursprünglich in Chemnitz stattfinden sollte. Bereits 1998 hatte hier ein Naziskinkonzert stattgefunden. Das Konzert wurde verboten. Über 200 Polizisten kontrollierten insgesamt 244 Fahrzeuge mit 301 Personen und verhafteten einen Gesuchten. Am 27. November 1999 wurde im Gasthaus zum Goldenen Engel in Friedenfels ein Nazi-Skin-Konzert von der Polizei aufgelöst. 300 Nazi-skins wurden kontrolliert und eine Fahne von ***Blood & Honour Bayern*** gefunden. Die Polizei hatte auf einem Parkplatz in Speichersdorf rechtsextreme Handzettel mit dem Konzertort gefunden. Ein für den 11. Dezember 1999 geplantes Soli-Konzert für die rechtsextreme ***HNG*** in Süddeutschland mußte ausfallen, nachdem der Veranstaltungsort im Vorfeld bei der Polizei bekannt wurde.

Nazi-Morde

Presse, Flugis - In der Nacht zum 2. Oktober 1999 wurde der 17jährige Punk Patrick in Oberlungwitz von drei Mitgliedern einer Security-Firma aus der Hooliganszene ermordet. Im Vorfeld hatten Nazis Besucher eines Punk-Konzerts in Hohenstein-Ernstthal angegriffen. Daraufhin zogen 50 Punks zur Disco *»La Belle«*, da sie dort die Täter vermuteten. Hier kam es zu Auseinandersetzungen mit den Hools der Security-Firma aus Chemnitz (Chef **Thomas Haller**). Ein Mob von 150 Nazis, Hools, Securitys und Prolls versammelte sich später vor dem Punk-Konzert. Patrick und ein Freund wurden auf dem Heimweg von vier Männern aus einem Kleinbus heraus überfallen und mit Knüppeln und einem Hammer zusammengeschlagen. Patricks Freund wurde verschont, da er sich tot stellte. Patrick starb an seinen Verletzungen. Am nächsten Tag zogen 150 Antifas mit einer Spontandemo durch die Stadt. Am 16. Oktober 1999 kam es zu einer weiteren Demo. Die Täter fielen auf, als sie ihren Kleinbus beseitigen wollten. Ende September 1999 war bereits in Kolbenmoor ein Afrikaner bei einem rassistischen Überfall zu Tode geprügelt worden.

DS zieht um

Presse, Antifa - Das ***NPD***-Parteiorgan ***Deutsche Stimme*** zieht aus Sinningen nach Riesa um. Hier sitzt der NPD'ler **Jürgen Günz** als Abgeordneter im Stadtrat. Die Stadt finanzierte außerdem der Naziband ***Weisse Riesen*** ihre Proberäume und Instrumente. Gute Bedingungen also.

Günz gehörte eine Halle in der Mannheimer Strasse 35. Nachdem seine Firma pleite ging, bot er sie zum Verkauf an. Da andere Interessenten massiv bedroht wurden, bekam die Deutsche Stimme das Gebäude. Nun wird bereits eine Schutztruppe für das Gebäude aufgestellt. Am 12. Februar 2000 demonstrierten in Riesa eine Antifas gegen den DS-Verlag.

DKG-Gästewoche

Antifa-Dresden - Vom 11. bis 18. September 1999 fanden im Knappensaal in Altenberg wieder die Gästewochen des ***Freundeskreis Ullrich von Hutten*** und der ***Deutschen Kulturgemeinschaft*** statt. Leitsatz war *»Lebensordnung von der Erhaltung der Art in Natur und Kultur«*. Hier trafen sich wieder deutsche und ausländische Nazis zu einem ihrer wichtigsten Treffen. Eigentümerin des Knappensaales ist **Manuela Giemsa**. Bis 1994 war **Stefan Giemsa** Pächter der Gaststätte. Nebenbei war er für die ***NPD*** aktiv. Noch im Frühsommer 1999 war Giemsa sächsischer Vorsitzender der NPD-Abspaltung ***Bund Deutscher Patrioten (BDP)***. Im BDP sind auch ***Frank Golkowski*** (Ex-NPD-Thüringen) und ***Thorsten Keil*** (Ex-NPD-Sachsen) gelandet.

Berlin

Parteien & Aktiönchen

Presse - Wie gehabt ist der ***Bund Freier Bürger (BFB)*** am schwächeln. Auf einer Demonstration am 2. Oktober 1999 gegen das Holocaust-Mahnmal waren sie mit 50 AnhängerInnen weitesgehend unter sich, von einigen REPs und NPD'lern abgesehen. Einige AntifaschistInnen beschossen die abgeschirmte Veranstaltung von Dächern mit Leuchtspur und Schrauben. Aus Enttäuschung über mangelnde Kooperation des Landesvorsitzenden **Thorsten Witt** zu anderen Nazigruppen, wurde aus dem ehemaligen BFB Landesvorständler **René Bethage** ein NPD-Kandidat. Dort meldete er für das ***Nationale Aktionsbündnis Berlin (NABB)*** eine neue Anti-Mahnmal-Demonstration an.

Streit hat die ***NPD*** auch mit den ***REP***s. Nachdem keine Wahlvereinbarung zustande kam, machten sie AntifaschistInnen Konkurrenz und behinderten sich im Wahlkampf. Als Wahlkampfzeitung legte die NPD das Ex-***Nationalen*** Organ ***Berlin Brandenburger Zeitung (BBZ)*** wieder auf. Nach der Wahl legt die NPD/JN nun wieder mehr Wert auf den Ausbau ihrer Kreisverbände. Seit der Ex-***NF***'ler **Andrew Stelter** zum ***JN*** Vorsitzenden wurde, gibt es eine deutliche Zunahme von Aktivitäten. Der ***DVU***-Chef **Markus Nonninger** beschränkt sich weiterhin darauf, die wenigen aktiven Mitglieder mit Weihnachtsfesten und Versammlungen mit *"DVU-Stars"* wie dem Hamburger Bezirksabgeordneten **Rudolf Reimers** zu beschäftigen.

Lediglich den ***REP***s gelang es mit acht Kandidaten, darunter der Vorzeige-Jugend-REP'ler **Thomas Kay**, in fünf Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) zu gelangen. Ein Sitz im Bezirk Friedrichshain mussten sie wieder abgeben, da ihr Ergebnis mit 2,9994 Prozent knapp unter die nötigen 3% rutschte. Der Tiergartener Kandidat **Peter Warnst** klagte gar vor dem Berliner Verfassungsgerichtshof gegen sein Scheitern. Zum Auftakt der konstituierenden Sitzung der BVV in Pankow demonstrierten über 100 AntifaschistInnen gegen den Einzug von **Werner Müller**, dieser erschien jedoch nicht - er hatte bereits mitten im Wahlkampf aufgehört.Für Wirbel sorgte ein ***Junge Freiheit***-Interview, in dem der ***CDU***-Abgeordnete **Wolf-Dieter Zupke** eine REP-Koalition befürwortete und die Zusammenarbeit lobte. CDU Generalsekretär **Volker Liepelt** drohte mit einem Parteiausschlussverfahren. Nach REP-Angaben gab es allerdings auch von Werner Müller initiierte Gespräche zwischen ihm und Mitgliedern des REP-Landesvorstandes im Berliner Abgeordnetenhaus.

Antifa ...

Interim - Schwerpunktmässig ging es gegen die Naziläden ***Eastside, Andycap, Odin*** und ***Two Flag Store,*** welchen unterschiedlichste Beschädigungen zuteil wurden. Gegen letzteren richtete sich die diesjährige Silvio-Meier-Demo mit 2000 Leuten.

Gegen einen Bus des Theatermachers Schlingensief und die Volxbühne gingen Antifas vor, da sich hier Nazis wie **Mahler, Oberlercher** oder NPD'ler **Michael Nier** präsentieren konnten.

Beschädigt wurde auch die ***Arena*** nach einem Konzert der Rassistenband ***Type - O - Negativ***.

Der Nazitreff ***Michis Klause*** und ein Kiosk mit Nazipropaganda mussten nach Glasbruch bzw. Feuerschaden schließen.

Deutsche Normalität

Presse - Am 3. Oktober wurden auf dem jüdischen Friedhof in Weißensee über 100 Grabsteine beschädigt.

An diesem Wochende wurde auch eine Stele für Anton Saefkow in Weißensee beschädigt, das Mahnmal für die deportierten Juden in Tiergarten und das Brecht-Denkmal am Schiffbauerdamm u.a. mit einem Hakenkreuz besprüht. Insgesamt wurden 13 Nazischmierereien gemeldet. Vor dem Mahnmal in Tiergarten waren 1989 - 1991 drei Schweinekopfhälften abgelegt und am 20. April 1992 Fäkalien verteilt worden. Am 10. Oktober drangen Unbekannte in den jüdischen Friedhof Herbert-Baum-Strasse ein und deponierten zwei Molotowcocktails. Die auf einer Grabplatte abgestellten Brandsätze explodierten nicht.

Ende Oktober wurde eine Gedenktafel für Naziopfer in Tiergarten zerschlagen. Einem Steinmetz, der den beschädigten jüdischen Friedhof gratis restaurieren half, wurde am 19. November ca. 150 Steine seines Lagers zerstört. Zuvor wurde er telefonisch bedroht. Am 5. Dezember protestierten rund 100 Menschen gegen diese antisemitische Normalität und zogen vom Gelände des Holocaust-Mahnmals zum Brandenburger Tor. Ebenfalls Anfang Dezember musste zum sechsten mal eine Gedenktafel am Bhf. Friedrichstrasse erneuert werden. Die Tafel welche an zwei von SS'lern erhängte Soldaten erinnert, die ihren Dienst verweigerten, wurde jedesmal zerstört. Eine Gedenktafel für den ermordeten Pazifisten Stöhr am Ostbahnhof ist bis heute nicht erneuert worden. Auf dem Baugelände des Holocaustmahnmales wurden in der Neujahrsnacht Sichtfenster und ein Bretterzaun zerstört, um einen Infoturm und dessen Beleuchtung zu beschädigen.

28. Dezember

Wurzen - Mehrere Nazis griffen nach einer Party in Wurzen ein Ehepaar auf dessen Grundstück an. Der Hausbewohner hatte sich über das »Sieg-Heil«-Gegröle beschwert, woraufhin er angegriffen wurde. Seine Frau eilte ihm zu Hilfe und wurde ebenfalls niedergeschlagen. Die Polizei konnte vier der Täter festnehmen.

Quedlinburg - Eine stadtbekannte Naziclique von mindestens zehn Jugendlichen zwischen 13 und 17 Jahren griff grundlos zwei Männer in einem Park an. Als einer von ihnen fliehen wollte, schlug einer der Täter mit einem Baseballschläger auf ihn ein. Der 45jährige erlitt einen Nasenbeinbruch und ein Schädel-Hirn-Trauma.

01. Januar 2000

Eilenburg - Bei einem Überfall auf eine private Silvesterfeier wurden fünf Jugendliche zum Teil schwer verletzt. Die rund 50 feiernden linken Jugendlichen waren nach einer verbalen Auseinandersetzung mit Nazis von diesen mit Steinen, Flaschen und Baseballschlägern angegriffen worden.

Leipzig/Reudnitz - Zum Jahreswechsel fand eine größere Fascho-Party statt. Gegen 2.30 Uhr zogen rund 30 Nazis besoffen und »Sieg Heil« grölend durch die Straßen.

Berlin - Auf dem Gelände des geplanten Holocaust-Mahnmals wurden zwei Bullaugen, die als Sichtfenster im Bauzaun eingelassen sind, und der Turm des Förderkreises zur Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas beschädigt.

Stendal - Die Silvesterfeier auf dem Marktplatz endete mit einer Auseinandersetzung zwischen angetrunkenen rechten Jugendlichen und der Polizei. Die hatte nach einer Schlägerei vier Verdächtige festgenommen und wurde dann von 150 Personen angegriffen.

Burg - Eine Gruppe Neonazis griff mehrere Asylbewerber an. Die Polizei nahm sieben Jugendliche fest.

Rathenow -Ein pakistanischer Asylbewerber wurde bei einer Schlägerei mit Nazis schwer verletzt.

Trebbin - Mit drei Verletzten und sieben vorläufigen Festnahmen ist eine Silvesterparty zu Ende gegangen. Am frühen Neujahrsmorgen überfielen mehrere Jugendliche, unter ihnen auch Nazi-Skins, einen 17-Jährigen, der zu Hause mit Freunden eine Party feierte. Dann schlugen die ungebetenen Gäste mit einer Metallstange auf einen 19-Jährigen ein und verletzten einen weiteren Gast.

Guben - Gegen eine Gruppe von 30 randalierenden und Reichskriegsflaggen schwenkenden Neonazis ging die Polizei vor. Als Platzverweise nichts nutzten, wurden sechs der Faschos in Gewahrsam genommen. Ein Polizist wurde dabei mit einer Flasche verletzt.

Einige der Nazis waren an der Hetzjagd auf Omar Ben Noui beteiligt.
Frankfurt/O - Ein 20jähriger polnischer Student der Viadrina-Universität wurde von einem Rassisten überfallen und geschlagen. Erst als dem Opfer zwei Personen zu Hilfe eilten, flüchtete der unbekannte Täter.
Merseburg - Zwei Jugendliche wurden von Nazis angegriffen und verletzt. Später kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Mitgliedern der "Weißen Bruderschaft".

07. Januar
Belzig - Ein 28-jähriger indischer Asylbewerber wurde von zwei Nazis durch Schläge verletzt. Laut Polizei erlitt das Opfer leichte Kopfverletzungen.

08. Januar
Großbardau bei Borna - Drei Jugendliche wurden in einem Jugendclub überfallen und zum Teil schwer verletzt. Die zehn bis fünfzehn maskierten Täter schlugen auf die Anwesenden mit Knüppeln und Baseballschlägern ein. Der Hintergrund des Überfalles ist noch unklar.
Rathenow - Ein 32-jähriger Asylbewerber aus dem Tschad wurde von fünf Nazis angegriffen und schwer verletzt.
Hamburg - Etwa 100 Nazis marschierten in Bergedorf. Vereinzelt kam es zu Angriffen durch Antifas. Einige Nazi-Autos wurden beschädigt.
Usingen/Eschbach - Nazi-Skins griffen den Wohnwagen einer Schweizer Familie an.

09. Januar
Delitzsch - Auf eine türkische Gaststätte wurde ein Brandanschlag verübt. Die Besitzer dieses Lokals, das im September 1998 eröffnet wurde, gehen von einem rassistischen Hintergrund aus, da es in der Vergangenheit schon öfter Anschläge auf die Gaststätte gegeben hatte.

11. Januar
Eberswalde - Unbekannte haben ein Hakenkreuz auf das Mahnmal für Amadeu Antonio gesprüht und rechtsradikale Parolen auf umliegenden Gebäude hinterlassen. Der Angolaner war Ende 1990 von Neonazis brutal ermordet worden und das erste Todesopfer rassistischer Gewalt nach der Wiedervereinigung.

12. Januar
Herford - Laut "NIT-Forum" wurden zwei Nazis vor ihrer Wohnung von Antifas angegriffen. Zusätzlich wurde ein Nazi-Auto beschädigt.

14. Januar
Hoyerswerda - Jugendliche aus der rechten Szene schlugen ein Ehepaar grundlos zusammen. Das Paar wollte in einem Hochhaus in den Fahrstuhl steigen, als sie ⟶

Brandenburg

»Normales Silvester ...«

Presse, Antifa - Exemplarisch für den rassistischen Alltag präsentierte sich der Milleniums-Anfang in Brandenburg. Ca. 30 Nazis zogen in der Silvesternacht mit »Sieg Heil« und Reichskriegsflagge durch Guben. Als die Polizei Platzverweise erteilte, warfen sie einer Polizistin eine Flasche ins Gesicht - unter den Tätern waren auch Angeklagte aus dem »Hetzjagd - Prozeß« um die Tötung des Algeriers Farid Guendoul. In ersten Pressemitteilungen leugnete die Polizei einen politischen Hintergrund und sprach von einer normalen Silvesternacht "wie jedes Jahr". Wie eine normale Silvesternacht in Brandenburg aussieht, zeigen auch die sonstigen Ereignisse:

In Cottbus brannte ein Dönerstand völlig aus, in Trebbin stürmte eine Horde von etwa 15 »Jugendlichen« eine Neujahrsparty und schlug mit Eisenstangen um sich.

Im Einkaufscenter »A10« an der gleichnamigen Autobahn bei Königs Wusterhausen (KW) traktierte ein Naziskin 2 Polizisten mit Stiefeltritten und rief dabei Naziparolen. In KW selbst griffen in der Nacht zum 1.1.2000 Nazis aus dem Umfeld der dort agierenden ***United Skins*** während einer Kneipenfeier eine naheliegende Wohnung an.

Sie warfen Fenster ein und versuchten die Tür aufzubrechen. Die herbeigerufene Polizei eskortierte die Angegriffenen aus der Wohnung zum Bahnhof, nachdem auch eine Polizistin durch einen Steinwurf verletzt wurde. In Frankfurt/Oder wurde in der Silvesternacht ein polnischer Student von einem 17jährigen Nazi angegriffen. Zuvor hatte der Täter mit 5 anderen Naziparolen gerufen und Passanten attackiert. Am Neujahrsmorgen schlugen Nazis in Rathenow einen Pakistaner krankenhausreif.

Antifa Aktivitäten

Presse, Antifa - Viel Wirbel im bekannten »Brown-Town« Königs Wusterhausen enstand in der Nacht zum 19. November 1999 als ein »Mobiles Antifa Kommando Berlin« das Auto des Nazikaders **Ulli Boldt** anzündete. Der Ford K des früheren Vorsitzenden der rechtsextremen ***BKP*** und Betreibers des »NIT Berlin« erlitt einen Schaden von 12.000 DM.

Zu einem „Ausflug in die Vergangenheit" lud der Berliner JN Regionalverband alle Mitglieder und Anwärter am 30. November 1999 zu »den alten Bunkeranlagen des Oberkommandos der Wehrmacht« in Wünsdorf. (Nähere Infos gab es dazu unter 0171 / 1977619).

Nach Pressemeldungen und der Anmeldung einer antifaschistischen Gegenkundgebung zeigten sich die Wehrmachtsfans abgeschreckt und sagten ihren Ausflug ab. Um ganz sicher zu gehen, demonstrierten trotzdem mehrere Dutzend Antifaschisten am Bahnhofsvorplatz.

Die »Bücherstadt & Tourismus GmbH« und der »Förderverein Garnisonsmuseum e.V.« welche diese Führungen veranstalten, erklärten, man werde keine Führungen für Nazigruppen (mehr) veranstalten und beklagten sich zudem über antifaschistische Parolen an ihrem Gebäude.

NPD/JN Kram

Presse(BM), Antifa - Die verschiedenen, teils frisch gegründeten, ***NPD***-Kreisverbände (KV) führten vor allem Veranstaltungen durch, so veransteltete der KV - Spreewald am 13. November seine Jahreshauptversammlung nahe Lübben, anschließend sprach der Nazimultifunktionär und Rechtsanwalt **Wolfram Nahrath**. Bereits am 4. Dezember führte dieser KV in Guben eine Info-Veranstaltung durch. Zuvor mußte man sich in der Kreisgeschäftstelle unter 033765/80599 anmelden. Am 20. November fand in Angermünde eine NPD-»Demonstration« (60 Nazis) statt, um die »gefallenen« deutschen Soldaten der Weltkriege zu verehren. Zeitgleich versammelten sich 200 Menschen zu einer Mahnwache gegen Fremdenfeindlichkeit. Bereits am 18. Dezember mussten 100 NPD'ler mit Fackeln, Trommeln etc. in Frankfurt/Oder einem »gefallenen« Kameraden gedenken. AntifaschistInnen wurden in Frankfurt/Oder Platzverweis erteilt. Das 18jährige Parteimitglied **Guido Birkenfeld** hatte mit einem Diskobesucher gestritten und wurde dabei umgeboxt. Als ihn ein betrunkener Freund die Treppe runtertragen wollte, sind beide umgefallen, dabei verletzte sich der - nun NPD-Märtyrer - tödlich.

Am 16. Januar lud der Landesvorsitzende **Lutz Reichel** zur alljährliche »Reichsgründungsfeier«, neben den »Rechts«-Anwälten **Peter Stöckicht** und **Rainer Schamberger** (Sepp Bieber) sollte auch ein **Eberhard Baumgärtner** als Redner auftreten. Der Bürgermeister und Gastwirt in Dannenreich kam in Kritik, als eine NPD Saalveranstaltung Anfang Januar bei ihm stattfand. Der Gastwirt **Wolfgang Pfennig** im Nachbarort Friedersdorf sprang prompt in die Bresche und erklärte die NPD zu gerngesehenen Gästen. 200 saufende NPD'ler bei einer Reichsgründungsfeier dürften ihm einiges eingebracht haben.

Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Meck-Pom, Hamburg, Schleswig-Holstein

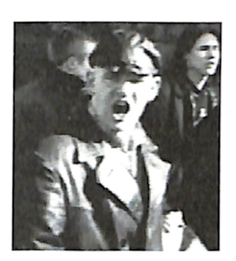
»Freie Nationalisten« und kein Ende?

EnE 11-1, DRR 1-4/00, NIT - Am 4. September 1999 marschierten etwa 60 Nazis unter der Führung von **Thomas Wulff** gegen eine antifaschistische Kundgebung in Hamburg auf.

In Flensburg kam es am 23. Oktober 1999 zu einer Nazi-Kundgebung gegen das linke Projekt »Hafermarkt«. 400 AntifaschistInnen demonstrierten gegen die 75 Nazis. Diese mussten teilweise sogar aus Dänemark und Berlin kommen, während der sog. ***Hamburger Sturm***, unter der Führung von Thomas Wulff auf der Trauerfeier für die 1998 gestorben ***SAF***'ler im Sauerland weilte. Aufgrund eines parteiinternen Streits wurde eine Anmeldung für eine ***JN***-Demo am 9. November von der örtlichen NPD in Lübeck abgesagt. Im Raum Pinneberg führten am 9. November 1999 sog. ***»Freie Nationalisten«*** aus Hamburg und Schleswig-Holstein eine öffentliche Gedenkveranstaltung für die Toten des 9.11.1923 (sog. Hitler-Putsch) durch.

Am 27. November marschierten 100 Nazis unter Polizeischutz gegen einen linken Bauwagenplatz in Hamburg-Bambek auf. Die Demonstration wurde vom Hamburger Landesvorsitzenden **Ulrich Harder** angemeldet und vom ***Hamburger Sturm 18*** (**Jan Steffen Holthusen**, **Tobias Thiessen**, **Thorsten Bärthel** und **Torben Klebe**) angeführt. Die etwa 500 Gegendemonstranten wurden von der Polizei auf Abstand gehalten und konnten es nicht verhindern, daß **Peter Borchert** (Kiel) und **Christian Worch** Redebeiträge hielten. Bereits am 8. Januar 2000 kam es zu einer erneuten Nazi-Demonstration in Hamburg, diesmal marschierten 70 ***»Freie Nationalisten«*** für ihr Recht auf freie Meinungsäußerung unter der Obacht von 450 Gegendemonstranten. Zwei Tage später kam es zu Haus- und Postfächerdurchsuchungen in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hildesheim. Bei den Betroffenen Thomas Wulff, **Klaus Bärthel**, **Dirk Sukol** und Tobias Thiessen handeln es sich um die Führungskräfte der selbsternannten »Freien«. Grund dieser Polzeiaktion war der Titel »Juden Raus« der Novemberausgabe des »Freie-Nationalisten-Blattes« ***Zentralorgan***. 930 Exemplare der Ausgabe wurden beschlagnahmt und der weitere Vertrieb dieser Ausgabe untersagt. Heraus kam bei den Durchsuchungen, daß der Druckort des Zentralorgans Hildesheim ist.

„Freie Nationalisten" unter der Führung von Wulff und **Michael Grewe** bauen derzeit ein neues Schulungszentrum in Amholz (Mecklenburg-Vorpommern) aus.



Michael Grewe

Parteien im Norden

DRR - Die ***NPD*** nahm als einzige Nazi-Partei an den Landtagswahlen Schleswig-Holstein am 27. Februar 2000 teil. Sie konnten nur 1% der Stimmen auf sich vereinigen. Ihre Landesliste wird von den Landesvorsitzenden **Ingo Stawitz** angeführt und durch **Wolfgang Schimmel**, **Reinhard Kessow**, **Rainer Schütt**, **Rolf Riesebieter**, **Wolfgang Behrens**, **Johannes Honnens**, **Gunnar Fragel** und **Rolf Heise** komplettiert. Auf dem Landesparteitag der Bremer NPD Anfang November wurde **Jörg Wrieden** zum neuen Vorsitzenden gewählt. Bis 1998 war der 38-jährige Mitglied in der ***»Freien Kameradschaft Bremen«***. Stellvertreter ist der Bremenhavener **Horst Görmann**. Neuer Kreisvorsitzender ist **Michael Kurzeja** (23) welcher ebenfalls dem Kameradschaftsspektrum nahe steht. Bereits im September wurde angekündigt, einen JN-Großverband zu gründen.

Blood & Honour Konzert

AN 6/00 - Am 26. Februar 2000 fand in Klein Gladdebrügge (bei Bad Segeberg) ein von ***Blood & Honour*** organisiertes Konzert mit 600 Neonazis statt. Als erster Veranstaltungsort war Wesel (Kreis Harburg) geplant, dort wurde das Konzert aber verboten. Organisator war der Tostedter **Sascha Oliver Bothe**, Chef der ***B&H-Sektion Nordmark***. Die Polizei griff mit ihren 200 Beamten vor Ort nicht ein.





winke, winke - Sascha Oliver Bothe (3 v.l.) beim posing in der FAP-Zentrale.

von den sechs jungen Leuten brutal überfallen wurden. Ein 40jähriger Iraner wurde auf dem Bahnhof von jugendlichen Rassisten angegriffen.

15. Januar

Weyhe/Leeste - Rund 60 Nazis marschierten, geschützt von einem Grossaufgebot der Polizei, gegen die Antifa AG der Gesamtschule Leeste. An einer Gegendemo der Antifa AG nahmen ca. 150 Leute teil. An der Nazidemo nahmen unter anderem »Freie Nationalisten« und Umfeld aus Weyhe, Bremen und Hamburg teil. Bei der Abschlusskundgebung wurden sie von ca. 50 Antifas mit Eiern und Broccoli beworfen. Als sie zu ihren Autos zurückkehrten, mussten sie feststellen, dass ihre Reifen zerstochen waren. Am Abend wurden bei einem Weyher »Freien Nationalisten« die Scheiben eingeworfen.
Hamburg - Rund 70 Nazis des »Hamburger Sturms« marschierten gegen eine DGB-Informationsveranstaltung über Nazis in Bergedorf zwei Wochen zuvor, bei der ca. 20 provozierende Nazis handfest vertrieben worden waren. Ca. 150 Antifas bewarfen die Nazidemo mit Flaschen und Obst, bis die Polizei eingriff. An einer antifaschistischen Gewerkschaftsdemo nahmen etwa 300 Leute teil.

16. Januar

Magdeburg - Rund 20 Nazis überfielen eine private Feier in einer Wohnung und verletzten sechs anwesende Gäste. Zehn der Angreifer wurden festgenommen.
Koblenz - Zwei Afrikaner wurden in der Nähe des Hauptbahnhofes von vier Nazi-Skins angegriffen.

17. Januar

Gera - Eine Gruppe von Neonazis zettelte in einem Jugendclub eine Prügelei an. Die sechs Jugendlichen waren in den Jugendclub »Shalom«, der vor allem von linken Jugendlichen besucht wird, gestürmt und hatten »Heil Hitler« gerufen. Gleichzeitig griffen sie zwei Besucher eines Konzerts an.

20. Januar

Bremen - Das VVN-BdA-Büro wurde von Nazis mit einem Gulli-Deckel eingeworfen. Anschließend wurde die VVN-BdA-Fahne gestohlen. Zuvor kam es mehrfach zu Nazischmierereien. Das Büro war auch in der Anti-Antifa-Liste »Wehrwolf« genannt worden.

21. Januar

Meiningen - Auf dem Bahnhof schlugen zehn rechte Jugendliche einen iranischen Schauspieler zusammen. Der Künstler war zu einem Gastspiel am Südthüringischen Staatstheater unterwegs, als er von dem Schlägertrupp rassistisch beleidigt und angegriffen wurde. Die etwa 30 Bahnreisenden in der Schalterhalle reagierten nicht auf die Hilferufe.

Wittenberge - Die Polizei gab bekannt, daß Unbekannte zwei antifaschistische Gedenksteine mit Hakenkreuzen beschmiert hatten.

22. Januar

Dohna - Ein Großaufgebot der Polizei verhinderte ein Nazi-Konzert in der Sächsischen Schweiz. Rund 150 anwesende Neonazis erhielten Platzverbot. Die drei Bands traten nicht auf.

Neuburg an der Donau - »Politischer Kampftag der JN-Bayern« am Bahnhof mit Holger Apfel und Friedrich Seifert (JN-Landeschef) als Redner.

23. Januar

Zwenkau - Ein 20jähriger Mann wurde von etwa fünfzehn Neonazis überfallen, getreten und beschimpft. Das Opfer konnte sich aber in die Wohnung eines Freundes flüchten. Kurze Zeit später, als der Überfallene in stationärer Behandlung war, überfiel derselbe Schlägertrupp die Wohnung und verwüstete sie. Der 19jährige Inhaber wurde dabei ebenfalls verletzt.

25. Januar

Berlin - Antifas zündeten das Auto des stellvertretenden Berliner NPD-Vorsitzenden Georg Magnus in der Bürgerheimstraße an.

Schönefeld - Bei dem Anmelder für die Anti-Holocaustmahnmal-Demo, Rene Bethage, warfen Antifas die Scheiben ein und hinterließen Parolen.

26. Januar

Berlin - Der Verlagssitz der Nazi-Zeitung Sleipnir wurde von Antifas unzugänglich gemacht.

28. Januar

Leipzig - Die Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus im Leipziger Stadtteil Abtnaundorf wurde geschändet. Nach Angaben der Polizei steckten unbekannte Täter Kränze und Gebinde in Brand, die erst einen Tag zuvor zum Holocaust-Gedenktag niedergelegt worden waren.

29. Januar

Berlin - Rund 800 Neonazis marschierten zum Brandenburger Tor in Berlin, um gegen das Holocaust-Mahnmal zu demonstrieren. Antifas wurden von der Polizei abgedrängt. Nach der Demo wurde u.a. eine Nazigruppe von Antifas angegriffen.

Göttingen - Rund 2000 Menschen versammelten sich in Göttingen, um gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch in der Stadt zu demonstrieren.

Herford-Waren - Bei einer Demo für die "Villa Kunterbunt" versuchten 15 Nazis zu stören.

Termine:

1. Mai: viele Nazi Demos verhindern z.B. :

- NPD-Demo in **Wetzlar** mit u.a. H.Mahler, U. Voigt, F. Rennicke, NPD-Demo in **Berlin-Hellersdorf** (Antifa Info Telefon 0177 - 36 38 242), NPD-Demo in **Hannover**, NPD-Demo in **Dresden** etc.

und am Abend: linksradikale/revolutionäre 1. Mai Demonstration um 18.00 Uhr am Oranienplatz Berlin (Kreuzberg 36) ... oder schon vorher in Dessau! See you...

NRW, Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

Neues aus dem Saarland und aus Rheinland-Pfalz

Antifa Saar - Am 7. Februar fand in Kaiserslautern eine antifaschistische Kundgebung mit anschliessender Spontandemonstration durch die Innenstadt statt, an der sich ca. 100 Leute beteiligten. Anlass für die Aktionen war eine Veranstaltung mit dem *NPD*-Bundesvorsitzenden **Udo Voigt** im Hotel ***Barbarossahof*** bei Kaiserslautern. Dort finden regelmässig jeden ersten Montag im Monat Veranstaltungen eines ***"politisch-kulturellen Arbeitskreises"*** der NPD unter Einbeziehung der ***Freien Kameradschaften*** statt. Am Rande kam es zu Polizeiübergriffen auf Antifas, die Beamten sahen sich wohl durch provozierende Nazis am Rande der Demonstration dazu veranlasst, auf die Antifas einzuprügeln. Inhaltlich richtete sich die Demo auch gegen die neue Regierung in Österreich und es wurde zur Teilnahme am Sternmarsch auf Wien am 19. Februar aufgerufen. Der 30jährige Neonazifunktionär **Peter Strumpler** aus Saarlouis wurde wegen zweifacher Körperverletzung zu einem Jahr Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt. Der nunmehr 17fach Vorbestrafte hatte im Januar 1998 auf einer Party einen Gast geschlagen und im Sommer 1998 zusammen mit einem anderen Nazi einem Jugendlichen eine Bierdose ins Gesicht geschlagen. Strumpler ist seit Jahren als Führungsperson in der Neonaziszene und faschistischen Skinheadszene im Saarland aktiv.



Der Saarlouiser Nazifunktionär Peter Strumpler

Seit ca. 4 Jahren ist er Führungs- und Integrationsfigur der ***„Kameradschaft Saarlautern - Horst Wessel"***, die im Saarland aufgrund ihrer Grösse und ihres relativ hohen Organisationsgrades eine zentrale Stellung einnimmt. Seit Anfang März 1999 betreibt Strumpler in der saarländischen Kreisstadt Neunkirchen/Saar den Naziladen ***„Studio 88"***, der sich auch über das Saarland hinaus zu einem Anlaufpunkt für Naziskins und -hools entwickelt hat. Auch gegenüber der NPD hat er keine Berührungsängste. So organisierte er z.B. die Busfahrt vom Saarland zur NPD -Bundeswahlkampfveranstaltung 1998 in Passau.

Aus für Naziladen?

UAA (Essen) - Der Laden **„Viking Ship"** in der Essener Innenstadt, in dem sich bis vor kurzem Nazis mit Nazi-CDs und einschlägiger Kleidung eindecken konnten, hat seine Tore vorläufig geschlossen. Im Vorfeld waren Antifas immer wieder gegen den Laden vorgegangen, es wurden z.B. Flugblätter an AnwohnerInnen verteilt und die Fensterscheiben wurden mehrmals von Unbekannten eingeworfen. In Gelsenkirchen-Horst gibt es jedoch einen weiteren Viking Ship-Laden (Essener Str. 1). Bleibt zu hoffen, dass auch dieser bald versinkt.

Überfall auf Moschee

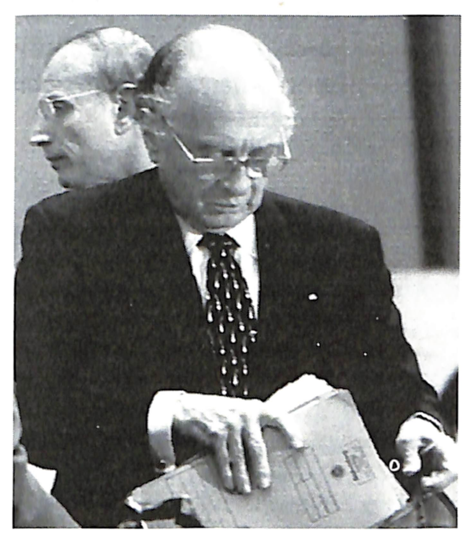
Autonome Antifa Moers, AN - In der Silvesternacht wurde in Moers eine Moschee von ca. 30 Nazis überfallen. Es entstand ein sehr hoher Sachschaden, ein Feuer an einem brennenden Türrahmen griff glücklicherweise nicht über. Nach dem Überfall nahm die Polizei 22 Nazis fest, von denen der Großteil aus Moers und einige aus Duisburg und Köln stammten. Sie kamen aus der der Moschee gegenüberliegenden Kneipe ***„Zum Bock"***, die schon seit längerem als Nazitreffpunkt bekannt ist. Mitte Dezember fand dort ein NRW-weites Koordinierungstreffen Freier Kameradschaften statt.

Militante Nazis sind in Moers schon seit mehreren Jahren aktiv. Nach zahlreichen Schlägereien wurden jedoch einige von ihnen mit Anzeigen bedacht, die teilweise in ein- bis dreijährige Bewährungsstrafen mündeten. Seitdem konzentrierte sich die lokale Naziszene eher auf grössere Aktionen, bei denen sie oft Unterstützung aus Duisburg bekam. Gezielte Übergriffe auf Linke, die bis dahin fast wöchentlich stattfanden, bleiben seitdem weitestgehend aus. Am 11. September 1999 gab es allerdings einen Naziüberfall auf ein Punkkonzert im Kulturzentrum Südring, der in einer panikartigen Flucht der Nazis endete. Zur Unterstützung waren Nazis aus dem Ruhrgebiet, aus Karlsruhe, Magdeburg und Hessen angereist. Am 9. Oktober 1999 organisierten die Nazis ein Konzert mit etwa 150 Besuchern. Dort spielten ***„08/15"***, ***„Stahlgewitter"*** und die niederländische Band ***„Land Storm"***. Der Angriff auf die Moschee stellt eine neue Dimension dar: Bis dato hatten die Moerser Nazis sich mit rassistischen Übergriffen eher zurückgehalten, wohl aus Angst vor Reaktionen von jugendlichen MigrantInnen.

Die Verhandlungen zur ZwangsarbeiterInnenentschädigung

Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit

Die Erleichterung darüber, dass die noch überlebenden, ehemaligen ZwangsarbeiterInnen statt des unterschlagenen Lohnes wenigstens ein symbolisches Almosen erhalten sollen und der Unmut über diejenigen Firmen, die nicht in den Fond einzahlen wollen, hat den damit verbundenen Schlussstrichdiskurs in den Hintergrund gedrängt. Was als Wohltat der rotgrünen Regierung und Aufarbeitung der Vergangenheit verkauft wird, ist nicht mehr als ein Abwehrreflex, ein notgedrungenes Arrangement aufgrund amerikanischer Sammelklagen und Boykottdrohungen.



Entschädigung als Gnadenakt – Sonderbeauftragter Otto Graf Lambsdorff

Während sich die Öffentlichkeit mit den moralischen Aspekten des Schicksals und der Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen beschäftigte und die von Industrie und Otto Graf Lambsdorff inszenierte Dramatik der Verhandlungen beobachtete, verfolgte die Unternehmensinitiative längst ganz andere Ziele.

In der gemeinsamen Erklärung der zwölf Gründungsunternehmen der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« vom 16. Februar '99 heißt es bereits, man verfolge das Ziel, »*Klagen, insbesondere Sammelklagen in den USA, zu begegnen und Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden zu entziehen.*« In der Präambel zur Satzung der Stiftung wird die »*dauerhafte Rechtssicherheit*« sogar als »*unabdingbare Voraussetzung für die Gründung der Stiftung und die Bereitstellung der Mittel*« bezeichnet. Dabei geht es nicht nur um die Entschädigung ehemaliger ZwangsarbeiterInnen, sondern um einen allumfassenden Schlussstrich, um »*ein abschließendes materielles Zeichen*«, wie es in der Erklärung heißt. Abgegolten werden sollen die Bereiche »*der Zwangsarbeiter-Beschäftigung, der Arisierung und anderen Unrechts aus der Zeit der NS-Herrschaft.*«

Die Opferperspektive spielte während der Verhandlungen weder auf Seiten der Industrie noch bei der Bundesregierung eine Rolle. Es habe »*nicht die geringste Andeutung von Eingeständnis oder Anerkennung der Verantwortung*« gegeben, beklagte etwa der amerikanische Opferanwalt Michael Hausfeld am 8. Oktober '99 im ZDF. Auch Bundeskanzler Schröder sprach vom Schutz der deutschen Industrie gegen »*unberechtigte Forderungen*«. Mit diesem Diskurs knüpfte er an die Walserdebatte an. Walser hatte während der Debatte um die ZwangsarbeiterInnenentschädigung, Ende 1998 eine angebliche »*Instrumentalisierung*« von Auschwitz für gegenwärtige Zwecke kritisiert. Schon damals glaubte Schröder in einem Interview Walser vor »*Mißinterpretationen*« in Schutz nehmen zu müssen.

Eingriff in Entschädigungsprozesse

Die Entschädigungen sollen ein Gnadenakt bleiben, nicht etwa die Anerkennung von Rechtsansprüchen. Mehrfach intervenierte das Auswärtige Amt zugunsten der Allianz AG, der Deutschen Bank AG und der Degussa-Hüls AG in us-amerikanischen Entschädigungsprozessen.

Dies ist nach amerikanischem Recht durch sogenannte »Amicus Curiae-Briefe» möglich. Vor allem im Fall der Degussa, deren Unternehmenstochter Degesch das Zyklon B für die NS-Vernichtungslager lieferte, wurde massiv Partei ergriffen und die Firma nahezu als Opfer des NS-Regimes dargestellt. Während sich die Degussa in den 40er Jahren beispielsweise intensiv um die Verwertung von Gold und Silber aus jüdischem Besitz bemühte, spricht das Auswärtige Amt zugunsten des Unternehmens davon, die Firma sei vom NS-Staat »*gezwungen*« worden. Die Einflussnahme in den Prozessen soll verhindern, dass zugunsten der Opfer ein Rechtsanspruch festgestellt wird. Zu diesem Zweck appellierte das Bundesfinanzministerium auch an den Hamburger Senat, keinen Vergleich mit einer Zwangsarbeiterin aus Polen zu schließen, da er sonst als eine Art Musterprozess »*einen Anreiz für weitere Gerichtsverfahren dieser Art schaffen*« würde. Der rotgrüne Senat in Hamburg kam dem Appell nach.

Angriff auf Opfer(anwälte)

Vor allem die Anwälte der Opfer wurden stellvertretend Zielscheibe derjenigen Diskriminierungen, die man direkt gegen die Opfer, die ja genau von diesen Anwälten vertreten wurden, nicht äußern mochte. Am liebsten hätte man sie ganz ignoriert und gar nicht mit ihnen verhandelt. »*Nur die amerikanische Regierung kann wirklich eine Zahl nennen oder unser Angebot annehmen, und sie ist auch die einzige Instanz, die den Rechtsfrieden zusagen kann*«, so Lambsdorff am 8. Dezember im ZDF.

Die polnische Regierung wandte sich dann auch gleich an die USA, weil sie 220.000 noch lebende polnische ZwangsarbeiterInnen bei den Gesprächen nicht berücksichtigt sah. Zudem beklagte sie, Gespräche mit Deutschland seien ohne die USA viel schwieriger. Zuvor hatte Lambsdorff die Position der Anwälte als »*extravagant und unrealistisch*« gescholten. Die Medien gingen teils unter Verwendung antisemitischer Begrifflichkeiten auf dieses Bild ein. »*Es wird geschachert und gedroht, gepokert und getrickst*«, schrieb dpa am 11. Oktober '99. Bei den Verhandlungen säßen sich »*hart gesottene amerikanische Anwälte und stolze deutsche Unternehmer gegenüber.*«

»Rassismus ins Spiel gebracht«

Dass Lambsdorff überhaupt als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Entschädigungsverhandlungen benannt wurde, ist bereits ein Skandal. Der Graf hatte in den 50er Jahren seine politische Karriere in der von einer Gruppe höchster NS-Funktionäre, dem sogenannten »Gauleiterkreis«, dominierten NRW-FDP begründet. Er hatte aktiv für die Generalamnestie von Kriegsverbrechern Stellung bezogen. Während das Auschwitzkomitee seine

Einsetzung scharf kritisierte, wurde sie selbst von den Grünen begrüßt. Für sein Engagement dankten sie ihm später geradezu überschwenglich. Der Mann ging in der Tat professioneller zu Werke als sein Vorgänger Hombach. Gelernt ist gelernt. Osteuropäische LandarbeiterInnen wollte er von Entschädigungszahlungen ausgeschlossen sehen, da SaisonarbeiterInnen schließlich seit eh und je nach Deutschland gekommen seien. »*Nicht von der Bevölkerung*«, so der Politologe Klaus Freiherr von Münchhausen am 18. November '99 im Fernsehsender Phönix, sondern »*von dem Verhandlungsführer*« werde »*der Rassismus, die Diskriminierung wieder ins Spiel gebracht.*«



»Volle Kraft für unser Land« heißt Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit – Bundeskanzler Schröder

»Langfristig ein neuer Antisemitismus«

Zwar hatte Otto Graf Lambsdorff immer betont, es könne keinen moralischen Schlussstrich geben, aber um Moral ging es bei den Verhandlungen schließlich nicht. Zuerst musste der Begriff »Rechtssicherheit« als Synonym für den Schlussstrich herhalten. Erst am 9. Dezember '99 im Deutschlandfunk sagte Lambsdorff unter kaum verhohlenen Drohungen klipp und klar: »*Es muss einen finanziellen Schluss-Strich geben.*« Noch stehe die Öffentlichkeit auf der Seite der Entschädigungsbemühungen. »*Nur jeder weiß, dass das irgendwo seine Grenzen hat. Wenn es überzogen wird, wenn zu viel von uns gefordert wird, dann kann diese Zustimmung sehr schnell in Ablehnung umkippen. Und auch das möchten wir vermeiden, möchte vor allem aus verständlichen Gründen der Bundeskanzler und die Politik insgesamt vermieden sehen.*« Denn was diese Ablehnung in Deutschland heißt, hatte man bereits den Anwälten gezeigt.

Am 16. November '99 äußerte der Historiker Prof. Pohl im ZDF: »*Denn dieses Feilschen hat natürlich zur Folge, dass langfristig gesehen, alle bei einer so ernsten Sache verlieren. ... Denn ich habe so das Gefühl, dass, wenn dieses Feilschen weitergeht, dass dann langfristig ein neuer Antisemitismus in Deutschland entstehen könnte.*« Da haben diejenigen, die feilschen, dann selber Schuld. Der Historiker Pohl wird wissen, dass das Feilschen in Deutschland den Juden zugeschrieben wird. Einmal mehr wird den Opfern die Verantwortung für die Entstehung von Antisemitismus zugeschrieben. Hatte Lambsdorff immerhin einen moralischen Schlussstrich ausgeschlossen, benutzte Schröder in der Neujahrsansprache auch hier bereits die Vergangenheitsform. Er sei froh über die Einigung der Entschädigungsverhandlungen. »*Wir Deutschen hatten hier eine besondere moralische Verantwortung.*«

»Selbstbewußtsein« der rotgrünen Nation

Dass mit Lambsdorff überhaupt ein professioneller Weißwäscher der alten Generation herangezogen wurde, widerspricht allerdings der Schlussstrichstrategie der rotgrünen Regierung. Schröders Populismus ist nicht rückwärtsgewandt wie jener der CDU/CSU. Er bezieht sich nicht auf die SS-Gräber von Bitburg oder die Gebeine »Friedrich des Großen«. Sein Schlussstrich verbindet sich weniger mit einer Geschichtsrevision, sondern mit dem Zukunftsbegriff. Aus Kohls Wendung von der »*Gnade der späten Geburt*« wurde Schröders Postulat von der »*neuen Generation*«, die sich mit Fragen der Vergangenheit erst gar nicht zu belasten gedenkt.

Dieses Konzept ist in vieler Hinsicht erfolgversprechender als die Versuche der CDU/CSU »*aus dem Schatten Hitlers*« herauszutreten oder das »*Ende der Nachkriegszeit*« einzuläuten. Das hat zuletzt der Angriffskrieg gegen Jugoslawien gezeigt. Für Außenminister Joschka Fischer sind Auschwitz und die daraus gezogenen Konsequenzen und Selbstbeschränkungen der Nachkriegszeit gleichermaßen ein verhängnisvoller »Sonderweg«. Mit seiner Funktionalisierung von Antifaschismus und Auschwitz für die Kriegspropaganda gedenkt er gleich zweierlei zu entsorgen: Die nationalsozialistische Geschichte und die Reste antifaschistischer Tradition. Diese als »neue Auschwitz-Lüge« kritisierte Funktionalisierung für aktuelle Politik geht gar nicht erst den komplizierten Weg der Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsrevision. Auch der rotgrüne Schlussstrich mündet in Nationalismus, selbst wenn dieser anders begründet wird als jener der CDU/CSU. Schon in der ersten Regierungserklärung griff Schröder den »neurechten« Diskurs von der »selbstbewußten Nation« auf. »*Unser Nationalbewußtsein basiert eben nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen 'Abstammungsrechts', sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie. Wir sind stolz auf dieses Land (...) Was ich hier formuliere, ist das Selbstbewußtsein einer erwachsenen Nation...*«

Der Politologe Oskar Negt hat angemerkt, Schröder habe »*ein klares Bewußtsein davon, daß Geschichte nicht – wie die marxistisch geprägten Schulen lehren – wesentlich Gesellschaftsgeschichte, sondern Geschichte der Völker und ihrer Lebenskräfte*« sei. In der rechtsextremen Szene ist das längst erkannt worden. So etwa von HORST MAHLER, der in der JUNGEN FREIHEIT« erwartete, dass Schröder dem »*gewaltsam verdrängten deutschen Nationalbewußtsein*« wieder freien Lauf verschaffe.

Dass es nun die vermeintlich linken Parteien in der Politik sind, die Schlussstrich und Nationalismus neu begründen, hat für Verwirrung und mitunter ohnmächtiges Schweigen gesorgt. Für die antifaschistische Linke schafft diese Umwertung von Begriffen und linken politischen Traditionen über ihre direkten Auswirkungen hinaus eine besonders schwierige Lage. Die Aneignung von Auschwitz, dem Menschenrechtsbegriff oder dem Antifaschismus für gegenteilige Zwecke ist nicht nur eine Aneignung, sondern auch eine Enteignung der eigenen Geschichte. ■

Aktuelle Kampflinien der Totalitarismusforschung

Akademische Anti-Antifa

Mit einer Attacke auf den Widerstandskämpfer Johan Georg Elser versuchen Verfechter einer »Historisierung des Nationalsozialismus«, den deutschen Faschismus weiter zu verharmlosen und wohlwollend zu entsorgen. Just am 60. Jahrestag des Bürgerbräu-Attentats, dem Hitler, Heß, Goebbels und andere »Blutorden-Träger« der Nazis am Abend des 8. November 1939 nur knapp entgingen, veröffentlichte ein Mitglied des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, der Privatdozent Lothar Fritze, in der »Frankfurter Rundschau« einen polemischen Aufsatz gegen die Tat Elsers.



Mitglied des wissenschaftlichen Beirats und Vertreter neurechter Positionen, Eckehard Jesse

Fritze spricht Elser das moralische Recht auf einen gerechtfertigten Tyrannenmord ab. Seine freche These begründet er damit, dass Elser den Tod »Unschuldiger« billigend in Kauf genommen habe, selber bei der Tat nicht vor Ort gewesen sei, um das Unheil abwenden zu können und mit dem fragwürdigen und keinesfalls wissenschaftlichen Hinweis auf die mangelnde Intelligenz Elsers. Von einem Schreiner, der den ganzen Tag an der Hobelbank steht, wollte Fritze nicht erwarten, dass er die allgemeine politische Situation richtig einschätzen könne, um zu seinem Entschluß zu gelangen, die Nazi-Führung auszuschalten. Obwohl die Annexion der Tschechoslowakei, Österreichs und der Angriffskrieg gegen Polen als deutliche Zeichen eines beginnenden Weltkriegs von jedem erkannt werden konnten, behauptet Fritze, dass Elser aufgrund seiner Bildung die künftigen Gefahren nicht habe richtig deuten können. Erst zwei Jahre vor der Veröffentlichung des FR-Beitrags hatte die TU Chemnitz mit einer Presseerklärung zur Antrittsvorlesung Fritzes öffentlich eingeladen, wobei der geringe Bekanntheitsgrad Elsers beklagt wurde. In der Überschrift bedauerte die TU-Leitung, dass die Bombe zehn Minuten zu spät los gegangen sei. Nur zwei Jahre später sorgte die Veröffentlichung der Fritze-Thesen für einen Eklat, der die Politologen-Zunft der BRD polarisierte. Eine Auseinandersetzung um die qualitativ schlechte Arbeit von Fritze steigerte sich zum Kampf der »geistigen Elite« um den Umgang mit der Vergangenheit und um hoch dotierte Posten in der Wissenschaft. Ideologisch geht es um die Erneuerung der Totalitarismusthese, wonach sich Faschismus und Kommunismus gleichen. Diese Ideologie vernebelt den Zusammenhang zwischen bürgerlich-kapitalistischer patriarchal strukturierter Gesellschaft und dem industriell organisierten Massenmorden der deutschen Faschisten und lässt eine differenzierte Betrachtung der Folgen kommunistischer Herrschaft nicht zu. Ziel der sächsischen Totalitarismusverfechter bleibt die Herstellung einer neuen nationalen Identität, zu der eine saubere deutsche Geschichte gehört. Sie soll als Grundlage für hegemoniale Ansprüche der Bundesrepublik in Europa und auf dem Weltmarkt dienen.

Das Hannah-Ahrendt-Institut an der TU Dresden

Der Freistaat Sachsen ist ohnehin bekannt für seine rechts-konservative Kulturpolitik. Nirgendwo in der BRD können so viele Nazi-Konzerte stattfinden wie in Sachsen. In keinem Apparat einer Landesregierung sitzen so viele Sympathisanten organisierter rechter Zirkel wie in Dresden. Deshalb scheint die mediale Aufregung über den Beitrag von Fritze und dessen Folgen eher überraschend. Kaum ein Blatt, das nicht darüber berichtete – wie FR, FAZ, Neue Zürcher, SPIEGEL, Focus, TAZ, Jungle World, Junge Welt, konkret sowie die rechtsextremen Blätter Deutsche Nationalzeitung, Junge Freiheit und das Ostpreußenblatt. In den meisten Beiträgen geht es um die Einschätzung und Verortung der Protagonisten. Für SPIEGEL und konkret sind der stellvertretenden Institutsleiters des Dresdner Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung Uwe Backes und das Mitglied des wissenschaftlichen Beirats, Eckhard Jesse, Vertreter »neurechter« Positionen, die von dem rechtskonservativen Kultusminister Mathias Rößler (CDU) unterstützt werden. Für die bürgerliche Presse geht es um die Freiheit von Forschung und Lehre, hier wird der Institutsleiter Klaus-Dietmar Henke formal wegen seiner überzogenen Forderung nach Absetzung seines Stellvertreters kritisiert. Die rechtsextremen Blätter spielen sich als Gralshüter der Verfassung auf, Schönhuber schimpft in seiner DNZ-Kolumne über Zensur. Andere Zeitungen verteidigten die Position von Uwe Backes. Manche sehen einen zweiten »Historiker-Streit« im Anzug. Mag sein, dass der nächste Institutsleiter ab dem Jahre 2001 Eckhard Jesse oder gar Konrad Löw heißt. Der bis vor kurzem amtierende Präsident des Bundesamtes für Verfassung, Peter Frisch (SPD), verwahrte sich gegenüber Institutsleiter Klaus Dietmar Henke und den Medien persönlich für die Integrität Backes und ließ verlauten, dass Backes auf keinen Fall »rechtsextrem« sei.

Tatsächlich geht es bei dem Streit auch um die Hegemonie über das Bildungswesen. Schon 1986 schrieb Michael Stürmer im Rahmen des »Historiker-Streits« in der FAZ, »*...daß in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.*« Was das heißt, macht ein Blick in die sächsischen Lehrpläne für den Geschichtsunterricht an Gymnasien deutlich. Der sächsische Gymnasiast »*erlernt die Merkmale eines totalitären bzw. autoritären Staates am Beispiel der DDR und vergleicht deren Strukturen mit dem 3.*

Reich.« LehrerInnen werden an sächsischen Universitäten auf diese Aufgabe hin getrimmt, z.B. von Professoren und Dozenten an den Universitäten in Chemnitz und Dresden, darunter auch Backes und Jesse. Das Hannah-Arendt-Institut in Dresden garantiert mit seinem satzungsgemäßen Auftrag, dass der Stoff nicht ausgehen wird: *»Aufgabe des Instituts ist es«*, laut § 1 der Satzung vom 5. April '95, *»in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden, in interdisziplinärer Arbeit von Historikern und Sozialwissenschaftlern die politischen und gesellschaftlichen Strukturen von NS-Diktatur und SED-Regime sowie ihre Folgen für die Gestaltung der deutschen Einheit zu analysieren (...).«* Fortschrittlichere Mitglieder des Beirates wie Saul Friedländer haben dieser Satzung zugestimmt. Von dem jetzigen Leiter Klaus-Dietmar Henke ist der Satz bekannt: *»Im Vergleich zur Stasi war die Gestapo – was das Hineinfingern in die Privatsphäre ihrer Opfer angeht – eine Laienspielgruppe.«* Ideologisch sind zunächst wenig Unterschiede zwischen dem bekennenden Sozialdemokraten Henke und Backes zu erkennen.

Rein äußerlich tobt zwischen den beiden ein typischer männerbündlerischer Hahnenkampf, wie er an einer deutschen Universität tagtäglich stattfindet. Interessant ist der gesellschaftlich-politische Hintergrund, vor dem die beiden ihren Machtkampf entfalten. Hier wird der rechtsozialdemokratische Henke vermutlich den Kampf verlieren. Eckhard Jesse hat in der »Welt« gedroht, Henke seine Zustimmung bei der Wiederwahl 2001 zu versagen. Es ist davon auszugehen, dass ihm Kultusminister Rößler beistehen wird.

Jesse repräsentiert beileibe nicht den objektiven Wissenschaftler, für den er sich gerne ausgibt, sondern bedient neben gängigen rechtskonservativen auch rechtsextreme Zirkel. Als Mitorganisator des VELDENSTEINER KREIS ZUR GESCHICHTE UND GEGENWART VON EXTREMISMUS UND DEMOKRATIE«, regelmäßiger Autor von MUT und Co-Autor des notorischen Anti-Kommunisten KONRAD LÖW, dem eine Nähe zur MOON-SEKTE nachgesagt werden konnte, hat sich Eckhard Jesse seit seinen gemeinsamen Publikationen mit dem Hitler-Verehrer RAINER ZITELMANN in der akademischen Szene der Bundesrepublik ganz weit rechts exponiert. Dem Veldensteiner Kreis gehören neben Jesse, Rainer Zitelmann, Uwe Backes auch zwei Mitarbeiter Jesses von der TU Chemnitz an.

Am Wochende vom 13./14. November '99 tagte auf Einladung Jesses auf Burg Veldenstein der Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie. Einer der Hauptredner war BERND RABEHL zum Thema *»Waren Teile der Studentenbewegung nationalrevolutionär?«*. Bernd Rabehl, früher in der vordersten Linie beim »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS), beklagte 1998 das *»Problem der Überfremdung«* Deutschlands und den *»Schuldpranger der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg«* (vgl. AIB Nr. 49). Völlig untergegangen ist auch die historische Tatsache, dass Burg Veldenstein der Wohnsitz von EMMA und EDDA GÖRING war. Bis heute hält sich der Verdacht, dass im oberfränkischen Veldenstein noch Teile der Göringschen Raubsammlung verborgen seien. Göring scheint auf Jesse und Backes eine besondere Anziehung auszuüben. Ihren Einstieg in die »neu«-rechte Ecke begannen die beiden mit pseudowissenschaftlichen-Beiträgen zur Schuldfrage der Nationalsozialisten beim Reichstagsbrand am 28. Februar 1933. Backes und Jesse sprachen Göring von jeder Beteiligung daran frei. Die Abteilung der Chemnitzer Seminarbibliothek, die Jesse betreut und öffentlich zugänglich ist, fällt durch die Vielzahl von Werken auf, deren Autoren als neofaschistisch bezeichnet werden können.

Mit der Herausgabe des Jahrbuchs »Extremismus & Demokratie«, das als (pseudo)-wissenschaftlich unterfütterter VS-Bericht angesehen werden kann, haben sich Jesse und Backes darüber hinaus ein Medium geschaffen, mit dem sie durch Denunziation insbesondere der Antifabewegung und deren vermeintlichen ProtagonistInnen renommieren. Den aktuellen Konflikt am Hannah-Arendt-Institut werden sie in der neuen Ausgabe ihres Jahrbuchs weiter schüren. Eckhard Jesse hat erklärt, die Langfassung des Beitrags von Fritze weiterhin publizieren zu wollen, weil dieser *»wissenschaftlich vertretbare Positionen verficht«*.

Johann Georg Elser wird so öffentlich das Etikett eines »Extremisten« angehängt, Hitler und Konsorten als mögliche Opfer eines Extremisten-Anschlags gehandelt. Mitte Februar veranstaltete das Hannah-Arendt-Institut ein dreitägiges Symposium namens *»Die Erblast kommunistischer Ideologien im 20. Jahrhundert«*. Neben Backes, Fritze, Jesse und Löw durfte auch der Herausgeber des »Schwarzbuch Kommunismus« STÉPHANE COURTOIS referieren. Der Kampf gegen den Kommunismus geht weiter. Mit Johann Georg Elser wird nun auch ein »waschechter Autonomer« in diesen Kampf einbezogen. ■

Protest gegen neofaschistischen Professor

Keine »Nazidiktion« auf Staatskosten

Rechtsextremismus sei vor allem bei Sozialschwachen und Ungebildeten anzutreffen, heißt es in vielen Analysen. In Bielefeld wehren sich Studierende gegen die Beschäftigung des neofaschistischen Professors Werner Pfeifenberger. Seit 1972 bezahlt das Land Nordrhein-Westfalen die rechtsextremen Umtriebe des Professors.

Am 2. Dezember '99 besetzten 200 StudentInnen das Verwaltungsgebäude der Fachhochschule Bielefeld und blockierten den Sitzungsraum des Senats. Um das politische Verantwortungsbewusstsein der Senatsmitglieder zu wecken, hatten sie im Gebäude Bilder von Opfern des Nationalsozialismus aufgehangen. Nach der Zusicherung, die Versetzung von Werner Pfeifenberger an die FH Bielefeld unter Beteiligung der Protestierenden zu Anfang der Sitzung zu behandeln, gaben die Studierenden den Sitzungsraum frei. Ein Antrag, der sich gegen die Beschäftigung Pfeifenbergers an der FH aussprach und die Prüfung rechtlicher Schritte gegen die Versetzung ankündigte, wurde von dem Gremium angenommen. Rektor Heinrich Ostholt hattebis dahin jedes Aufsehen um die seit Oktober 1999 bestehende Forschungstätigkeit Pfeifenbergers an der FH vermeiden wollen.

Der rechtsextreme Professor war Gastreferent bei neofaschistischen Organisationen wie dem Hilfskomitee Südliches Afrika oder dem Kulturwerk Österreich. Er veröffentlichte in der Deutschen Wochenzeitung des DVU-Vorsitzenden Frey, der österreichischen Monatszeitschrift Aula oder in den Deutschen Annalen, einem Jahrbuch des rechtsextremen Druffel Verlages.

Zum Eklat führte 1995 ein Artikel Pfeifenbergers im Jahrbuch der FPÖ Jörg Haiders. Der Beitrag offenbarte einen kaum verhohlenen Antisemitismus. Unter dem Titel »Internationalismus gegen Nationalismus« wird die NS-Propagandalüge der »jüdischen Weltverschwörung« bestätigt. Den österreichischen Journalisten Karl Pfeifer, der Pfeifenberger *»Nazidiktion«* vorwarf, verklagte der rechtsextreme Professor ohne Erfolg.

Der Vorwurf, so bestätigte ein österreichisches Gericht, sei *»eine auf Tatsachen basierende zulässige Kritik«*. Ein Sachverständigengutachten bescheinigte zudem die unwissenschaftliche Arbeitsweise Pfeifenbergers und Übereinstimmungen mit dem NS-Ideologen Alfred Rosenberg, dem Parteiprogramm der NSDAP und den Nürnberger Gesetzen. Bei Erscheinen des Aufsatzes lehrte Pfeifenberger an der Fachhochschule Münster. Dort war er seit 1972 angestellt. Die Studierenden beklagten schon früh die Beschaffung *»faschistischer Bücher für unsere Fachbereichsbibliothek«*. Seit einer Gastdozentur von 1983 bis 1985 an einer weißen Elite-Universität in Südafrika boykottierten sie konsequent die Vorlesungen des Apartheid-Sympathisanten. Die damalige Wissenschaftsministerin Anke Brunn drohte daraufhin den protestierenden StudentInnen – und nicht Pfeifenberger – Konsequenzen an, wenn sie die Lehrveranstaltungen weiterhin behinderten. Auch die Proteste von Dozenten, die Pfeifenberger bescheinigten, er habe *»den Mindeststandard politischer Ethik unterschritten«*, wurden ignoriert.

Nach jahrelanger Toleranz gegenüber Pfeifenberger sah sich das Land Nordrhein-Westfalen erst nach dem österreichischen Prozess gezwungen, Pfeifenberger zu kündigen. Dabei war den Verantwortlichen beim Land längst klar, dass der anschließende Arbeitsgerichtsprozess scheitern musste. Statt endlich Stellung zu beziehen, wurde vor Gericht der Studierendenprotest nun instrumentalisiert. Bei einer Rückkehr des Dozenten drohten *»chaotische Zustände«*, so die Begründung. Vor allem weil die Kündigung zu spät ausgesprochen worden war, erklärte das Arbeitsgericht sie für unzulässig.

Der AStA der Fachhochschule Münster kritisierte damals, dass neuere Veröffentlichungen, etwa in Freys Deutscher Wochenzeitung oder den Deutschen Annalen 1998 nicht einbezogen wurden. Im gesamten Prozess sei es *»nicht um die Inhalte der umstrittenen Aufsätze«* gegangen, *»eine klare, deutliche Missbilligung der Inhalte«* durch die Rechtsvertretung des Landes sei ausgeblieben. Die Münsteraner StudentInnen konnten nur einen Teilerfolg verbuchen. Pfeifenberger wird nicht mehr in der Lehre eingesetzt, hat aber die Möglichkeit, weiterhin Vorträge





Dr. Werner Pfeifenberger (oben) und der Rektor der Fachhochschule Bielefeld, Heinrich Ostholt (unten).

und Gastvorlesungen zu halten. Die jetzige Wissenschaftsministerin Gabriele Behler suchte weiter nach einer Beschäftigungsmöglichkeit für Pfeifenberger. Nachdem mehrere Institutionen ablehnten, fand sie beim Rektor der Bielefelder FH Gehör. Gegen die Zusage einer zusätzlichen Stelle nahm Heinrich Ostholt den rechtsextremen Professor. Seine neuen KollegInnen in Bielefeld erfuhren von der Versetzung erst aus der Zeitung. Die Frage, was ein solcher Mann eigentlich forschen soll, blieb bis heute unbeantwortet. Was bleibt, ist die Alimentierung Pfeifenbergers. So kann er mit der Reputation seines wissenschaftlichen Titels und auf Staatskosten weiterhin »Nazidiktion« verbreiten.

Die Bielefelder FH-StudentInnen wollen das nicht hinnehmen. *»Rassistische und faschistische Ideologien dürfen nicht unter dem Deckmantel der Freiheit von (Lehre) und Forschung verharmlost werden,«* schrieb der AStA. Die StudierendenvertreterInnen wollen über Pfeifenberger aufklären und die Arbeit des Professors im Rahmen ihrer Möglichkeiten *»behindern und zu unterbinden«* versuchen. ■

Augen auf an der Uni!



mit Dirk Meier, Antifareferent des AStA der Fachhochschule Bielefeld

AIB: Der Rektor wollte die Versetzung in aller Stille durchführen. Wie kommt er überhaupt dazu, Pfeifenberger einzustellen?

Er ist von der Landesregierung wohl bedrängt worden und hat das Angebot bekommen, dass er nach Pfeifenbergers Pensionierung in ca. drei Jahren die Stelle behalten kann. Das ist sicher auch ein Ergebnis der Finanzknappheit an den Hochschulen, aber kein Grund, einen rechtsextremen Professor einzustellen. Der Rektor hat auch gegenüber der Studierendenvertretung gesagt, er wolle kein Aufsehen um Pfeifenberger. Wir haben aber deutlich gemacht, dass solche Dozenten an keiner Hochschule was zu suchen haben.

AIB: Du bist Antifareferent des AStA. Was habt Ihr unternommen?

Erst einmal haben wir die Studierenden über Pfeifenberger aufgeklärt. Die Versetzung ist ja in aller Stille vollzogen worden. Auch die Lehrenden fühlten sich übergangen. Wir haben zum Beispiel eine Podiumsdiskussion veranstaltet, die von gut 200 Menschen besucht wurde. Pfeifenberger hatte auch für die Presse überregionale Bedeutung. Fernsehen, Radio und überregionale Zeitungen waren sehr interessiert, weil Pfeifenberger schon länger ein brisantes Thema ist.

Danach haben wir den Senat besetzt, was auch ganz erfolgreich war. Es soll jetzt vom Senat und vom AStA ein Gutachten in Auftrag gegeben werden, um zu prüfen, ob eine Klage gegen die Versetzung von Pfeifenberger Erfolgsaussichten hat. Die Senatsbesetzung wurde auch von einigen Professoren unterstützt, die in der Zeit ihre Seminare nicht durchgeführt haben. Dann hat sich eine Arbeitsgruppe gegründet, in der wir z.B. neuere Texte von Pfeifenberger analysieren, ob die einen Kündigungsgrund darstellen könnten, Unterschriften sammeln, Institutionen ansprechen usw. Als nächstes planen wir ein Solikonzert, um das Gutachten finanzieren zu können.

AIB: Die Auseinandersetzungen um Pfeifenberger haben einigen Staub aufgewirbelt. Ist das ein Einzelfall an der FH?

Ein Einzelfall sicher nicht. Früher hat zum Beispiel Georg Werner Haverbeck an der FH gelehrt. Da gab es eine Kontinuität seit der Nachkriegszeit. Das zeigt ja auch der Fall Schneider/Schwerte in Aachen. Bis heute studiert hier der stadtbekannte Neonazi Meinhard Otto Elbing Sozialarbeit. Das hat früher schon zu Auseinandersetzungen geführt. Studierende haben Seminare boykottiert, in denen Elbing war.

Die Auseinandersetzung um Pfeifenberger hatte auch andere Tendenzen. Wir haben während der Senatsbesetzung Wandzeitungen aufgehängt, auf denen Opfer des Nationalsozialismus gezeigt wurden. Dem haben wir Pfeifenbergerzitate gegenübergestellt. Ein Verwaltungsbeamter hat eine Wandzeitung abgerissen, angeblich wegen Feuerschutz.

Dann gab es dieses Zitat vom *»Kampf zwischen Deutschen und Juden«*. Pfeifenberger behauptet, es gebe da eine *»Todfeindschaft«*. *»Dieser Krieg brach nicht im September 1939 aus und endete nicht im Mai 1945.«* Er behauptet praktisch, dass die Juden bis heute Krieg gegen Deutschland führen und vergleicht das mit dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Verwaltungsbeamte stand vor dem Zitat und sagte, es sei zwar traurig, aber Pfeifenberger habe recht. Das hat bis heute kaum jemand mitgekriegt, aber daran sieht man einen latenten Antisemitismus, der auch an der FH vorhanden ist.

AIB: In der FH ist viel über Neonazis und Rechtsextremismus unter Jugendlichen geforscht worden. Wird dabei die Auseinandersetzung über Rechtsextremismus an Hochschulen vernachlässigt?

Das würde ich so nicht sagen. Viele Leute sehen den Rechtsextremismus in größeren Zusammenhängen. Auf der Podiumsdiskussion wurde zum Beispiel gesagt, in einem Deutschland, wo mit der Begründung »Auschwitz« wieder Krieg geführt wird, könnten auch Professoren wie Pfeifenberger lehren. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen finde ich richtig. Mit Pfeifenberger wurde hier auch eine Auseinandersetzung über die »Neue Rechte« und ihre Ideologie in Gang gebracht. Andererseits gibt es auch Leute, die ihre Prüfungen zum Thema Rechtsextremismus schreiben, ohne sich praktisch damit auseinander zu setzen. Ich finde, man muss auch Position beziehen. Pfeifenberger ist zwar nur einer von vielen, aber er muss auch dort angegangen werden, wo er arbeitet.

AIB: Nimmt der Rechtsextremismus an den Hochschulen zu?

Rechtsextreme waren immer schon da, aber jetzt treten sie offener auf. Das hängt auch mit dem gesellschaftlichen Klima zusammen und der Tatsache, dass Nazis überall offener auftreten. Ich würde eher sagen, dass ihr Einfluss zunimmt. Die rechten Hochschulinitiativen, die gegen die Asten im Zusammenhang mit dem allgemeinpolitischen Mandat geklagt haben, waren teilweise erfolgreich.

Die Burschenschaften treten offener auf. Im letzten Jahr haben sie an der FH erstmals den Antrag gestellt, Plakate aufhängen zu dürfen. Dagegen hat das Antifareferat auch protestiert. Ich glaube, dass sich wieder ein elitäres Klima herausbildet. Das kommt den Rechtsextremen, Burschenschaften usw. entgegen. Das Konzept "Bildung für alle" gibt es so nicht mehr, und auf der anderen Seite sind die Studierenden etwas unpolitischer geworden. Da gibt es bei einigen die Tendenz, das Studium durchzuziehen und die Inhalte nicht mehr zu hinterfragen.

AIB: Vielen Dank für das Gespräch ■

Göttingen: Lokalpatriotismus und Militanz



Für den 29. Januar hatte die NPD einen Aufmarsch in Göttingen angemeldet, zu dem sie unter dem Motto »*Gegen linken Terror, Presselügen und Justizwillkür!*« bundesweit mobilisierte. An diesem Tag sollte nach Ankündigung der NPD der »*gesamte Nationale Widerstand vereint durch Göttingen marschieren, um in der letzten Hochburg der Linken nationale Präsenz zu zeigen.*« Wie bereits am 6. November, als die Partei, unterstützt vom Nationalen und Sozialen Aktionsbüro Norddeutschland, sowie den Blood & Honour-Sektionen Niedersachsen und Hessen, einen Aufmarsch unter ähnlichem Motto angekündigt hatte, verhinderten dies aber die vom OVG Lüneburg ausgesprochenen Verbote.

Antifaschistische Bündnisse

Großen Anteil am zweimaligen Scheitern der NPD hatten nicht zuletzt die breiten antifaschistischen Gegenmobilisierungen. Am 6.11. demonstrierten über 5000 Menschen gegen den angekündigten Nazi-Aufmarsch, am 29.1. trotz strömenden Regens immerhin 2000. Geplant wurden die antifaschistischen Aktivitäten in verschiedenen Bündnissen, die trotz unterschiedlicher Zielsetzungen bemüht waren, miteinander zu kooperieren. Im Oktober konstituierte sich auf Initiative des DGB ein stadtweites Vorbereitungstreffen, an dem sich schließlich über 90 Gruppen in einem äußerst breiten Spektrum beteiligten. Kleinster gemeinsamer Nenner war das Ziel, den Aufmarsch zu verhindern. Die Formulierung weitreichender politischer Inhalte war aufgrund der Breite dieses bürgerlich dominierten Bündnisses nicht möglich. Mit der Parole »*Eine Stadt wehrt sich!*« und der Abbildung des »Gänseliesels« (dem Wahrzeichen der Stadt) auf dem Plakat zum 6.11. wurde stattdessen an den Göttinger Lokalpatriotismus appelliert. Positiv für die unabhängigen Antifagruppen war, daß die Mehrheit des Bündnisses (außer insbesondere vor dem 6.11. die Grünen) sich nicht von den Gruppen distanzierte, die offensive Blockadeaktionen gegen den Nazi-Aufmarsch forderten.

Die CDU: Gegen Extremismus von links und rechts

Zudem scheiterte der Versuch von CDU und Junge Union (die dem Bündnis zum 6.11. nicht angehörten, wofür selbst die konservative Lokalpresse sie kritisierte), im Vorfeld des 29.1. »*linksradikale, gewaltbereite und demokratiefeindliche Kräfte*« auszuschließen. Die so Zurückgewiesenen traten einen Tag vor dem geplanten Naziaufmarsch mit einem eigenen Bündnis gegen menschenverachtende Ideologien, Gewalt und Intoleranz an die Öffentlichkeit. In ihrem lediglich von CDU-Gruppierungen, wie dem RCDS, der Mittelstandsvereinigung oder der Seniorenunion sowie der Göttinger MdB Rita Süssmuth unterzeichneten Appell »*Kein Extremisten-Aufmarsch in Göttingen!*« warnten die Verfasser, Göttingen dürfe nicht zum »*Spielball und Tummelplatz von Demokratiefeinden rechter wie linker Prägung verkommen*«. Außerdem müsse der »*antitotalitäre Konsens*« bewahrt werden. Daß sich »*Demokratiefeinde rechter Prägung*« nicht nur in der örtlichen NPD, sondern auch im Göttinger RCDS tummeln, sei hier nur am Rande erwähnt. So ist z.B. mit dem Burschenschafter Christian Vollradt ein Autor der Jungen Freiheit im RCDS aktiv.

Die Göttinger Linke: Zwischen Konflikt und Kooperation

Neben dem vom DGB initiierten Bündnis konstituierte sich ein linkes Vorbereitungstreffen, das die Aufmärsche offensiv verhindern wollte. Gemeinsame inhaltliche Positionen wurden auch hier nicht erarbeitet. Dies lag zum Teil an unterschiedlichen strategischen Einschätzungen. So vertrat z.B. die Autonome Antifa (M) das Konzept des vermummten Schwarzen Blockes, um eine größere öffentliche Wahrnehmung zu erreichen. Diese Ansicht wurde allerdings von den wenigsten Gruppen geteilt. Unterschiedliche Meinungen gab es auch in der Frage der Zusammenarbeit mit einem bürgerlichen Bündnis, an dem sich auch SPD und Grüne beteiligten. Unter solchen Voraussetzungen ist es nicht verwunderlich, daß das linke Stadtbündnis in erster Linie als Koordinierungsgremium fungierte. Auch auf einen Redebeitrag für die Abschlußkundgebung des DGB am 29.1. konnte man sich nicht einigen. Dennoch können sowohl der 6.11. als auch der 29.1. für die radikale Linke als erfolgreiche Mobilisierungen bezeichnet werden. Das autonom-unabhängigen Antifaspektrum bildete bei beiden Terminen den Großteil der Demonstrierenden.

Antifaschistische Politik an der Uni

Auch die Göttinger Uni-Linke konsolidierte sich während beider Mobilisierungen neu. Über 20 Hochschulgruppen schlossen sich zum Unibündnis gegen den Naziaufmarsch zusammen, das zum einen im stadtweiten linken Vorbereitungstreffen mitarbeitete, zum anderen eigene (Auftakt)Kundgebungen bzw. Demonstrationen organisierte, die die Aufmärsche aktiv verhindern sollten. Dabei bemühte sich das Bündnis, insbesondere vor dem 29.1. zusätzliche inhaltliche Akzente zu setzen. So fanden mehrere gut besuchte Veranstaltungen statt, die sich mit rechten Ideologien und Strukturen sowie antifaschistischen Strategien befassten. Zugleich war die Arbeit jedoch auch von der polizeilichen Repression geprägt. Auf dem Weg zur Kundgebung am 6.11. wurde beispielsweise der Vorsitzende des AStA und Anmelder der Kundgebung festgenommen. In der Woche vor dem 29.1. kam es zu einem Skandal, als sich das Gerücht bestätigte, wonach die Göttinger Polizei den Campus über Wochen in Absprache mit der Uni-Leitung nachts von mehreren Uni-Gebäuden aus observierte. Wenn auch eine große Politisie-

rungswelle an der Uni ausblieb, gelang es dem Uni-Bündnis doch, eine größere Öffentlichkeit für die fragwürdigen Methoden der Göttinger Polizei zu sensibilisieren. Von zentraler Bedeutung ist die Existenz des Bündnisses über den 29.1. hinaus.

Naziterror...

Dies ist auch dringend nötig. Denn seit ca. einem Jahr entwickelt die Göttinger Neonaziszene rege Aktivitäten. Als organisatorischer Kern dient dabei der Kreisverband der NPD, der enge Kontakte zur Kameradschaft Northeim und Thorsten Heise hat. Die beiden Demonstrationsaufrufe der NPD richteten sich auch gegen Heises Verurteilung durch das Göttinger Amtsgericht. Auch wenn es der hiesigen Neonaziszene bisher nicht gelungen ist, ihre personelle Basis (10-15 Personen) entscheidend zu vergrößern, und ihre »Führungskader« Stephan Pfingsten, Daniel Hubert, Stephan Schaper und Martin Gotthard nicht gerade durch übermäßige Intelligenz oder politisches Geschick auffallen, darf sie in ihrer Gewaltbereitschaft nicht unterschätzt werden.

...in Vorbereitung

Am 30. November durchsuchten das BKA im Auftrag der Bundesanwaltschaft die Wohnungen von vier Göttinger Neonazis, gegen die wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung ermittelt wird. Angeblich wurde dabei für den Bombenbau geeignetes Material sowie entsprechende Anleitungen beschlagnahmt. Der niedersächsische Verfassungsschutz rechnet die Verdächtigen der Anti-Antifa zu.Daß die Gefährdung von AntifaschistInnen durch Anti-Antifa-Aktivitäten wohl doch größer war bzw. ist, als von der Polizei geäußert, bestätigte sich Ende 1999, als Beamte des LKA einzelne AntifaschistInnen vor möglichen Briefbombenanschlägen warnten. Kurz darauf ließen LKA-Spezialisten gar aufgrund eines auffälligen, an einen Antifaschisten adressierten Päckchens ein Postzentrum und Umgebung räumen. Glücklicherweise handelte es sich hierbei um einen Fehlalarm.

...und in der Praxis

Einschüchterungsversuche unternahm die Neonaziszene auch im Vorfeld des 29.1. In einem anonymen Schreiben drohten sie: *»DGB-Demo am Samstag soll mit Schusswaffen angegriffen werden.«* Tatsächlich wurde am vorgesehenen Kundgebungsplatz der NPD ein mit vier Schuß Munition geladener Revolver gefunden. Obwohl damit wohl in erster Linie ein Verbot der DGB-Demonstration erwirkt werden sollte, war der Fund ein weiterer Hinweis auf den waffentechnischen Ausrüstungsstand der Neonaziszene. Den vorläufigen Höhepunkt gewalttätiger Nazi-Aktionen in Göttingen stellt allerdings die wiederholte Schändung des Jüdischen Friedhofs in der Nacht vom 15. auf den 16. Februar dar. Es ist nicht auszuschließen, daß hier die gleichen TäterInnen am Werk waren, die einige Nächte später u.a. die Schaufenster des linken Buchladens »Rote Straße« mit antisemitischen Parolen besprühten.

Einige Rückschläge

Dennoch mußten die Neonazis neben den gescheiterten Aufmarschversuchen weitere Rückschläge hinnehmen. Nachdem bereits im Juli das Auto von Stephan Schaper verbrannte, verübte die antifaschistische Brigade Söderberg Ende Oktober in Northeim einen Brandanschlag auf das Auto von Heise. Dabei wurde seine Garage, in der mehrere tausend CDs mit Nazi-Musik lagerten, komplett zerstört. Ende Februar führte Die Polizei bei dem Kameradschaftsführer eine Razzia durch und beschlagnahmte über 1.500 Tonträger und Videos mit rechtsextremen Inhalten im Wert von 80.000 DM. Für den 15. April hat die NPD einen weiteren Aufmarsch in Göttingen angemeldet, der unter dem Motto: *»Keine Diktatur der EU! Keine Unterdrückung Österreichs!«* steht. Eine breite Gegenmobilisierung hat bereits eingesetzt. Bleibt also zu hoffen, daß auch der 15.4. für die Nazis in Göttingen zu einem äußerst unerfreulichen Tag wird. ■

Antifaschistische Proteste gegen Naziaufmarsch

Am 25. März fand in Salzwedel (Sachsen-Anhalt/Altmark) ein Naziaufmarsch mit ca. 400 TeilnehmerInnen statt. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Kameradschaft Klötze und Personen aus der neonazistischen Szene der Altmark. Den Aufzug angemeldet hatte Kay Schweigel, ein regional bekannter, wegen schwerer Körperverletzung, Nötigung und Sachbeschädigung mehrfach vorbestrafter Naziskin aus Klötze. Organisatorische Unterstützung erhielt er dabei von Steffen Hupka (mittlerweile geschaßter NPD-Landesvorsitzender und nunmehr »NPD-Schulungsleiter« in Sachsen-Anhalt) und von Mirko Appelt (JN Sachsen-Anhalt/Niedersachsen). Im Vorfeld hatten die Nazis nach eigenen Angaben 2.000 Flugblätter in der Region verteilt, auf denen über *»Angriffe auf deutsche Bürger«* und *»Drogenverkauf an unsere Kinder«* geklagt wurde. Die Demonstration unter dem Motto: *»Gegen den linken Terror«* war zunächst vom zuständigen Ordnungsamt untersagt worden. Dagegen hatten die Organisatoren Widerspruch eingelegt.

In der seit Jahren eher von linken Jugendlichen dominierten Altmarkstadt Salzwedel fand sich daraufhin ein informelles Bündnis gegen rechts zusammen, das auf einer Diskussionsveranstaltung im alternativen Kulturzentrum »Hansa« mögliche Gegenaktionen diskutieren wollte. Zu dieser Veranstaltung erschienen überraschend ca. 10 Nazis unter der Führung von Hupka, Schweigel und Appelt. Trotz der von vielen Zuhörern und einigen Mitveranstaltern erhobenen Forderung nach Rausschmiss der Nazis bzw. nach Abbruch der Veranstaltung wurde vor allem von den kommunalen SPD- und CDU-Vertretern mit den rechten Kameraden ausführlich über die auf deren Flugblatt erhobenen Vorwürfe gestritten, was u.a. in der Forderung nach einer gemeinsamen Demonstration von rechten und linken Jugendlichen gegen Gewalt gipfelte. Dadurch boten die Kommunal-Politiker den Nazis ein öffentliches Forum, obwohl sie vorher von AntifaschistInnen und BürgerInnen auf deren Mitgliedschaft in neonazistischen Organisationen hingewiesen worden waren. Trotz der zum Teil kritischen Berichterstattung der lokalen Medien war diese Veranstaltung leider ein Erfolg für die Neonazis. An einer Kundgebung gegen den rechten Aufzug beteiligten sich ca. 100 Menschen. Daran schloss sich ein »Rock gegen Rechts« Konzert an.Parallel zum Naziaufmarsch und den Protesten in Salzwedel fuhren AntifaschistInnen aus der Altmark und aus Magdeburg in die nur 20 Kilometer entfernte Kleinstadt Klötze, die seit Jahren als rechte Hochburg in der Region gilt. Dort verklebten sie antifaschistische Plakate und verteilten Flugblätter. Ziel der Aktion war es, neben den Aktionen gegen den Naziaufmarsch in Salzwedel ein offensives Zeichen gegen die rechte Hegemonie in der Region zu setzen. ■

Die DVU ist aktiv, die Antifa auch

Als die Phantomtruppe des Multimillionärs Frey, die neofaschistische Deutsche Volksunion, im April '98 mit 12,9% der Wählerstimmen in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog, war der mediale Aufschrei groß. Echte und geheuchelte Betroffenheitsstatements waren auf allen Kanälen präsent. Die im Vorfeld aktive Wahlkampfbehinderung aus den Reihen der Antifa musste konsequenterweise an ressourcenbedingte Grenzen stoßen. Bei unzähligen Laternenschlachten wurden zehntausende braune Werbeträger in ganz Sachen-Anhalt zerstört und unbrauchbar gemacht. Allein in Dessau fielen diesen »Stadtverschönerungen« ca. 3.000 Exemplare zum Opfer. Leider gelang es lokalen Antifas erst kurz vor Beendigung des Wahlkampfes, ein zentrales Materiallager der DVU für den Dessauer Großraum auf den Elbwiesen bei Rosslau zu lokalisieren.

Nun, wo das braune Kind also auf dem parlamentarischen Boden gelandet ist, wie mit dieser neuen Gesamtlage umgehen? Antifaschistische Zusammenhänge, insbesondere aus Dessau und Bitterfeld, setzten auf eine Kampagne, deren Schwerpunkt das Outen von DVU-Abgeordneten in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld war. Die ewiggestrigen Parlamentarier sollten im Wohngebiet, beim Einkaufen oder Kneipenbesuch keine Ruhe finden, permanent auf ihre inhumane und rassistische Politik angesprochen werden. In diesem Zusammenhang gab es u.a. im Mai '98 einen spontanen antifaschistischen Spaziergang zum Haus des DVU-Abgeordneten Rudi Wiechmann in Oranienbaum, seines Zeichens Alterspräsident des Magdeburger Landtages. Im Juni '98 folgte eine Demonstration unter dem Motto »Braune Wölfe heulen wieder« im Sandersdorfer Wohngebiet des damaligen DVU-Fraktionschefs Helmut Wolf.

Die Wahl der Mittel – DVU-Blockadeprozesse in Dessau

Noch vor den Landtagswahlen 1998, am 15. Februar '97, blockierten ca. 50 jugendliche AntifaschistInnen am Dessauer Hauptbahnhof die Weiterfahrt eines Busses mit Mitgliedern und Sympathisanten der DVU zu einem überregionalen Parteitag nach Zwochau bei Delitzsch. Dabei wurden anwesende PassantInnen mit Flugblättern über den Sinn und Zweck der Aktion informiert, und der Bus erhielt ein wenig frische Farbe. Die Blockade konnte eine halbe Stunde aufrecht erhalten werden und wurde dann durch die Polizei aufgelöst, wobei es zu 28 Festnahmen kam. Zu weiteren neun Festnahmen kam es, als Freundinnen und Freunde den Gefangenen, die in einem zur Sammelstelle umfunktionierten Speiseraum festgehalten wurden, mit Getränken und Zigaretten versorgten. Insgesamt wurden 37 Ermittlungsverfahren (u.a. wegen Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Nötigung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit) eingeleitet, von denen 30 zur Anklage kamen. Bereits im März '99 fand in diesem Zusammenhang eine Verhandlung gegen die vier Hauptangeklagten statt.

Der zunächst auf acht Verhandlungstage angesetzte Prozeß fand schon nach drei Tagen überraschend sein Ende. Denn obwohl sich die Staatsanwaltschaft zunächst unnachgiebig zeigte, sorgten widersprüchliche Zeugenaussagen aus den Reihen der DVU mehr für Verwirrung als für Aufklärung – wie auch ein Polizeivideo, das nicht einmal den Vorwurf des Landfriedensbruches erhärten konnte. Das Verfahren endete vorläufig mit den Auflagen, dreimal wahlweise 300 DM zu zahlen oder 30 Arbeitsstunden zu verrichten und einmal 600 DM zu zahlen. ■

Befreiungsaktion an der Freien Universität Berlin

Zur Erinnerung: 1998 trat der Alt-68er Bernd Rabehl zusammen mit dem rechtsextremen Horst Mahler vor der einschlägigen Burschenschaft Danubia auf und hielt eine Rede, in der er u.a. *»Überfremdung«*, *»Zersetzung«*, *»amerikanische Umerziehung«* und eine *»Zerstörung von Volk und Kultur«* beklagte. Dass Bernd Rabehl trotz seiner völkischen Rede (s. AIB Nr. 48) weiter an der Universität lehren kann, erhitzt in Berlin schon länger die Gemüter. Mit Seminar-Blockaden, Informationsveranstaltungen und einem Puddingattentat – mit symbolisch braunem Schokoladenpudding – versuchten StudentInnen, den Skandal immer wieder zu thematisieren. Zuletzt fand auch die SPD-nahe Hans-Böckler-Stiftung Rabehls Thesen nicht mehr tragbar und trennte sich von ihrem Vertrauensdozenten. Doch das Otto-Suhr-Institut stellt sich bis heute nicht gegen Rabehl und lässt so zu, dass aus finanziellen Mitteln der Hochschule Rassismus – unter pseudowissenschaftlichem – Deckmantel in die Mitte der Mehrheitsgesellschaft transportiert werden kann.

Unbekannt gebliebene StudentInnen entwendeten aus diesem Grunde Anfang Dezember '99 die Bronzebüsten der Politologie-Professoren Richard Löwenthal und Ossip K. Flechtheim aus dem Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften der FU in Berlin-Dahlem. In einem Schreiben, das an verschiedene Tageszeitungen ging, erklärten die »Autonomen SpediteurInnen«, man wolle so der Forderung nach einer Entlassung des Lehrbeauftragten Bernd Rabehl Nachdruck verleihen. Kurioserweise bemerkte die Freie Universität das Verschwinden nicht. Erst als verschiedene Medien bei der Universitätsleitung nachfragten, fiel auf, daß die beiden rund 10 Kilo schweren und aus massiver Bronze gegossenen Figuren tatsächlich verschwunden waren. In einem taz-Interview erklärten die SpediteurInnen: *»Wir wollten eigentlich Otto Suhr abholen. Aber der war zu stark festgeschraubt.«* Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen, erklärten sie weiter: *»Es handelt sich nicht um eine Entführung, sondern um eine Befreiungsaktion. Löwenthal und Flechtheim waren im Otto Suhr Institut dem völkischen Dozenten Bernd Rabehl hilflos ausgeliefert«*. Löwenthal und Flechtheim mussten während des Nationalsozialismus emigrieren, daher die Feststellung: *»Auf eigenen Wunsch wollen die beiden erst zurückkehren, wenn Bernd Rabehl in den diskursiven Ruhestand geschickt wird«*. ■

Späte Rache der Bundesanwaltschaft

Am 19. Dezember '99 durchsuchte die Bundesanwaltschaft (BAW) zusammen mit Bundeskriminalamt (BKA) und GSG9 ab den frühen Morgenstunden den Mehringhof in Berlin-Kreuzberg. Zeitgleich wurden zwei Wohnungen in Berlin und eine Wohnung in Frankfurt am Main durchsucht. In Berlin wurden Axel und Harald festgenommen, in Frankfurt wurde Sabine verhaftet. Bundesweit waren ca. 1000 Beamte eingesetzt.



19. Dezember '99: BGS und Berliner Polizei »schützen« den Eingang zum Mehringhof

Grundlage für diesen Einsatz waren Ermittlungen nach § 129 a wegen Mitgliedschaft in der »terroristischen« Vereinigung Revolutionäre Zellen (RZ). Anschließend wurden alle drei Verhafteten zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe verschleppt, wo ihnen die Haftbefehle verkündet wurden.

Alle drei sitzen seitdem in Untersuchungshaft, Axel in Wuppertal, Harald in Düsseldorf und Sabine in Frankfurt. Während der vielstündigen Suche nach 80 kg Sprengstoff, Marke »Gelamon 40«, wurden im Mehringhof sämtliche Türen aufgebrochen, die GSG9 seilte sich in Versorgungs- und Aufzugschächten ab, Wand- und Deckenverkleidungen wurden zerstört, und BKA-Beamte, der Berliner Polizeipräsident und der zuständige Bundesanwalt tummelten sich in der Kneipe EX. Gefunden wurde natürlich nichts, dafür bleiben dem Mehringhof die Aufräumarbeiten und über 100.000 Mark Sachschaden. Mittlerweile ist klar, dass sich die Ermittlungen auf die Aussagen von Tarek Mousli stützen, dem selbst Rädelsführerschaft in den RZ vorgeworfen wird. Er nimmt für sich die Kronzeugenregelung in Anspruch, was bedeutet, dass er weitgehend straffrei bleibt, wenn er mit den Ermittlungsbehörden zusammenarbeitet und andere verrät. Außerdem wird er nach den kommenden Prozessen vermutlich ins Zeugenschutzprogramm des BKA aufgenommen und mit einer neuen Identität ausgestattet. Nach Tareks Aussagen soll Axel zum einen Mitglied der RZ gewesen sein und zum anderen ein Sprengstoff- und Waffendepot »betreut« haben. Harald und Sabine belastet er, zusätzlich zur Mitgliedschaft in den RZ, mit angeblicher Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin im Februar '87. Außerdem sollen die beiden laut den Aussagen des Kronzeugen bei der Knieschussaktion auf den damaligen Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts Korbmacher beteiligt gewesen sein. Auch diese Aktion wurde von den RZ im Jahr 1987 durchgeführt. Sabine soll zusätzlich dazu noch 1986 beim Anschlag auf den einstigen Leiter der Berliner Ausländerbehörde Hollenberg dabei gewesen sein. Die meisten der Vorwürfe sind zwar verjährt – allerdings auf keinen Fall die *»Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung«* nach §129a.

Am 4. Februar '00 fand ein Haftprüfungstermin für Axel statt, bei dem nicht nur sein alter Haftbefehl bestätigt, sondern ein neuer gegen ihn erlassen wurde. Nun werden ihm neben den oben genannten auch noch die Anschläge auf Korbmacher und Hollenberg sowie der Anschlag auf die Berliner Siegessäule im Jahr 1991 vorgeworfen. Da die Revolutionären Zellen und die feministische Rote Zora ganz anders organisiert waren als beispielsweise die RAF, verliefen auch die Ermittlungen ganz anders. Erfolge für BKA und BAW waren sehr dünn gesät. Die RZ verfolgten ein Organisationskonzept, das es vielen ermöglichen sollte, mit militanten Aktionen zu intervenieren. Vom BKA wurden die RZ'ler *»Feierabendterroristen«* genannt, die »tagsüber« ein normales Leben führten und »nachts« ihre Anschläge verübten. Es war für die Verfolgungsbehörden sehr schwierig bis unmöglich, die RZ mit Personen in Verbindung zu bringen, da die wenigsten in die »Illegalität« abgetaucht waren. Um so klarer ist es, dass BAW und BKA sich jetzt so sehr Verurteilungen und Gefangene wünschen.

Am 16. Januar '00 wurden in Paris die 67jährige Sonja Suder und der 58jährige Christian Gauger verhaftet. Auch sie sollen Mitglieder der RZ gewesen sein. Seit 1978 konnten sie sich allerdings dem Zugriff der Polizei entziehen. Die Haftbefehle werden mit der Beteiligung an Anschlägen aus den Jahren 1977 und 1978 begründet, die sich gegen die Firma MAN in Nürnberg und die Firma Klein, Schanzlin & Becker in Frankenthal richteten. MAN war Zulieferer für das Atomprogramm des Apartheid-Regimes in Südafrika, Klei, Schanzlin & Becker lieferte Pumpen für Atomkraftwerke weltweit. Beide sollen 1978 von Hermann Feiling belastet worden sein, als er mit schweren Verletzungen und vollgepumpt mit Medikamenten im Krankenhaus von Polizeibeamten verhört wurde, die er aufgrund seines Zustandes für Anwälte hielt. Die Festgenommenen sind mittlerweile auf Kaution aus der Haft in Frankreich entlassen worden. Und die französische Justiz prüft, ob sie an Deutschland ausgeliefert werden müssen. Immerhin liegen die ihnen vorgeworfenen Taten über zwanzig Jahre zurück, und die belastenden Aussagen wurden Feiling in einem vernehmungsunfähigen Zustand abgenötigt. ■

Für die Kampagne zur Freilassung von Axel, Sabine und Harald wird viel Geld benötigt. Spendet also massenhaft auf dieses Konto:
Martin Poell, Kto.-Nr.: 2705-104
BLZ 100 100 10, Postbank Berlin
Stichwort Freilassung
Post für die Gefangenen:
Axel Haug und Harald Glöde
über Generalbundesanwaltschaft
z.Hd. StA. Monka, Brauerstr. 30
76137 Karlsruhe
Post an Sabine E. wird vom Solibüro im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin weitergeleitet.
Aktuelle Infos findet Ihr immer unter: www.freilassung.de

Hamburg/Köln

Durchsuchungen bei nadir

Am Dienstag, 25. Januar '00 hat das BKA auf Weisung der Bundesanwaltschaft mehrere Wohnungen und Büros in der Bundesrepublik durchsucht.
In Belgien wurden AktivistInnen aus Kurdistan-Solidaritätszusammenhängen durch eine Spezialeinheit in Amtshilfe für die BAW aus dem Schlaf gerissen und vorübergehend festgenommen. Die Massnahmen wurden mit *»Verdacht auf Bildung einer terroristischen Vereinigung«* begründet.
In diesem Zusammenhang stehen auch die Durchsuchungen von Privatwohnungen in Hamburg sowie die Durchsuchung des Büros der Internationalen Initiative in Köln, bei der unter anderem Computer beschlagnahmt wurden.

In Hamburg wurde nachmittags als Folgemassnahme das Projekt B5 auf der Suche nach Computern von nadir durchsucht, auf denen das BKA weitere Daten vermutete, die im Zusammenhang mit ihren Vorwürfen stehen sollen. Um sich Zutritt zu den Räumen zu verschaffen, wurden mehrere Türen aufgebrochen und anwesende Personen, die die Aktion beobachten wollten, wurden der Räume verwiesen.

Um die Beschlagnahme von Computern zu verhindern, wurden dem BKA von ihnen definierte Dateien und Verzeichnisse ausgehändigt, indem sie auf eine mitgebrachte Festplatte kopiert wurden.

Bei den kopierten Daten handelt es sich um im Internet öffentlich zugängliche Dateien. Kopiert wurden: Die Homepage von Azadi, die Homepage der Isku, die Homepage des Kiz und die Homepage vom Kurdistan Report

Weitere Daten wurden dem BKA nicht ausgehändigt.

Da auf den Computern keine Mails der oben genannten Gruppen zu finden waren, mußte das BKA auf Mitnahme dieser verzichten.

Das BKA hatte während der Aktion keinen unbeaufsichtigten Zugang zu den Computern von nadir.

Ein Sprecher von nadir erkärte zu den Durchsuchungen: *»Die BAW versucht in althergebrachter Tradition, Proteste, die sich gegen die Politik der BRD und insbesondere gegen den NATO-Partner und EU-Aufnahmekandidaten Türkei richten, zu kriminalisieren und zu verhindern. Wir lassen uns davon nicht einschüchtern und werden weiterhin alle Gruppen, die sich aktiv gegen die herrschenden Verhältnisse stellen, unterstützen. Solidarität mit den verfolgten GenossInnen.«*

Schwerin

DNA-Analysen gegen Antifas

Am Nachmittag des 2. Mai 1998 wurde ein Mensch von einer Gruppe Neonazis in einem eher von Linken bewohnten Stadtviertel Schwerins bedroht. Als Reaktion darauf machten sich einige auf, die Faschisten zu vertreiben. Im Laufe einer Auseinandersetzung wurde ein Neonazi verletzt. Einer der Antifas wurde beim Angriff erkannt und namentlich angezeigt. Um seinen eigenen Hals zu retten hat er die anderen Leute verpfiffen.In der Folgezeit gab es bei einer der genannten Personen eine Hausdurchsuchung, die Polzei brach das Schloß der Wohnung auf und schuf etwas Unordnung. Die Tür wurde mit der Nachricht versiegelt, der Betroffene könne sich den Schlüssel zum neuen Schloß auf der Wache abholen. Das war ganz offensichtlich eine Falle, denn anstatt eines Schlüssels wurde ihm der Haftbefehl ausgehändigt.

Ein anderer Beteiligter wurde unter dem Vorwand einer ED-Behandlung aufs Revier verschleppt, und dort wurde ihm offenbart, daß die Staatsanwaltschaft Haftbefehl gegen ihn beantragt hatte. Beide Betroffene verschwanden mit der Begründung es bestehe Fluchtgefahr in der JVA Bützow, aus der sie erst nach drei Wochen wieder entlassen wurden.

Im März 1999, noch vor der Hauptverhandlung, ordnete das Amtsgericht Schwerin ein DNA-Untersuchungsverfahren an. Nach einer Beschwerde durch die AnwältInnen wurde diese Anordnung vom Landgericht zunächst wieder verworfen.

Im Juni 99 folgten dann die Prozesse. Die Anklage lautete auf gemeinschaftliche Körperverletzung und Raub, wobei sich der zweite Anklagepunkt als nicht haltbar erwies. Während einige Verfahren gegen Geldstrafe eingestellt wurden, konzentrierte die Staatsanwaltschaft auf zwei der Angeklagten. Im Laufe des Verfahrens stellte sich jedoch heraus, daß von diesen beiden keinerlei körperliche Gewalt ausging. Auch diese Verfahren einzustellen kam für die Staatsanwaltschaft jedoch nicht in Frage, auch wenn sogar der Richter seine Bereitschaft dazu erkennen ließ.

Schlußendlich wurden die Angeklagten zu sechs Monaten auf zwei Jahre zur Bewährung verurteilt. Zusätzlich sollten sie jeweils 500 Mark ans diakonische Werk zahlen.

Nach der Verurteilung durchs Gericht flatterte eine erneute Einladung der Polizei ins Haus, doch freundlicher Weise zur Abgabe einer DNA-Probe zu erscheinen. Da eigentlich noch der Beschluß des Landgerichts galt, nicht zur Abgabe erscheinen zu müssen, gingen die Betroffenen nicht hin. Daher bat die Polzei darum doch freiwillig zu erscheinen. Bei den meisten der Betroffenen blieb es dann auch dabei, doch bei den oben schon erwähnten Verurteilten kündigten die Verfolgungsbehörden an, die Proben notfalls auch ohne Einverständnis zu erzwingen.

Auf Drängen der Staatsanwaltschaft hob das Oberlandesgericht den Beschluss des Landgerichts wieder auf und ordnete nach § 81 StPO eine Entnahme der Proben an. Begründet wurde dies mit der Formel *»Straftat von erheblicher Bedeutung«*.

Frankreich

Aufruf zur Solidarität

Am 15. Oktober '99 wurden zwei Antifaschisten in Marseille festgenommen und inhaftiert. Vorgeworfen wird ihnen die Beteiligung an mehreren Anschlägen in den letzten Jahren. Sie sollen Mitglieder der FTP (francs tireurs partisans) sein, einer antifaschistischen Gruppe, die seit 1991 den Kampf gegen den Front National und seine Machenschaften führt. Die FTP hat sich immer zum radikalen Antifaschismus mit einer klaren antikapitalistischen und internationalistischen Sichtweise bekannt. Sie weisen den Betroffenheits-Antifaschismus von Gruppen wie SOS-Racisme zurück, wollen aber niemandem vorschreiben, welche Aktionsformen gewählt werden sollen und den Kampf auch nicht um seiner selbst Willen führen. Sie betrachten militanten Antifaschismus als eine mögliche Kampfform unter vielen, nicht weniger effizient und nicht weniger legitim als andere.
In ihrer Region hat die Gruppe einen wichtigen Stellenwert erreicht.

Die beiden Antifaschisten brauchen jetzt vor allem praktische Solidarität. Um im Knast überleben zu können, sind sie momentan auf materielle (insbesondere Geld-) Spenden angewiesen. In den kommenden Wochen wird es hoffentlich genauere Informationen geben, was weiterhin auf sie zukommen wird.

Die, die an weiteren Informationen interessiert sind und einen Teil zur Solidaritätsarbeit beitragen wollen, können sich an die Antifa Saar wenden:

ANTIFA SAAR
c/o Verein für kommunikatives Leben und Wohnen e.V.
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken

Flüchtlinge organisieren sich

Im Land der Skins und Schläger wehren sich die Betroffenen: Als 47 Flüchtlinge aus einem Asylbewerberheim in der brandenburgischen Kreisstadt Rathenow im Februar ein Memorandum an die Presse und die Landesregierung verschickten, in dem sie auf Grund andauernder Angriffe und Diskriminierungen ihre Verlegung in ein anderes Bundesland forderten, ahnte wohl niemand, was folgen würde. Die Flüchtlinge schrieben u.a.: »*Wir sind wegen Lebensgefahr aus verschiedenen Ländern geflohen, um Asyl in einem Land zu finden, in dem wir geschützt und respektiert werden. Stattdessen erlitten wir eine Reihe von fremdenfeindlichen Angriffen, die unser Leben erneut gefährdeten und uns körperliche und seelische Verletzungen zufügten.Viele Bewohner des Asylbewerberheims sowohl aus Rathenow als auch aus dem gesamten Land sind ernsthaft angegriffen und verletzt worden.*«

Zur Überraschung aller griffen die Medien die Situation der Flüchtlinge in Rathenow auf: Die Chronik rechter Angriffe – u.a. war an Sylvester ein pakistanischer Flüchtling von einer Naziclique krankenhausreif geschlagen und Flüchtlinge direkt vor dem Heim angepöbelt worden – wurde nachrecherchiert und veröffentlicht. Im Nachhinein berichteten die Flüchtlinge, dass sie innerhalb eines Monats mit mehr als einhundert JournalistInnen aus dem In- und Ausland Kontakt hatten. Den SchreiberInnen folgten Fernsehteams, wie beispielsweise ein ARD-Kontraste Team, das rassistische Pöbeleien gegenüber einkaufenden Flüchtlingen vor laufender Kamera dokumentierte.

Die Stadtverwaltung reagierte nur zögerlich und stereotyp: Rathenow sei eine ganz normale Stadt und auch nicht schlimmer als andere Städte. Doch da der »Ruf der Stadt« beschädigt sei, wurde schnell eingeräumt, dass selbstverständlich alles ganz schlimm sei. Und deshalb wurden die Flüchtlinge dann gleich medienwirksam zur Eröffnung einer Rollerskatebahn und ins Polizeipräsidium eingeladen.... Kein Wort davon, dass in Rathenow seit Anfang der 90er Jahre rassistische Angriffe und rechtsextreme Organisierung an der Tagesordnung waren und sind; kein Wort davon, dass antifaschistische Jugendliche fünf Jahre lang ein Haus nach dem anderen besetzten, von der Polizei wieder geräumt und von Stadtverwaltung und Sicherheitsbehörden kriminalisiert wurden, um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum durchzusetzen; kein Wort davon, dass der vom SPDler zum Parteilosen mutierte Bürgermeister, der jetzt vor laufenden Kameras von seinen »Integrationsangeboten« und einem »anderen Rathenow« schwafelt, sich Anfang der 90er Jahre mit stadtbekannten Nazis traf und offen zugibt, dass er bis zur Veröffentlichung des Memorandums keinerlei Kontakt zu den Flüchtlingen hatte. Dafür sei schliesslich das Landratsamt zuständig ...

Internationale Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

Selbstorganisierung der Betroffenen

Doch die Flüchtlinge wollen keine öffentlichkeitswirksamen Streicheleinheiten von einer Stadtverwaltung, der mehr als deutlich anzusehen ist, dass sie immer noch nicht fassen kann, wie diejenigen, die da am Stadtrand weggeschlossen waren, durch einen einzigen Brief über Wochen die Medienberichterstattung prägten. Sie organisierten mit Unterstützung des Flüchtlingsrats Brandenburg eine zwölftägige Tour durch die Flüchtlingsheime in neun Brandenburger Städten, diskutierten dort mit vielen anderen Flüchtlingen und stellten schließlich Ende März ihre Erfahrungen und Forderungen auf einer Pressekonferenz vor. Ihnen ist es vor allem wichtig, den Zusammenhang zwischen staatlichem Rassismus und dem rassistischen Mainstream in der Brandenburger Bevölkerung aufzuzeigen. »*Wenn die Gesetze, die uns zu Menschen zweiter Klasse und ohne Rechte machen, aufgehoben werden, dann fühlen sich die rassistischen Angreifer auch nicht mehr als Vollstrecker einer Mehrheitsmeinung,"* sagen sie. Der öffentliche Druck, der durch das Memorandum und die Tour entstand, war immerhin so groß, dass Ex-Innenminister und jetzt Sozialminister ALWIN ZIEL und Bildungsminister STEFFEN REICHE eine Delegation der Flüchtlinge empfingen.

Doch ausser blumigen Worten – Kommunen sollten gemeinnützige Arbeit mit Flüchtlingen organisieren, »*das hätte auch was mit Integration zu tun*« (O-Ton Ziel), wurde den Flüchtlingen nichts angeboten. Jetzt planen sie, sich direkt an die Bundesregierung und das UNHCR zu wenden. Ausserdem sollen Demonstrationen stattfinden und Kontakte im ganzen Bundesgebiet aufgebaut werden.

Unterstützung?!

Schon einmal, Anfang der 90er Jahre reagierten Flüchtlinge mit selbstorganisiertem Widerstand auf rassistische Angriffe – vor allem in Ostdeutschland. Damals verliessen ganze Flüchtlingsgruppen die Heime im Osten, in die sie zwangsverlegt wurden.

Mit Hilfe von UnterstützerInnen aus der autonomen Antifa- und Antirabewegung besetzten sie Kirchen, wie beispielsweise in Norderstedt, und die TU Berlin, demonstrierten und machten Öffentlichkeitsarbeit. Doch ihre Forderungen wurden nur ansatzweise erfüllt; oft gaben die Flüchtlinge aufgrund der zugespitzten Bedingungen, interner Streits und Widersprüchen zwischen autonomen und bürgerlich-kirchlichen UnterstützerInnen auf. Heute haben sich die Lebensbedingungen für Flüchtlinge durch die de-facto-Abschaffung des Asylrechts und das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz noch erheblich verschlechtert. Doch die Unterstützung aus der autonomen Antifa- und Antirabewegung für Flüchtlinge in Ostdeutschland gibt es nur noch vereinzelt und im Umkreis von größeren Städten. Stattdessen sind es vielerorts Organisationen wie die Flüchtlingsräte, die diese Arbeit organisieren.

Die Initiative der Flüchtlinge aus Rathenow und anderen Brandenburger Städten ist nach langen Jahren des isolierten Widerstands von Einzelnen ein neuer Versuch der direkt Betroffenen, gemeinsam gegen staatlichen Rassismus zu kämpfen. Lassen wir sie nicht alleine! ■

Flüchtlinge in Berlin wehren sich gegen die Vertreibungspolitik des Senats und das Berliner DRK

»Wir sind Menschen und wir wollen wie Menschen behandelt werden«



Flüchtlinge bei Protesten gegen das Asylbewerberleistungsgesetz in Berlin

Chronologie der Protestaktionen

Seit Juni '99 wehren sich Flüchtlinge in Berlin gegen die sog. Vollverpflegung, z.B. Fertigessen in Plastik, in vier Heimen. Drei Heime unterstehen dem Berliner Roten Kreuz, ein Heim wird von einer Tochterfirma der Arbeiterwohlfahrt (AWO) geführt. Am 1. Juni '99 wurden diese Heime auf Fremdverpflegung umgestellt, um eine weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge durchzusetzen und sie zur Rückkehr zu zwingen. Der überwiegende Teil der betroffenen Flüchtlinge kommt aus Ex-Jugoslawien, aus Bosnien, Serbien und Kosovo.

Einen Tag nach der Umstellung blockierten Flüchtlinge die Straße vor einem Heim, um gegen diese Politik der Vertreibung und Entmündigung zu protestieren. In den nächsten Tagen verweigerten sie in verschiedenen Heimen das Fertigessen. Das Berliner DRK als Träger der Flüchtlingslager – alte Kasernen und ein Krankenhaus mit 400 bis 500 Plätzen – versuchte daraufhin, Gespräche mit den HeimbewohnerInnen zu führen, an denen auch das Berliner Bündnis gegen das Asylbewerberleistungsgesetz und der Berliner Flüchtlingsrat beteiligt waren. Die Flüchtlinge kritisierten und kritisieren vehement die Fremdverpflegung, weil sie ihr gewohntes Essen nicht mehr selbst kochen können, das angebotene Essen eintönig und zu wenig ist, Kinder die Nahrungsaufnahme teilweise ganz verweigern und abnehmen. Sie kritisieren weiter die katastrophalen hygienischen Verhältnisse – es gibt keine getrenntgeschlechtlichen Waschräume und Toiletten, die Türschlösser funktionieren z.T. nicht etc. Das verantwortliche DRK Berlin machte unmißverständlich klar, dass die Fremdverpflegung vertraglich mit dem Bezirksamt Spandau geregelt ist und es nicht in der Lage sei, hier eine Veränderung vorzunehmen. Bezüglich der sanitären Verhältnisse versprachen sie Abhilfe, praktisch passierte allerdings nichts. Alle Gespräche verliefen ergebnislos.

Die Flüchtlinge fordern:

- Abschaffung der Fremdverpflegung
- Sofortige Auszahlung der Sozialhilfe in bar
- Uneingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung
- Freie Wahl der Unterkunft
- Kein Aushungern und kein Entzug der Unterkunft von Flüchtlingen, um die Rückkehr zu erzwingen
- Abschaffung des Arbeitsverbotes
- Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) !

Ende Juli verlangten die Flüchtlinge in der Hauptgeschäftsstelle des Berliner DRK ein Gespräch mit der Geschäftsführung. Diese war dazu nicht bereit, sicherte aber einen Termin zu, den es bis heute nicht gegeben hat.

Eine Protestkundgebung im August bei Sozialsenatorin Frau Hübner verlief ebenfalls erfolglos. Anfang September fand eine Kundgebung vor dem Bezirksamt Spandau statt, bei dem der Leiter des Sozialamtes deutlich sagte, dass er auch ganz persönlich hinter der rigiden Umsetzung des AsylbLG steht. Anschließend zog ein Demonstrationszug zum Rathaus Spandau.

Bei einem Gespräch am 29. September '99 im Sammellager Buchholzer Straße ließ das Berliner DRK die Kritik und die Forderungen der BewohnerInnen an sich abprallen, worauf die Flüchtlinge sofort ihren Hungerstreik erklärten. Am 30. September '99 begannen 180 Flüchtlinge einen Hungerstreik, in dessen Verlauf weitere Aktionen gegen das DRK Berlin und die Senatsverwaltung stattfanden. Trotzdem verlief ein Gespräch mit Frau Hübner, als Verantwortliche für die Berliner Vertreibungspolitik, am 13. Oktober '99 ohne positive Konsequenzen. Sie hielt trotz aller Proteste an ihrer harten Linie fest. Diese Haltung hatte viele Flüchtlinge zutiefst schockiert. Nach drei Wochen unterbrachen die Flüchtlinge den Hungerstreik, weil viele erkrankt und geschwächt waren. Im November fanden dann zwei große, gut besuchte Veranstaltungen statt. Am 20. November '99 beteiligten sich ca. 300 Menschen an einer Demonstration zum UNHCR, wo eine Resolution mit der Bitte übergeben wurde, den Widerstand der Flüchtlinge gegen die Berliner Praxis, sie von Kriegsflüchtlingen zu Wirtschaftsflüchtlingen umzudefinieren, zu unterstützen und öffentlich Stellung zu beziehen. Auch dieses Gespräch blieb bis heute konsequenzlos. Die Flüchtlinge warten immer noch auf konkrete Schritte des UNHCR.

Anfang Dezember initiierte das Bündnis gegen das AsylbLG einen Spendenboykott gegen das Berliner DRK: *»Kein Geld und kein Hemd ans DRK«*. In Tageszeitungen und Veranstaltungsblättern wurden Anzeigen veröffentlicht und breit Plakate geklebt.

Zynismus der Sozialverwaltung

Der Kampf der Flüchtlinge, besonders stark von den Frauen getragen, entzündete sich an dem Entzug von Bargeld und dem Zwang zur Fremdverpflegung. Der

letzte Rest von selbstbestimmtem Leben wurde ihnen genommen, ganz abgesehen davon, dass das Essen schlecht und unzureichend ist. Viele Menschen, besonders Kinder, sind auf Diät und besondere Kost angewiesen. Sie wird verweigert wird, auch wenn Atteste eine Haut-, Magen- oder Darmerkrankung nachweisen. Im Laufe der Monate verschärfte sich das Leben für immer mehr Flüchtlinge, weil ihnen selbst Taschengeld und Fremdverpflegung entzogen wurde. Die Sozialämter übernahmen für Obdachlosigkeit und Essensentzug keinerlei Verantwortung. In einem Brief vom 3. Februar '99 fordert das Landesamt für Gesundheit und Soziales alle Betreiber von Flüchtlingsunterkünften auf, Flüchtlinge ohne Kostenübernahmebescheide auf die Straße zu setzen – wenn nötig auch mit Polizeigewalt. Dieser Brief wurde einige Wochen vor der Bombardierung Jugoslawiens geschrieben und betraf vor allem Flüchtlinge aus dem Kosovo. Die Angst der Flüchtlinge, auf der Straße zu landen und keinerlei medizinische Versorgung zu erhalten, veränderte die Zielrichtung ihrer Proteste: Sie richtet sich derzeit gegen die Politik der Vertreibung und nicht nur gegen die Fremdverpflegung. Neben dem Berliner DRK als Betreiber und Verantwortlichem für die katastrophalen Lebensverhältnisse in den Sammellagern wird die Politik des Senats und der Sozialämter angegriffen. Rechtlicher Hintergrund dieser Politik ist das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Sozialpolitik als Mittel der Vertreibung

1993 wurde dieses Gesetz verabschiedet, das Flüchtlingen, die Asyl beantragen, in den ersten zwei Jahren eine 20% geringere Sozialhilfe zahlt. Mittlerweile sind es real ca. 30% weniger, und selbst die werden nur in Form von Sachleistungen gewährt – bis auf ein Taschengeld von 80,-DM pro Erwachsenem und 40,-DM pro Kind. Eine medizinische Versorgung findet nur in Notfällen statt. Selbstverständlich unterliegen die Betroffenen einem generellen Arbeitsverbot. Allerdings können sie für 2 DM Stundenlohn zu Zwangsarbeiten in den Heimen herangezogen werden.

Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik werden damit Menschen aus dem Bundessozialhilfegesetz ausgeschlossen. Menschen werden nicht mehr gleichbehandelt, sondern es gibt seitdem ein deutsches und ein nicht-deutsches Existenzminimum. Doch dies ist nicht das erste Mal in der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts. Schon 1935 hatte es in einigen Städten und Landkreisen eine 20%ige Absenkung des Fürsorgesatzes für *»sozial nicht vollwertige Gemeinschaftswidrige«* gegeben und Sachleistungen statt Bargeld. 1941 wurde diese Politik reichsweit festgeschrieben. Damals wie heute orientiert sich die Sozialpolitik nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern an den Interessen des Staates, Menschen zu stigmatisieren und auszugrenzen. 1997 und 1998 wurde das AsylbLG jeweils novelliert, d.h. verschärft. Ab dem 1. Juli '97 erhielten alle Flüchtlinge generell für drei Jahre reduzierte Leistungen. Die zweite Novellierung hat den §1a kreiert, der den Sozialämtern die Möglichkeit gibt, Flüchtlingen zu unterstellen, dass sie nur in die Bundesrepublik gekommen sind, um Sozialleistungen zu beziehen. Damit werden z.B. Kriegsflüchtlinge zu Wirtschaftsflüchtlingen umdefiniert. Der §1a verfügt über ein abgestuftes System, Vertreibung und Disziplinierung durchzusetzen, das völlig willkürlich gehandhabt wird. Konkret bedeutet dies:

- Entzug von Bargeld und Einweisung in Sammellager mit Fremdverpflegung.
- Kürzung oder gänzliche Streichung des Taschengeldes.
- Verweigerung von Krankenscheinen.
- Generelle Leistungsstreichung.

Durch die Proteste hat sich eine breite Unterstützung entwickelt. ÄrztInnen haben Behandlungen ohne Krankenschein übernommen und fordern selbst die Kosten vom Sozialamt ein. Politische Gruppen und Einzelne entwarfen und verklebten Plakate, begleiteten Flüchtlinge auf die Ämter, verschickten Protestschreiben, veranstalteten Spielaktionen mit den Kindern, sammelten Geld usw. Viele Kontakte zwischen den Flüchtlingen und anderen sind entstanden. Neben öffentlichen Protesten gab es auch klandestine Aktionen, z.B. wurde das Sozialamt Tiergarten mit Buttersäure gestraft. Immerhin wurde mit diesem halben Jahr Widerstand erreicht, dass die Vertreibung von Flüchtlingen in der öffentlichen Diskussion präsent ist. Einzelne Sozialämter verlegen Flüchtlingsfamilien in Heime ohne Fremdverpflegung, dort erhalten sie wieder die Chipkarte oder Bargeld. Trotz heftiger Legitimationsprobleme seiner Flüchtlingspolitik in der Öffentlichkeit, hat das DRK Berlin die Verträge mit der Senatsverwaltung, in denen Fremdverpflegung festgeschrieben ist, freiwillig um ein halbes Jahr verlängert.

Das bedeutet, dass das DRK Berlin auch zukünftig im Zentrum der Kritik stehen wird. Mit der Politik von Sozialhilfestreichung bis zur Obdachlosigkeit sollen die Sozialämter die Flüchtlinge zur sog. *»freiwilligen Ausreise«* bewegen. Viele Kriegsflüchtlinge wurden auf den Ämtern zu Unterschriften unter Papiere genötigt, mit denen sie ihrer Ausreise zustimmen mussten, auch wenn heute in ihren Herkunftsgebieten alles zerstört ist, ihre Häuser abgebrannt und keine Perspektive außer Hunger und erneuter Vertreibungsdruck sichtbar sind. Für das Frühjahr ist sind bundesweit mit Abschiebungen und Vertreibungen nach Ex-Jugoslawien zu rechnen. Betroffen sind ca. 180 000 Menschen. Erkundigt Euch in Eurer Region über die Vertreibungspolitik, besucht Flüchtlingsheime und unterstützt die Flüchtlinge! ■

»Ende des normalen Alltags«

Es passiert tagtäglich: Ein Mann vergewaltigt eine Frau – sie kann alt, jung, dick, dünn, intelligent, vorlaut oder zurückhaltend sein. Der Täter kann ein Unbekannter, eine flüchtige Bekannschaft, ein Freund, ihr Lebensgefährte, ihr Vater, Ehemann oder ein Genosse sein. Die meisten der Täter sind den betroffenen Frauen nicht unbekannt. Sie kommen aus deren engeren Bezugsfeld. Es passiert immer wieder – in »ganz normalen« Familien, unter Arbeitskollegen, an der Universität oder nach einer Party – wo auch immer; Vergewaltiger gibt es auch in linken Zusammenhängen. Diese Erkenntnis ist nichts Neues. Selbstkritisch müssen wir anmerken, dass auch das AIB sich höchst unregelmäßig mit dem Komplex »Sexismus/Patriarchat« beschäftigt. Angesichts einer aktuellen Debatte um den Umgang mit Vergewaltigern in der »Antifa-Bewegung« haben wir uns entschieden, unsere eigenen Positionen zur Diskussion zu stellen. Schließlich macht das Patriarchat – also männliche Dominanz und Machtstrukturen – nicht vor »der Szene« oder »der Antifabewegung« – halt.

Im Gegenteil: Mackerverhalten, Dominanz von Männern bei Diskussionen oder Aktionen, interne Gruppenhierarchien, bei denen Frauen sich oft am unteren Ende befinden, sind auch in der Antifabewegung nicht allzu selten. Genauso alltäglich ist es, dass darüber nicht gesprochen wird – es ist Normalzustand. Und wenn Frauen diesen Normalzustand kritisieren, »haben sie ein Problem«, werden sie als »Emanzen« oder »Zicken« abgestempelt. Viele Frauen ziehen es dann vor, den Mund zu halten, sich höchstens untereinander auszutauschen oder organisieren sich nur noch mit Frauen und Lesben. Andere ziehen sich ganz aus politischen Zusammenhängen zurück.

Sexuelle Anmache, Belästigungen und Vergewaltigungen sind Teil des Alltags von Frauen. Damit umgehen zu müssen oder die Folgen einer Vergewaltigung, bestimmen das Leben vieler Frauen. Keine Frau will Opfer werden – keine Frau, vor allem nicht Frauen in linken oder Antifazusammenhängen, will sich als »Opfer« stigmatisieren lassen. Denn Opfer gelten gemeinhin als schwach, haben nicht aufgepasst, sind selber schuld, waren zu langsam, zu unvorsichtig, und haben nicht deutlich genug »NEIN« gesagt.... . Eine Frau, die sagt, sie ist vergewaltigt worden, weiß, was sie danach erwartet: Ihr wird mißtraut. Sie ist diejenige, die sich rechtfertigen muß – in ihrem Freundeskreis – »*der Typ ist doch total nett*« –, in ihrem politischen Zusammenhang – »*der Mann ist doch ein wichtiger Genosse*« –, vor Unbekannten, die meinen, dass sie »*doch nur eine Schlampe ist, die mit jedem ins Bett geht*«. Noch einmal: Keine Frau setzt sich grundlos der Situation aus, sich immer wieder dafür rechtfertigen zu müssen, dass sie einen Mann, der ihre Grenzen verletzt und überschritten hat, als Vergewaltiger bezeichnet. Sie weiß, dass sie Details dieser Verletzungen darbieten muß – um »glaubwürdig« zu sein, damit andere Frauen und Männer »nachprüfen« können, »*ob es wirklich eine Vergewaltigung war*«.

An diesem Punkt unterscheiden sich Frauen aus linken und Antifazusammenhängen im übrigen nicht sonderlich von sogenannten »bürgerlichen« Frauen. Auch im bürgerlichen Alltag haben die wenigsten Vergewaltigungen juristische Konsequenzen. Die meisten vergewaltigten Frauen haben Angst davor, vor Polizeibeamten, Staatsanwälten, Richtern und Verteidigern ihre intimsten Verletzungen zu wiederholen, zerpflückt zu werden und wahlweise als »*unglaubwürdig*«, »*rachsüchtig*«, »*nuttenhaft*« oder »*psychisch labil*« abgestempelt zu werden. Deswegen werden die meisten Vergewaltigungen nicht bekannt. Sie bleiben »Privatsache« der betroffenen Frau.

Das Schweigen der Opfer ist die Macht der Täter

Frauen schweigen zu alltäglicher Gewalt, sie schweigen zu Vergewaltigungen: Aus Angst, aus Scham, aus Hilflosigkeit, aus Angst vor sozialer Isolation. Wenn eine Frau aus linken oder Antifazusammenhängen das Schweigen über eine Vergewaltigung bricht, kann das unterschiedliche Gründe haben: Die Frau will sich in einem sicheren Raum bewegen können, in dem sie dem Täter nicht begegnen muß. Sie will Bewegungsfreiheit und einen Raum, den sie bestimmt. Das Outen von Tätern in der Linken und in Antifazusammenhängen hat vor allem einen Grund: Der Schutz der Frauen und ihr Recht auf einen sicheren, selbstbestimmten Raum. Wenn der Täter aus dem politischen Zusammenhang ausgeschlossen wird oder in Kneipen, Wohngemeinschaften oder in Projekten unerwünscht ist und ihm Hausverbot erteilt wird, geht es darum, die betroffene Frau zu respektieren. Das bedeutet auch, sie in ihren Forderungen, wie mit dem Vergewaltiger umgegangen werden soll, zu respektieren. Und es geht darum, dem Vergewaltiger Grenzen aufzuzeigen und ihm die Unterstützung zu entziehen.

Eine Vergewaltigung ist eine Erfahrung, die eine Frau ihr ganzes Leben lang begleitet und bestimmt – keineswegs »nur« in ihrem weiteren Umgang mit Männern. Im Gegensatz dazu ist eine Vergewaltigung für die meisten Täter keine bleibende Erfahrung – entweder, weil sie ohnehin mit Frauen wie mit beliebig verfügbaren Objekten umgehen, oder weil sie »*gar nicht gemerkt haben, dass ich da eine Grenze überschritten habe*« oder weil sie »*das alles gar nicht so schlimm fanden, schließlich ist sie doch mit mir ins Bett gegangen.*« Für die wenigsten Täter ist es überhaupt notwendig, sich mit der Vergewaltigung auseinander zu setzen; denn ihr Opfer wird ihnen in den meisten Fällen aus dem Weg gehen und versuchen, den Kontakt abzubrechen.

Viele Frauen aus linken oder Antifazusammenhängen ziehen es vor, eine Vergewaltigung und den Täter nicht öffentlich zu machen. Einige Gründe dafür sind schon genannt worden. Es gibt noch andere Gründe: Frau fühlt sich schuldig und mitverantwortlich dafür, »*dass es dazu kommen konnte*«; oder Frau schätzt den Mann nach wie vor als Menschen, will ihm »*noch 'ne Chance geben*« und sucht nach einer anderen Form des Umgangs mit der Vergewaltigung und dem Vergewaltiger: Sie bittet ihre Freundinnen oder seine Freunde, sich mit dem Mann auseinander zu setzen; sie fordert, dass der Mann aus ihrem Umfeld verschwinden soll und dass ihre FreundInnen und GenossInnen dafür sorgen sollen, dass der Mann sich daran hält. Sie fordert von dem Mann, dass er sich in eine Therapie begibt und sich mit seinen Täterstrukturen auseinandersetzt ... Oder eine Frau entschließt sich, die Vergewaltigung öffentlich zu machen und den Mann als Vergewaltiger zu »outen«. Was dann passiert, wurde schon geschildert. In den wenigsten Fällen wird der Frau geglaubt, sie muß sich rechtfertigen und endlosen Diskussionen unterziehen. Manchmal passiert dann trotzdem das, was die Frau von Anfang an gefordert hat: Der Mann wird aus politischen Zusammenhängen ausgeschlossen, der Frau wird zugestanden, darüber zu bestimmen, wo sich der Mann aufhalten kann und wo nicht. Doch in den meisten Fällen passiert – außer endlosen Diskussionen, Papierkrieg und Schlammschlachten – gar nichts. Der Mann kann sich weiterhin überall ungehindert bewegen; die Frau ändert ihre Lebenszusammenhänge, steigt aus ihrer Po-

litgruppe aus und verabschiedet sich nach und nach von ihren FreundInnen.

Warum ist es sinnvoll, Vergewaltiger aus politischen Zusammenhängen auszuschließen?

Einer der Gründe ist Respekt vor der Frau – um ihr einen Raum zu geben bzw. zu lassen, in dem sie nicht mit dem Täter – und damit der Vergewaltigung – konfrontiert ist. Es gibt noch weitere Gründe: Erst dann wenn die Normalität im Alltag des Vergewaltigers durchbrochen wird, wird er ansatzweise in der Lage sein, die Konsequenzen der Vergewaltigung zu erkennen und seine eigenen Strukturen zu bearbeiten. Kein Mann, der einfach »so weitermacht wie bisher« und vielleicht noch schnell ein Papier mit Freunden diskutiert, kann ernsthaft behaupten, er setze sich mit seinen Täterstrukturen auseinander. Ein »Ende des normalen Alltags« ist der Anfang einer Auseinandersetzung. Welche Form diese Auseinandersetzung dann annimmt, kann sowohl von der betroffenen Frau, als auch dem politischen oder sozialen Zusammenhang des Vergewaltiger bestimmt werden. Diese Auseinandersetzungen sind zumeist zeitlich begrenzt: Entweder, weil die Frau oder ihre FreundInnen oder die Freunde des Mannes oder der politische Zusammenhang irgendwann den Eindruck haben, der Mann hat sich tatsächlich mit seinen Strukturen auseinandergesetzt; oder weil der Mann diese Auseinandersetzungen abbricht ... In vielen Fällen werden Vergewaltiger nach Absprache mit den betroffenen Frauen ersteinmal »beurlaubt« – mit der Möglichkeit, nach einer Auseinandersetzung in Absprache mit der betroffenen Frau seinen sozialen und politischen Alltag wieder aufzunehmen. Vergewaltigung ist kein individueller Akt, der sich im privaten Kämmerchen abspielt: Vergewaltigungen spiegeln gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse wieder, in denen Frauen zu Objekten degradiert werden; in denen der Lustgewinn von Männern darin besteht, Macht über einen anderen Menschen zu haben. Denn bei Vergewaltigungen geht es um Macht und Verfügungsgewalt und keineswegs – wie es die bürgerlichen und sonstigen Medien gerne behaupten – um Sexualität. Dementsprechend ist eine Vergewaltigung innerhalb linker Zusammenhänge auch keine private Angelegenheit zwischen der betroffenen Frau und dem Vergewaltiger, sondern betrifft den gesamten Zusammenhang.

Warum wir keine Definition von Vergewaltigung in diesem Artikel geben

Anlaß für diesen Artikel ist auch ein Papier der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) – »Die neue Sachlichkeit« –, das ein Jahr, nachdem ein Mann, der von der betroffenen Frau als Mitglied der AAB bezeichnet wurde, als Vergewaltiger geoutet wurde, veröffentlicht wurde. Wir empfinden diese Stellungnahme als gravierenden Rückschritt in der Diskussion um patriarchale Strukturen und den Umgang damit in der Antifabewegung. In der Stellungnahme der AAB wird eine *»gängige Kopplung von Definitionsrecht* [der Frau] *und Sanktionsrecht* [gegenüber dem Täter, Anm. d. AIB]« abgelehnt. Das Papier ent-



hält keinerlei kritische Auseinandersetzung mit eigenem Verhalten in der Gruppe oder in der Szene. Es ist aufgemacht, als ob es patriarchales Verhalten in der Szene nicht gäbe und das Problem allein darin bestünde, ein formales Verfahren nach einem »bedauerlichen Vorfall« zu entwickeln. Es ist aber eine der wenigen Errungenschaften der feministischen Bewegung der letzten dreißig Jahre, dass in linken und antifaschistischen Zusammenhängen den betroffenen Frauen das Definitionsrecht darüber zugestanden wird, was sie als Vergewaltigung, als Übergriff oder sexistische Anmache definieren. Dieses Definitionsrecht – das sich bewußt nicht am bürgerlichem Gesetzbuch orientiert – ist auch ein Machtzugeständnis an Frauen innerhalb einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft und linken Bewegung.

Jede Frau hat andere Grenzen – die sich aus ihrer Geschichte, ihren Erfahrungen, ihrem Gefühl zu ihrem Körper etc. bestimmen –, und jede Frau hat ein Recht auf die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, darauf, dass die Grenzen, die sie setzt, respektiert werden. Um es klar zu sagen: Wenn eine Frau eine Grenzverletzung als Vergewaltigung bezeichnet, weil sie diese als solche empfunden hat, handelt es sich um eine Vergewaltigung. Wer diesen Grundsatz hinterfragt, in Frage stellt oder gar als unsachlich bezeichnet, da keine objektiven Kritieren vorliegen würden, der stellt sich außerhalb eines Konsens, der immer – wenn auch oft uneingelöster – Grundbestandteil gemischter antifaschistischer Zusammenhänge und Praxis war. Um diesen Konsens immer wieder zu ringen, halten wir für absolut notwendig. Zu diesem Konsens gehört auch, dass der Umgang mit Vergewaltigungen und Vergewaltigern aus der Sicht von Frauen bestimmt wird – und nicht aus der Perspektive der Täter. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass in anderen Bereichen von Antifa-Arbeit – beispielsweise in der Jugendarbeit – dieser Konsens, dass Jugendarbeit sich an den Bedürfnissen der potentiell Betroffenen orientiert und nicht zum Täterschutz wird – nicht hinterfragt wird ...

Sanktionen versus Schutz

In ihrem Papier behauptet die AAB, die Sanktionen, mit denen Vergewaltiger innerhalb linker und antifaschistischer Zusammenhänge bedroht würden, seien mindestens so schlimm wie strafrechtlich sanktionierte Strafen – schließlich drohe den Tätern lebenslanger Ausschluß aus allen politischen und sozialen Zusammenhängen. Einmal abgesehen davon, dass die wenigsten Täter lebenslang aus linken Zusammenhängen ausgeschlossen werden – entweder, weil die betroffene Frau dies nicht fordert, oder weil sie ohnehin nicht ausgeschlossen werden – umgehen viele Vergewaltiger ihnen lästige Auseinandersetzungen einfach dadurch, dass sie in eine andere Stadt ziehen und dort so weitermachen wie vor dem »Outing«. Zum anderen gibt es einen eklatanten Widerspruch im Verständnis davon, warum Vergewaltiger aus politischen Zusammenhängen ausgeschlossen werden. Während die AAB dies als »Sanktion« bezeichnet, bezeichnen wir dies als Schutz für die betroffene Frau. Dem liegt ein fundamental unterschiedliches politisches Grundverständnis zugrunde: Auch antifaschistische Arbeit hat als Kern keineswegs den Sanktionsgedanken für Neonazis und Rassisten; im Vordergrund steht der Schutz der Betroffenen und die Notwendigkeit, Freiräume für nicht-rechte Jugendliche, Flüchtlinge, MigrantInnen etc. zu schaffen – was eine ganze Bandbreite von Aktionsformen miteinschließt. ■

Anmerkung der Redaktion: Wir haben nach langen Diskussionen innerhalb der Redaktion entschieden, die Stellungnahme der AAB nicht zu veröffentlichen, da wir kein Interesse an einer Schlammschlacht haben, sondern mit unseren eigenen Standpunkten eine dringend notwendige Diskussion innerhalb der Antifabewegung anschieben möchten. Wer das AAB-Papier »Die neue Sachlichkeit« lesen möchte, kann dies in der interim Nr. 493 tun.

Reserve hat Ruh

Gastbeitrag von Otto Köhler

Nun, da das Hamburger Institut für Sozialforschung die Wehrmachtsausstellung fürs Erste los ist, kann es sich ganz seiner eigentlichen Aufgabe widmen: Propaganda für die Berliner Republik und ihre Eliten zu machen.

Ostersamstag 1999. Vorsorglich hat Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping weitere Tornados zur Verfügung gestellt, die Luftangriffe können zum Osterfest verstärkt werden: Erstmals seit 1941 bombardiert die deutsche Luftwaffe wieder Jugoslawien. In Köln eröffnet die Bürgermeisterin Renate Canisius (SPD) am elften Tag des dritten deutschen Krieges eine Ausstellung : »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«. Sie steckt das Gelände ab. Es sei »*hier nicht der Ort*«, klärt sie auf, die »*in den Auseinandersetzungen im Kosovo gefällten Entscheidungen erneut zu erörtern*«. Sie begründet vielmehr, warum sich die Bundeswehr am Krieg gegen Jugoslawien beteiligt und warum »*wir alle Vertrauen in den Geist unserer Bundeswehr*« haben sollten: »*Erstmals*« sei auch »*unsere Bundeswehr*« an dem Versuch beteiligt, »*mit Waffengewalt eine Schneise zum Frieden zu schlagen*«. Und sie verlangt von ihren Zuhörern, von denen nur wenige protestieren: »*Lassen Sie uns auch in diesem Geiste des Schutzes der Menschenwürde die heute zu eröffnende Ausstellung betrachten.*«

Aus einer zunächst lediglich als hausinterne Fotowand des Hamburger Instituts für Sozialforschung geplanten Dokumentation war Anfang 1995 eine große Ausstellung über den deutschen Vernichtungskrieg im Osten geworden. Ihre These vom verbrecherischen Charakter der Institution Wehrmacht war unter ernsthaften – es gibt genug andere – Historikern nicht mehr umstritten. Auch das Militärgeschichtliche Forschungsamt Freiburg, damals noch unter Manfred Messerschmidt, hatte sie in vielen seiner Bücher und Aufsätze längst bestätigt. Doch in der Öffentlichkeit bestand weiter das Bild von der sauberen Wehrmacht, das in den Jahrzehnten nach dem Krieg von den Memoiren der Generäle, den von Springer verbreiteten Schriften des ehemaligen NS-Propagandisten Paul Carrell (Unternehmen Barbarossa), den Landserheften und der Volksaufklärungstätigkeit der Bundeszentrale für Heimatdienst (heute: für politische Bildung) gepflegt wurde. Damit hat die von einem Team unter Hannes Heer gestaltete Wehrmachtsausstellung aufgeräumt. Ihren Erfolg aber verdankte sie dem CSU-Extremisten Peter Gauweiler, der in München alles, was rechts ist, gegen sie mobilisierte.

Die Ausstellung hat in diesem Lande aufgeklärt über etwas, was alle Welt weiß – nur bis dato eben die Deutschen nicht: daß die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation war. Wie viele in diesem Land habe ich die Ausstellung, vor allem die Reaktion der Öffentlichkeit auf sie, bestaunt, die Tatsache, dass nahezu 900.000 Menschen sie in 34 Städten aufsuchten, diskutierten und endlich zu begreifen schienen, was die Wehrmacht war. Doch spätestens mit dem dritten deutschen Angriffskrieg in diesem Jahrhundert und dem nahezu synchronen künstlichen Koma, in das der Veranstalter, das Hamburger Institut für Sozialforschung, die Ausstellung durch ihre vorläufige Schließung versetzt hat, zeigt sich, welche List der historischen Unvernunft hinter ihr steckt(e).

Denn geplant war sie nicht so, wie sie schließlich wahrgenommen worden ist. Ich hätte vorsichtig sein müssen, aber ich hatte, als ich im Frühjahr 1995 die Ausstellung zum ersten Mal sah, vergessen oder verdrängt, was ich im November zuvor erlebt hatte. Im Institut hatte es damals eine Ausstellung zu Ehren des schon vor Jahrzehnten aus der Emigration nach Hamburg zurückgekehrten, aber nie angekommenen 85jährigen Künstlers und Kritikers Arie Goral-Sternheim gegeben. Zu seiner Ehrung diskutierten der Institutsangestellte Wolfgang Kraushaar und sein Chef Jan Phillipp Reemtsma die Frage »*Gibt es nach 1989/90 noch eine Linke?*« Sie waren sich einig, und Goral war entsetzt über diese Ehrung: Es war die Beerdigung des linken Projekts, das manche noch immer im Hamburger Institut für Sozialforschung verkörpert sehen.

Anderes war längst angelaufen: »*Projekt 1995. Zivilisation und Barbarei, Zwischenbilanzen zu einer Gewaltgeschichte des 20.Jahrhunderts*«. Das Projekt sollte den Schlüssel dazu finden, »*was im 20. Jahrhundert falsch gelaufen*« ist, und entdeckte Auschwitz, den Gulag und Hiroshima als »*exemplarische Trias*« der als »Rätsel« bezeichneten »*Makroverbrechen*«, denen nun eine »*Makrotheorie*« beikommen sollte (vgl. Karl Heinz Roth: Geschichtsrevisionismus. Konkret-Texte 19). Daraus ist nicht viel geworden, allenfalls zur Wiederauflage der altbewährten Totalitarismustheorie hat es gereicht. Wolfgang Kraushaar erforschte den »*Bedeutungshof der Totalitarismustheorie*« und verstand sich dabei als »Tabubrecher«: »*Ich will die Totalitarismus-Theorie der 50er Jahre nicht reaktivieren, aber ich will sie für neue Untersuchungen fruchtbar machen.*« Seither fragt er, das ist eine anstrengende Beschäftigung, nach dem »*libidinösen Kitt totalitärer Regime*«. Inzwischen ist man im Institut beim »*Geschichtstotalitarismus der französischen Revolution*« von 1789 angekommen.

Während die Untersuchungen der »*Chiffren der Gewalt im 20. Jahrhundert*« vor sich hindümpeln, war als Nebenprodukt des »Projekts 1995« die Ausstellung über den deutschen Vernichtungskrieg entstanden, die das Institut berühmt gemacht und in Westdeutschland die Legende von der sauberen Wehrmacht gekippt hat. Aber war die enorme öffentliche Resonanz auf ihre Wehrmachtskritik tatsächlich im Interesse der Beteiligten?

Reemtsma zur »Welt«: »*Das Schicksal dieser Ausstellung ist ihre öffentliche Aneignung. Die hat dazu geführt, dass vieles, was Wirkung der Ausstellung ist, ihr als Intention angerechnet wird.*«

Sein Institut war längst ein anderes geworden, mit anderen Intentionen. Es ist heute Think-Tank der rot-grünen Kriegskoalition, mit Mitarbeitern, die beflissen das Geschäft der Politikberatung erledigen und Propaganda für die Berliner Republik treiben. Und so schloß das Nein zur Wehrmacht ein Ja zum Krieg gegen Jugoslawien ein.

Am 27. April 1999 rief Wolfgang Kraushaar in der »taz« zur bedingungslosen Parteinahme auf: Wer glaube, er könne sich hier – »*bei einem gegen eine völlig wehrlose Zivilbevölkerung gerichteten Vertreibungskrieg*« – neutral, friedensstiftend oder diplomatisch verhalten, der mache sich zum »*Komplizen eines Massenmordregimes*«. Enzensberger habe recht, wenn »*er in der Militärintervention der Alliierten eine Art Existential der Bundesrepublik zu erkennen glaubt*«.

Und Heinz Bude, Leiter des Institutsbereichs »Politik und Gesellschaft der alten und neuen Bundesrepublik«, der mehr und mehr als eine Mischung von Anchorman und Schamane der Hamburger Politikberater von sich reden macht, hat gleich »*Nach dem Krieg*« , so die Überschrift seiner Betrachtung in der »Süddeutschen Zeitung« vom 14. Juni, Erwägungen über den kriegsbedingten »*Stilwechsel in der Performanz*« der »*neuen Politikergeneration*« angestellt. Bilanz: Wer sich für den Krieg einsetzte, hat gewonnen. Am meisten Rudolf Scharping, der »*als Verteidigungsminister wohl den größ-*

ten Glaubwürdigkeitsgewinn zu verbuchen« habe. Man nehme ihm, ab dass er *»unsere Soldaten«* – so Bude wörtlich – nicht leichtfertig aufs Spiel setzte: *»Scharping trägt an der Last des Ältesten, der an Stelle des Vaters Sorge für seine Geschwister zu tragen hat. Das ist keine freudig gewählte Aufgabe, sondern eine Obligation natürlicher Vergemeinschaftung. Als psychodynamische Führungsfigur verkörpert Scharping die Transformation der großen patriarchalischen Brüderlichkeit in eine kleine, aber unnachgiebige Geschwisterlichkeit.«*

Und so geht es mit den Geschwistern weiter. Der Flüchtlingsjäger Otto Schily *»gewinnt Glaubwürdigkeit aus Undurchsichtigkeit und Uneindeutigkeit«* und könne wie kein anderer in der jetzigen Regierung *»partikularistische Interessenwahrung mit universalistischer Werteverpflichtung in Einklang«* bringen. In Joschka Fischer *»erfüllt sich ein Drama der Versöhnung«*. Er sei der *»Staatsmann seiner Generation geworden, in dessen Gesicht der Schmerz steht, der mit dem Abschied von dem schönsten Projekt der alten Bundesrepublik verbunden ist«*. Und Gerhard Schröder sei *»mit der Entscheidung für das erste militärische Engagement der Deutschen außerhalb des Landes nach 1945«* das *»Kellerkind«*, das *»sich jetzt im Ernstfall bewähren«* konnte.

Bude hatte bereits vor der letzten Bundestagswahl eine *»Generation Berlin«* als *»Vorbereitungsbegriff für den politischen Wechsel«* ausgerufen. Die per Regierung in der gesamtdeutschen Republik angekommenen 68er brauchen intellektuelle Unterstützung, meint Bude, sie seien *»angewiesen auf eine neue Generation von Stichwortgebern und Praxisvirtuosen, die ihnen die Impulse und Leitbegriffe liefern könne. Es wird viel davon abhängen, inwieweit die 68er auf der Vorderbühne die Chance ergreifen, die Generation auf der Hinterbühne für sich zu gewinnen. Voraussetzung dafür ist eine sensible Stichwortdurchlässigkeit des führenden Personals.«*

Die Hinterbühne ist das Hamburger Institut für Sozialforschung. Es hat mit der Wehrmachtsausstellung – das ist die fürchterliche List der Unvernunft – die Wehrmacht historisch gemacht, zu einem Phänomen, mit dem die Bundeswehr nichts zu tun hat, die eben deshalb heute wieder Kriege führen darf, ja soll, nein muß.

November 1999. In Berlin spricht ein Amtsgericht den 45jährigen Dozenten Dr. Wilfried Kerntke frei, der öffentlich alle am Kosovo-Krieg beteiligten Soldaten der Bundeswehr aufgefordert hatte, ihre Einsatzbefehle zu verweigern, sich von der Truppe zu entfernen und sich gegen den Krieg aufzulehnen. Zur gleichen Zeit verkündet Prof. Dr. Reemtsma in einem Vortragsraum seines Instituts vor der geladenen Presse ein – er spricht von mindestens drei Monaten – Moratorium der Wehmachtsausstellung und legt ein Sündenbekenntnis ab: *»Es gibt handwerkliche Fehler, die hätten vermieden werden können, und es gibt Probleme des Materials, die man hätte in der Ausstellung auch besser spiegeln müssen.«* Und es gebe einen nachgewachsenen Forschungsstand, der eingearbeitet werden müsse.

Die Schließung der Ausstellung kam nicht von ungefähr. Eine Woche vor Reemtsmas Frontbegradigung hatte die »Zeit« auf der Titelseite gepredigt, *»das archaische Bildverbot (Du sollst dir kein Bildnis machen!)«* habe *»schon etwas für sich«* gehabt. Ihr Autor Leicht entschloß sich darum zu einem in seinen Augen nur *»scheinbar unziemliche[n], fast skandalöse[n]«*, in Wirklichkeit also völlig angebrachten Vergleich: *»Als die A-Klasse einer bestimmten Automarke den 'Elchtest' nicht bestand, wollten die meisten Manager mit einzelnen Notgriffen flicken, zurechtfummeln, nachbessern – jedenfalls möglichst unverdrossen weitermachen, mit dem Kopf durch die Wand der Zweifel. Bis der Konzernchef einsam entschied: Schluß mit der ganzen Produktion, bis die Sache von Grund auf stimmt. Dieser Entscheid rettete alles.«*

Was gut ist für DaimlerChrysler, ist gut für die Wehrmachtsausstellung. Leichts Schlußfolgerung: *»Die Ausstellung wird aus dem Verkehr gezogen. Bis sämtliche Bilder, die Verbrechen der Wehrmacht bezeugen sollen, unter Mitwirkung sämtlicher verfügbarer Experten auf den Kern jener Stücke reduziert worden sind, an denen niemand mehr zweifelt.«* Niemand? Auch nicht jene Historiker, die die Ausstellung von Anfang an zum Teufel gewünscht haben? Bis sie am Ende so aussieht, dass keiner mehr widerspricht? Ein deutsches Markenprodukt wie Mercedes?

Vier Tage nach der Anregung aus dem Hamburger Pressehaus stoppte Reemtsma die Arbeiten an den notwendigen Korrekturen der Ausstellung, deren nächste Station Braunschweig hätte sein sollen. Nach weiteren zwei Tagen, am Vorabend seiner Pressekonferenz, ließ er auch die Arbeiten für die geplante Präsentation in den USA einstellen. Dabei war er auf den Ausstellungsort New York besonders stolz gewesen. Manches war schon umgestaltet worden. Die große zentrale Installation der Ausstellung – das Eiserne Kreuz, auf dem die Mordbefehle und die Bilder von der Judenvernichtung angebracht waren – hatte verschwinden müssen. Es hätte zu Mißverständnissen führen können. Schließlich wird das Eiserne Kreuz von der Bundeswehr weiter benutzt und soll auch wieder Kriegsorden für die kämpfende Truppe werden – so hatte es jedenfalls schon einen Monat nach Beginn des Kosovo-Krieges der ehemalige Generalinspekteur Klaus Naumann vorgeschlagen. Derselbe, der 1992 einen Bundeswehrauftrag zur *»Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«* durchgesetzt hatte.

Doch Reemtsmas Verzicht auf das Eiserne Kreuz im fernen New York hatte nichts genutzt. Sechs Wochen bevor dort (am 2. Dezember) die Ausstellung hätte eröffnet werden sollen, war die Oktoberausgabe der »Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte« mit dem Aufsatz erschienen, vor dem Reemtsma und der Anfang November schließlich suspendierte Ausstellungsleiter Heer kapitulierten. Die »Vierteljahrshefte« werden vom Münchner Institut für Zeitgeschichte und dessen Chef Horst Möller herausgegeben. Zur Redaktion gehört der Zitel-Mann Manfred Kittel, Verfasser des Werkes »Die Legende von der Zweiten Schuld« (konkret 10/93). Möller war schon im Historikerstreit an Ernst Noltes Seite engagiert, und er hatte von Anfang an gegen die Wehrmachtsausstellung polemisiert. Jetzt aber konnte er mit einem Aufsatz des polnischen Historikers Bogdan Musial auftrumpfen, dem es tatsächlich gelang, falsche Beschriftungen einiger der knapp 1.500 Ausstellungsfotos nachzuweisen. Musial war wegen seiner schon früher vorgebrachten Kritik vom Reemtsma-Institut mit einer Klage überzogen worden.

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die vom ersten Tag ihres nunmehr fünfzigjährigen Bestehens an als *»Stimme Deutschlands in der Welt«* den deutschen Soldaten verteidigt hat – am 1. November 1949 war es der Verbrechergeneral Manstein – , machte ihre erste Seite mit den Vorwürfen Musials auf. Und konnte am nächsten Tag nachlegen mit einer weniger ernstzunehmenden Kritik, die der ungarische Historiker Kristian Ungvary gerade in »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht«, dem Organ des Geschichtslehrerverbandes, veröffentlicht hatte. Sein erkenntnisleitendes Interesse offenbarte Ungvary in einem Interview mit dem Deutschlandfunk: *»Das ist eigentlich mein großer Vorwurf: ganz atypische Situationen werden als Alltagserscheinungen der Wehrmacht gezeigt, obwohl die Wehrmacht als Organisation im Ausland als eine der disziplinierteten Organisationen bekannt ist.«*

Eine Tradition, die »FAZ«-Leser in der Bundeswehr wiedererkennen, denn: *»Die Bundeswehr wurde von Offizieren der Wehrmacht aufgestellt, sie wurde in den ersten Jahren fast ausschließlich von Offizieren und Unteroffizieren der Wehrmacht geführt, ausgebildet und erzogen«*, schreibt ein »FAZ«-Leser und fragt: *»Sollen diese jetzt nachdem sie ihre Schuldigkeit getan haben, aus der viel beschworenen Kameradschaft entlassen werden?«*

Thema verfehlt: Bezüge auf die Soldaten der Bundeswehr hatten die Ausstellungsmacher von Anfang an nicht im Sinn. Hannes Heer erklärte schon im Juni 1995 in der »taz«, warum die Kontinuität der deutschen Militäreliten unberücksichtigt bleiben sollte: *»Das war eine ganz bewußte Entscheidung. Obwohl es auch innerhalb des Teams ganz starke Voten gab, mal zu zeigen, wie diese Wehrmachts-Generäle dann in die Bundeswehr gekommen sind. Aber da haben wir gesagt, dazu sind wir nicht in der Lage. Es hat sich also eine gewisse handwerkliche Bescheidenheit durchgesetzt.«*

Drei Tage vor der Moratoriumspressekonferenz nun hat Institutsmitarbeiter Klaus Naumann (nein, nicht der Ex-Generalinspekteur) dortselbst einen handwerklich hervorragenden Vortrag über die Kontinuität der Militäreliten gehalten, der keinerlei Zweifel ließ, wie die Wehrmachtsgeneräle die Bundeswehr aufbauten. Naumann aber zog ein beruhigendes Fazit: Es sei doch alles gut gegangen, und die Bundeswehr habe heute eine prima demokratische Wehrverfassung.

Mit dem neuen Krieg setzte folgerichtig eine vorsichtige Rehabilitierung des alten ein. Als die Wehrmachtsausstellung im Juni diesen Jahres nach Hamburg zurückkehrte, durfte der lokale CDU-Chef van Beust am Eingang eine Tafel mit Zitaten des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (er hatte 1933 im Reichstag, widerstrebend natürlich, die Hand für Hitler gehoben) aufstellen, die die deutschen Soldaten durch Einbeziehung ihrer *»seelischen Situation«* und ihres *»dauernden inneren Konfliktes«* von der Mittäterschaft entbinden.

Auch die Kölner SPD-Bürgermeisterin hat Anfang April sehr deutlich ausgesprochen, wozu im Zeichen des Krieges unserer Zivilgesellschaft die Ausstellung nicht mehr soll dienen können. *»Meine Damen und Herren«*, sagte sie, *»es geht hier nicht um tausende braver Soldaten und Offiziere der ehemaligen Wehrmacht, die von einer verantwortungslosen Regierung unter einem verbrecherischen Diktator getäuscht wurden, als man ihnen sagte, sie müßten ihr Vaterland verteidigen, und die dann zu Werkzeugen eines Angriffskrieges wurden«*. Es gehe auch nicht um das *»unreflektierte Mitläufertum«*, es gehe vielmehr *»einzig und allein um jene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der ehemaligen Wehrmacht, die ohne Not und auch ohne Skrupel an Greueltaten beteiligt waren"*. Die *ehemalige* Wehrmacht? Ohne Not und ohne Skrupel hat jedenfalls auch Ausstellungsleiter Heer den Taten der neuen Wehrmacht in Jugoslawien zugestimmt. Am 4.11. erklärte er in Hamburg: *»Ich bin ein Befürworter der Intervention gewesen. Ich habe das auch geäußert im Rahmen der Öffnung der Ausstellung (in Köln, O.K.), und ich bin als Privatmann zufällig derselben Meinung wie die Bürgermeisterin. Und das war´s.«*

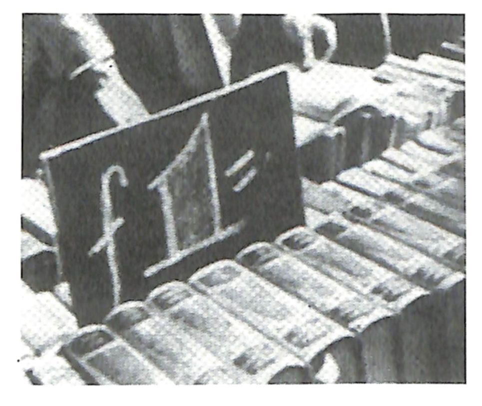
Ob die Ausstellung ihr Moratorium überlebt, ist fraglich. Reemtsma auf der Pressekonferenz: *»Den Ergebnissen dieses Moratoriums soll nicht vorgegriffen werden. Deshalb sage ich es so, wie es ist: Es ist eine offene Situation, Transparenz wird hergestellt sein. Über die Ergebnisse werden Sie unterrichtet. Ich werde vorweg über die Ergebnisse nicht spekulieren.«* Das heißt: Wenn es die Ausstellung wieder gibt, werden nicht einfach Fehler beseitigt, das Thema wird ein anderes geworden sein.

Samstag, 6. November 1999. Die »Welt« fragt Reemtsma: *»Ist es denkbar, dass in der neuen Ausstellung auch die gegenseitige Verschränktheit der nazistischen und der kommunistischen Barbarei thematisiert wird?«*

Reemtsma antwortet: *»Das kann ich mir sehr gut vorstellen.«* ■

Der Gastbeitrag erschien in konkret 12/99 und wurde dem AIB vom Autor zum Nachdruck zur Verfügung gestellt.

Bücher, Broschüren, Zeitungen, Filme



Remath, C.; Schneider, R.: Haare auf Krawall. Jugendsubkultur in Leipzig 1980 bis 1991. Leipzig: Verlag Connewitzer Verlagsbuchhandlung, 1999, 291 S., DM 24,80.

»Die sogenannte DDR-Opposition bestand eben nicht nur aus messianischen Dissidenten, die aus dem Untergrund, hinter Kirchenmauern oder aus Widerstandsnestern gegen das System operierten, sondern aus Menschen, die den DDR Alltag nicht mehr mitgemacht oder sich gewehrt haben. (...) Das Projekt ist kein Jammerbericht oder eine späte Rache an den `Roten´ oder gar ein Nostalgieprodukt über die `tolle´ DDR. All das ist nicht unser Anliegen. Im Gegenteil.« Mit diesen Worten beschreiben die Autoren ihre Motivation für das vorliegende Buch. Der Untertitel des Werkes spiegelt den konkreten Inhalt am deutlichsten wieder: »Jugendsubkultur in Leipzig 1980 bis 1991«.

Unterschiedliche Menschen aus Leipzig erzählen auf 291 Seiten über ihre Erlebnisse in der DDR. Sie berichten aus ihrem Leben und vor allem davon, was sie in dieser Zeit am meisten bewegt hat. Die Darstellung dessen reicht vom ganz normalen DDR-Alltag bis hin zu persönlichen Erlebnissen. Berichtet wird von Fußball, Konzerten, Demos, Hausbesetzungen, Totalverweigerung und Knast. Darüber hinaus werden die Jugendsubkulturen aus dieser Zeit ausführlich dargestellt, wodurch der Leser einen Eindruck von dem Verständnis erhält, welches diese Menschen antrieb, gegen das DDR-System zu rebellieren. Von alltäglicher Repression, weil man bunte Haare hatte, bis hin zu Unverständnis über die Schizophrenie der DDR, wird hier alles geschildert, was einen dazu bewegen konnte, gegen dieses System zu sein. Eingebaute historische Darstellungen sollen helfen, die Erlebnisse in einen historischen Kontext zu setzen.

Auf diesem Wege erhält der Leser einen guten Einblick in die politische Arbeit der subkulturellen Jugendlichen im Osten. Das Interessanteste dürfte allerdings sein, daß dieses Buch eben nicht mit dem Jahr 1989 endet, sondern die Jahre bis 1992 noch mit aufnimmt. So wird auch die Enttäuschung der Jugendlichen nach der Wende umfassend und verständlich deutlich gemacht und anschaulich dargestellt, wie ihre Träume zerplatzten. Der letzte Teil des Buches dreht sich daher auch weniger um linke Subkulturen, als vielmehr um die Auseinandersetzungen, die diese mit Rechten in Leipzig hatten. Alles in allem ein sehr lesenswertes Buch, nicht nur für Menschen, die sich mit linker, subkultureller Geschichte auseinandersetzen wollen.

Samuel Salzborn: Grenzenlose Heimat – Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin: Elefanten Press Verlag GmbH, 2000, 224 S., DM 29,90.

Die Vertriebenenverbände scheinen zu Beginn des neuen Jahrtausends nur noch ein Randphänomen der bundesdeutschen Gesellschaft zu sein. Man könnte annehmen, dass »Vertriebene« aussterben und ihre Verbände in Kürze politisch bedeutungslos werden. Diese These scheint durch das lange Zurückliegen der Umsiedlung und das gegenwärtig hohe Alter der damaligen Flüchtlinge gestützt zu werden. Doch aktuelle Ereignisse widersprechen dieser These.

Salzborn beleuchtet in seinem Buch neben der Geschichte der Verbände von der Entstehung bis zur Gegenwart auch ihre gesellschaftliche Funktion. Als Beispiel sei hier nur der Krieg gegen Jugoslawien genannt, in dem eine Vielzahl bundesdeutscher Medien die Position der Vertriebenenverbände aufgriff und bisweilen übernahm. Die Verbände hatten versucht, die Flucht der Kosovo-Albaner mit der Umsiedlung der Deutschen infolge des Zweiten Weltkrieges moralisch und politisch in Beziehung zu setzen. Grundlage von Salzborns Buch ist die historische Entwicklung von 1945 bis heute einschließlich einer Betrachtung von Flucht und Umsiedlung der Deutschen. Darauf aufbauend wird die politische Vernetzung der Vertriebenenverbände mit dem Parteienspektrum und dem organisierten Rechtsextremismus ebenso untersucht, wie ihre publizistischen Aktivitäten und ihr weitverzweigtes Organisationssystem beleuchtet werden.

Darin integriert ist eine Analyse der ideologischen Kontinuitäten wie Wandlungen im Laufe der vergangenen fünfzig Jahre, die die aktuellen Äußerungen und Thesen der Vertriebenenpolitiker in einem theoretischen wie politischen Gesamtkontext verständlich machen sollen. Auch das Verhältnis zur aktuellen rot-grünen Bundesregierung wird von Salzborn ausführlich diskutiert.

Damit stellt dieses Buch in seiner Materialfülle eine einzigartige Dokumentation der Vertriebenenverbände dar und ist ein wichtiges Arbeitsmaterial für AntifaschistInnen. ■

Zwischen Angst, Resignation und Provokation

Antifaschismus in Österreich

Zum zweiten Mal – nach Italien 1994 – übernahm nun in EU-Europa eine rechtsextreme Partei Regierungsverantwortung. Am 4. Februar kündigte Präsident Klestil eine Koalitionsregierung der beiden 27-Prozent-Parteien FPÖ und ÖVP an. Dieses Kabinett von HAIDERS Gnaden mußte in unterirdischen Geheimgängen zum Staatsakt gelotst werden – am Platz vor dem Regierungssitz entlud sich massenhaft die Wut über dieses Bündnis mit dem Rechtsextremismus. Während die militanten Proteste noch kurzerhand als das Werk »linksextremer Terroristen« abgetan wurden, treffen die verhängten Sanktionen der 14 EU-Länder und zahlreicher anderer Staaten die Alpenrepublik ins Mark.



Der Wiederholungstäter Österreich, dessen 1986 gewählter Präsident Waldheim während seiner Amtszeit nur vom Papst, Kanzler Kohl und arabischen Despoten empfangen wurde, ist neuerlich politisch isoliert. Und weil der Rassismus und Antisemitismus im Allgemeinen und die FPÖ im Besonderen für einen Großteil der ÖsterreicherInnen längst salonfähig sind, fühlen sich diese wieder mal als Opfer. Auf der Basis eines fehlenden Unrechtsbewußtseins, welches schon die kollektive (Nicht)Wahrnehmung der NS-Greuel determinierte, gedeihen prächtige Verschwörungsmythen. Die Paranoia der kleinen Leute in einem – wie jetzt dauernd betont wird – kleinen Land wächst gegenwärtig ins Grenzenlose. Sie paart sich mit einer Bunkerstimmung, geschürt durch mediale Kriegsmetaphern wie »Erstschlag« (des Auslandes) oder »Gegenangriff« (Österreichs). Wie immer in Zeiten nationalistischer Mobilisierung kennen Regierung, Präsident und Boulevard auch gegenwärtig keine Parteien, sondern nur »Österreicher«. Haider verlangte von diesen, sie müßten nun »wie ein Mann« gegen das Ausland zusammenstehen. Tatsächlich versichern sie sich und der Welt mit geradezu zwanghaftem Eifer, keine Nazis zu sein. Erwartungsgemäß fallen die Reaktionen von RechtsextremistInnen auf die Auslandskritik an der freiheitlichen Regierungsbeteiligung aus. Haider selbst entlarvte *»hohe Funktionäre der jüdischen Gemeinde in Wien«*, welche versucht hätten, *»beim State Department in Washington gegen uns Stimmung zu machen«*[1], als Drahtzieher. Das Zentralorgan der FPÖ sieht die Hauptverantwortung bei einer *»internationale(n) Allianz, die sich unter dem politisch korrekten Diktum des Antifaschismus freundlich für die Gelegenheit bedankte, die unbedarfte kleine Republik auf der großen Bühne der Weltpolitik zum jeweils eigenen Vorteil zu instrumentalisieren.«*[2]

Die regierungsnahe Wochenzeitung ZUR ZEIT (ZZ), Österreich-Ableger der JUNGEN FREIHEIT, widmet der ausländischen Kritik an der FPÖ/ÖVP-Koalition gar eine Sondernummer. Schon in der Einleitung werden die »Hintergründe« der gegenwärtigen Kampagne aufgedeckt, nämlich *»der alte Deutschenhaß, der auf dem kleinen Österreich abgeladen werden kann, und jüdisch-israelische Ambitionen, einen Buhmann zu haben, um weitere finanzielle Forderungen zu legitimieren«*. Haider-Berater und ZZ-Chefredakteur ANDREAS MÖLZER sieht Österreich als Opfer der altbekannten antideutschen (d.h. bei ihm »jüdischen«) Verschwörung. So hält er es für *»bequem, das kleine Land zu prügeln, wenn es darum geht, die Deutschen insgesamt bußfertig und zahlungsbereit zu halten.«* Mit dem Bild des »häßlichen Deutschen« könne *»man Wahlkämpfe in New York führen wie Hillary Clinton und Milliarden lukrieren wie Rechtsanwalt Fagan.«*[3]

In Österreich geht es seit jeher zunächst gegen Jüdinnen und Juden, wenn sich das »Volk« als Gemeinschaft der Verfolgten feiert. Ariel Muzicant, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, wies bereits unmittelbar nach den Wahlen auf das wachsende Aggressionspotential der AntisemitInnen hin: So hätten mit der FPÖ-Agitation gegen »Überfremdung« antisemitische Drohbriefe und Pöbeleien rapide zugenommen. Weil er dafür explizit die FPÖ verantwortlich machte, wurde er von Haider umgehend verklagt.

Klagen, denunzieren und verbieten

Das Androhen und Einbringen von Klagen war während der Bewegungszeit der FPÖ ein beliebtes Mittel zur Einschüchterung ihrer KritikerInnen. Im Angesicht des feindlichen und bedrohlichen Auslandes kommt Kritik an Haider und seiner Partei heute der Status des »Vaterlandverrates« zu. Wie gehabt reagiert die parlamentarische Opposition darauf mit dem Verweis auf ihren »besseren« Patriotismus. Aus Sorge um Österreich, dessen Wohlergehen die ÖVP ihrem Machtstreben geopfert habe, spricht sie sich gegen die neue Regierung aus. Dass die FPÖ/ÖVP-Koalition einer breiten Stimmungslage entspricht, wird geflissentlich übersehen. Gerade die massenhafte Verbreitung von Rassismus, Antisemitismus und Autoritarismus gerät seitens der parteiförmigen Konkurrenz nicht in den Blick. Vielmehr nimmt auch sie die Haider-WählerInnen vor der ausländischen Kritik in Schutz: Beim FPÖ-Anhang handle es sich mehrheitlich nicht um RechtsextremistInnen, sondern bloß um kurzfristig fehlgeleitete Unzufriedene. Überhaupt wird das ganze Ausmaß des Dilemmas erst in den Reaktionen des »anderen Österreichs« deutlich. So befürchtet Grünen-Chef van der Bellen nicht etwa ein Aufbrechen des rassistischen und antisemitischen Potentials, sondern *»negative Auswirkungen für Österreich als Handelsplatz«*. Dennoch muß sich die Opposition einiges anhören: Um den inneren Frieden besorgte Freiheitliche und Konservative fordern ein »Abrüsten der Worte« und meinen damit ein Schweigen über den rechtsextremen Charakter der FPÖ. Deren Klubchef WESTENTHALER verlangte bereits, es *»sollte keine weitere Mobilisierung der Straße mehr geben«*[4]. Kanzler SCHÜSSEL wünscht, daß nach der Großdemo vom 19. Februar *»wieder Ruhe einkehre«*.[5] Dabei übersieht er den Wert einer derartigen Zurschaustellung des »anderen Österreichs«: Es simuliert gegenüber dem Ausland, dass die Alpenrepublik nicht mehrheitlich von einem ressentimentgeladenen Mob bevölkert wird. Die Regierung erklärte aber in ihrem autoritären Eifer alle Proteste zur »Gewalt der Straße«, welche zum Verstummen gebracht werden müsse. Die passenden Bilder dazu liefern prügelnde Polizisten, deren Opfer in den Medien als die »Gewalttäter« erscheinen. Mit ihren Distanzierungen von den Opfern der Polizeigewalt legitimiert die patriotische Opposition, die sich Demokratische Offensive oder SOS-Mitmensch nennt, die Prügeleinsätze und bestätigt die mediale Wahrnehmung von AntifaschistInnen als »Randalierer«. Aber die Bekämpfung der linken, außerparlamentarischen Opposition soll auf Dauer nicht nur polizeilichen Schlägertrupps überlassen bleiben, sondern auch die Legislative

beschäftigen. So dachte der freiheitliche Justizminister MICHAEL KRÜGER, der sein Amt nach nur 25 Tagen an den Haider-Intimus DIETER BÖHMDORFER abgeben mußte, schon laut über eine Art »Verbotsgesetz« gegen »Stalinismus-Leninismus« nach. Die schon seit Jahren diskutierte gesetzliche Grundlage zur Bekämpfung des »Linksextremismus« dürfte nun rasch geschaffen werden.

Der Kurzzeit-Justizminister führte darüber hinaus vor, wie mit oppositionellen Medien in Zukunft umgesprungen werden wird: Die Wiener Wochenzeitung Falter berichtete unlängst, dass es RENE SCHIMANEK, Bruder des vormaligen Kaders der neonazistischen VOLKSTREUEN AUßERPARLAMENTARISCHEN OPPOSITION (VAPO) und selbst bei so manchem Kameradentreffen der KÜSSEL-Truppe dabei, zum parlamentarischen Mitarbeiter Krügers gebracht habe. Dieser bestätigte zwar den Sachverhalt, drohte aber dennoch mit einer Klage. Denn auch das Schreiben der Wahrheit kann ja ruf- und kreditschädigend wirken – zumindest im Ausland.

Die Geduld des Papiers

Um der ausländischen Kritik etwas Wind aus den Segeln zu nehmen, zwang Bundespräsident Klestil die Parteichefs Haider und Schüssel zur Unterzeichnung einer Präambel zum Regierungsprogramm. In dieser behauptet die FPÖ/ÖVP-Koalition, *»mit Nachdruck jegliche Form von Diskriminierung, Intoleranz und Verhetzung in allen Bereichen«* verurteilen und bekämpfen zu wollen. Wenn die Regierung dann gar ankündigt, sie arbeite *»für ein Österreich, in dem Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus keinen Platz finden«*, läßt sich der wahre Wert dieses Papiers leicht bestimmen. Die ganze Heuchelei wird in der proklamierten Unterstützung der *»Charta der europäischen politischen Parteien für eine nichtrassistische Gesellschaft«* deutlich: Weigerte sich die ÖVP zuvor, der Charta beizutreten, weil sich diese explizit gegen eine Zusammenarbeit mit rassistischen Parteien ausspricht, verpflichtet sie sich nun gemeinsam mit der FPÖ – einer Partei, gegen welche sich die Charta eigentlich richtet! – deren »Grundsätze« zu verwirklichen. Darüber hinaus bekennt sich die Bundesregierung in der Präambel *»zur kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit«*. Entgegen derartiger Lippenbekenntnisse gibt Mölzer als Ziel der neuen Regierung die *»Überwindung des typisch deutschen und damit österreichischen Nationalmasochismus und die Gewinnung eines geläuterten, auf historischer Wahrheit beruhenden zukunftsfähigen Selbstbewußtseins des österreichischen Gemeinwesens«*[6] an. Auch das revanchistische Milieu, das schon in der Vergangenheit über gut funktionierende Kanäle in das Außenministerium verfügte, jubelt angesichts der blau-schwarzen Regierungserklärung. In dieser verspricht die Koalition, die Verhandlungen über die EU-Osterweiterung zu nutzen, um den Beitrittskandidaten eine »Vermögensrestitution« abzuringen. Entgegen aller anderslautenden Beteuerungen gegenüber der EU, wonach eine Aufnahme Tschechiens, Sloweniens und der Slowakei nicht von einer »Wiedergutmachung« abhängig gemacht werde, sehen die VOLKSDEUTSCHEN LANDSMANNSCHAFTEN die Sterne für die Durchsetzung »deutscher Ansprüche« günstig stehen. War die Aufrechnung der Shoah mit den Aussiedlungen in der Bewegungszeit der FPÖ ein beliebtes Instrument zur Relativierung nationalsozialistischer Greuel, so ist sie heute Bestandteil offizieller Politik. In der Regierungserklärung werden »sachgerechte Lösungen« in der Frage nach den Entschädigungszahlungen für ehemalige ZwangsarbeiterInnen versprochen. Die Opfer der *»ordentlichen Beschäftigungspolitik«* (Haider) trennt nur ein Komma von den *»österreichischen Kriegsgefangenen sowie der in der Folge der Benesch-Dekrete und Avnoj-Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung«*, welche die neue Regierung im Gegenzug ebenfalls entschädigt wissen will.

Abgesehen von einem 33-prozentigen Numerus Clausus für Kinder »nichtdeutscher Muttersprache« in Österreichs Pflichtschulen – der letzten noch nicht umgesetzten Forderung aus dem FPÖ-«Antiausländervolksbegehren« von 1993 –, trägt die Regierungserklärung eher die Handschrift der ÖVP. Aber gerade in zentralen Politikbereichen besteht ohnehin eine weitgehende Einigkeit der beiden Parteien: Der beschleunigte Abbau des Sozialstaates und Ausbau des Polizeistaates, die weitreichenden Privatisierungen, das Zurückdrängen von Frauen an den Herd, der Beitritt zur NATO über den Umweg der WEU – mit dieser neoliberalen »Modernisierungsoffensive« will sich Österreich als EU-Musterschüler profilieren. Dass sich die Regierungserklärung übrigens kaum vom nicht verwirklichten Pakt zwischen SPÖ und ÖVP unterscheidet, spricht weniger für die FPÖ als gegen die heimische Sozialdemokratie.

Volks- und Betriebsgemeinschaft im Ständestaat?

Differenz zur SPÖ besteht jedoch im Bereich der Organisation des Sozialen. War schon der bisherigen Sozialpartnerschaft deren Ursprung in korporativistisch-reaktionären Modellen und Volksgemeinschaftsideologie anzusehen, weist die angedeutete neue Form der Austragung von Konflikten zwischen Kapital und Arbeit offen faschistische Züge auf. Zunächst soll es der Gewerkschaft, die laut FPÖ *»in ihrer bisherigen Form (...) längst ihre Existenzberechtigung verloren (hat)«*[7], an den Kragen gehen. Die neue Regierung plant, den Gewerkschaften das Recht, auf Makroebene Löhne auszuhandeln, weitgehend zu entziehen. Statt dessen sollen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen in den jeweiligen Betrieben stattfinden. Die Vorstellung vom strengen, aber gerechten »Unternehmer«, der sich mit seinen ArbeiterInnen ohne störende Gewerkschaften ins Einvernehmen setzt, entstammt der FPÖ-Programmatik und erinnert an die NS-»Betriebsgemeinschaft«. Haider selbst begeisterte sich unlängst im Interview mit dem Organ des MOVIMENTO SOCIALE für den faschistischen Korporativismus: Er nennt dort die ständestaatliche Organisation des Sozialen ein *»Ziel, das erreicht werden soll«*.[8] Sein Koalitionspartner wiederum verehrt immer noch den austrofaschistischen Miniführer DOLLFUß, der die 1934 etablierte Diktatur ebenfalls ständestaatlich verbrämte. Gleich den Faschisten halten auch deren Nachkommen darüber hinaus die disziplinierende Kraft der Arbeit hoch: Langzeitarbeitslose sollen künftig zu »gemeinnützigen« Hilfsarbeiten gezwungen werden können.



Reaktion der deutschen Öffentlichkeit auf Haider (mitte) – Einladung zur NTV-Talkshow mit Erich Böhme (rechts).

Sozialdemokratische Gewerkschaften üben sich angesichts des neuen Kurses, der allgemein als Umverteilung nach oben und Angriff auf ArbeiterInnenrechte beschrieben wird, bereits in Drohgebärden. Hatten sie vorangegangene Einschnitte ins Sozialsystem noch mehr oder weniger stillschweigend hingenommen,

geben sie sich nun kämpferisch. Das allerorts gefürchtete Ende des sozialen Friedens wirft die Frage auf, was die ÖVP – und mit ihr maßgebliche Teile des Bürgertums – beim Einschwenken auf den offenen Konfrontationskurs angetrieben hat. In einer Mischung aus Selbstüberschätzung, Machtrausch und weltanschaulicher Verselbstständigung rückten sie vom



erfolgreichen Kurs der sozialpartnerschaftlichen und materiellen Integration ab. Das neue Integrationsmodell, in welchem die FPÖ den Part der SPÖ übernimmt, könnte sich aber als nicht minder erfolgreich entpuppen. Während es die Sozialdemokratie in der fordistischen Blütezeit vermochte, die »kleinen Leute« vor allem über materielle Transferleistungen an sich und den Staat zu binden, erfolgt die Integration nunmehr in erster Linie ideologisch. Der integrale Nationalismus hat hierbei erfolgreich den Sozialpatriotismus abgelöst. War letzterer noch bestimmt von positiver Identifikation der ÖsterreicherInnen als BürgerInnen eines neutralen, international angesehenen und wohlhabenden Staates, so dominiert bei ersterem die aggressive Abgrenzung vom Ausland. Unter dem Schlachtruf »Österreich zuerst!« bildet Haider eine exklusive Gemeinschaft, die sich nunmehr in erster Linie negativ bestimmt. Zentrale Größen hierbei sind – aufbauend auf den jahrhundertealten antisemitischen Traditionsbestand – kollektiver Verfolgungswahn, Bunkermentalität und Rassismus.

Daneben spielt Haider in der neuen Koalition die schon in der Bewegungsphase eingeübte Rolle als »Anwalt der kleinen Leute« weiter. Anstelle der Sozialdemokratie begleitet nun er den fortgesetzten Sozialabbau mit sozialen Phrasen. Damit die Demagogie in dieser Inszenierung nicht zu offensichtlich wird, trat Haider formal als FPÖ-Obmann zurück. Dieser spektakuläre Schritt, der von AnhängerInnen und KritikerInnen als letztes Vorspiel zur Kanzlerschaft gesehen wird, erlaubt ihm das Verharren in der Opposition. Den Feldzug gegen »Bonzen« und »Bürokraten« wird Haider künftig auch als nationalen Abwehrkampf gegen das Ausland führen. Dementsprechend die erste Reaktion Haiders auf die EU-Maßnahmen: *»Diese Bürokraten haben offenbar Angst, dass eine politische Kraft wirksam wird, die sich den Bürgern mehr verbunden fühlt als dem Kartell der Mächtigen.«*[9]

»Widerstand«

Bereits am 12. November 1999 versammelten sich in Wien Tausende, vor allem um das ökonomische Wohl der Heimat besorgte BürgerInnen, um gegen eine »Koalition mit dem Rassismus« zu demonstrieren. Gestört wurden sie dabei nur von einer kleinen Gruppe von AntirassistInnen, die etwa eine sozialdemokratische Spitzenfunktionärin mit Eierwürfen und einem Pfeifkonzert bedachten. Zu Recht: Es waren nämlich gerade SozialdemokratInnen, die mit ihrer Politik als Durchlauferhitzer des Rechtsextremismus agierten. Tatsächlich gibt es kaum einen FPÖ-Vorschlag zur Eindämmung der »Überfremdung«, welcher nicht von der sozialdemokratisch geführten Koalition umgesetzt worden wäre. An diesem Punkt unterscheidet sich die blau-schwarze Regierung auch kaum von der vorangegangenen. Es überrascht nicht, wenn Haider über die (ergebnislosen) Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ berichtet, sie hätten eine Übereinstimmung in der »Ausländerfrage« an den Tag gebracht. Diese Einigkeit hat ihre Ursache nicht zuletzt in der größtenteils gemeinsamen sozialen Basis der beiden Parteien, den ArbeiterInnen. Ihr Überlaufen zur FPÖ, die mit 47% hier die meisten Stimmen erhielt, ist in erster Linie mit rassistischen Einstellungen zu erklären.

AntifaschistInnen, die sich immer noch nicht von der Vorstellung des österreichischen Proletariats als potentiell revolutionäres Subjekt verabschiedet haben, müssen sich die überproportionale Zustimmung zur FPÖ unter ArbeiterInnen jedoch irgendwie erklären, ohne daß ihre Liebe zum fehlgeleiteten Klientel Schaden nimmt. Gerne wird hier anstelle des Rassismus der soziale Abstieg als Erklärungsansatz herangezogen. Im Wählen der FPÖ äußere sich nicht vor allem eine Aggression gegen Gruppenfremde, sondern bloß eine »Unzufriedenheit«. Die Wahl erscheint als Protest gegen die für den Sozialabbau maßgeblich verantwortliche Sozialdemokratie. Als Gegenstrategie wird dann der Kampf zur Rettung des Wohlfahrtsstaates ausgerufen. Mit Günther Jacob ist demgegenüber zu fragen: *»Muß man sich vor allem um die 'sozialen Mindeststandards' der 'kleinen Leute' kümmern, um sie vom Pogrom abzuhalten?«*

Dieser massenorientierte Flügel der Linken greift wie die rot-grüne Opposition vor allem die Regierung an und schweigt über deren Massenbasis. Hatten die linken VolksfreundInnen schon vorher Schwierigkeiten damit, den Rassismus von unten als solchen zu benennen, gerät er nun vollständig aus dem Blick. Statt dessen wird demagogisch ein Widerspruch zwischen der Regierung und dem »Volk« als deren Opfer behauptet. Einige DemonstrantInnen der letzten Tage brachten ihr theoretisches Defizit auch in Parolen wie »Wir sind das Volk« zum Ausdruck. Der linke »Widerstand« gegen die blau-schwarze Regierung, der den Rassismus nur bei der politischen Macht bekämpft, versucht vor allem mit Anti-Sozialabbauparolen massenwirksam zu werden. Unversehens findet er sich dabei in einer Front mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften, welchen die Rolle als Stütze des institutionellen Rassismus nachgesehen wird. Schließlich treiben einige »WiderstandskämpferInnen« die Opferrhetorik noch weiter und inszenieren ihr Engagement als Kampf gegen eine Art faschistische Diktatur. Dabei orientieren sie sich an den Vorbildern aus dem patriotischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, dessen Symbol »O 5« wieder das Wiener Straßenbild prägt, und verdrängen, dass weniger die Regierung Österreich zum »Nazi-Land« macht, als der massenhafte Antisemitismus und Rassismus. Wenn die Regierung die Kritik mit dem Verweis auf ihre demokratische Legitimität abzuwehren versucht, so kommt sie dabei der Realität näher als jene, die eine Diktatur gegen das Volk im Schafspelz behaupten. Die Möglichkeit eines »demokratischen Faschismus«, von welchem Michael Scharang schon 1986 sprach, kommt vielen massenorientierten Linken nicht in den Sinn.

Der auch von ausländischen KritikerInnen dauernd strapazierte »antitotalitäre Konsens« wird seine Wirkungslosigkeit bald offenbaren. Wenn nur der Grad der Frontstellung gegen die liberale Demokratie als Ausgrenzungskriterium genommen wird, gehört die demokratische FPÖ auch auf dem europäischen Parkett bald dazu. Einer offiziellen Problematisierung des Rassismus von FPÖ und Anhang steht die ideologische wie politische Realität Schengen-Europas im Weg. Es wird daher Aufgabe der europäischen Linken sein, die Tatsache, dass die FPÖ den ausgrenzend-repressiven Charakter der »europäischen Wertegemeinschaft« verkörpert, gegen die »Festung Europa« zu wenden.

Den übrigen EU-Ländern gänzlich die Legitimation für ihr Vorgehen abzusprechen, steht zumindest der österreichischen Linken nicht zu. Tatsächlich überwiegt unter antifaschistischen EU-GegnerInnen die Dankbarkeit: Es brauchte den Anstoß von außen, um den österreichischen Normalzustand aufzubrechen. Die Wahrheit über dieses Land und seine Leute mußte auch vielen Linken erst von ausländischen – übrigens am wenigsten von deutschen! – Medien nähergebracht werden. Es ist wohl leicht nachvollziehbar, wie aggressiv die meisten ÖsterreicherInnen auf die Demontage ihres Selbstbildes als gemütliches Alpenvölkchen reagieren. Im Rückgriff auf die bewährten antiintellektuellen Ressentiments schüren Haider und der Boulevard diese Aggressionen gegen KritikerInnen, die als »Nestbeschmutzer« zur (zunächst gedanklichen) Verfolgung frei gegeben werden.

Viele AntifaschistInnen, die im Inland weder Interventions- noch Bündnismöglichkeiten sehen, greifen diese Stigmatisierungen nun zum Teil ironisierend auf und wenden sie positiv. In einem Akt des symbolischen Selbstausschlusses richten sie sich direkt an das Ausland. Da im Inland die AdressatInnen der antifaschistischen Kritik weitgehend fehlen, bleibt hier nur die provokante Denunziation. Zunehmende Verbreitung finden jene Tendenzen, welche sich von jeder offenen politischen Arbeit verabschieden. Mit fortgesetztem linksradikalem Engagement im Inland spiele mensch sich und den anderen eine Art Normalität vor. Es sei nicht Ausdruck der hegemonialen Verhältnisse, wenn die Linke das Straßenbild Wiens prägt. Nicht immer ganz frei von Rationalisierungen der eigenen Resignation wird hier bestenfalls der Rückzug in (subkulturelle oder akademische) Freiräume angetreten. Von der inneren Emigration gehen aber bis dato nur wenige den Schritt weiter zur Äußeren. Als Option steht die Flucht – wenn auch nicht immer ohne Koketterie und Selbststilisierung – aber bereits im Raum. ■

Vom Österreich-Korrespondenten des AIB

Quellen:
1) Der Spiegel 5/2000
2) Neue Freie Zeitung Nr. 6/2000
3) Zur Zeit Nr. 7a/2000
4) Neue Freie Zeitung Nr. 6/2000
5) Neue Zürcher Zeitung, 18. 2. 2000
6) Zur Zeit Nr. 5/2000
7) Neue Freie Zeitung Nr. 6/2000
8) Linea, 17.10.1999
9) ORF-Mittagsjournal, 29.1.2000

...fest im Nazitum verwurzelt



mit Karl Pfeifer

In Österreich ist seit wenigen Wochen eine neue Regierung an der Macht: Das folgende Interview mit Karl Pfeifer führte das AIB kurz nach den Wahlen. Unser Interviewpartner ist Holocaust-Überlebender und Korrespondent des israelischen Radios in Österreich.

AIB: Sie haben in einem Artikel geschrieben, dass der Schlüsselfaktor für das Phänomen Haider der Nazismus sei. Welchen Stellenwert hat der Nazismus in Österreich?

Pfeifer: Der Schlüsselfaktor, das würde ich nicht so vereinfacht sagen, es gibt mehrere Faktoren: Zunächst die Geschichte Österreichs, die Tatsache, dass Österreich sich nach 1945 als Opfer des Nationalsozialismus – und nur als Opfer des Nationalsozialismus – gegeben hat. Dabei will ich natürlich nicht leugnen, dass es in Österreich eine kleine Minderheit von Leuten gegeben hat, die wirklich Widerstand geleistet haben, hauptsächlich Kommunisten, aber auch aus anderen politischen Parteien, interessanterweise auch Monarchisten. Auch sie kamen in die Konzentrationslager. Aber wesentlich ist: Die Mehrheit des österreichischen Volkes war für den Anschluss. Die deutsche Armee war noch nicht einmal einmarschiert, und schon hatten die Nazis 1938 die Macht in Österreich übernommen. Man war für den Krieg, man hat sich nur einen anderen Ausgang und nicht den Zusammenbruch erträumt. Das ist die eine Komponente.

Das zweite ist, wie man mit Nationalsozialisten und dem Nationalsozialismus als Phänomen in der Zweiten Republik umgegangen worden ist – nämlich äußerst schlampig. Ernsthafte Bemühungen, die es auch gab, sind im Zuge des Kalten Kriegs verkommen zu der Geschichtsaufarbeitung, die wir die letzten dreißig Jahre beobachten mußten. Das dritte Phänomen – nur kurz angerissen – ist eigentlich das Scheitern der Sozialistischen Partei schon im Jahr 1934. Die SPÖ hat sich als ein Elefant auf Porzellanfüßen entpuppt, der zerschlagen wurde. Die Masse der SozialdemokratInnen hat mehr oder weniger den Weg in die Volksgemeinschaft gefunden. Das ist der historische Background.

Dann kommen natürlich die Schwierigkeiten einer sozialdemokratisch geführten Regierung – wir hatten seit 1970 einen sozialdemokratischen Bundeskanzler –, einem Rechtsextremisten wie Haider Paroli zu bieten. Die SPÖ hatte nicht nur Schwierigkeiten, sich Haider entgegenzustellen; im Gegenteil: Die Sozialdemokraten haben versucht, ihm den Wind aus dem Segel zu nehmen, indem sie seine Ausländerpolitik verwirklicht haben. Heute ist Österreich das Land in der Europäischen Union, das die geringste Einwanderung hat. In Österreich gibt es einen staatlichen Rassismus, der sich sowohl in Paragraphen und behördlichen Schikanen als auch in alltäglicher rassistischer Gewalt und Erniedrigung ausdrückt, beispielsweise, wenn bei einer Razzia die Frau eines Schwarzen als »Negerhure« beschimpft wird. Das gesellschaftliche Milieu, das in Österreich vorherrscht, wird noch durch weitere Elemente geprägt: Tatsache ist z.B. auch, dass ein großer Teil unserer Bundesheeroffiziere und unserer Polizeibeamten rechtsextrem eingestellt sind. Dazu ist noch die Neue Kronenzeitung zu nennen, ein Boulevardblatt, das fast täglich Rassismus und Antisemitismus transportiert. Nur ein Beispiel aus jüngster Zeit: Eine Frage bei den Kreuzworträtseln lautete: »*Wie nennt man eine Schwarze umgangssprachlich?*«. Die richtige Antwort sei »*Niggerin*«, so die Neue Kronenzeitung. Solche Beispiele könnte ich noch endlos anführen. Jedenfalls sind es die WählerInnen der FPÖ, aber auch der sozialdemokratischen Partei, die die Neue Kronenzeitung lesen. Wir haben fast keine Medien, Massenmedien, die in die Hände des einfachen Volkes kämen und die irgendwie aufklärerisch ausgerichtet wären.

Sie haben auch geschrieben, dass Haider im Zusammenhang mit der sogenannten »Waldheim-Kampagne« hochgekommen ist. Welche Rolle spielt Antisemitismus in der österreichischen Politik und Gesellschaft?

1986 wurde Waldheim von der konservativen, mehr oder weniger katholischen österreichischen Volkspartei mit einer antisemitischen Kampagne beworben und machte im Wahlkampf selbst antisemitische Aussagen. Natürlich ging es um die Kriegsvergangenheit Waldheims, die er während seiner Zeit als UNO-Generalsekretär verschwiegen hatte. Waldheims Leute, z. B. der spätere Aussenmini-

ster Mock, machten jede Menge antisemitische Bemerkungen. Man kann sagen, dass zu diesem Zeitpunkt – im Frühjahr 1986 – der Antisemitismus gang und gäbe war. Im September des gleichen Jahres kam Haider in der FPÖ durch einen Putsch zur Macht. Schon damals sind einige Liberale aus der FPÖ ausgeschieden, die den Antisemitismus und den ganzen Hass direkt miterlebten. Diese Leute kamen selber aus einem nationalsozialistischen Milieu – die Eltern waren größtenteils Nationalsozialisten und/oder Sudetendeutsche –, aber sie haben mit ihrer Sozialisation gebrochen. Diese Gruppe von ehemaligen FPÖ-Angehörigen, die sich von Haider losgesagt haben, gehört zu den wenigen positiven Zeichen im heutigen Österreich. Sie haben eine eigene Partei, das Liberale Forum, gegründet und einen harten Kampf gegen Haider geführt. Die Katastrophe ist, dass sie trotzdem nicht ins Parlament gewählt worden sind – vielleicht aber auch gerade deswegen. Das zweite positive Zeichen ist die Haltung der evangelischen Kirche in Österreich. Vor 1938 war sie der Hort des Nazismus in Österreich; doch dieses Mal hat sich die evangelische Kirche in Österreich als erste mit der Israelitischen Kultusgemeinde gegen die rassistische Überfremdungshetze gewandt. Eine Schande ist es, dass der katholische Kardinal, Christoph Schönborn, bis wenige Tage vor den Wahlen keine Stellung gegen den Rassismus im Wahlkampf bezog, weil er sich nicht einmischen wollte. Wenn es nach ihm oder diesen Katholiken gegangen wäre und Jesus Christus wäre nach Österreich gekommen, hätten sie ihn sofort als jüdischen Kosmopoliten, Teil der freimaurerischen Weltverschwörung, angegriffen.

Sie halten perspektivisch sogar eine Koalition der FPÖ mit der SPÖ für möglich?

Ich halte das für möglich, wenn ich mir die Äußerungen führender SPÖ-Politiker anschaue. So hat beispielsweise der letzte SPÖ-Innenminister Karl Schlögel erklärt, die Grünen und das Liberale Forum seien schuld an den ausländerfeindlichen Emotionen, weil sie im Fall Markus Omofuma protestiert haben. Omofuma war ein Schwarzer, der mit drei Polizisten aus Österreich abgeschoben und im Flugzeug von diesen drei Polizisten erstickt wurde. Karl Schlögel sagte auch: *»Wenn sich die FPÖ vom Rechtsradikalismus distanziert, dann wäre doch eine Mitarbeit möglich.«*

Ich denke, dass kein Ereignis in Europa klarer vorhersehbar war als der Erfolg der FPÖ in Österreich.

Ich habe 1996 in meinem Buch folgendes geschrieben: *»Unaufhaltsamer*



Ein Autogramm vom »Führer« – Das Phänomen Haider

Austieg Haiders? – Haider wird seine Politik der Destabilisierung der Republik fortsetzen. Die Frage ist, ob die beiden größten Parteien SPÖ und ÖVP aus ihren Fehlern lernen und ob eine Front von Demokraten geschaffen wird, die den Aufstieg des rechtsextremistischen Politikers Haider verhindert. Noch ist Österreich ein sozial stabiles Land mit einer hohen Lebensqualität. Was aber würde geschehen, sollte es zu einer Wirtschaftskrise kommen.« Nun, rückblickend kann man sagen, dass es nicht zu einer Wirtschaftskrise gekommen ist, und Haider trotzdem so dasteht, als ob er die Macht übernehmen könne. Diese Entwicklung zeigt auch, dass vulgär-marxistische Erklärungen nicht greifen.

Wie dämmen wir einen Flächenbrand ein, der vom Erfolg Haiders angefacht, auf andere Länder übergreifen kann?

Es gibt natürlich auch Kräfte in der Sozialdemokratischen Partei, die sehr unzufrieden waren mit dem, wie die SPÖ überhaupt Politik betrieben hat. Um Karl Marx' Kritik aus den Feuerbach'schen Thesen zu zitieren: *»Die Philosophen haben die Welt erklärt, worauf es ankommt, ist, sie zu verändern.«* Der Sozialdemokratischen Partei Österreich ist nicht einmal das gelungen, was den Philosophen gelang: Die Welt zu erklären. Sie haben sich geweigert, irgend etwas zu erklären; sie haben nur versucht, die zähnefletschende Gemütlichkeit ihres Bundeskanzlers zu verkaufen. Das ist vollkommen fehlgeschlagen. Jetzt gibt es in der Sozialdemokratischen Partei doch Kräfte, die sich eine Auseinandersetzung mit Haider wünschen. Der ehemalige SPÖ-Bundeskanzler verspricht das auch, nur widerspricht er sich selbst, wenn er dann eine Imagekampagne machen will und pauschal den WählerInnen von Haider bestätigt, dass sie ja in Ordnung sind – und leugnet, dass die WählerInnen erwachsene Leute sind, die es besser wissen müssten. Alle Erklärungen Haiders über die Waffen-SS sind durch die österreichischen Medien gegangen, man hat das gewußt. Wenn die Leute ihn trotzdem gewählt haben, dann ist es ja nicht so, dass man ihnen bescheinigen muss, sie wüssten nicht, was sie da tun. Sollte sich Haider doch allen Bemühungen zum Trotz völlig durchsetzen, was ich nicht hoffe, dann würden diese gleichen Leute in ein paar Jahren sagen: *»Das haben wir nicht gewußt, das haben wir nicht gewollt!«* Das haben wir nach 1945 schon einmal gehört.

Es ist ein beliebtes Spiel in Österreich, zu sagen: *»Das haben wir nicht gewollt, das haben wir nicht gewußt«*. Genau wie das Karl Renner, unser berühmter damaliger Staatskanzler, der erste Bundespräsident Österreichs, im August '45 formuliert hat. Er hat zu den Beamten des österreichischen Staates gesagt: *»Was wollten schon diese kleinen Nationalsozialisten, diese kleinen Beamten, diese kleinen Geschäftsleute? Höchstens, dass man den Juden was tut, die wollten doch keinen Weltkrieg!«* Und jetzt wird es dann heissen, dass man höchsten den Ausländern etwas tut... Das dynamische Element, mit dem jetzt mobilisiert wird, ist der Rassismus – so wie es bei den Nationalsozialisten der Antisemitismus war.

Es handelt sich nicht um Ausländerfeindlichkeit oder Xenobophie, das sind alles Beschönigungen. Das ist einfach als Rassismus zu beschreiben. Und für mich ist es auch eine semantische Diskussion, wenn man fragt, ob Haider wirklich ein Neonazi sei. Haider ist zutiefst im Nazitum verwurzelt, er hat sich zwar davon halbherzig distanziert, in Wirklichkeit aber ist er mit einer Nabelschnur mit Rechtsextremisten und Holocaustleugnern verbunden.

Vielen Dank für das Gespräch ■

AntifaschistInnen in Spanien

Demonstration als kriminelle Vereinigung

Auch für die spanische Presse und Justiz steht fest: Der Feind steht links. Dies machten sie im Oktober '99 unmissverständlich deutlich. Anlass waren Ausschreitungen im Zusammenhang mit einer Nazikundgebung in Barcelona.

Am 12. Oktober '99, dem spanischen Nationalfeiertag unmittelbar vor den Wahlen zum Regionalparlament, fand in Barcelona eine Kundgebung der faschistischen A.U.N. (ALIANZA POR LA UNIDAD NACIONAL) statt. Auf einem Bahnhofsvorplatz fanden sich 800 Alt- und Neonazis ein, um der Gallionsfigur des spanischen Neofaschismus, RICARDO SAÉNZ DE YNESTRILLAS dabei zu lauschen, wie er u.a. die Überlegenheit der weissen »Rasse« beschwor.

Ein breites Bündnis

Zeitgleich hatte die PLATAFORMA ANTIFASCISTA, ein breites Bündnis verschiedenster linker Organisationen zur Gegendemo mobilisiert. Dem Aufruf folgten 3000 Menschen, die den Nazis nicht den Stadtteil Sants überlassen wollten, in dem es in jüngster Vergangenheit mehrfach zu faschistischen Übergriffen auf MigrantInnen gekommen war. Als der Demozug auf der Rückseite des Bahnhofs ankam, machte es eine Polizeisperre unmöglich, zu den Nazis zu gelangen. Versuche, diese zu durchbrechen, beantworteten die Spezialeinheiten »Antidisturbios« mit dem Einsatz von Gummigeschossen. Die AntifaschistInnen setzten sich ihrerseits u.a. mit Silvesterraketen zur Wehr. Es wurden Barrikaden errichtet, die jedoch nach kurzer Zeit unter massivem Schlagstockeinsatz aufgelöst wurden. Die DemonstrantInnen zogen sich in die Seitenstrassen zurück, wo sie wiederum Barrikaden errichteten, um ein weiteres Vordringen der brutal agierenden Polizei zu verhindern. Ausserdem kam es zu Sachschäden in 22 Bankfilialen, einigen Maklerfirmen und einem Parteibüro der rechtskonservativen PARTIDO POPULAR. Nach zwei Stunden konnte die Polizei schliesslich verkünden, sie habe die Lage wieder im Griff.

Es kam im Laufe der Auseinandersetzungen zu 26 Festnahmen – eine für spanische Verhältnisse ungewohnt hohe Zahl, die nur durch die massive Anwesenheit von Zivilpolizisten möglich wurde.

Medienkampagnen und Repression

Am darauffolgenden Tag schlug die Stunde der Medien: Auf den Titelseiten der landesweiten Zeitungen und in den TV-Nachrichten hiess es, *»wenige hundert, äusserst gewaltbereite«*, *»bis an die Zähne bewaffnete«* AntifaschistInnen hätten den Stadtteil in ein *»Schlachtfeld«* verwandelt und einen *»Tornado des Vandalismus«* entfacht. Die hetzerische Berichterstattung gipfelte in der Mutmassung, es gäbe intensive Kontakte zur Untergrundbewegung des Baskenlandes. Die Auswirkungen dieser Medienkampagne bekamen schliesslich vor allem die Inhaftierten zu spüren. Nachdem zwei Minderjährige auf freien Fuss gesetzt wurden – einer von ihnen ist Sohn eines Parlamentsabgeordneten –, wurden die verbleibenden 24 AntifaschistInnen der Haftrichterin vorgeführt. Die Staatsanwaltschaft, mit Unterstützung eines geschädigten Bankkonzerns als Nebenkläger, forderte die Anordnung von Untersuchungshaft. Die erhobene Anklage lautete unter anderem auf *»Bildung einer kriminellen Vereinigung«*. Dieses recht beliebte Konstrukt zur Verfolgung linker AktivistInnen wurde hier zum ersten Mal im Zusammenhang mit einer Demonstration bemüht. Die Staatsanwaltschaft argumentierte, diese *»kriminelle Vereinigung«* hätte sich im Verlauf der Demo erst herausgebildet, um schliesslich die Ausschreitungen zu provozieren. Eine Richterin ordnete Untersuchungshaft für 14 der 24 Gefangenen an. Die Freigelassenen, die vor dem Gerichtsgebäude von 300 FreundInnen und Verwandten begrüsst wurden, berichteten von schweren Misshandlungen durch die Polizei, insbesondere ein Farbiger und eine ausländische Antifaschistin wurden schwer verletzt. Der Richterspruch bestärkte die Medien, welche mit »Hintergrundberichten« aufwarteten, die sich bemühten, die Verbindungen ins Baskenland zu belegen und insbesondere die HausbesetzerInnenbewegung ins Visier nahmen. So meinten JournalistInnen festgestellt zu haben, *»führende Köpfe«* der Linken Barcelonas hätten an Lehrgängen im Baskenland teilgenommen und die besetzten Häuser der Stadt diente diesen *»Großstadtguerilleros«* als Planungs- und Rekrutierungszentren.

Solidaritätsaktionen

Die folgende Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit der Linken Barcelonas hatte somit nicht nur die sofortige Freilassung der 14 AntifaschistInnen zum Ziel – es ging auch darum, dem verzerrten Bild, welches die Massenmedien der Öffentlichkeit vermittelten, etwas entgegenzusetzen. Täglich wurden Kundgebungen vor den Knästen abgehalten, und es kam zu zahlreichen Demonstrationen. Politische Parteien, Gewerkschaften und auch der spanische Anwaltsverein forderten die Freilassung und verurteilten die unangemessene Härte der Justiz. 3000 StudentInnen demonstrierten in der Innenstadt Barcelonas und drohten, mit Unterstützung des Hochschulrektorats, mit Streik. Auch in anderen Städten des Landes kam es zu Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen. Auf Grund des öffentlichen Drucks relativierte sich schliesslich auch die Berichterstattung, und nach über einer Woche Haft kamen die Inhaftierten frei. Die Anklage hat jedoch auch weiterhin Bestand. Am 23. Oktober '99 demonstrierten 7000 Menschen für die Einstellung der Verfahren.

Am 26. November kam es zu einer weiteren Festnahme im Zusammenhang mit den Zusammenstössen in Sants sechs Wochen zuvor. Einem 44jährigen wurde vorgeworfen, eine Silvesterrakete gezündet zu haben. Die Tatsache, dass am gleichen Tag in verschiedensten Zeitungen dazu »Hintergrundberichte« zu lesen waren, lässt vermuten, dass sich die Medien auf Polizeiquellen stützten. Die Festnahme erschien somit als notwendige Massnahme, die BesetzerInnenbewegung als Gefahr für die Gesellschaft darzustellen. Es bleibt abzuwarten, ob es den gut kooperierenden Instanzen der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Meinung gelingt, die vergleichsweise breite Solidarität, die die BesetzerInnenbewegung in Barcelona geniesst, dauerhaft zu brechen. ■

Rechtsruck in der Schweiz

Nun ist es bereits eine Weile her und die anfänglichen Wellen haben sich gelegt. Am 24. Oktober des vergangenen Jahres erzielte die national-konservative SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI bei den Parlamentswahlen in der Schweiz einen Gewinn von 17 Sitzen im 246-köpfigen Parlament. Noch eindrücklicher war der Zuwachs an WählerInnenprozenten: Hier verdoppelte die SVP ihren Anteil mit einem Schlag.

In den meisten Kommentaren war man sich einig. Der Erfolg der SVP stellt einen Rechtsruck in der Schweizer Parteienlandschaft dar. Doch ist dem wirklich so? Betrachtet man die Verschiebungen in der Parteienlandschaft, so stellt man das Verschwinden der rechtsextremen Ein-Themen-Parteien fest. Die zur FREIHEITSPARTEI mutierte ehemalige AUTOPARTEI etwa hat sämtliche sieben Mandate verloren, während die traditionell einwanderungsfeindlichen SCHWEIZER DEMOKRATEN gerade noch mit einem Abgeordneten in Bern vertreten sind. Was also ist geschehen? Mit ihrer eindeutigen Themenführerschaft ist es der Schweizerischen Volkspartei in den vergangenen zehn Jahren gelungen, in die Gefilde der Rechtsaussen-Parteien vorzudringen und sich dort als hegemoniale Kraft zu etablieren. Haftete den Kleinparteien stets der Ruf der Extremisten an, was sich in einem überaus auf Konkordanz und Konsens bedachten System wie in der Schweiz als Hemmschuh erweist und an einem bestimmten Punkt zur Stagnation führt, so kam die SVP mit ihrer 80jährigen Geschichte und der festen Verankerung in der Mehrparteienregierung trotz zahlreichen» »Ausrutschern« am rechten Rand kaum in den Verdacht, ihren Ruf als staatstragende Partei dadurch zu ruinieren.

So gesehen handelt es sich eher um eine Flurbereinigung auf der Rechten, denn um einen Rechtsruck. Ein solcher müsste unter Berücksichtigung des Wandels des gesamten Parteiengefüges betrachtet werden.

Blocher und die »Europafrage«

Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht stets der informelle Führer der SVP, CHRISTOPH BLOCHER. Der milliardenschwere Chemieindustrielle hat sich in den vergangenen dreissig Jahren in einer durchschnittlichen schweizerischen Politikerkarriere vom Gemeinderat bis zum Nationalrat hochgearbeitet. Innerhalb der SVP bekleidet er nur das Amt des Präsidenten der SVP des Kantons Zürich.



Christoph Blocher Vorsitzender der SVP

Längst gibt er aber den ideologischen Ton an. Seit 1989, als es auch in der Schweiz aufgrund der geopolitischen Umwälzung erhebliche innenpolitische Verschiebungen gab, entwickelte sich die SVP des wirtschaftsstarken Kantons Zürich zu einer sich immer selbstherrlicher gebärdenden rechtspopulistischen Opposition. In den 40 Jahren des Kalten Krieges war der Antikommunismus eine der zentralen identitätsstiftenden ideologischen Klammern und galt als Garant für die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz. Nachdem dieser Faktor weggefallen war, entzweite sich die bürgerliche Parteienlandschaft entlang der sogenannten »Europafrage«. Für die strammen Ideologen und gestandenen

Blocher und die SVP – ein Schweizer Phänomen

Christoph Blocher wird oft als Haider oder Le Pen der Schweiz dargestellt. Dies wird allerdings der charismatischen Figur nicht gerecht und ist eine Vereinfachung. Die SVP, die unter diesem Namen erst seit 1971 auftritt und die direkte Nachfolgeorganisation der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) ist, hat einen nicht-faschistischen Entstehungskontext.

In den 20er und 30er Jahren zeigte sie phasenweise eine Nähe zu anti-sozialistischen Bürgerwehren oder dann später zu den sogenannten »Fronten«, wie sich die meisten faschistischen Parteien und Organisationen in der Schweiz bezeichneten. Diese Nähe bestand allerdings in Parallelorganisationen oder Abspaltungen von der Mutterpartei. Den Vorwurf der Nähe zu faschistischem Gedankengut musste sich in den 30er Jahren etwa auch die Katholisch-Konservative Partei, die heutigen Christdemokraten, gefallen lassen. Heutzutage weist die SVP – nicht zuletzt wegen ihres Anspruchs, das gesamte Spektrum rechts der Mitte abzudecken – verschiedene »braune Flecken« auf. So ist etwa der Holocaust-Leugner und Herausgeber der Postille »Memopress«, EMIL RAHM, Mitglied der SVP. In der Stadt Genf war der Rechtsanwalt PASCAL JUNOD, Strafverteidiger von HAMMERSKINS und dem neurechten THULE-SEMINAR nahe stehend, Kandidat für den Nationalrat. Parteiintern wurde öffentlichkeitswirksam der Ausschluss gefordert. Doch nach dem Wahlsieg war das Thema vom Tisch und für die SVP scheint es kein Problem zu sein, Rechtsextremisten als Parteimitglieder zu wissen.

Die SVP hat eine äusserst heterogene Basis. Im Kanton Bern, rund um die Bundeshauptstadt, vertritt die Partei eine traditionell liberal-konservative Linie mit einem starken bäuerlichen Einschlag. Der bekannteste Exponent dieser Strömung ist Verteidigungsminister ADOLF OGI, der in den meisten Belangen gemeinsam mit den übrigen Regierungsparteien auftritt und dem selbstherrlich-arroganten Auftreten der national-konservativen Sektoren um Blocher deutliche Absagen erteilt. Zwar wird aus wahltaktischen Gründen immer wieder die Einheit der Partei beschworen, doch ist längst klar, dass gerade jene Fragen, die sich die Parteimehrheit um Blocher zuoberst auf die Fahne geschrieben hat, der liberalen Parteiminderheit diametral entgegenläuft.

Sei es ein Schweizer UNO- oder EU Beitritt oder die Frage nach bewaffneten Auslandseinsätzen der Schweizer Armee. Gerade hier wird allerdings deutlich, dass trotz aller Differenzen ein Grundkonsens besteht.

Eines der Kerngeschäfte der SVP ist die Flüchtlingspolitik. Mit der Teilnahme an bewaffneten Auslandseinsätzen, wie sie der SVP-Verteidigungsminister als Zeichen der Kooperationsbereitschaft der Schweiz propagiert, werden potentiell Flüchtende bereits in Konfliktgebieten ferngehalten, während Blocher und Konsorten mit einem traditionellen Landesverteidigungskonzept Schutzsuchende erst an der Grenze abweisen wollen. Zwei Seiten der gleichen Medaille – und die Einheit der Partei ist in diesem für die SVP zentralen Bereich gewahrt.

Kalten Krieger war in den supranationalen Institutionen bald ein Ersatz für den abhanden gekommenen Kommunismus gefunden.

Als 1993 die Schweizer Stimmbevölkerung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR zu befinden hatte, sah die SVP und die ihr nahe stehende Massenorganisation AKTION FÜR EINE UNABHÄNGIGE UND NEUTRALE SCHWEIZ, deren Präsident Christoph Blocher ist, die erste Nagelprobe für gekommen. Zwar wurde der EWR-Beitritt nur hauchdünn abgelehnt, doch sahen sich die selbsternannten Neutralitätsbewahrer in ihrem Vorhaben bestätigt und beriefen sich in der Folge bei jedem Vorhaben, das den Anstrich einer aussenpolitischen Öffnung der Schweiz hatte, auf den »Volkswillen«, der dadurch missachtet würde.

Nachdem die SVP auf diesem Terrain eine Vorreiterrolle übernommen hatte und dank einer mobilisierungsfähigen Basis jeden Regierungsvorschlag mit direktdemokratischen Mitteln wie der Volksinitiative und dem Referendum zum Scheitern zu bringen droht, hat sich eine mehr oder weniger kohärente »Koalition der Vernunft« zwischen Sozialdemokraten, Christdemokraten und den Liberalen gebildet. Im Parlamentsbetrieb ist es so bisweilen möglich die SVP abzubremsen.

Volkspartei mit breiter Lifestylpalette

Mit dem erfolgreichen Abschneiden der SVP bei den Wahlen im Herbst ist deutlich geworden, dass es sich in keiner Weise um einen Haufen ewiggestriger Verfechter einer neutralen Schweiz handelt. In der Wirtschaftsmetropole Zürich ist es unter Jugendlichen, vornehmlich in kaufmännischen Berufen, chic, rechts zu sein und auch dazu zu stehen, SVP zu wählen oder gar Mitglied der Partei zu sein. Nichts von Bauernmief auf den Parteiveranstaltungen.

Fein gekleidete junge Leute, die ihrem Vorbild Blocher nachplappern, wie es für den Wirtschaftsstandort Schweiz nur von Nutzen sein könne, wenn man sich von der EU und der UNO fernhalte. Blocher beeindruckt: Ein Global Player, der es sich leisten kann, von den globalisierten Märkten zu profitieren und gleichzeitig eine kleine, heile Welt als wohlverdienten Rückzugsraum für die Anstrengungen als Grossindustrieller zu hegen und pflegen.

Doch die traditionelle Klientel wird keineswegs vernachlässigt und mit gezielten Mobilisierungen bedient. In regelmässigen Schaltungen erscheinen im Renommierblatt Neue Zürcher Zeitung und anderen Zeitungen Grossanzeigen der SVP, wo zu sogenannten »Puurezmorge« (Bauernfrühstücke) eingeladen wird. Frühstück ist gratis, versteht sich.

In folkloristischer Atmosphäre geisselt eine lokale Parteigrösse vor den ParteiseniorInnen und SympathisantInnen im Pensionärsalter wahlweise die »rotgrüne Misswirtschaft«, die »kriminellen Kosovo-Albaner« oder die »Randgruppenverhätschelung«, wie im Jargon der Volkspartei jegliche sozialen Projekte tituliert werden. Als Hauptschuldige wird stets die »Classe politique« (politische Klasse) zielsicher geortet.

Die Darstellung von PolitikerInnen und Bevölkerungen als unvereinbarer Gegensatz hat in einer Aussage Blochers anlässlich seiner Neujahrsrede gegipfelt: *»Dabei hat das Schweizer Volk in allererster Linie das Recht, von seinen Politikern in Ruhe gelassen zu werden.«* Blocher selbst stellt sich gerne als Volkstribun dar, der die Meinung der »kleinen Leute« vertritt und den nach seiner Ansicht »etablierten« Politikern ans Bein pinkelt.

Abwarten und Tee trinken

Im Gegensatz zu Frankreich und Österreich, wo schon mal mehrere zehntausend Menschen auf die Strasse gehen, um der Politik der FPÖ oder des FRONT NATIONAL eine Absage zu erteilen, ist in der Schweiz bislang keine ernstzunehmende Protestbewegung gegen Blocher und die SVP entstanden. Antifa-Mobilisierungen richten sich weiterhin in erster Linie gegen Nazi-Skinheads und deren Strukturen.

Blocher wird zwar stets mitgemeint, sei es als Hintermann, Orientierungspunkt für die gesamte rechtsextreme Szene oder schlicht als Metapher für alles Böse. Erstes und bisher einziges Mal, als so etwas wie eine Massenmobilisierung der SVP Paroli bieten konnte, war anlässlich eines Aufmarsches der SVP im Herbst vor vier Jahren. Damals gelang es mit einer breiten Palette von Aktionen, organisiert von Sozialdemokraten bis hin zur Antifa und autonomen Strukturen, den Auftritt der SVP massiv zu beeinträchtigen und in der Öffentlichkeit das Bild eines breiten Bündnisses zu erzeugen. Doch seither ist es ruhig geblieben.

Nicht zuletzt die breite – zumindest verbal bekundete – Ablehnung der Politik von Blocher und SVP könnten gerade ein Hindernis für eine kontinuierliche Mobilisierung sein. Leicht entsteht so der Eindruck, dass der SVP in den Parlamenten der Wind steif genug entgegenschlägt, so dass nicht weiter hinterfragt werden muss, ob die Scheingefechte, die sich die Parteien liefern, nicht letztlich systemimmanent und der SVP durchaus willkommen sind, damit sie so die Grenzen des Tolerierbaren ausloten und weiter nach rechts verschieben kann. ■



Mit White Power Musik zum »Rassenkrieg«

William Pierce, Nordland und die NPD

Der us-amerikanische Neonazianführer William Pierce, ein ehemaliger Physik-Professor, hat die US-Rechtsrockfirma Resistance Records sowie die Lagerbestände und Plattenverträge des schwedischen Nazirock-Labels Nordland gekauft. Damit hat er einen Großteil der internationalen White Power-Musikszene unter seine Kontrolle gebracht. Der 66jährige Pierce lebt auf einem abgeschiedenen festungsähnlich ausgebauten Grundstück in den Bergen von West Virginia und hört selbst keinen Skinhead Rock 'n Roll, aber er will mit seinem neuen Musikgeschäft mehr als 750.000 Dollar (1,5 Mio Mark) im Jahr einnehmen. Und er rechnet damit, eine »*zunehmende Zahl von jüngeren Mitgliedern*« für seine Organisation National Alliance zu gewinnen. Pierce ist in Europa kein Unbekannter, u.a. hat er gute Beziehungen zu Udo Voigt und zur NPD. Der Verkauf von CDs und Zubehör könnte sich als der bisher beste Schachzug in der 35jährigen Nazikarriere von Pierce entpuppen.

William Pierces Einstieg in die rechte Szene begann in der rechtsextremen John Birch Society. Ende der 60er Jahre wurde er Propaganda-Chef der National Socialist White People's Party (Nationalsozialistische Weisse Volkspartei) und war Herausgeber einer Zeitschrift für die World Union of National Socialists (Weltvereinigung der Nationalsozialisten). 1974 gründete er die National Alliance (NA). Diese kleine Organisation wurde 1978 durch die Veröffentlichung von Pierces Nazi-Roman The Turner Diaries schlagartig bekannt. »Turners Tagebücher« schildern einen Rassenkrieg in Nordamerika, der mit Atombomben und Massenmord an Juden und Jüdinnen, AfroamerikanerInnen und weißen »Rasse-Verrätern« endet. Der Roman propagiert eine »reine« revolutionäre Ideologie und die Pflichten der Kader in einer The Order genannten Untergrund-Organisation. Bis heute wurden mehr als 300.000 Exemplare des Buches verkauft, vor allem per Versandhandel und an Büchertischen bei entsprechenden Treffen und Veranstaltungen.

Anfang der 80er Jahre gründete das NA-Mitglied Bob Mathews mit rund 50 weißen Rassisten eine Untergrundgruppe, die er The Order nannte. Nach zahlreichen Morden und Raubüberfällen wurde Mathews schließlich bei einem Feuergefecht mit der Polizei getötet. Seine Komplizen kamen vor Gericht. Laut FBI erhielten zwar verschiedene rechtsextreme Gruppen (darunter auch Pierce) insgesamt rund eine Million Dollar aus den Überfällen, aber Festnahmen gab es deswegen keine.

Kurz nach Mathews' Tod kaufte Pierce rund 120 Hektar Land für 95.000 Dollar, baute einen großen Versammlungsraum mit Büros, verbarrikadierte das Gelände und verschwand praktisch in den Wäldern. Nach seinen Angaben veröffentlichte er in den späten 80er und frühen 90er Jahren weniger Propagandamaterial. Stattdessen konzentrierte er sich auf den Aufbau einer Infrastruktur und einer Kader-Organisation. Als die rechtsgerichtete Bürgermiliz-Bewegung sich Mitte der 90er Jahre explosionsartig ausdehnte, konnte Pierce sie dadurch beeinflussen, dass er seine Kader in wichtige Positionen in diesen »Massen-Organisationen« plazierte.

Heute ist die NA auf rund 3.000 Mitglieder angewachsen und hat – nach Schätzungen des antifaschistischen Southern Poverty Law Center – 35 lokale Gruppen in den USA. Pierce produziert jede Woche eine kurze predigtähnliche Sendung namens American Dissident Voices (ADV), die – gegen Bezahlung – von fünf US-Radiostationen ausgestrahlt wird. Diese Sendungen werden auch per e-mail und über die sehr aktive Internet-Seite der NA verschickt. Außerdem vertreibt die NA verschiedene Zeitschriften, Bücher, Hörkassetten und Videos.

Nachdem die NA zunächst ihre eigene Struktur ausgebaut und gefestigt hat, strebt sie mittlerweile einen größeren Masseneinfluss an. Unter den neuen Mitgliedern überwiegen Studenten, Akademiker und Soldaten. Letztes Jahr ernannte Pierce einen neuen Koordinator für Mitglieder-Rekrutierung: den 34-jährigen Südafrikaner Sam Van Rensberg. Rensberg war unter der Apartheid-Regierung Soldat in einer Elite-Einheit der südafrikanischen Armee und Mitglied in der Buren-Gruppe Oriana. Seine internationalen Verbindungen ergänzen die von Pierce.



William Pierce, hier auf dem Podium beim »Tag des Nationalen Widerstands« der NPD in Passau im Februar '98.

Pierce als »arischer Internationalist«

Im Unterschied zum Ku-Klux-Klan oder den Bürgermilizen wedeln Pierce und seine National Alliance nicht mit der US-Fahne und berufen sich auch nicht auf die »Gründerväter« der USA. Für Pierce verkörpern die USA nicht eine große demokratische Idee, sondern ein Stück Land, das von Weißen bewohnt werden sollte – ohne Juden und Jüdinnen oder AfroamerikanerInnen, Hispanics, Native Americans und asiatische MigrantInnen. Pierce ist kein bürgerlicher Nationalist, sondern Internationalist. Pierce steht für klassischen Hitlerismus.

Pierce und die NPD

Der engste europäische Verbündete von Pierce ist die deutsche NPD. Die NPD und die British National Party sind die einzigen beiden europäischen Organisationen, die direkt mit der NA-Internet-Seite verknüpft sind. Mit der NPD verbindet die NA ihr Interesse an Jugendkulturen und Kader-Aufbau. Laut Pierce ist die »*NPD eine der progressivsten und best-organisierten nationalistischen Gruppen, die es derzeit in Europa gibt*«.

Als Udo Voigt Vorsitzender der NPD wurde, wurde er von dem NA-Mitglied Wolfgang Keller für Pierces Zeitschrift National Vanguard interviewt. Voigt bezeichnete die Zusammenarbeit mit der NA (und Verbindungen mit der ukrainischen Nationalen Partei) als wichtig für die Arbeit der NPD. 1998

sandte die NPD den NHB-Vorsitzenden ALEXANDER VON WEBENAU für eine Woche zu Pierce nach West Virginia, wo er vor einem Kader-Treffen über Jugendarbeit referierte. Im Gegenzug sprach Pierce am 30. Oktober '99 auf dem Kongress der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN im bayerischen Falkenberg über die *»Notwendigkeit von besserer internationaler Zusammenarbeit«*.

Die NA betreibt mittlerweile Internet-Seiten auf Schwedisch, Holländisch und Deutsch und hat die kompletten »Turner Tagebücher« auf Französisch und Deutsch ins Internet gestellt. Eine polnische Version erschien 1999. Außerdem sprach Pierce auf einem internationalen Treffen der griechischen Gruppe »MORGENDÄMMERUNG« und hat enge Verbindungen nach Ungarn.

Resistance Records und Nordland

Während seines Besuchs in Deutschland bei der NPD im vergangenen Oktober stärkte Pierce seine Position in der White Power-Musikszene, indem er die Lagerbestände, Zeitschrift und Adressen-Verteiler des schwedischen Nordland-Vertriebes für 50.000 Dollar übernahm.

Zuvor hatte er bereits Resistance Records für angeblich 250.000 Dollar gekauft. Das CD-Lager befindet sich nun in West Virginia, wo Pierce ein 150qm großes Gebäude für das neue Unternehmen baut. Resistance Records (RR) wurde 1993 von dem Kanadier GEORGE BURDI und zwei anderen in Detroit (Michigan) gegründet. Es war die erste derartige Profi-Organisation in Nordamerika und produzierte ein Hochglanz-Magazin und Dutzende von CDs von rassistischen Bands. Aber nach acht Ausgaben der Zeitschrift brach das Ganze zusammen. Burdi musste wegen eines Angriffs auf einen Antirassisten ins Gefängnis, und das Finanzamt beschlagnahmte 1997 die CDs. Während Resistance Records verschwand, gedieh ein ähnliches Unternehmen in Schweden. Aber auch Nordland geriet in eine Krise durch die Konkurrenz und Gewalt von seiten des britischen COMBAT 18 und des BLOOD & HONOUR-Netzwerks (s. AIB Nr. 49).

In den USA sah es zunächst so aus, als ob Resistance Records durch den 73jährigen Antisemiten WILLIS CARTO wiederbelebt werden würde. Carto ist der erfolgreichste us-amerikanische Rechtsextremist. Seine Organisation LIBERTY LOBBY hat einen Jahresetat von vier Millionen Dollar. Aber auch Carto geriet in finanzielle Schwierigkeiten und musste das RR-Geschäft wieder abstoßen. Schließlich kaufte Pierce RR auf.

Das neue Resistance-Projekt wird von dem örtlichen NA-Führer ERICH GLIEBE von Cleveland (Ohio) aus geführt. Und in Pierce Hauptquartier in West Virginia kümmern sich zwei Angestellte um den Versand. Im Jahr 2000 will Pierce 70.000 CDs verkaufen. Die erste Ausgabe des neuen RR-Magazins erschien im vergangenen Herbst. Die Hochglanz-Zeitschrift richtet sich nicht mehr nur an Skinheads. Sie enthält auch Fotos von einem traditionellen »Europäischen Kulturfest« im Lederhosen-Stil, einem Treffen der FREUNDE DER BRITISH NATIONAL PARTY in Virginia und einem HAMMERSKIN-NATION-Konzert in Texas. In seinem ersten Zine-Editorial feierte Pierce die White Power Musik: *»Sie wird die Musik des Widerstands und der Wut gegen die Feinde unseres Volkes sein; gegen die Bürokraten und Schleimer. Sie wird die Musik der kommenden großen reinigenden Revolution sein.«*

Wenn es Pierce gelingen sollte, aus dieser Musik-Subkultur ein Rekrutierungsfeld für die National Alliance zu machen, dann wird sich die Skinhead-Szene von einer Latrinengrube voller rassistischer Verrückter in einen Abwasserkanal von organisierter Gefahr verwandeln. ■

Vom US-Korrespondenten des AIB

Alerta Antifascista

Los Pedriches ist ein Dorf in der Region Valencia, im Bezirk »La Venta de Moro«. Vor einigen Jahren kauften die italienischen Neonazis MASSIMO MORELLO und ROBERTO FIORE die gesamte Ortschaft, um dort ein faschistisches Zentrum zu errichten. Fiore ist Anführer der INTERNATIONAL THIRD POSITION (ITP) aus Grossbritannien. Die Ehefrau von Fiore, ESMERALDA BURGOS, ist Besitzerin mehrerer Häuser. Das Dorf wurde von dem Anwalt FERNANDO PAZOS erworben, dem wenig später die Anwaltszulassung entzogen wurde. Er hatte einem Journalisten die Kreditkarte gestohlen und damit in einem Bordell bezahlt. Offenbar hatte der Ex-Anwalt gute Verbindungen zur PP (PARTIDO POPULAR, konservative Regierungspartei) – die Werbeagentur, deren Besitzer er ist, arbeitete zeitweilig im Auftrag der Partei. Mit von der Partie in Los Pedriches waren die beiden früheren Aktivisten der britischen NATIONAL FRONT (NF) CHRIS MARCHANT und STEVEN MCCULLOUGH, der im Februar in London verhaftet wurde. Während der Arbeiten im Dorf wohnten die Bauhelfer im Haus der Familie LIAÑO DE ESPOSA, eine Familie mit weit zurückreichenden Verbindungen zum spanischen Faschismus – ein Ministerposten unter FRANCO war zeitweilig in der Hand eines Angehörigen. Um die Bauarbeiten kümmerte sich MARINZ KULKOWSKY von der polnischen Sektion der ITP.

Fiore hat enge Verbindungen zu Mitgliedern des französischen FRONT NATIONAL und der NPD. ITP-Funktionär DEREK HOLLAND redete 1999 bei einer JN-Veranstaltung und ließ sich von deutschen Neonazipublikationen interviewen. 1999 veranstaltete die ITP ihr erstes europäisches Camp in den polnischen Karparten nahe der tschechischen Grenze. Rund 100 polnische Faschisten und ca. 20 Delegierte aus England, Irland, Holland, Deutschland, Rumänien und Tschechien nahmen teil. Seit einigen Monaten stocken die Bauarbeiten in Los Pedriches allerdings aufgrund der Proteste vor Ort. So gab die Bezirksverwaltung bekannt, sie wolle die Nazis nicht in ihrer Gemeinde und werde ihnen keinerlei Baugenehmigung erteilen. Im Winter wohnten in dem Dorf lediglich drei Personen, ein Albaner und zwei Polen. Nach Auskunft der BewohnerInnen der Nachbardörfer handelt es sich bei dem Albaner um einen Nazi aus der Gegend von Oviedo. Am 17. Dezember '99 sollte ein antifaschistisches Festival in einem Nachbarort stattfinden, um gegen die Errichtung des faschistischen Zentrums zu protestieren. Veranstalter waren Jugendorganisationen des Bezirks. Einige Tage vor dem Termin entschloss sich die Bezirksregierung von Valencia (PP-Mehrheit), das Festival zu verbieten. Sie drohte, das Verbot nötigenfalls mithilfe der Guardia Civil durchzusetzen. So wurde es schließlich abgesagt. JOSE LUIS ROBERTO, Besitzer der Sicherheitsfirma LEVANTINA DE SEGURIDAD, veröffentlichte derweil einen polemischen Kommentar über das Thema »Los Pedriches«. Er behauptet, niemals dort gewesen zu sein. Aber in Utirel, einem Nachbarort, befindet sich eine Niederlassung der Firma .. Auch ein Trainingscamp von Levantina de Seguridad befindet sich in der Gegend. ■

Ein Artikel von der britischen Antifazeitung Searchlight und ESKAMOT VALENCIA, Spanien.

AFA – Working class & physical confrontation

Militanter Antifaschismus in Britannien

Als Reaktion auf einen Artikel im AIB Nr. 49 über die Neonazi-Szene und antifaschistischen Widerstand in England erhielten wir den nachfolgenden Artikel: In der letzten Ausgabe des AIB war ein Beitrag zu Faschisten und antifaschistischem Widerstand in Großbritannien zu lesen, der hier eine Ergänzung finden soll. Weniger was die Faschisten in Britannien angeht, aber um so mehr zum militanten Antifaschismus, der in dem Beitrag kaum Erwähnung findet. Militanten Antifaschismus gibt es sehr wohl in Britannien und seine jüngere Geschichte reicht zurück zur Anti-Nazi League der späten 70er Jahre bis hin zur Anti-Fascist Action (AFA) heute. Die Geschichte und die Politik von Anti-Fascist Action enden nicht in den 80ern, sondern AFA steht nach wie vor für organisierten militanten Antifaschismus in Britannien. Und im Gegensatz zum militanten Antifaschismus in Deutschland verfolgt AFA eine politische Strategie.

Folgen wir zuerst dem Beitrag »Neonazi-Szene und antifaschistischer Widerstand in Großbritannien – Zwischen Niedergang und Krise« (AIB Nr. 49). Darin endet die Geschichte von Anti-Fascist Action Ende der 80er Jahre aufgrund einer Spaltung in drei verschiedene Regionalgruppen, die heute nur wenig Kontakt zueinander haben. Das ist falsch.

1979 kamen die sogenannten »Tories«, die Konservative Partei, an die Regierung. Schon im Wahlkampf hatten sie rassistische Positionen übernommen und damit der NF große Einbußen beigebracht. Die antifaschistische Propaganda und die großen Massendemonstrationen der ANL allein hätten nicht gereicht, um die NATIONAL FRONT (NF) Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre zurückzudrängen. Die Anti-Fascist Squads, der »militante Arm« der ANL, steuerten den nötigen physischen Widerstand bei. Und wenn in Britannien von »militantem Antifaschismus« die Rede ist, ist »physical confrontation« gemeint: die direkte Prügelei, und nicht etwa das Werfen von Gegenständen oder das Abfeuern von Signalmunition. Eine Geschichte von direkten Aktionen kleiner Gruppen gegen faschistische Zentren, Logistik etc. gibt es Britannien nicht.

Vielleicht waren die Faschisten der NF am Anfang der 80er Jahre geschlagen, aber die Idee des Faschismus noch lange nicht. Aus einigen »squads« wurden unabhängige Gruppen, die nach wie vor die Auseinandersetzung mit den Faschisten auf der Straße suchten. Viele Mitglieder der »squads« waren ganz normale, aber politisierte Arbeiter – im wesentlichen Männer und deshalb bewußt kein großes »i«. Den faschistischen Banden konnte entgegengetreten werden und sie konnten geschlagen werden – und die »squadists« waren aufgrund ihrer Sozialisation in der Lage, Sympathie und Unterstützung bei der Auseinandersetzung mit den Faschisten aus der Arbeiterklasse heraus zu gewinnen.

1985-1989 – Die frühen Jahre von Anti-Fascist Action

Die erste Aktivität der Organisation Anti-Fascist Action fand im November 1985 statt, als AFA den Versammlungsplatz für die »Remembrance Day Parade« besetzte, der traditionellen »Parade« der Faschisten in London am Gedenktag für den britischen Imperialismus. Die faschistischen Ordner waren nicht in der Lage, AFA zu vertreiben.

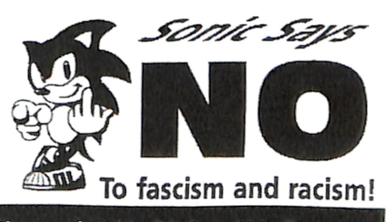
Angesichts der »Remembrance-Day«-Aufmärsche der nächsten Jahre zeigten sich die Unterschiede innerhalb von Anti-Fascist Action. Die Organisation wurde zu dieser Zeit von politisch sehr unterschiedlichen Gruppen gebildet. Die Spannweite reichte von militanten AntifaschistInnen mit einem »Klassenstandpunkt«, die gesehen hatten, welche Wirkung die »physische Konfrontation« auf die Faschisten hatte, über AnarchistInnen und SozialistInnen mit unterschiedlichen Hintergründen, bis zu »gemäßigten« Gruppen, die auf die Regierung »Druck ausüben« wollten, um ihre Ziele zu erreichen. 1989 kam es anläßlich des »Remembrance Day« zu einer entscheidenden Spaltung. Die »Gemäßigten« riefen zu einer antifaschistischen Demonstration auf, während die »Militanten« wieder den Versammlungsort der Faschisten besetzten und einen großen Teil der Umgebung »kontrollierten«.

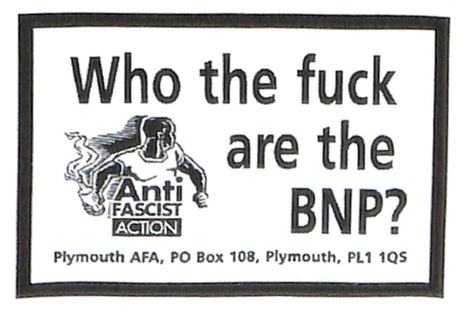
Während die »Gemäßigten« zu Protesten gegen faschistische Gewalt aufriefen und forderten, daß der Staat sich dem Problem des wieder anwachsenden (Neo-)Faschismus stellen sollte, entwickelten die Militanten eine Strategie, die die Möglichkeiten der Faschisten grundsätzlich einschränken sollte. Die Militanten wollten eine bestimmte Anhängerschaft der Faschisten herausfordern: die Anhängerschaft, in der die Faschisten den größten Erfolg bei der Rekrutierung hatten – der weißen Arbeiterklasse. Die militante Strategie zielte weniger auf die Opfer der Faschisten, vielmehr auf die potentiellen Mitglieder faschistischer Organisationen. Um die sich widersprechenden Strategien in klare Worte zu fassen: Die eine Seite stand für einen deutlichen Klassenstandpunkt und die direkte Herausforderung

AFA Merchandise



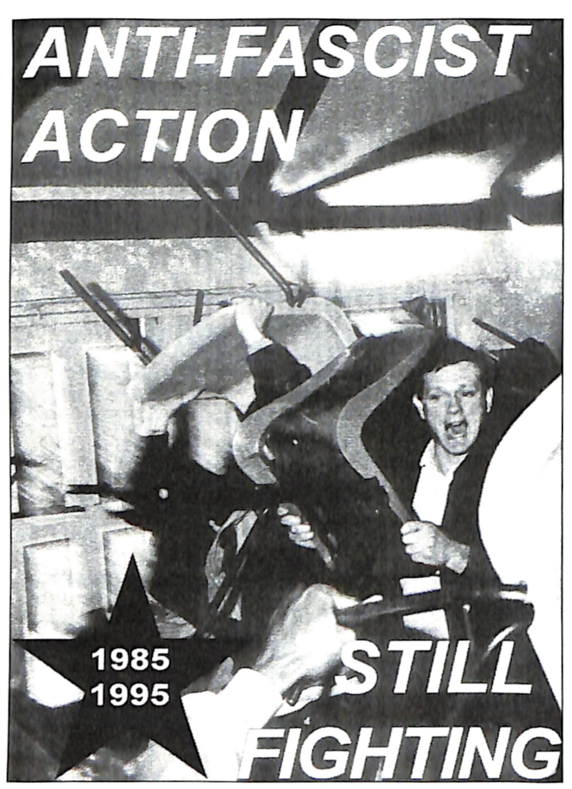








der Faschisten, die andere Seite für eine Strategie, die mit jedem zusammenarbeiten wollte, der sich irgendwie gegen die Faschisten äußerte, inklusive der sozialdemokratischen Labour Party.



AFA-Plakat aus dem Jahre 1995

Anti-Fascist Action Anfang der 90er

Heute sagt AFA, daß es auf die Dauer nicht möglich war, eine effektive antifaschistische Organisation zu haben, die in sich widersprechende Strategien vereinen will. Deshalb kam es 1989, nach dem Zerfall der breiten Struktur von AFA in London, zu einer Neugründung durch die Militanten. Diese war zunächst auf London und Manchester beschränkt. Es gab aber auch AFA-Gruppen, die mit unterschiedlichen Vorstellungen lokal arbeiten konnten, ohne diese grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen.

Die Neugründung erweiterte die ursprüngliche Grundsatzerklärung von Anti-Fascist Action um den zusätzlichen Punkt, daß AFA nicht die Faschisten bekämpft, um den gesellschaftlichen Status Quo zu erhalten, sondern den Kampf von einer Position aus der Arbeiterklasse heraus führt. 1990 startete die British National Party (BNP) ihre »Rights for Whites«-Kampagne. Beginnend im Londoner East End, nachdem ein weißer Junge angeblich von Asiaten erstochen worden war, verbreitete sie sich schnell im ganzen Land. Die BNP konzentrierte sich in ihrer Propaganda auf die schlechten sozialen Bedingungen, mit der eine vom Establishment fallengelassene weiße Arbeiterklasse täglich zu kämpfen hatte. Diese Kampagne wurde stark von regionalen oder stadtteilbezogenen Konflikten bestimmt. Die Linke antwortete darauf mit den üblichen Demonstrationen und Veranstaltungen und AFA griff soviele öffentliche Auftritte der Faschisten wie möglich an. Angebote zur Bündnispolitik wurden von den »traditionellen Linken« meist zurückgewiesen. Der Hauptvorwurf, dem sich AFA gegenübersah, war der des »linken Hooliganismus«. Vermeintlich auf sich allein gestellt organisierte die AFA London 1991 eine breitangelegte Kampagne im East End. Zehntausende Flugblätter wurden verteilt, eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Jugendgangs, mit Schulen und kommunalen Einrichtungen kam in Gang, faschistische Zeitungsverkäufer an den Straßenecken wurden unter Druck gesetzt, die BNP verlor diverse lokale Pubs als Treffpunkte und im November '91 zog eine von AFA organisierte Demonstration mit 4.000 TeilnehmerInnen durch den eigentlich von der BNP dominierten Stadtteil Bethnal Green. Junge weiße »Eastenders« waren erstaunt über »die Roten«, die ein bißchen mehr auf die Beine stellten als nur haufenweise Plakate an die Wänden zu kleben und langweilige Vorträge zu halten. 1992 wurde AFA auf nationaler Ebene neugegründet. Die physischen Auseinandersetzungen mit den Faschisten erreichten gleichzeitig im ganzen Land einen neuen Höhepunkt. Im September 1992 sollte im Raum London ein großes Konzert von Blood & Honour mit um die tausend erwarteten »Gästen« stattfinden. Dazu wurden organisierte Faschisten und Nazi-Skinheads aus ganz Europa erwartet. Der Schleusungspunkt der Faschisten, der Bahnhof Waterloo Station, war bekannt und AFA konnte hunderte AktivistInnen und andere Militante zur Zerschlagung dieses Treffpunktes mobilisieren. Den Faschisten wurde keine Chance gelassen, sich in irgendeiner Form zu sammeln.

Filling the vacuum – den Freiraum füllen!

Anti-Fascist Action hatte sich als militante antifaschistische Kraft einen Namen gemacht – und als Organisation mit klar definierter Mitgliedschaft. Es gab TrotzkistInnen, StalinistInnen, AnarchistInnen und SozialistInnen im weitesten Sinne. Was sie einte, war der antifaschistische Kampf im Sinne einer Einheitsfront aus der Arbeiterklasse. Die Faschisten wurden als die größten Feinde der Klasse begriffen, die zu schlagen waren. Weitergehende politische Themen, die über »working class« und »physical confrontation« hinausgingen, klammerte AFA bewußt aus, und tut es heute noch – um die Existenz und Effektivität der Organisation Anti-Fascist Action an sich nicht zu gefährden.

Dahinter steckte der Gedanke, angesichts der faschistischen Bedrohung die notwendige Einheit auf der Straße aufrechtzuerhalten, um die Möglichkeiten offen zu halten, die wirklich wichtigen Kämpfe für die Interessen der Arbeiterklasse führen zu können. AFA spricht von einem Freiraum, einem Vakuum, das auszufüllen ist. Als 1993 die BNP in Tower Hamlets, einem Bezirk in Ost-London, einen Sitz im Rat gewinnen konnte, hatte sich verdeutlicht, daß niemand da war, der diesen Freiraum ausfüllen konnte. Von »Labour« fühlten sich die Menschen verraten, die »Tories« waren disqualifiziert, und die einzige ansprechbare Alternative, die sich vermeintlich der Sorgen der »einfachen Leute« annahm, stellte die BNP. Sechs Monate später gab es eine Neuwahl, bei der die »gemäßigten« AntifaschistInnen zur Wahl der Labour Party aufriefen, um die Etablierung der Faschisten in kommunalen Verwaltungseinrichtungen zu stoppen. Sie hatten insofern Erfolg, daß die BNP ihren Sitz wieder verlor. Aber gleichzeitig hatte sich die reale Anzahl der BNP-WählerInnen um 30% erhöht. Der anhaltende Wahlerfolg führte zu einem radikalen Wechsel in der Politik der BNP. Im April 1994 veröffentlichte sie eine Erklärung, nach der es keine Aufmärsche und keine Schlägereien mehr geben würde. Die BNP würde sich fortan an einer »euro-nationalistischen« Strategie orientieren und nahm sich dazu den französischen Front National zum Vorbild. Politisch stellt sich AFA dieser Entwicklung durch eine Position, die sie »Filling the vacuum« nennt. Diese Position zeigt die Grenzen dessen auf, »nur AntifaschistIn« zu sein und nicht »für« etwas anderes. AFA vertritt die Position, daß es angesichts der Abwesenheit der »konservativen Linken« im Alltag der Arbeiterklasse an der Zeit ist, dieses Vakuum auszufüllen. Der Kampf auf den Straßen ist abgelöst worden durch einen Kampf um die Köpfe. Die Alternative wäre es, den Faschisten das Feld zu überlassen. ■

Kontakt:
AFA
Box BM 1734
GB - London, WC1N 3XX
www.geocities.com/capitolhill/senate/5602

Rußland: The Future is Unwritten

Wahlen in Kriegszeiten

In den letzten fünf Jahren war die russische Politik ein ernstzunehmendes Schlachtfeld zwischen Präsident Jelzins Reformpolitik und Versuchen konservativer Kräfte – unter denen die Russische Kommunistische Partei (KPRF) die bedeutendste ist –, diese Reformen zu stoppen. AntifaschistInnen in Rußland haben die Regierungsinitiativen zur Fortentwicklung der Demokratisierung entweder unterstützt oder toleriert, Kommunisten und Faschisten blockierten sie. Nach dem Machtverlust Jelzins und der demokratischen Reformer aufgrund des ersten Tschetschenien-Krieges 1997 und der Wirtschaftskrise von 1998 stagnierte der offizielle Demokratisierungsprozeß. Einerseits wuchsen dadurch verschiedene antifaschistische Basisinitiativen und demokratische Bewegungen, andererseits war damit der Weg frei für reaktionäre Kräfte wie den FSB (Geheimdienst in Nachfolge des KGB, Anm. AIB) und Repräsentanten des militärisch-industriellen Komplexes.

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen in Rußland zeigten deutliche Veränderungen in der Politik seit der Ernennung des FSB-Chefs Wladimir Putin zum Premierminister. Die Bombenexplosion in Moskau und anderen Städten und die drastische Entwicklung hin zu einer russischen Militäroffensive gegen Tschetschenien müssen verstanden werden als wichtige Elemente im Kampf um die politische Macht zwischen verschiedenen Politikern und ihren Unterstützern.

Politiker, die zur herrschenden Elite Rußlands gehören, gründeten verschiedene neue Parteien. Zuerst wurde die Partei Vaterland Allrußland (OVR) gebildet, an deren Spitze der Moskauer Bürgermeister Luzhkow und der Gouverneur von St. Petersburg Jakowlew stehen. Die OVR stellte sich als Alternative zur Jelzin-Regierung dar und versprach, Chaos und Korruption durch eine starke Law-and-Order-Politik zu bekämpfen. Nimmt man die Moskauer Stadtverwaltung unter Luzhkow als Beispiel, so bedeutet dies unter anderem eine Politik der sogenannten Kavkazophobie, der polizeilichen Verfolgung von Menschen aus dem Kaukasus, besonders aus Azerbeidschan.

Kurz nachdem der frühere Premierminister Primakow der OVR beitrat, präsentierte das Jelzin-Establishment eine neue Partei unter dem Namen Einheit. Massiv beantwortete die Einheit den Populismus der OVR mit einer Propaganda-Kampagne für die Regierungspolitik im Kampf gegen Krise, Chaos und Korruption. Die Propaganda stützte sich auf Putin als starken Mann. Die Kommunistische Partei gestaltete ihre Kampagne im altmodischen Stil und konnte dafür mehr finanzielle Mittel einwerben als alle anderen Parteien. Im allgemeinen präsentierte sich die Partei als moderat und als Vertreterin des am meisten »russischen« Weges. Außer dem Versprechen zur Erhöhung der Löhne und Renten kündigte sie die Bestrafung Jelzins an, eine Außenpolitik, die die Brüderschaft zwischen den slawischen Völkern stärkt, und die Fortsetzung sowjetischer Politik. In St. Petersburg war die Propaganda der örtlichen KPRF-Kandidaten ausgesprochen nationalistisch und hatte eine starke antisemitische und antidemokratische Tendenz. Eine bemerkenswerte Veränderung gegenüber der Wahlkampagne vor fünf Jahren war das Fehlen sozialistischer Parolen und Anschauungen, ausgenommen die Forderung zur Renationalisierung der privaten Industriebetriebe.

Der neue russische Premierminister Wladimir Putin



Die aggressivste Opposition zur Wirtschaftspolitik der Regierung in dieser Hinsicht kam von seiten des faschistischen Schirinowski-Blockes. Schirinowski präsentierte ein Programm eines Dritten Weges, dem China als Modell für ideale und gutorganisierte private und staatliche Unternehmen dient.

Für AntifaschistInnen war die Bildung eines Stalinistischen Blockes sehr schockierend, der insgesamt auf wenig Widerstand oder Ablehnung stieß. Neben den Stalinisten traten einige größere und radikalere kommunistische Gruppen, die ursprünglich unter der Führung der KPRF gestanden hatten, unabhängig zu den Wahlen an. Sowohl die Bewegung zur Unterstützung der Armee (DPA), die von den notorischen Antisemiten Makaschow und Iljuschin geführt wird, als auch die Bewegung des geistigen Erbes (DN) treten als eigene Parteien an. Der Führer der DN, Podberezkin, ist einer der wichtigsten Vordenker der nationalpatriotischen Ideologie, der die KPRF und ihre Verbündeten folgen.

Die beiden demokratischen Parteien Jabloko und Vereinigung rechtsgerichteter Kräfte (SPS) konkurrierten offen miteinander. SPS ist eine neue Allianz kleinerer, bereits bestehender demokratischer Parteien und Bewegungen, die übereinstimmen in der Befürwortung von Neoliberalismus, Menschenrechtspolitik und Demokratisierung als Grundprinzipien. Jabloko ist ebenfalls liberalistisch, aber in einem weniger prowestlichen Sinn. Sie korrumpierten sich selbst in der Vergangenheit durch ihre Zusammenarbeit mit faschistischen und kommunistischen Jelzin-Gegnern.

Die Frage, ob die Neonazis von Barkashows Heilsbewegung (SPAS) an den Wahlen teilnehmen dürfen, war für AntifaschistInnen ein wichtiges Thema. Die Staatliche Wahlkommission entschied, daß SPAS falsche Informationen über ihre Organisation geliefert hatte und schloß die Partei von den Wahlen aus, nachdem eine Zeitung berichtet hatte, daß drei regionale Gliederungen nicht existieren. Eine politische Ent-



Solche Bilder haben Putin populär gemacht – siegreiche russische Soldaten in Tschetschenien

scheidung stand nicht zur Debatte, und so kann Barkaschow zu den Präsidentenwahlen kandidieren. Die Medien spielten während des Wahlkampfes eine unkritische und propagandistische Rolle. Kaum ein Journalist versuchte eine kritische politische Diskussion zu führen und Faschisten wie Schirinowski konnten ihre Propaganda ausspeien. Parallel zu der Berichterstattung über den andauernden Krieg bedeutet dies einen Bruch mit der eher unabhängigen und kritischen Position der russischen Medien vor dem Krieg. Diskussionen über die Stimmabgabe beschäftigten AntifaschistInnen andauernd.

Die meisten anarchistisch orientierten AntifaschistInnen traten dafür ein, gegen alle Parteien zu stimmen, eine mögliche Wahlentscheidung, bei der auf dem Wahlzettel alle genannten Kandidaten abgelehnt werden können. AntifaschistInnen mit demokratischem oder menschenrechtsbewegtem Hintergrund schlugen die Wahl demokratischer Parteien und Kandidaten vor. Wenige Einzelpersonen befürworteten, gar nicht zur Wahl zu gehen, um damit ihre generelle Ablehnung dieser parlamentarischen Demokratie zum Ausdruck zu bringen. Die Antifaschistische Jugend-Aktion stand geschlossen hinter SPS und viele ihrer AktivistInnen nahmen an deren Wahlkampagne teil. Etliche kritische Intellektuelle bevorzugten Jabloko wegen ihrer einstimmigen Anti-Kriegs-Position. Generell waren AntifaschistInnen sehr besorgt, daß die Wahl einen politischen Durchbruch der KPRF und ihrer stalinistischen und faschistischen Verbündeten bringen könne. Die Wahlergebnisse sahen folgendermaßen aus: KPRF: 24% und 27% Direktmandate; Einheit: 23% und 4% Direktmandate; OVR 13% und 11% Direktmandate; SPS 9% und 2% Direktmandate; Jabloko 6% und 2% Direktmandate; Schirinowski 6% und 0,5% Direktmandate; keine der angegebenen Parteien 3% und bei 2% der Direktmandate; andere Parteien 16% und 51,5% der Direktmandate. Das Parlament wird zur Hälfte aus den Direktmandaten gebildet.

Die Wahlen waren weniger ideologisiert als erwartet. Der Erfolg von Einzelbewerbern beruhte auf deren hohen Wahlkampfmitteln, regionaler sozio-politischer Macht und ihrem Charisma, wie der Sieg einiger regionaler Ölmagnaten beweist. Die Wahlen zeigten den Erfolg von Putin und seiner aggressiven Politik. Parteien, die sich offen auf seine Seite stellten, wie die SPS und die Einheit, waren die großen Wahlsieger. Signifikante Unterschiede bestehen in den Regionen. Der südliche und zentrale Teil Rußlands sind nach wie vor die Hochburgen der KPRF und kleinerer stalinistischer und nationalistischer Parteien. Diese Parteien blieben unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde. Nur in einigen Regionen wurden faschistische Kandidaten gewählt. In Wahlbezirken, in denen die Barkaschow-Gruppe RNE sehr stark ist, hatte die KPRF große Erfolge. Dies eröffnet eine mittelfristige Perspektive für die KPRF zur Zusammenarbeit mit der RNE in lokalem Rahmen, wie sie sich beispielsweise bereits in Krasnodar herausgebildet hat. Auf nationaler Ebene war es die OVR, die einen Schritt auf die KPRF zu machte, indem sie den früheren Kommunisten Primakov aufstellte.

Jelzins Rücktritt und die Machtübergabe an Putin war seine letzte Überraschung im 20. Jahrhundert. Im Rückblick hat diese Periode viele positive Veränderungen für Rußland gebracht, aber auch den Weg gebahnt für die Rekonstruktion autoritärer und aggressiver Politik, wie sie durch Putin verkörpert wird. Die Repression, die im vergangenen Jahr gegen Anarchisten und Umweltschützer begann, wurde nun auch auf Wehrdienstverweigerer ausgedehnt. Außer einigen SPS-Enthusiasten sieht kein Antifaschist, keine Antifaschistin irgendwelche positiven Ergebnisse in diesen Wahlen, insbesondere da der Krieg in Tschetschenien andauert und jeden Tag schlimmer wird. Aber wie ein bekanntes russisches Sprichwort sagt: *»Die Hoffnung stirbt zuletzt. Die Zukunft ist offen – offener, als sie es jemals war.«* ■

Ein Artikel von Tum Balalaika, antifaschistische Zeitschrift St. Petersburg

Schweden:

Mitte April verurteilte ein Stockholmer Gericht drei Tatbeteiligte an der Ermordung des Gewerkschafters Björn Söderberg. Die Anklage gegen HAMPUS HELLEKANT (24), JIMMY NIKLASSON (21) und BJÖRN LINDBERG-HERNLUND (23) lautete auf Mord. Alle drei waren Mitglieder der NATIONALEN JUGEND/SCHWEDISCHER WIDERSTAND, einer in Stockholm ansässigen Organisation des früheren WHITE ARYAN RESISTANCE (WAR/VAM)-Führungskaders KLAS LUND. Die VAM war eine Naziterrorgruppe, die in direkter Kontinuität zum Konzept des »führerlosen Widerstands« und der in den TURNER TAGEBÜCHERN propagierten und in den 80er Jahren aktiven us-amerikanischen Naziterrorgruppe THE ORDER stand. Aufgrund schlampiger Ermittlungsarbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft konnte keinem der drei Angeklagten die tödlichen Schüsse nachgewiesen werden. Stattdessen wurden Hampus Hellekant und Björn Lindberg-Hernlund zu sechs Jahren und Jimmy Niklasson zu viereinhalb Jahren Haft wegen »Beihilfe zum Mord« verurteilt.

Björn Söderberg wurde zur Zielscheibe der Nazis, als er bei einer neuen Anstellung zum Arbeitskollegen von ROBERT VESTERLUND wurde, einer Schlüsselperson der schwedischen ANTI-AFA. Vesterlund war nicht nur Gewerkschaftsmitglied, sondern wurde auch noch zum Vertrauensmann gewählt. Söderberg, Mitglied der syndikalistischen Gewerkschaft, war über die Infiltration der Gewerkschaften durch Nazis sehr besorgt. Er trat erst an die lokale Gewerkschaft heran und ging schließlich an die Öffentlichkeit. Der darauf folgende Skandal führte zur Entlassung Vesterlunds. Die mutmaßlichen Mörder Söderbergs sind enge Verbündete von Vesterlund, Hellekant gehört zur Anti-AFA, die »politische Feinde« ausspioniert. Auch die Staatsanwaltschaft ging von einem Racheakt gegen Söderberg aus. Die polizeilichen Ermittlungen vermuteten, dass Vesterlund über die Mordpläne zumindest informiert war.

Interessanterweise standen die drei Angeklagten am Tag des Mordes unter strenger polizeilicher Überwachung. Das Trio gehörte zu den Hauptverdächtigen für den Bombenanschlag auf den antifaschistischen Journalisten Peter Karlsson und dessen achtjährigen Sohn im Sommer 1999. Die Autobombe war für Karlsson und seine Frau Katarina gedacht, die seit einigen Jahren gemeinsam der

Geht der Terror weiter?

White-Power-Industrie mit diversen Enthüllungen ernsthafte Probleme bereiteten.

In den Wochen vor Söderbergs Ermordung blieb der Polizei nicht verborgen, dass die drei Nazis Söderbergs Wohnhaus auskundschafteten. Am 3. Oktober beobachtete sie die drei beim Betreten des Hauses; sie vermutet nun, dass dies ein erster, gescheiterter Mordversuch war. Am 12. Oktober, dem Tag des Mordes, wurden die drei ebenfalls observiert, die Polizei behauptet, damals nicht von einer tatsächlichen Lebensgefahr für Söderberg ausgegangen zu sein. Nur 22 Minuten vor der Schießerei wurde die Observation beendet. Die Mörder warteten auf den Gewerkschafter und erschossen ihn im Treppenhaus. Eine Zeugin, die das Geschehen weitgehend durch den Türspion verfolgte, hat in den Monaten vor dem Prozeß etliche anonyme Drohungen erhalten und steht unter strenger Polizeibewachung. Dem Autopsiebericht zufolge wurde Söderberg aus zwei verschiedenen Waffen erschossen. Welche zwei der drei Angeklagten tatsächlich geschossen haben, konnte das Gericht aber nicht feststellen. Angesichts fehlender Geständnisse und Mordwaffen, stand der Prozeß von Anfang an auf wackligen Füßen. In anderer Hinsicht allerdings war die Ausgangslage gut belegt.

Hampus Hellekant, ehemaliger Jurastudent und nun Computerexperte, ist seit Jahren begeisterter Nazi und hat bereits einige Nazi-Internetseiten kreiert. Auf seinem PC wurde eine Liste »politischer Feinde« gefunden, und er hat sich erwiesenermaßen am Auskundschaften von Söderberg beteiligt. In Jimmy Niklassons Haus wurde außerdem Munition der Art gefunden, mit der Söderberg erschossen wurde. Und am Tatort war ein Handschuhabdruck, der Handschuhen in Niklassons Besitz entspricht.

Die Ermordung Söderbergs steht am Ende einer Reihe von terroristischen Übergriffen durch Nazis im Jahr 1999.[1] Im Mai wurden die Polizisten Olof Borén und Robert Karlstrom nach einer Schießerei mit drei Nazi-Bankräubern bei einem Dorf südlich von Stockholm mit Kopfschüssen aus ihren eigenen Waffen regelrecht hingerichtet.

Die Mörder waren Tony Olsson (bereits wegen Beteiligung an einem versuchten Auftragsmord verurteilt), Jackie Arklov (bereits als Kriegsverbrecher als kroatischer Söldner im Bosnienkrieg zu lebenslänglich verurteilt, aber nach den Friedensverhandlungen nach Schweden ausgeliefert) und Andreas Axelsson (ein Nazi-Intellektueller und Herausgeber des Stormpress-Magazins). Olsson war ehemals Komplize der aufgelösten Naziorganisation Reichsfront, während Axelsson ein hochrangiges Mitglied der Nationalsozialistischen Front (NSF) ist. Arklov, Sohn eines euro-afrikanischen Paares, war trotz seiner Herkunft NSF-Aktivist. Alle drei wurden zu lebenslanger Haft verurteilt. Im gleichen Prozeß wurde Olssons Freundin, eine Armeeangehörige, sowie vier weitere Nazis, die Teil der Gruppe waren, die als NRA – vermutlich die National Revolutionäre Armee – bekannt ist, wegen Beihilfe ebenfalls zu Haftstrafen verurteilt.

Die Übergriffe der Nazis und die Themen ihrer Propaganda haben 1999 eher das politische Establishment angegriffen – Journalisten, Polizei, Gewerkschaften und Lokalpolitiker – als die »üblichen« Opfer. Im April '00 wurde bekannt, dass schwedische Neonazis Feindlisten mit Namen, Passbildern und persönlichen Angaben von mehr als 1.000 Menschen angelegt haben. Die meisten der Betroffenen sind wegen Äußerungen gegen Neonazis auf die Listen gekommen. Bemerkenswert war weiterhin die Zunahme an antisemitischer Propaganda. Öffentlich bekannt wurde u.a. der Angriff auf den berühmten jüdischen Dirigenten Ilja Stupel, der vor den Augen seiner 13jährigen Tochter zusammengeschlagen wurde. Dieser Übergriff war Höhepunkt einer langjährigen Hetzkampagne gegen Stupel, die von der örtlichen Polizei ignoriert worden war.

Als Ergebnis des zunehmenden Nazi-Terrors fanden eine Vielzahl antifaschistischer Aktivitäten in verschiedenen Spektren in Schweden statt. So taten sich die vier größten Zeitungen Schwedens in einer unüblichen Aktion zusammen. Am 30. November '99 veröffentlichten alle den selben Bericht, in dem Namen und Gesichter der 60 gefährlichsten Nazis in Schweden und der führenden Nazi-Ideologen offengelegt wurden. Diese Aktion erntete ausgesprochen breite Zustimmung. ■

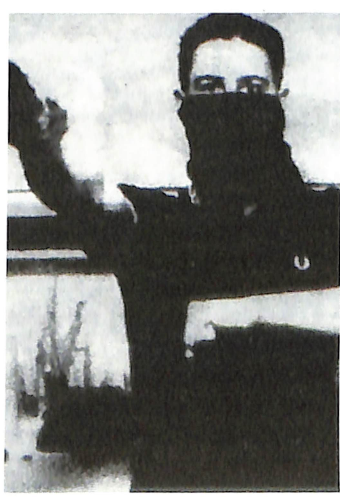
Der Artikel wurde dem AIB von der schwedischen Antifazeitung »Expo« zur Verfügung gestellt.

Anmerkungen:

1) Im Juni '99 wurden der Journalist Peter Karlsson und sein Sohn von einer Autobombe in Stockholm verletzt. Zwei Tage später verletzte eine ähnliche Autobombe zwei Polizisten in Malmö. Die Ermittlungen konzentrierten sich in Malmö auf eine Gruppe von Hell's-Angels mit lockeren extrem rechten Verbindungen. Obgleich der Fall ungelöst ist, sollte festgehalten werden, dass der Anschlag eine Woche nach dem Racheschwur von Blood & Honour wegen Polizeirazzien in Dänemark stattfand. Kurz nach Söderbergs Ermordung wurde durch das Wohnzimmerfenster von Kurdo Baksi, Herausgeber von Black&White/Expo-Magazine, ein Schuß abgefeuert.

Des Mordes an Söderberg angeklagt – (v.l.n.r.) Hellekant (2), Niklasson, Lindberg-Hernlund









RUSSLAND I

Der Administrator der zentralen Moskauer Synagoge, Rachamin Juchanow, ist nach russischen Polizeiangaben ermordet in seiner Wohnung aufgefunden worden. Juchanow, der die sephardisch-jüdische Gemeinde in Moskau führte, sei an Schlagverletzungen am Kopf sowie an Messerstichen gestorben.

Im vergangenen Jahr wurden bereits mehrere Anschläge auf die sechs Synagogen in Moskau verübt. Leopold Kaimowski, der Leiter des jüdischen Kulturzentrums in Moskau wurde im Juli 1999 von einem 20jährigen Mann mit Messerstichen schwer verletzt. Daraufhin wurden die Sicherheitsmaßnahmen vor jüdischen Einrichtungen verstärkt. Zu dem Mord an Juchanow machten weder Vertreter der jüdischen Gemeinde noch die Polizei Angaben zum Motiv.

RUSSLAND II

Die Zahl der jüdischen Auswanderer aus Rußland nach Israel hat sich im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. 1998 seien etwa 13.000 Menschen nach Israel emigriert, 1999 dagegen 29.500, dies meldet die Jewish Agency in Rußland. Als Hauptgründe für die gestiegene Zahl der Auswanderer wurden die Finanzkrise, aber auch die antisemitischen Vorfälle angegeben.

Jüdische Einrichtungen und Synagogen in Moskau waren im letzten Jahr mehrfach das Ziel von Anschlägen. In Rußland wurden auch vermehrt jüdische Friedhöfe geschändet. Die antisemitischen Äußerungen führender russischer Kommunisten riefen auch immer wieder Empörung hervor. Der russischen Regierung wird vorgeworfen, nicht entschieden genug auf diese Dinge zu reagieren.

TSCHECHIEN

In einer antisemitischen Schmähschrift sind in Tschechien führende Politiker der Nachwende-Zeit als »Mörder des Volkes« und als »jüdische Freimaurer« verunglimpft worden.

Das Flugblatt sei in einem Schaukasten der rechtsradikalen REPUBLIKANER PARTEI (SPR-RSC) in Decin aufgetaucht. Unter anderem zeigt es Photos von Staatspräsident Vaclav Havel, Regierungschef Milos Zeman und Parlamentspräsident Vaclav Klaus. Untersuchungen seitens der Polizei wurden eingeleitet.

CHILE

Der chilenische Neonazi ALEXIS LOPEZ, Organisator des internationalen Nazikongresses am 20. April in Chile, wurde in der Woche vor dem verbotenen Treffen wegen Scheckbetrugs festgenommen. Zu dem Treffen wurden Alt- und Neonazis aus den USA, Europa, Asien und Lateinamerika erwartet. Die chilenische Regierung hatte versucht, das Treffen durch Einreiseverbote zu verhindern.

DÄNEMARK I

Gegen den Chef der dänischen Neonazis, JONNI HANSEN, erließ ein Gericht in Roskilde Haftbefehl. Hansen, der die rechtsextremistische Gruppe DNSB in Dänemark führt, war mit seinem Auto in eine Gruppe von etwa 20 Leuten gefahren, die sich am Zaun seines Hauses befanden. Zwei AntifaschistInnen wurden schwer und vier weitere leicht verletzt.

DÄNEMARK II

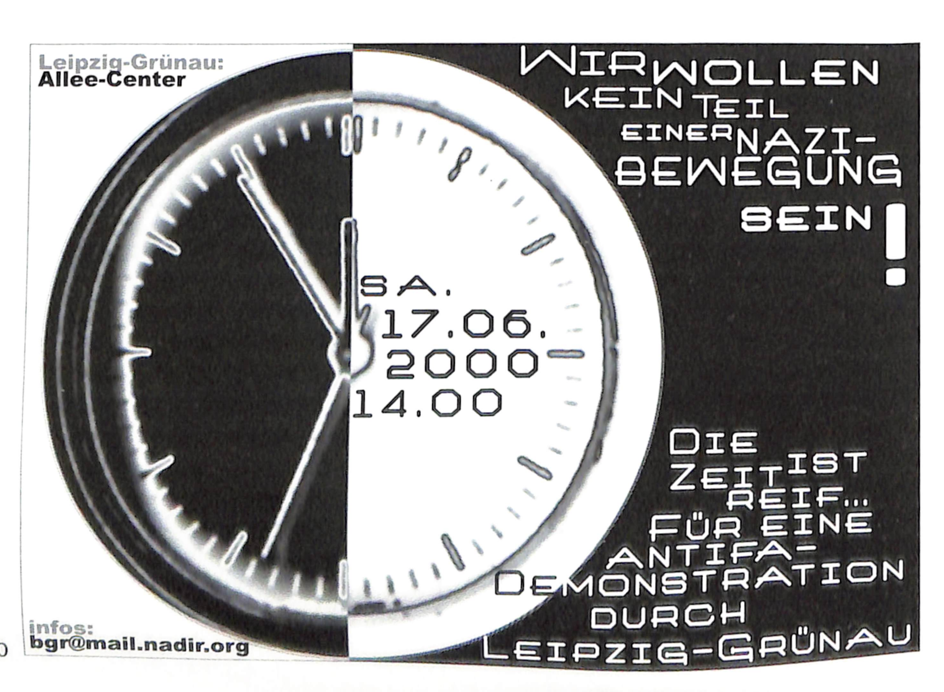
Im November '99 ist es bei einem Konzert für Neonazis in der dänischen Ortschaft Torup in Jütland zu schweren Ausschreitungen gekommen. Unter den sieben wegen illegalen Waffenbesitzes festgenommenen Konzertbesuchern waren auch zwei deutsche Rechtsextremisten. An der Veranstaltung zum Todestag des spanischen Diktators FRANCISCO FRANCO beteiligten sich laut der Polizei in Randers mehrere hundert Teilnehmer aus Deutschland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Die dänischen Behörden hatten vor dem Konzert einem Bus mit deutschen Neonazis an der Grenze bei Padborg die Einreise verweigert. Als Grund wurde angegeben, daß der aus Marokko stammende Fahrer des Busses kein Visum hatte.

POLEN

Die polnische Antifazeitung Nigdy Wiecej (Nie Wieder) wurde von dem bekannten Rechtsextremen und Neuheiden TOMASZ SZCZEPANSKI wegen *»übler Nachrede«* verklagt. Nigdy Wiecej hatte die Gruppe des Anhängers der französischen Neuen Rechten als *»antisemitisch«* und *»chauvinistisch«* bezeichnet.

Seit einigen Monaten läuft deshalb ein Prozess gegen die Antifzeitung, bei dem sie dringend auf internationale Öffentlichkeit angewiesen ist. Parallel dazu haben Redaktionsmitglieder Todesdrohungen von militanten Neonazis erhalten.

Kontakt: Nidgy Wiecej, P.O. Box 6, 03700 Warschau 4, Polen.



Kein Messerset und keine Teflonpfanne,

aber eins unserer fünf Pakete (s.u.) gibt´s umsonst ins Haus, wenn Du das AIB bis zum 31. Mai 2000 abonnierst.

Einfach den nebenstehenden ***Coupon ausfüllen*** *und dazuschreiben, welches AIB- oder WGA-Paket Du haben willst und dann:*

Ab in den Briefkasten.

AIB-Paket A
Ausgaben 14,17,18,23,24,25,26 für 15,- DM incl. Porto.

AIB-Paket B
Ausgaben 27,28,29,30,31,32,33 für 22,- DM incl. Porto.

AIB-Paket C
Ausgaben 34,35,36,37,38,39,40 für 22,- DM incl. Porto.

Alle AIB-Paket zusammen gibt's für 50.- incl. Porto!

WGA-Paket I
Ausgaben 01, 02, 04, 05, 06, 07, 08, Index für 10,- DM incl. Porto

WGA-Paket II
Ausgaben 10, 11, 13, 15, 16, 17, 18, Index für 10,- DM incl. Porto

Abo & Nachbestellung

Abos
Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du sie bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Nachbestellung
Ausverkaufte Ausgaben sind nur noch als Kopien für Archive und in Sonderfällen erhältlich. Zu dem Preis für die Ausgaben kommt der entsprechende Portobetrag (3,- DM bis fünf Stück, darüber 7,- DM).

○ Ich abonniere das AIB ab Ausgabe Nr. ____ (incl.)
- ○ für fünf Ausgaben (30.- DM)
- ○ für zehn Ausgaben (60.- DM)
- ○ je zwei Exemplare von fünf Ausgaben (50.- DM)
- ○ je zwei Exemplare von zehn Ausgaben (100.- DM)

○ Geschenkabo für die untenstehende Person

○ Knastabo für untenstehende Person oder ihr sucht jemanden aus

○ Ich bestelle folgende alte Ausgaben / AIB-/WGA-Pakete: ____

Adresse:

Weiterverkauf

Preise
ab drei Stück pro Ausgabe: 6,- DM
ab fünf Stück: 20% Rabatt
ab 50 Stück: 25% Rabatt
(alle Preise inclusive Porto & Verpackung)

Ich möchte das AIB weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf Euer Konto.

○ Bitte sendet mir ____ Hefte ab der Nr. ____ (incl.) solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile.

Nicht verkaufte, unbeschädigte Exemplare könnt Ihr zurückschicken. Der entsprechende Betrag wird Euch gutgeschrieben.

Konto
J. Lehmann
Kto-Nr.: 411 960 - 105
BLZ: 100 100 10
Postbank Berlin

Für alles außer dem Weiterverkauf gilt Vorkasse! Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung. Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Lieferbare AIBs

➔ AIB 14 (Früh/91): 3,00 DM
Gladio +++ Antifa in Leipzig +++ die »Deutsche Allianz« +++ Interview mit franz. Antifas

➔ AIB 17 (3/92): 4,00 DM
Kühnen-Beerdigung, Fiasko für seine Erben +++ »Revisionismus« als faschist. Strategie +++ Schweden & Frankreich

➔ AIB 18 (5/92): 4,00 DM
»Neue Rechte« +++ Neues von der GdNF +++ Rassismus in Medien & auf der Straße +++ Dänemark

➔ AIB 23 (Som/93): 4,00 DM
Solingen: Einzeltäter? +++ Behinderte im NS +++ DESG und Denkfabrik +++ »Die Bürger« +++ die alte »Neue Front«

➔ AIB 24 (10/93): 4,00 DM
NF- & NB-Nachfolgegruppen +++ Aufmarsch in Fulda +++ VDA +++ Junge Freiheit +++ Südafrika

➔ AIB 25 (12/93): 4,00 DM
Verhaftungen wg. Kaindl +++ Nazi-Rock i.d. BRD +++ Staatlicher Rassismus +++ Eichberg, Burschenschaften +++ Organisierung der Naziszene

➔ AIB 26 (3/94): 5,00 DM
Innere Sicherheit, Briefbomben, Anti-Antifa +++ »Moderne Zeiten« +++ Roma in Europa

➔ AIB 27 (6/94): 5,00 DM
illegale NSDAP +++ CDU und Innere Sicherheit +++ Italien: Faschisten a.d. Regierung

➔ AIB 28 (11/94): 5,00 DM
der Apparat rückt nach rechts +++ NF-Nachfolge +++ Nationalbolschewismus +++ Schweden: VAM

➔ AIB 29 (3/95): 5,00 DM
Wohin treibt die FDP? +++ Frauen und Neofaschismus +++ Einblick-Prozeß +++ DKeG +++ KZs Oranienburg & Treblinka

➔ AIB 30 (6/95): 5,00 DM
Werwolf - Nazis go terror +++ Gedenkveranstaltungen zur Befreiung+++ Anschlag in Oklahoma

➔ AIB 31 (9/95): 5,00 DM
aus dem Parteiarchiv der NF +++ Roskilde: Nazis packen ein +++ Verbrechen der Wehrmacht +++ der Begriff »Neue Rechte« +++ Frauen in der Anti-Antifa

➔ AIB 32 (11/95): 5,00 DM
Ausbau der Inneren Sicherheit +++ Graue Wölfe +++ Veganer auf rechtem Weg? +++ Österreich: Prozeß, Bomben, Wahlen

➔ AIB 33 (2/96): 5,00 DM
Runde Tische +++ das Netzwerk der Neonazis +++ Beilage: Faschismus i.d. USA +++ Hermann-Niermann-Stiftung

➔ AIB 34 (5/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Deutschland auf dem Weg zur Weltmacht +++ Umstrukturierung d. Naziskin-szene +++ »Befreite Zonen« +++ Oklahoma-Prozeß

➔ AIB 35 (7/96): 5,00 DM
Nazis in der Offensive +++ Aufmarsch in Marzahn +++ neue Bedeutung der JN +++ Ostpreußenblatt +++ Band-Interview: rechte Grufties?

➔ AIB 36 (9/96): 5,00 DM
Schwerpunkt I: Regionalismus +++ Schwerpunkt II: Lübeck - Grevesmühlen +++ Interview m. d. Antifa (M)

➔ AIB 37 (12/96): 5,00 DM
Schwerpunkt: Osteuropa +++ Nazis in Internet und Offenem Kanal +++ Heitmeyer-Kritik +++ Goldhagen +++ Österreich

➔ AIB 38 (4/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Soziale Frage +++ Nazimarsch in München +++ Berührungen zwischen Faschismus & Feminismus

➔ AIB 39 (7/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Jugend & Subkultur +++ Nazimärsche am 1. Mai +++ JN-Kongreß +++ Deutschland-Stiftung

➔ AIB 40 (9/97): 5,00 DM
10 Jahre AIB +++ Prozeß gegen Kay Diesner +++ Nazi-Versände +++ Front National +++ »Otto-von-Bismarck-Stiftung«

➔ AIB 41 (11/97): 5,00 DM
Schwerpunkt: Rückblicke & Ausblicke +++ Befreite Zonen +++ Wehrmachtsausstellung in Marburg +++ Antifa in Canada

➔ AIB 42 (2/98): 5,00 DM
Schwerpunkt: Extreme Rechte, Ostexpansion & die Bundeswehr +++ NPD mit Führungsanspruch +++ Studienzentrum Weikersheim +++ Sababurgrunden

➔ AIB 43 (4/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: NPD - Hinter den Kulissen +++ Saalfeld: Rechter Konsens +++ »Neurechtes« Netzwerk »Synergies Europeennes« +++ Rußland, Frankreich, Schweden

➔ AIB 44 (6/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Rechte Jugend zwischen Mainstream, Clique und Partei +++ Rechtsparteien nach Sachsen-Anhalt +++ Rechte und der Euro +++ Heidentum

➔ AIB 45 (10/98): 6,00 DM
Schwerpunkt: Wahlen '98 +++ Euthanasie & Eugenik +++ Nazi-Szene in Sachsen +++ Vertriebene +++ Entschädigung

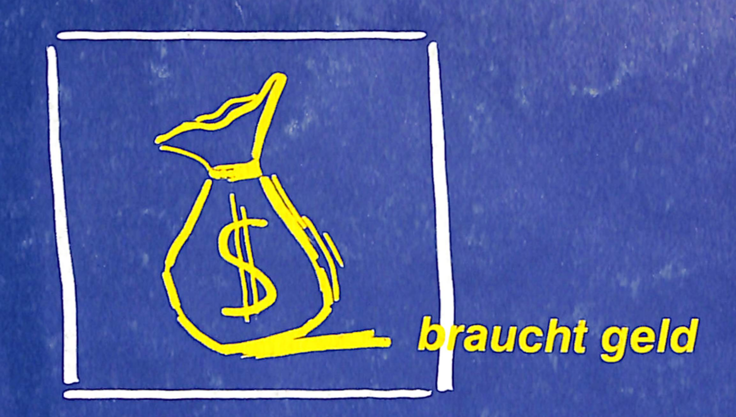
➔ AIB 46 (1/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: »Soziale« Konzepte von Rechts +++ Vom Knast zur Kameradschaft +++ Frauen ohne Asylrechte +++ Lebensschützer in den USA

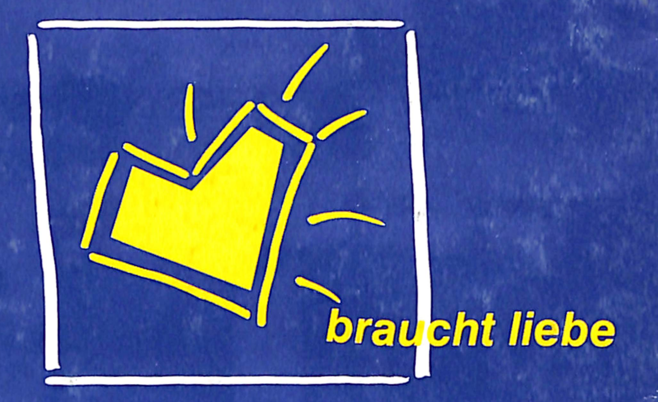
➔ AIB 47 (4/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: Antisemitismus +++Doppelte Staatsbürgerschaft +++ Bombenanschlag in Saarbrücken +++ Hintergründe aus Frankreich und Österreich

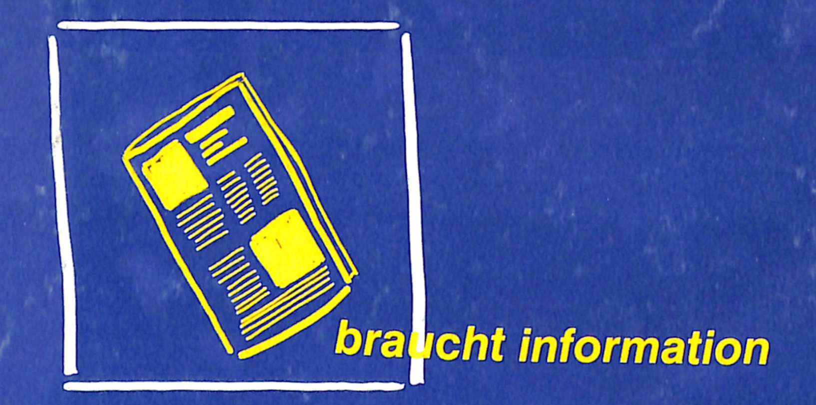
➔ AIB 48 (6/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: Krieg im Kosovo +++Hooligans +++Kulturkampf und Kommerz +++ Nazikiller in Schweden, USA und England

➔ AIB 49 (11/99): 6,00 DM
Schwerpunkt: Antifa international +++ Nazimusik von B&H bis Black Metal +++ rot-grüne Vertriebenenpolitik +++ USA: Rassistische Amokläufer

solidarität







braucht phantasie

All das brauchen Harald, Sabine und Axel, die im Dezember 1999 mit dem Vorwurf, zur RZ zu gehören, verhaftet wurden. SpendenKonto: Martin Poell, Kto-Nr.: 2705-104, BLZ 100 100 10, Postbank Berlin, Stichwort »Freilassung«. Weitere Informationen unter www.freilassung.de